

**Ortschronik  
Holtheim  
1996**

**Ergänzungsband  
zur Chronik  
der Gemeinde Holtheim  
für das Jahr  
1996**

**Zum Inhalt:**

**Dieser Band enthält vor allem Dokumente, die wegen ihrer besonderen Publikationsform nicht oder nur schwer in der eigentlichen Ortschronik unterzubringen sind. Dieses sind vornehmlich Photographien, Zeitungsartikel, Pläne und Karten.**

*Aus der Heimat*

S e p t e m b e r

- 01. Kreisschützenfest in Saizkotten
- 08. Reibekuchenessen des EGV an der Blockhütte
- 14. Schützenabrechnung in der Schützenhalle
- 28. Gemütlicher Abend des MGV (Th. Schäfers)

O k t o b e r

- 06. Aktion Minibrot der KLJB
- 21. Terminplanung (KLJB, B. Schäfers)
- 31. Jahreshauptversammlung der "Alten Herren" (Sportheim)

N o v e m b e r

- 09. Disco-Fete der KLJB in der Schützenhalle
- 11. Martinszug (Pfarrgemeinderat, Feuerwehr u. Spielmannszug)
- 16. Nachfeier d. Karnevalsspielschar
- 17. Volkstrauertag, Kranzniederlegung am Ehrenmal (Spielmannszug, Feuerwehr u. Heimatschutzverein)

D e z e m b e r

- 06. Nikolausfeier der KLJB (Jugendheim)
- 07. Nikolausfeier des EGV (Blockhütte)
- 08. Adventsfeier der Frauengemeinschaft (B. Schäfers)
- 14. Vorweihnachtsfeier des Sportvereins
- 31. Silvester-Fete der KLJB (Jugendheim)

Veranstaltungskalender

Holtheim

1996

K.L.J.B.  
D.W.J.  
E.G.V.  
Feuerwehr  
Heimatschutzverein  
M.G.V.  
Verkehrsverein  
Frauengemeinschaft  
Pfarrgemeinderat  
Spielmannszug  
Landfrauen  
Sportverein



#### J a n u a r

01. Neujahrswanderung des EGV
06. Jahreshauptversammlung des Spielmannszuges (B. Schäfers)
13. Jahreshauptversammlung des Sportvereins (B. Schäfers)
18. Landfrauen-Bezirksversammlung (14.00 Uhr, B. Schäfers)

#### F e b r u a r

02. Jahreshauptversammlung des Heimatschutzvereins (B. Schäfers)
02. Jahreshauptversammlung der KLJB (Jugendheim)
02. Patronatsfest, anschl. Jahreshauptversammlung der Frauengemeinschaft (K. Günther)
10. Jahreshauptversammlung der Freiw. Feuerwehr (Feuerwehrgeräteh.)
13. Seniorenkarneval (B. Schäfers)
15. Frauenkarneval (19.00 Uhr, B. Schäfers)
17. Karnevalsveranstaltung des Sport- u. Schützenvereins (Schützenhalle)
19. Rosenmontagszug der KLJB u. des Sportvereins
25. Fahrt zum Starlight-Express n. Bochum durch/mitt der DWJ

#### M ä r z

02. Jahreshauptversammlung der DWJ (14.00 Uhr, Th. Schäfers)
02. Jahreshauptversammlung des EGV (K. Günther)
09. Jahreshauptversammlung des MGV (Th. Schäfers)
16. Disco-Fete des Spielmannszuges (Schützenhalle)
25. Treffen der Vereinsvorstände mit Ortsvorsteher (B. Schäfers)

#### A p r i l

07. Osterfeuer, ausgerichtet v.d. Dorfjugend
08. Osterreisuchen des EGV u. der DWJ (Blockhütte)
14. Weißer Sonntag
20. OIdie-Fete der Sportjugend (Schützenhalle)

#### A p r i l

30. Maiwanderung des EGV zur Blockhütte
30. Mai-Gaudi der KLJB

#### M a i

01. Traditionelles Wecken des Spielmannszuges
- 03.-05. Fahrt der Montagsguppe der KLJB nach Holnkhausen
16. Frühschoppen d. Freiw. Feuerwehr am Feuerwehrgerätehaus
- 16.-19. Weserradtour der DWJ
27. Frühwanderung des EGV nach Blankenrode (6.00 Uhr)
- 29.-31. Sportwertbetage der Jugendabteilung

#### J u n i

- 01.-02. Sportfest des Sportvereins
06. Fronleichnam-Prozession und Vogelschießen
16. Fahrt zum Phantasialand nach Brühl durch die DWJ
23. Frühschoppen mit Gesang des MGV (Th. Schäfers)

#### J u l i

- 03.-09. Zeltlager der DWJ
- 20.-22. Schützenfest

#### A u g u s t

- 02.-04. Fahrt der Mittwochsguppe der KLJB nach Holnkhausen
04. Annettag
17. Jazztanz-Fete der Sportjugend
25. Pfarrfest in der Schützenhalle

Stadt Lichtenau verliert Rechtsstreit um Bauskandal

# Bröckelnde Fundamente: Schule drohte einzustürzen

Von Hubertus Hartmann (Text) und Wolfram Brucks (Foto)

Lichtenau/Paderborn (WV). 600 Haupt- und Realschüler sind in Lichtenau offenbar jahrelang in einer einsturzgefährdeten Schule unterrichtet worden, ohne daß jemand die Gefahr erkennen konnte. Der Grund: Das städtische Schulzentrum war auf bröckeligen Fundamenten gebaut. Die Sanie-

Die Lichtenauer Schulzentrum mit Haupt- und Realschule steht auf einem ehemaligen Steinbruchgelände. In den Jahren 1969 bis 1972 wurde der erste Trakt errichtet, 1979 kam der zweite dazu. Daß die Standfestigkeit des Gebäudes gefährdet war, ahnte zunächst niemand. Erst als man 1994 begann, das Bauwerk wegen der gestiegenen Schülerzahlen um sechs Klassenzimmer und drei naturwissenschaftliche Räume aufzustocken, verlangte der Statiker eine Prüfung der Fundamente auf deren Tragfähigkeit. Bei den Probebohrungen fuhr allen Beteiligten dann der Schreck in die Glieder: Etliche der in den Boden getriebenen Fundamentpfähle bröckelten oder hingen in der Luft. »Da waren Hohlräume bis zu 20 Zentimetern«, erläutert Konrad

Lübbers, der Leiter des Schulverwaltungsamtes. Anscheinend habe man damals nicht bis auf festen Fels gebohrt und zudem teilweise minderwertigen Beton verwendet.

»Ohne Sanierung wäre das Gebäude wahrscheinlich irgendwann zusammengefallen, alles war in der Stabilität bedroht, und der Direktor wollte die Schule schon schließen«, sagt Rechtsanwalt Heinrich Striewe, der die Stadt vertritt. Letztes Jahr in den Sommerferien wurden die morschen Fundamente durch Nachpressen von Beton repariert und Risse in den Außenwänden, die sich inzwischen ebenfalls gebildet hatten, geflickt. Die Einsturzgefahr ist gebannt.

Doch um die Sanierungskosten streiten sich jetzt die Stadt und das Bauunternehmen, das Ende der 60er

Jahre die Arbeiten ausführte. Die Kosten muß sich die Kommune nun wahrscheinlich selbst ans Bein binden; denn ihre Schadenersatzklage gegen den Bauunternehmer wies das Landgericht Paderborn gestern ab. »Verjährt«, begründete Vorsitzender Richter Wolf-Dietrich Frank die Entscheidung.

Jahre die Arbeiten ausführte. Die Gewährleistungsfrist für Pusch am Bau beträgt nach VOB lediglich fünf Jahre, doch Rechtsanwalt Striewe spricht von sogenannten Mängelfolgeschäden, die erst nach 30 Jahren verjähren.

Die 4. Zivilkammer des Paderborner Landgerichts sah die Fehler allerdings nur im fehlerhaften Fundament, und geht daher von einem unmittelbaren Baumangel aus, für den die Firma heute nicht mehr haftbar gemacht werden könne.

Eine Entscheidung, die Stadtdirektor Helmut Winzen nicht nachvollziehen kann. »Das konnte vorher doch niemand ahnen. Ohne Aufstockung wären die Schäden bis heute nicht festgestellt worden.« Er erwägt eine Berufung beim Oberlandesgericht Hamm.



Das Lichtenauer Schulzentrum stand auf morschen Fundamenten und war vom Einsturz bedroht. Für die Sanierungskosten von 600 000 Mark kann die Stadt den Bauunternehmer nicht mehr haftbar machen.

Westfälisches Volksblatt vom 11. Januar 1996

Pastor Anton Lübbert wird morgen 65

## Ein Jubilar im Dienst an »seiner« Gemeinde

Holtheim (WV). Sein 65. Lebensjahr vollendet am morgigen Freitag Pastor Anton Lübbert in Holtheim. Der Jubilar ist ein echtes Kind des Hochstiftes. Er wurde in Bad Lippspringe geboren und absolvierte dort nach seiner Schulzeit von 1945 bis 1948 eine Ausbildung als Friseur. Nach einem Gesellenjahr nahm er 1950 am St. Clemensheim in Bad Driburg das Studium auf. Die Priesterweihe empfing er am 26. Juli 1962 in Paderborn.

Seine erste Anstellung führte ihn als Vikar nach Scherfede und Wrenxen. Weitere Stationen seines Wirkens waren Batenhorst bei Wiedenbrück und Salchendorf bei Netphen. Am 11. Dezember 1979 kam Anton Lübbert als Pfarrvikar nach Holtheim, wo er am 26. Juli 1987 auch sein Silbernes Priesterjubiläum feiern konnte. Beliebt und geachtet, fühlt er sich mittlerweile selbst als Holtheimer. Neben Holtheim betreut Pfarrvikar Lübbert auch die Filialgemeinde in Blankenrode, die seit der Neuordnung der Dekanate nicht mehr zur Pfarrei Meerhof gehört.



Pastor Anton Lübbert wird morgen 65 Jahre alt.

Pastor Lübbert macht sich viel Arbeit mit seiner Gemeinde, die das auch zu schätzen weiß. Ein besonderes Herzensanliegen war und ist ihm die Vorbereitung der Kinder auf den Empfang des Altarsakraments, die er mit besonderem Engagement durchführt. Die Jugendarbeit der Katholischen Landju-

gend (KLJB) weiß er besonders zu schätzen. Die kirchlichen Traditionen und Bräuche in Holtheim hat Pfarrvikar Lübbert stets in Ehren gehalten. Sakramentalien wie Blasiussegen und Kräuterweihe haben in seiner Liturgie noch ihren angestammten Platz, und auch die Tradition der Bittprozessionen wird von ihm noch hochgehalten. Die althergebrachte Prozession zur Amerunger Kapelle am Annetage, die dem »Zeitgeist« bereits zum Opfer gefallen war, wurde von ihm mit neuem Leben erfüllt.

Die Holtheimer Vereine schätzen die Präsenz Pastor Lübberts bei ihren Versammlungen und Festen. Mehrere Firmreisen und eine Volksmission in Holtheim wurden von ihm mit Erfolg vorbereitet. Seine Bereitschaft, beim Sportfest des SC Grün-Weiß und beim Zeltlager der Wanderjugend eine Feldmesse zu feiern, dankt ihm die Gemeinde mit reger Teilnahme.

Doch wie überall läßt das kirchliche Leben der Bevölkerung auch in Holtheim an vielen Stellen nach, was sich besonders am schwindenden Gottesdienstbesuch zeigt. So ist es ein besonderer Wunsch von Pastor Lübbert, das Gemeindeleben in Holtheim auch weiterhin auf dem anerkannt guten Stand der vergangenen Jahre zu bewahren, was freilich ohne Mithilfe der ganzen Gemeinde nicht möglich ist.

Ans Aufhören denkt der Jubilar auch mit 65 Jahren noch nicht. Solange es die Gesundheit zuläßt, möchte er weiterhin als Priester in Holtheim und Blankenrode wirken. Die beiden Gemeinden Holtheim und Blankenrode wünschen ihrem Pfarrvikar Anton Lübbert auch weiterhin Gottes Segen sowie noch viele Jahre in Gesundheit und als Seelsorger weiterhin ein frohes Schaffen.

Kopie aus dem Westfälischen Volksblatt

## Verkehrsberuhigung für Holtheimer Ortsdurchfahrt

# Fahrbahnverengungen sollen Raser bremsen

Lichtenau-Holtheim (mv). Einstimmig hat sich der Lichtenauer Bau- und Planungsausschuß in seiner jüngsten Sitzung für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Ortsdurchfahrt von Holtheim ausgesprochen. Sieben Fahrbahnverengungen und eine neue Vorfahrtsregelung an der Einmündung der Kleinenberger Straße auf die Eggestraße sollen künftig Raser bremsen und Schulwege sichern.

Eine Verkehrsberuhigung auf den langen, geraden Strecken wird seit vielen Jahren von der Bevölkerung gefordert. Ein umfangreiches Vorhaben scheiterte jedoch 1992 an der Finanzierung. In Zusammenarbeit mit Bürgermeister vor Ort, Ratsvertretern der Stadt Lichtenau und dem Kreis Paderborn

als Straßenträger, wurde im vergangenen Jahr ein neues Bündel von punktuellen Maßnahmen zusammengestellt (die NW berichtete).

Der jetzt vom Bauausschuß gebilligte Plan sieht eine Reduzierung der bisherigen Straßenbreite an den Engstellen von 6,50 auf 3,75 Meter vor, so daß dort kein Begegnungsverkehr mehr möglich ist. An den Ortseingängen von Lichtenau und Blankenrode aus sollen jeweils zwei versetzte Einengungen potentielle Raser bremsen. An untergeordneten Straßen wie der Straße „Am Charlottenbusch“ werden die Gehwege im Einmündungsbereich durchgehend gepflastert. In diesem Bereich könnte zudem zur Schulwegsicherung die Bushaltestelle

in Richtung Blankenrode vorgelegt werden, schlugen die Planer vor. „Am Lipsberg“ soll die Einmündung verengt werden.

Kernpunkt der Verkehrsberuhigung wird die neue Vorfahrtsregelung an der Einmündung der Kleinenberger Straße auf die Eggestraße. Hier soll eine abknickende Vorfahrt gelten. Die neueste Planung verzichtet auf die ursprünglich vorgesehene Verkehrsinsel, so daß auch Lastwagen ohne Probleme abbiegen können. Neu gestaltet wird auch die Ortsmitte um das Ehrenmal. Die Einmündung „Zum Brunnen“ wird enger, die Bushaltestellen entfallen. Linien- und Schulbusse sollen künftig in Höhe der neuen Einengung auf der Fahr-

bahn halten. Zwei weitere Einengungen bremsen den Verkehr am Ortsausgang nach Lichtenau. Außerdem wird hier die Straßenbeleuchtung erweitert.

Die im Kreishaushalt bereits vorgesehene Bausumme beläuft sich auf 435 000 Mark. Realisiert werden kann der Umbau der Ortsdurchfahrt voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte. Noch nicht in dem Plan enthalten ist die Gestaltung des Platzes vor dem Ehrenmal. Hierfür regte Lichtenaus Bürgermeister Manfred Müller einen Park- und Ride-Parkplatz an. Dessen Finanzierung und der Bau eines neuen Buswartehäuschens hängt jedoch von weiteren Fördermitteln ab.



Holtheims Ortsvorsteher Anton Humberg wird heute 65 Jahre alt.

Westf. Volksblatt

vom 1.2.1996

A. Humberg »65«

## Immer fürs ganze Dorf eingesetzt

Holtheim (hg). Sich für das Gemeinwohl zu engagieren, für den Zusammenhalt in der Dorfgemeinschaft zu arbeiten, das war immer das Ziel von Anton Humberg, lange, ehe er der Ortsvorsteher von Holtheim war. Das stellte er unter Beweis durch seine Mitgliedschaft und seine führende Mitarbeit in vielen dörflichen und überörtlichen Vereinen und Verbänden. Am heutigen Donnerstag vollendet er sein 65. Lebensjahr.

Zuerst war es die Feuerwehr, die ihn vor 40 Jahren zum Lehrgang in die Landesschule nach Warendorf schickte. Genauso lange gehört er dem Holtheimer Schützenverein an, davon 36 Jahre als Mitglied im Vorstand. 15 Jahre (1973 bis 1988) führte er den Verein als Oberst und war dessen Schützenkönig im Jahr 1982.

Langjährige Mitgliedschaften im Sportverein, im Spielmannszug und im Gesangsverein waren sowohl aktiver wie auch fördernder Natur. Als Vorsitzender des landwirtschaftlichen Ortsvereins über 20 Jahre wurde er 1987 mit der Schorlemer-Plakette in Bronze ausgezeichnet.

Ortsvorsteher von Holtheim ist der Christdemokrat Anton Humberg seit 1989. Das 975jährige Dorfjubiläum war 1990 ein wesentlicher Höhepunkt in seiner Amtszeit, in der Abwasserbauwerke, Baugebiete, die Renovierung der Jugendräume und nun die Gestaltung der Eggestraße wichtige Arbeitsschwerpunkte waren und sind. Daß ein Mann mit solch integrierender Kraft, wie es der Jubilar ist, auch das Amt des Schiedsmannes (1965 bis 1975) innehatte, ist eigentlich nur selbstverständlich.

Mit seiner Familie und seinen Freunden aus den vielen Tätigkeitsbereichen feiert »Knievels Anton« seinen Ehrentag. Der Empfang beginnt heute um 11 Uhr in der Gaststätte Bernhard Schäfers.

## Anton Humberg wird 65 Jahre alt

Holtheim (hg) Sich für das Gemeinwohl zu engagieren, für den Zusammenhalt in der Dorfgemeinschaft zu arbeiten, das war immer das Ziel von Anton Humberg, lange, ehe er der Ortsvorsteher von Holtheim war. Das stellte er unter Beweis durch seine Mitgliedschaft und seine führende Mitarbeit in vielen dörflichen und überörtlichen Vereinen und Verbänden.

Zuerst war es die Feuerwehr, die den nun 65jährigen vor vierzig Jahren zum Lehrgang in die Landesschule nach Warendorf schickte. Genauso lange gehört er dem Holtheimer Schützenverein an, davon 36 Jahre als Mitglied im Vorstand. Fünfzehn Jahre (von 1973 bis 1988) führte er den Verein als Oberst und war dessen Schützenkönig im Jahre 1982.

Langjährige Mitgliedschaften im Sportverein, im Spielmannszug und im Gesangverein waren sowohl aktiver, wie auch fördernder Natur. Als Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Ortsvereins über zwanzig Jahre wurde er 1987 mit der Schorlemer Plakette in Bronze ausgezeichnet.

Ortsvorsteher von Holtheim ist der Christdemokrat Anton Humberg seit 1989. Das 975-jährige Dorfjubiläum war 1990 ein wesentlicher Höhepunkt in seiner Amtszeit, in der Abwasserbauwerke, Baugebiete, die Renovierung der Jugendräume und nun die Gestaltung der Eggestraße wichtige Arbeitsschwerpunkte waren und sind. Daß ein Mann mit solch integrierender Kraft, wie es Anton Humberg ist, auch das Amt des Schiedsmanns (von 1965 bis 1975) inne hatte, ist eigentlich nur selbstverständlich.

Mit seiner Familie und seinen Freunden aus seinen vielen Tätigkeitsbereichen wird "Knievels Anton" seinen 65. Geburtstag am 1. Februar feiern. Der Empfang beginnt um 11 Uhr in der Gaststätte Bernhard Schäfers.



*Kurzabbildung für die Stadt Lichtenau vom 2.2.1996*

SPD stimmt Sparhaushalt mit Einschränkungen zu

## »Budgetierung« heißt das Zauberwort der CDU

Lichtenau (AnS). Budgetierung hieß das Zauberwort am Donnerstag im Lichtenauer Rat. Die CDU hofft, daß durch dezentrale Finanzverantwortung beispielsweise der Schulleiter, Kindergartenleiterinnen und der Feuerwehr das Geld flexibler und effizienter ausgegeben wird. Die SPD ist nach Aussage ihres Fraktionsvorsitzenden Ferdi Thiele zumin-

Die SPD versah ihre Zustimmung allerdings mit zwei Einschränkungen: sie trägt die Wirtschaftspläne für Wasser- und Abwasserwerk nicht mit. Als Gründe nannte Ferdi Thiele den verlängerten Kooperationsvertrag Wasser-/Landwirtschaft, den er als »nicht mehr zeitgemäß« kritisierte, und die Entscheidung, Wasser- und Abwasserleitungen in der Pfarrer-Leifferen-Straße in Kleinenberg nicht zusammen zu verlegen.

CDU-Fraktionschef Karl Heinz Wange hob in seiner Haushaltsrede hervor, daß Lichtenau bei der Modernisierung und Effizienzsteigerung in der Verwaltung auf einem guten Weg und vielen Kommunen voraus sei. Beschlossen wurde die Bildung einer Arbeitsgruppe »Rathaus der Zukunft«. Die von der

SPD erneut geforderte Begutachtung des Verwaltungsapparates durch einen unabhängigen Prüfer lehnte die Mehrheitsfraktion als überflüssig ab. Bereits angelaufen ist die Führung des Bauhofes als internen Wirtschaftsbetrieb. Erwogen wird die Einrichtung eines Gesamt-Eigenbetriebs, der die Bereiche Wasser, Abwasser, Abfall, Bauhof und Stadtwald umfaßt.

Bei der geplanten Budgetregelung meldete allein SPD-Ratsfrau Christel Bauer Bedenken an. Sie befürchtet, daß dem Mißbrauch ehrenamtlicher Tätigkeit und der Schwarzarbeit Vorschub geleistet werden könnte, wenn beispielsweise die Schulen das Rasenmähen den Eltern übertragen würden, um das Geld für andere Zwecke ausgeben zu können. Dagegen hielt Bürger-

meister Manfred Müller Elternengagement in Schulen und Kindergärten für wichtig und steigerungsfähig.

Nicht durchsetzen konnte sich die SPD mit ihrem Vorschlag, 50 000 Mark beim Wirtschaftswegbau einzusparen. Die Grünen scheiterten mit ihrer Forderung, den Haushaltsansatz für die EDV-Ausstattung der Verwaltung von 80 000 auf 30 000 Mark zu reduzieren. Emotionen entfachte besonders die CDU-Forderung, die Erhöhung der Kreisumlage nicht widerspruchslos hinzunehmen und den Kreis anzuhalten, alle Sparmöglichkeiten auszuschöpfen. Ulrich Bentler (Die Grünen) sah in der gegenwärtigen Finanzsituation ein vorwiegend von der CDU »hausgemachtes« Problem.

*Westf. Volksblatt vom 3.2.1996*

Höchste Schneedecke Deutschlands

# Kältester Winter seit 30 Jahren

**Paderborn/Bad Lippspringe (WV/pic).** Dieser Winter ist der kälteste seit 30 Jahren. Die Wetterstation Bad Lippspringe machte für den Raum Paderborn nahezu sibirische Kältewerte aus. Am 26. Januar sei in Bad Lippspringe mit 14 Zentimeter Schneedecke gar die höchste Schneedecke Deutschlands gemessen worden. Erstaunlich: Trotz des grimmigen Winters registrierten die Wetterfrösche in der Badestadt allerdings auch Rekordwerte beim Sonnenschein. Dieser Winter schlägt offenbar alle Rekorde.

Kalt, sonnig und trocken präsentierte sich der Januar den Wetterbeobachtern der Wetterstation Bad Lippspringe. Trotz der Kälte in der zweiten Januarhälfte lag die Mitteltemperatur mit minus 1,5 Grad Celsius nur etwa 2,5 Grad unter dem langjährigen Mittel. Warme Mützen, Schals und Handschuhe waren aber dennoch angesagt, denn der starke Ostwind (Wind-Chill-Faktor) drückte das subjektive Kältegefühl zeitweise bis minus 30 Grad.

Außergewöhnlich für einen Januar war der geringe Niederschlag. Trotz des Schneechaos' fielen insgesamt nur elf Millimeter Niederschlag. Dennoch durfte Bad Lippspringe am 26. Januar mit 14 Zentimeter die höchste Neuschneedecke in Deutschland melden. Bemerkenswert sei, daß dieser Niederschlag bei Temperaturen unter minus zehn Grad Celsius fiel. Dieses Phänomen trete sonst nur in kontinentalem Klima, zum Beispiel Rußland, auf. Bei solch tiefen Temperaturen falle extrem lockerer Schnee. Der starke Wind konnte dann in freien Lagen den feinen Schnee sehr leicht zu Schneeverwehungen auftürmen.

Der eigentliche Rekord des Monats liegt aber in der hohen Anzahl Sonnenscheinstunden in Bad

Lippspringe. Obwohl nur 44 Stunden nach dem langjährigen Mittel zu erwarten sind, schien in Bad Lippspringe mehr als 130 Stunden lang die Sonne. Diese Abweichung von fast 300 Prozent bezieht sich allerdings nur auf die Meßstation in Bad Lippspringe. Östlich der Egge löste sich der Hochnebel

## Viel Sonne und eisige Kälte im Paderborner Land

trotz der beständigen Hochdruckwetterlage tagelang nicht auf. Seit dem außergewöhnlich warmen Oktober 95 ist bis jetzt jeder Monat kälter, als nach dem langjährigen Mittel zu erwarten gewesen wäre. Somit sei dieser Winter der bisher kälteste seit über 30 Jahren.

Der kalte Winter wirkt sich auch auf den Energieverbrauch aus. So ergab eine am Wochenende veröffentlichte Untersuchung der Frankfurter Techem AG nach einer Befragung von 193 Paderborner Haushalten, daß in Paderborn pro Heizperiode 19,6 Liter Heizöl pro Quadratmeter verbraucht werde. Paderborn liege damit um 2,1 Prozent leicht über dem Bundesdurchschnitt (19,2 Liter).

*Westfälisches Volksblatt vom 5.2.1996*



Polizeioberkommissar Hans-Josef Hötger tritt die Nachfolge des verabschiedeten Polizeioberkommissars Martin Schmidt an.

Nachfolger ist Hans-Josef Hötger

## »Ära Schmidt« nach fast 30 Jahren abgelaufen

Lichtenau (WV). Nach fast 30 Jahren Polizeidienst im Bezirk Lichtenau darf man getrost von der »Ära Schmidt« sprechen, die Ende Januar mit der Verabschiedung von Polizeioberkommissar Martin Schmidt in den Ruhestand offiziell endete. Offiziell deshalb, weil der Pensionär Schmidt, durch 39 Berufsjahre tief geprägt, mit seinem Herzen weiterhin Polizist bleiben wird.

Um immer auf dem Laufenden zu bleiben, kann er seinen ältesten Sohn löchern, der ebenfalls im Polizeidienst ist. Wer das Privatleben des Vaters kennt, den überrascht die Berufswahl des Sohnes nicht. Das Privatleben eines Bezirksdienstbeamten sei eng mit seiner Arbeit verknüpft, meinte Martin Schmidt bei seiner Verabschiedung. Die Familie werde einfach mit einbezogen. Es sei ganz normal gewesen, daß die Bürger am Sonntag nach dem Hochamt vorgesprochen hätten. Diese vielen Begegnungen hätten auch das Interesse seines Sohnes an der Polizeiarbeit

geweckt und ihn geprägt. Martin Schmidt dankte seiner Frau, die ihn bei seiner Arbeit stets unterstützte und es in seiner Abwesenheit beispielsweise übernommen habe, Familienstreitigkeiten zu schlichten. Familie, Haus, Garten und Hobbys sollen nun die freigewordene Zeit ausfüllen.

Mit Polizeioberkommissar Hans-Josef Hötger, ebenfalls ein Lichtenauer »Eigengewächs«, tritt ein erfahrener Polizeibeamter seine Nachfolge an. Wie Martin Schmidt möchte er den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort mit Rat und Tat zur Seite stehen.

*Westf. Volksblatt vom 6.2.1996*

5. GROÙE KARNEVALSGALA DES SPORT- UND SCHÜTZENVEREINS IN DER

SCHÜTZENHALLE HOLTHEIM

Am Samstag dem 17.02.1996

Einlaß : 18.00 Uhr

Beginn : 19.33 Uhr

Am Sonntag dem 18.02.1996

Einlaß : 14.00 Uhr

Beginn : 14.33 Uhr

P R O G R A M M :

=====

A) Einmarsch des Fünfferrates mit den beiden Funkenmariechen

B) B e g r ü ß u n g durch den Karnevalspräsidenten

C) Auftritt der einzelnen Gruppen :

- |                    |                                         |
|--------------------|-----------------------------------------|
| 1. Tanzgruppe      | - " Funkenmariechen "                   |
| 2. Karsten Humberg | - " Der verheiratete Selbstverpfleger " |
| 3. Spiel           | - " Schnipp Schnapp Schniedel ab "      |
| 4. Tanzgruppe      | - " Die Rockenden Schotten "            |
| 5. Detlef Günther  | - " DORFBÜTT "                          |
| 6. Spiel           | - " MGV Siesertal "                     |

ANDINOS aus Grundsteinheim

- |                |                           |
|----------------|---------------------------|
| 7. Tanzgruppe  | - " Free of Jazz "        |
| 8. Spiel       | - " Samstagslotto "       |
| 9. Spiel       | - " Der Rassehund "       |
| 10. Spiel      | - " Bundeswehr "          |
| 11. Tanzgruppe | - " Red Bulls mit Queen " |

D) F I N A L E

\*\*\*\*\*

Am Mittwoch dem 14.02.96 um 19.30 Uhr Probe ( ohne Kostüm )

Am Freitag dem 16.02.96 um 19.30 Uhr Generalprobe ( mit Kostüm )



## Speisekarte

- |                                                            |          |
|------------------------------------------------------------|----------|
| 1) Schnitzel Wiener Art<br>mit Pommes und gemischtem Salat | 12,50 DM |
| 2) Jägerschnitzel<br>mit Pommes und gemischtem Salat       | 14,00 DM |
| 3) Zigeunerschnitzel<br>mit Pommes und gemischtem Salat    | 14,00 DM |
| 4) Rahmschnitzel<br>mit Pommes und gemischtem Salat        | 14,00 DM |
| 5) Bratwurst                                               | 2,70 DM  |
| 6) Currywurst                                              | 3,00 DM  |
| 7) Hühnerkraftbrühe<br>mit Einlage                         | 4,00 DM  |
| 8) Pommes frites                                           | 2,00 DM  |
| 9) Pommes frites mit Ketchup<br>oder Mayonnaise            | 2,50 DM  |



Wir wünschen Ihnen guten Appetit!

le

iglich  
Krone  
i" als  
dach  
ng je-  
kön-  
e Teil  
en ge-  
kenfe-  
ssen",  
en zu  
attran



## Preisliste

1 Gl. Pils	0,3 l	2,40 DM
1 Fl. Pils	0,3 l	2,40 DM
1 Kiste Pils		48,00 DM
1 Gl./Fl. Fanta	0,3 l	2,40 DM
1 Gl./Fl. Cola	0,3 l	2,40 DM
1 Gl./Fl. Wasser	0,3 l	2,40 DM
1 Babalou	2 cl	2,00 DM
1 Kümmerling	2 cl	2,00 DM
1 Feigling	2 cl	2,00 DM
1 Korn	2 cl	2,00 DM
1 Jägermeister	2 cl	2,00 DM
1 Brombeere / Rote Grütze	2 cl	2,00 DM
1 Weinbrand	2 cl	2,00 DM



## In Holtheim wackeln die Wände

Lichtenau-Holtheim (bat). Je kleiner das Dorf, um so doller wird gefeiert. In Holtheim traf diese Binsenweisheit voll ins Schwarze. 500 kunterbunte Karnevalisten brachten die Schützenhalle zum Beben. „Chronist“ Detlef Günther hatte das Jahr über wieder fleißig das Dorfgeschehen beobachtet und servierte manche Kuriosität, wie sie nur das Holtheimer Leben schreibt. Er erinnerte an das Malheur vom letzten Schüt-

zenfest: „Da stand das königlich Schützenpaar plötzlich ohne Krone da“, und outete „Bauer Ferdi“ als „einzigsten Landwirt mit Sonnendach auf dem Trecker“. Die Stimmung jedenfalls hätte nicht besser sein können, und nachdem der offizielle Teil die Narren so richtig auf Touren gebracht hatte, wurde in der Jeckenfeste so richtig die „Sau rausgelassen“, daß die Halle aus den Nähten zu platzen drohte. **Foto: Battran**

Lichtenau • 29.3.1996

## **Selbst die Queen feierte tüchtig mit Holtheimer Narren standen bei großer Karnevalsgala Kopf**

Zum fünften Mal hatten sich Narren aus nah und fern bei der Karnevalsgala des Sport- und Schützenvereines in der Holtheimer Schützenhalle eingefunden. Karnevalspräsident Burkhard Schulte konnte mit seinem Fünfferrat ein Programm präsentieren, das jeden Lachmuskel einzeln strapazierte.

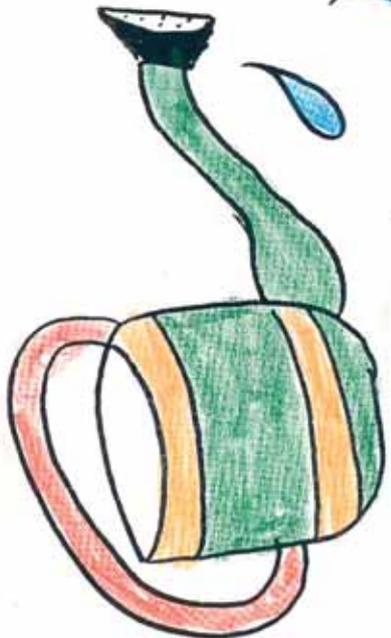
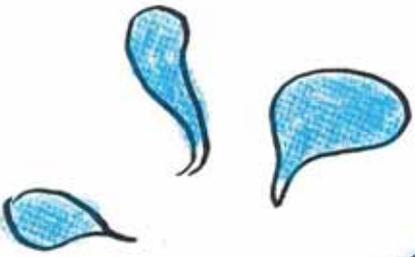
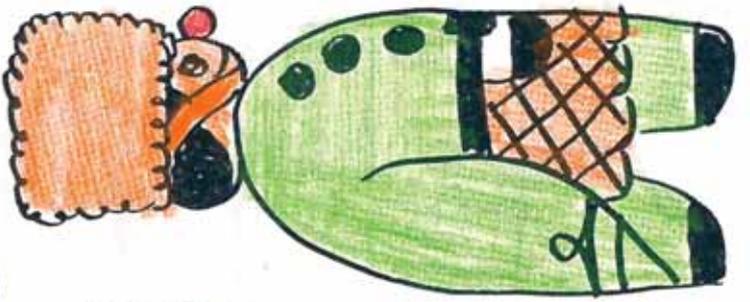
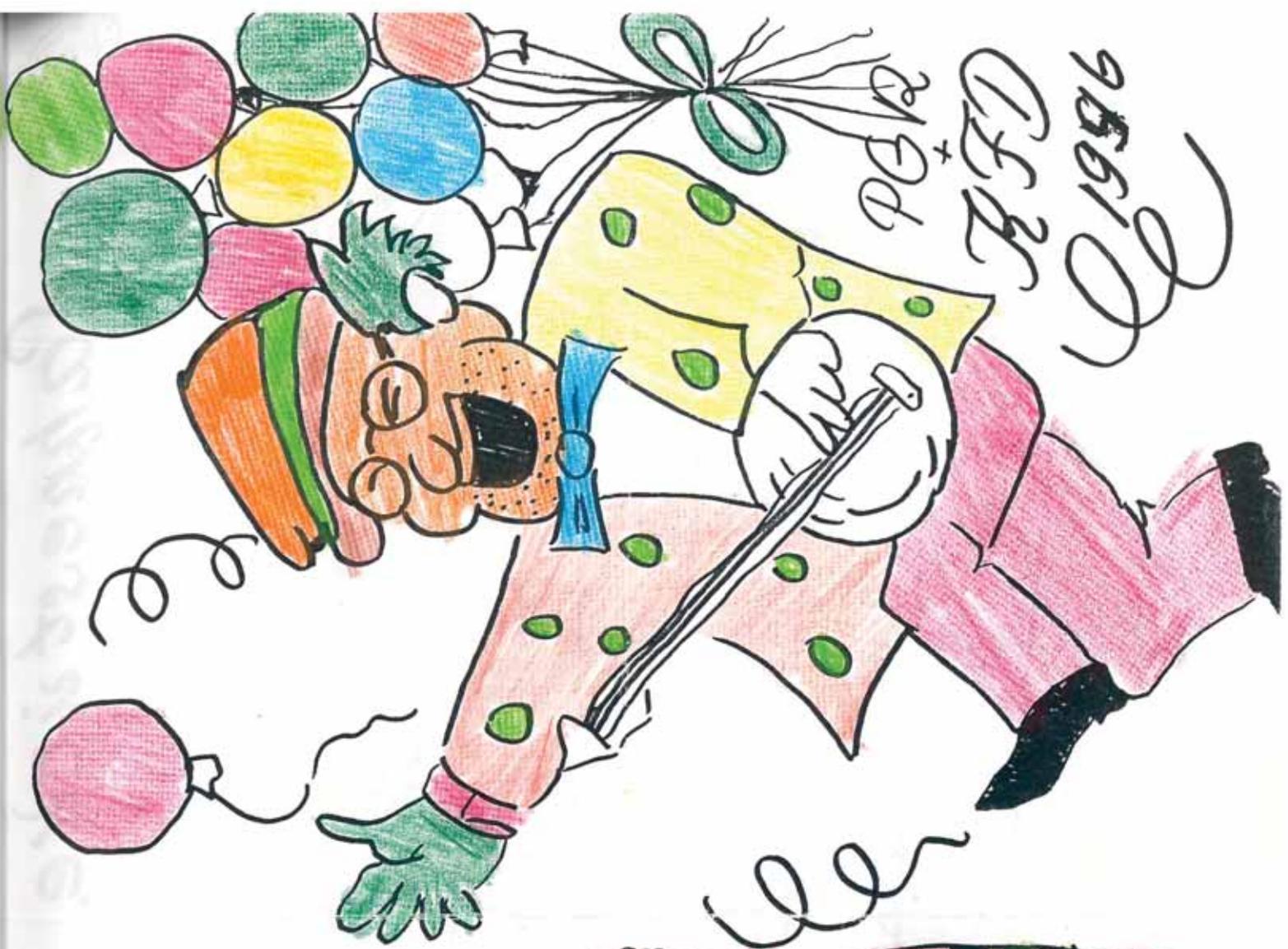
Karsten Humberg als "verheirateter Selbstverpfleger" ziemliche Probleme mit der hohen Schule des Kochens und Detlev Günther nahm beim "Samstagslotto" die Werbesprüche der Lottogesellschaft allzu wörtlich. Detlev Günther, K. Humberg, Ewald Wittlage und Simone Lücking gaben einen eindrucksvollen Einblick in den Bundeswehralltag zum besten; und beim Spiel "Schnipp schnapp, Schniedel ab, kam deutlich zu Tage, daß moderne Empfängnisverhütung auch wohl nicht der Weisheit letzter Schluß ist. Wegen einer erfolgreichen Hundejagd hatte sich Markus Müller vor der personifizierten Staatsgewalt alias Heinz Tesmer zu verantworten. Detlev Günther fühlte in seiner Dorfbütt auf so manchen hohlen Zahn und holte so einige kleine Sünder auf den Boden der Tatsache zurück. Der MGV Eintracht Sießertal berichtete von seiner Orientfahrt und hatte seinen Tenor durch einige Eunuchen verstärkt. Die drei Tanzgruppen "Funkenmariechen", "Rockende Schotten" und "Free of Jazz" sorgten mit ihrer Tanzkunst für den festlichen Rahmen des Geschehens. Das Männerballett hatte weder Kosten noch Mühen gescheut: Es stellte den Ehrenzug für die englische Königin, die protokollgerecht mit Hymne und Exerziermarsch begrüßt wurde. Sie bewies denn auch, daß Handtaschen kein Hindernis beim Tanzen sein müssen, und legte mit ihren "Red bulls" eine kesse Sohle auf's Parkett. Für beste Mitklatschlaune in der Schützenhalle sorgten nach dem launigen Programm die "Andinos" aus Grundsteinheim. In der vollbesetzten Schützenhalle feierten kleine und große Narren dann auch bis in die frühen Morgenstunden.

*NW: Rundblick für die Stadt Lichtenau*

95610

CFR

2/28



# Sähnestücke



Die Schatzen

Otto kriegt hat von Geburtstag

Moelig ist herrlich

Die Hura - Schenkehaiteur

Peter pariert nicht

Die Bushaltestelle

Zwei staemmälchen

Der Dorftriedel

Ja und mein Heinrich

Heirats absichten

Die Mini-  
Play-Bad-Show



# Wanderplan der EGV und DWJ Abt. Holtheim vom 25.02.1996 bis 09.07.1996



1. Sonntag, den 25.02.1996  
Fahrt der DWJ zum Starlight - Expreß nach Bochum
2. Samstag, den 02.03.1996 20.00 Uhr Jahreshauptversammlung im Vereinslokal Konrad Günther
3. Sonntag, den 24.03.1996 ab 12.45 Uhr / Vereinslokal  
Halbtagswanderung X1 Eggeweg. Wanderstrecke: Blankenrode - Marsberg ca. 14 km Wanderführer: Georg Fust. Für Kurzwanderer wird die Strecke Oesdorf - Marsberg ca.8 km angeboten. Rückfahrt mit eigenem PKW. Rückfahrt mit dem Bus. Wanderführer:  
Hinfahrt mit
4. Ostermontag, den 08.04.1996 ab 15.00 Uhr Ostereiersuchen an der EGV Hütte
5. Sonntag, den 21.04.1996 ab 11.30 / Vereinslokal  
Wanderung zum Tag des Baumes nach Peckelsheim.  
Wanderstrecke: Borlinghausen - Peckelsheim ca. 8 km. Wanderführer: Heinz Schuhmacher  
Hin- und Rückfahrt mit dem Bus. Anmeldungen für die Busfahrt bis zum 19.04.1996  
beim Wanderwart Heinz Schuhmacher Tel. 1256.
6. Dienstag, den 30.04.1996 ab 18.30 Uhr / Vereinslokal Maiwanderung zur EGV Hütte
7. Sonntag, den 05.05.1996 ab 12.00 Uhr / Vereinslokal  
Sternwanderung in Engar. Wanderstrecke Rimbeck - Engar ca. 6 km.  
Wanderführer Heinz Schuhmacher. Hinfahrt mit eigenem PKW. Rückfahrt mit dem Bus.
8. Vom 16. - 19.05.1996 Weserradtour der DWJ
9. Sonntag, den 19.05.1996 ab 8.30 Uhr / Vereinslokal  
Fahrt zu den Wanderfreunden nach Plettenberg. Um rege Beteiligung wird gebeten.  
Die Busfahrt ist frei.
10. Pfingstmontag, den 27.05.1996 ab 6.00 Uhr / Vereinslokal  
Frühwanderung nach Blankenrode
11. Sonntag, den 09.06.1996 ab 9.30 Uhr / Vereinslokal  
Familienradwanderung. Für alle Nichtradfahrer wird eine Kurzwanderung angeboten.  
Mittags Grillen und Abschluß in der EGV Hütte.
12. Sonntag, den 16.06.1996 Fahrt der DWJ zum Phantasialand nach Brühl
13. Sonntag, den 30.06.1996 ab 9.00 Uhr / Vereinslokal  
„Wandern auf dem Hermannsweg“ mit Rucksackverpflegung. Wanderführer: Heinz Schuhmacher  
Wanderstrecke: Bielefeld Tierpark - Borgholzhausen ca. 24 km. Hin- und Rückfahrt mit dem Bus.  
Für Kurzwanderer ist die Wanderstrecke Werther Schanze - Borgholzhausen ca. 12 km.  
Anmeldungen bis zum 28.06.1996 beim Wanderwart Heinz Schuhmacher.
14. Vom 03. - 09.07.1996 Zeltlager der DWJ Abt. Holtheim

Alle Wanderungen und Veranstaltungen auf eigene Gefahr! Teilnehmer, die nicht dem EGV angehören,  
sind immer herzlichst eingeladen.

„FRISCH AUF“ EGV und DWJ Abt. Holtheim

Für das Wanderteam: *Heinz Schuhmacher* (Wanderwart)

*Eggegebirgsverein e.V. Abt. Holtheim*

Einladung

Zur diesjährigen Jahreshauptversammlung am 02.03.1996  
im Vereinslokal K. Günther lädt der Vorstand der  
EGV-Abteilung Holtheim Sie um 20.00 Uhr hiermit  
herzlich ein.

- Tagesordnung :
1. Begrüßung
  2. Totengedenken
  3. Verlesung des Vorjahresprotokolls
  4. Berichte und Ehrungen
  5. Wahl der Kassenprüfer
  6. Verschiedenes

Mit einem herzlichen Frisch Auf

Der Vorstand

Holtheim, 14.02.1996

Landwirte sind in Zugzwang

## Nachdenken über neue Kooperations-Formen

Altkreis Büren (WV/hpm). Die Unsicherheit der EU-Agrarpolitik und immer größere Auflagen durch staatliche Stellen setzen die Landwirte unter Druck. Vorbei ist die Zeit, in der sich jeder um seinen eigenen Hof kümmert. Neue Zeiten brechen an mit neuen Lösungen für landwirtschaftliche Betriebe: Das ist die Botschaft des Coesfelder Landwirts Rudolf Schulze Herding, vorgetragen auf der Mitgliederversammlung des Saatbauvereins Büren-Paderborn in Atteln (wir berichteten gestern). »Wer nicht an die Zukunft denkt, hat keine«, ist ein weiteres Ergebnis seiner Arbeit.

Die Erfahrung mit der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern zeige, daß man bei der Bewirtschaftung großer Flächen neue Wege gehen könne. Große Maschinen und lange Einsatzzeiten brächten enorme Schlagkraft mit sich, die von einem Einzelbetrieb gar nicht genutzt werden könne.

Kosteneffekte zu nutzen, war der wichtigste Beweggrund für die Gründung einer Kooperation mit drei weiteren landwirtschaftlichen Betrieben im Münsterland. Gut 300 Hektar Ackerfläche werden in gemeinsamer Regie von einem fremden Mitarbeiter bewirtschaftet. In Eigenregie jedes Betriebes wird nur noch die intensive Schweinemast betrieben. Aber der gesamte Ein- und Verkauf, das Management und die Maschinen werden gemeinsam betrieben. Die Zuständigkeit jedes einzelnen für die Gemeinschaft ist geregelt. Wachstum und Investitionen in den Einzelbetrieben seien wieder möglich, weil sie nicht ständig vor dem Gesichtspunkt der Hofnachfolge getroffen werden müßten. Künftige Hofnachfolger würden häufig abgeschreckt durch die hohe Arbeitsbelastung und feste Bindung an den landwirtschaftlichen Betrieb. Es bleibe mehr Zeit für die eigentliche Betriebsleitertätigkeit, mehr Beweglichkeit; auch Urlaub werde so möglich. Schließlich sah der Referent Umwelteffekte und positive Auswirkungen auf das Berufsbild des Landwirts als Vorteile dieses Betriebssystems an.

Auch von Schwierigkeiten war die Rede, vom Umdenken, vom Zulassen anderer Meinungen und von ungewohnter Teamarbeit. Voraussetzung sei die geistige Bereitschaft, sich mit Neuem auseinanderzusetzen. Leider gebe es keine allgemeingültigen Lösungen für alle Betriebe. Ziel jeder Unternehmensentwicklung sei es, Menschen glücklich zu machen. Neben Gewinnerhöhung durch Umsatzsteigerung und Kostensenkung müsse



Rudolf Schulze Herding stellte neue Formen landwirtschaftlicher Kooperationen vor. Foto: H.-P. Manuel

die Unternehmensführung auch Arbeitsminimierung, Freizeiterhöhung und Umweltentlastung mit sich bringen. Sonst mache sie langfristig nicht glücklich. Die Thesen des Referenten sorgten für eine rege Diskussion und ergaben Anregungen sich weiter ernsthaft mit dem Thema zu befassen.

Der Vorsitzende des Saatbauvereins, Alfred Huttrop, sprach weitere Bereiche an, die im Umbruch sind. Die Saatgutvermehrung läuft durch ein neues Preissystem, das auf den sehr niedrigen Erntepreisen basiert, immer mehr zum Nachteil der Vermehrer; es sorgt für zunehmende Unzufriedenheit. Bemühungen der Züchter zur Erhebung einer Nachbaulizenz wurden kontrovers diskutiert. Hier ist mit schnellen Lösungen noch nicht zu rechnen.

aus: Westfälisches Volksblatt

Prof. Dr. Gerhard Henkel fesselte seine Zuhörer mit Überlegungen zum Thema »Dorf«

## Das Land als »Verfügungsraum der Industriegesellschaft«

Basierend auf Beobachtungen der Entwicklung des ländlichen Raums in den vergangenen Jahrzehnten sowie der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Leitbilder hatte der in Fürstenberg wohnende Professor seine Perspektiven erarbeitet. »Es ist außerordentlich wichtig, nicht nur die tatsächliche Entwicklung, sondern auch die politische Behandlung des Dorfes durch den Staat zu beleuchten«, so Henkel.

Seiner Meinung nach gibt es zwei Entwicklungsrichtungen. Dabei sei es wahrscheinlich, daß es eine Fortführung der bisherigen Trends und Leitbilder gibt. Eine Alternative hierzu könne auf mehr wünschenswerte und denkbare Veränderungen des ländlichen Raumes und des Dorfes basieren.

### »Restkategorie«

Rein zahlenmäßig habe das Land zwar noch eine große Bedeutung - es umfaßt 80 Prozent der Fläche und 50 Prozent der Einwohner - aber in der Raumordnungspolitik wird es als Restkategorie der Gesellschaft behandelt. »Das Land wird zunehmend zur Verfügungsmasse, zum »Ausgleichsraum, der Industriegesellschaft, in der oft die Bedürfnisse und Diktate der Ballungsgebiete herrschen«, so Henkel im weiteren Verlauf seiner Ausführungen. Ohne Zweifel seien zwar Wohlstand und Lebensstandard in

Fürstenberg (eB). »Sie haben mir aus der Seele gesprochen«, formulierte Bernhard Löttering aus Haaren seine Glückwünsche an Professor Dr. Gerhard Henkel nach dessen Vortrag anlässlich einer Informationsveranstaltung des Wünnenberger CDU-Stadtverbandes. In einem einstündigen Referat hatte der Redner in Für-

stenberg vor seiner Ansichten über die mögliche Entwicklung der Dörfer und des ländlichen Raums auf dem Weg ins nächste Jahrtausend prägnant offeriert. »Es ist ein schwieriges und anspruchsvolles Thema«, hatte Dr. Henkel zu Beginn seiner Ausführungen vorgewarnt. Doch nicht ein Zuhörer verließ vorzeitig den Saal.

den vergangenen Jahrzehnten auch auf dem Land gewachsen, doch sei weiterhin das Leitbild der Rückständigkeit des ländlichen Raums verbreitet. Als ein großes Problem stelle sich auch der zunehmende Machtgewinn der Zentralen gegenüber dem ländlich geprägten Raum dar. Dabei entwickelten sich dessen Förderer mehr und mehr zur Fremdsteuern und Fremdbestimmung. Konsequenz: Die Förderpolitik könne dazu beitragen, den ländlichen Raum zu schwächen.

Fremdbestimmung, zentrale Leitbilder und Programme führten zur Schablonisierung der Kulturlandschaften, so daß regionale und lokale Unterschiede und Besonderheiten verloren gingen. Vielfältige Reformen und Programme hätten weiterhin nicht nur die Entmündigung der Provinz gefördert, sondern auch Infrastruktur und Arbeitsplätze vom Dorf und Land abgezogen.

Dabei sind nach Meinung des Referenten auch die Autonomie und die Kompetenz der dörflichen Gemeinschaft nahezu vollständig verloren gegangen. So habe die kom-

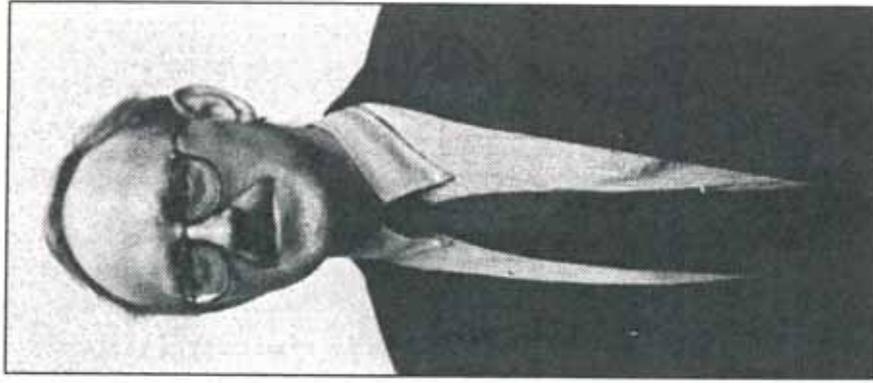
munale Gebietsreform einen schweren Verlust der Identität von Dorf und Gemeinde herbeigeführt: »Ortsnamen wurden an die Seite gedrängt und durch Ziffern ersetzt.« Sollte sich der Trend fortsetzen, könnte laut Professor Henkel das Dorf im Jahr 2010 von folgenden Merkmalen gekennzeichnet sein: Der ländliche Raum wird endgültig zur Verfügungsmasse der Städte degradiert und durch fortwährende zentralistische Politik wirtschaftlich und politisch geschwächt. Die individuelle und eigenverantwortliche Dorfentwicklung wird zur Geschichte, und die Zahl der politisch resignierenden Dorfbewohner steigt weiter: »In der Bürgerschaft wird es eine weiter zunehmende politische Apathie und den Rückzug ins Private und ins Vereinsleben geben.«

Wie eine denk- und wünschenswerte Alternative der künftigen Dorfentwicklung aussehen kann, zeigte Gerhard Henkel nach der Bestandaufnahme auf. Im politischen Bereich und bei den Bürgern zeichne sich die Bereitschaft zum Nachdenken über eine alternative

### Lokale Autonomie

und Verpflichtungen übernimmt als auch Empfehlungen für den Stadtrat erarbeitet.

Fernziel der meisten eingemeindeten Dörfer müsse es sein, zumindest die verlorene lokale Autonomie zurückzugewinnen und eine gewisse wirtschaftliche und kulturelle Eigendynamik zu entwickeln. Dazu gehöre auch die Ausstattung des Dorfes mit einer angemessenen lokalen Infrastruktur und möglichst vielseitigen Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und anderen Bereichen.



Die Situation des ländlichen Raums beleuchtete Prof. Dr. Gerhard Henkel vor Mitgliedern des CDU-Stadtverbandes Wünnenberg. Foto: Büttner

Westfälisches Volksblatt vom 26.2.1996

---

Dienstag, 5. März 1996

---

Pech für Nachwuchslandwirte:

---

# Fachschule wird dichtgemacht

Von Hubertus Hartmann

**Kreis Paderborn (WV).** »Aus« für die Landwirtschaftsschule in Paderborn. Was sich bereits seit Jahren abzeichnete, ist jetzt auch formell beschlossen: Die »Fachschulen für Landwirtschaft« in der Paderstadt und in Brakel werden ebenso wie drei weitere in Westfalen-Lippe im Sommer dicht gemacht. Die Schülerzahlen reichen nicht mehr aus.

Im offiziellen Sprachgebrauch der Landwirtschaftskammer ist zwar von einem »vorläufigen Ruhen des Schulbetriebs« die Rede, doch Dr. Walter Frede, Schulleiter und Chef der landwirtschaftlichen Kreisstelle Paderborn, gibt sich keinen Illusionen hin: »Es ist leider nicht zu erwarten, daß die Schülerzahl in den nächsten Jahren wieder steigt«. Derzeit bekommen in Paderborn noch zwölf Jungbauern das Einmaleins der Agrarlehre beigebracht, doch in den drei Schuljahren zuvor war schon kein Unterricht mehr zustande gekommen, die Schülerinnen und Schüler mußten nach Brakel oder Soest ausweichen. Für das Schuljahr 1996/97 liegen ebenfalls nur acht Anmeldungen vor.

Weil im gesamten Kammerbezirk der landwirtschaftliche Nachwuchs immer spärlicher wird, war die

Auflösung von Fachschulen eine logische Konsequenz. Nur sieben von zwölf sollen vorerst weitergeführt werden. Angehende Landwirte aus dem Kreis Paderborn müssen künftig nach Soest oder Herford.

Kreislandwirt Engelbert Meyer spricht von einem »zwar schmerzlichen, aber unausweichlichen Einschnitt«. Trotzdem sollten junge Leute auch künftig in der Schule auf ihren Beruf vorbereitet werden. Ohne eine qualifizierte Ausbildung könne ein Landwirt in Zukunft nicht existieren, ist Meyer überzeugt. Noch gibt es zwischen Senne und Egge etwa 1500 landwirtschaftliche Vollerwerbsbetriebe.

Mit der Schließung der Landwirtschaftsschule geht in Paderborn eine beinahe 90jährige Tradition zuende. Rund 2700 Jungbauern und -bäuerinnen haben seit 1907 die Bildungseinrichtung besucht.

---

*aus: Westfälisches Volksblatt*

---

## Ärger über lange Stromausfälle

# Lichtenauer sind »sauer« auf VEW

Von Heinz-Peter Manuel

Lichtenau (WV). Die Lichtenauer Politiker sind unzufrieden mit dem Energieversorger VEW. Wiederholt, so die Klage, mußten die Bewohner der Lichtenauer Ortsteile bei größeren Störungen wesentlich längere Stromausfallzeiten hinnehmen als Menschen anderer Gemeinden. So war es auch beim jüngsten Zwischenfalle, als ein Hubschrauber am 7. November 1995 an der A 44 Leitungen beschädigte. Während nach relativ kurzer Zeit die Versorgung in Wünnenberg und Marsberg wiederhergestellt war, mußten die Lichtenauer viele Stunden warten, bis sie wieder Strom hatten. Das hatte zu empörten Nachfragen unter anderem in der jüngsten Ratssitzung geführt.

Aber auch das von der Arnberger Bezirksdirektion geschickte Schreiben konnte die Lichtenauer nicht beruhigen, im Gegenteil: »Wir werden wahrscheinlich so lange vertröstet, bis wir das Problem vergessen haben«, mutmaßte Bauausschußvorsitzender Ulrich Löhr

### Langes Vertrösten

(SPD). Dem pflichtete auch CDU-Fraktionschef Karl-Heinz Wange bei: »Arnsberg ist weit weg«, sagte er vieldeutig.

Als Hohn empfinden die Politiker den Hinweis der VEW, sicherheits halber seien zwei Systeme montiert, von denen im Notfall auch eines ausreiche, um die Versorgung zu sichern. »Was soll das, wenn beide Leitungen auf einem Mast hängen«, fragte sich nicht nur Stadtdirektor Helmut Winzen. Denn bei Störfällen werden dann in der Regel beide Systeme betroffen. So war es beim Hubschrauberabsturz 1987 im Aftetal bei Büren, so war es beim durch Eisregen bedingten Zusammenbrechen von Masten 1988, und so war es auch jetzt wieder, als

erneut ein Hubschrauber die Kabel kappte. »Das müssen die VEW dringend ändern«, forderte Winzen.

»Hier wird nur das Prinzip Hoffnung ausgesprochen, daß nichts wieder passiert«, interpretierte Bernhard Hagelücken das Schreiben der VEW. Das Verhalten gleiche Jemandem, der einen Schirm zu Hause lasse, den anderen aber nicht mitnehme in der Hoffnung, daß es nicht regne. Er sprach die mangelnde Kooperation unter den Stromversorgern an. Es könne doch wohl nicht angehen, daß dicht am Lichtenauer Stadtgebiet vorbei zum Beispiel Leitungen der PESAG geführt würden, ohne sie zu benutzen.

Mit den Nachrichten aus Arnberg wollen sich die Lichtenauer nicht zufrieden geben. Sie fordern,

### Prinzip Hoffnung

daß ein Vertreter des Unternehmens noch einmal persönlich Stellung nimmt, wie man künftig mit der Stadt umgehen will. »Wir haben leider keinen Rechtsanspruch«, so Ulrich Löhr. »Wir können nur öffentlichen Druck machen.«

aus: Westfälisches Volksblatt

Fremdenverkehrsgemeinschaft erwartet Tourismus-Aufschwung

## Logo Zeichen für »frischen Wind«

Lichtenau (wv). Einen neuen Aufschwung für den Tourismus in diesem Jahr und in den kommenden Jahren erhofft sich die Fremdenverkehrsgemeinschaft der Stadt Lichtenau. Das wurde am Donnerstagabend in der gut besuchten Jahresversammlung in der Attelner Gaststätte »Zum Spieker« deutlich.

Der erste Vorsitzende der Fremdenverkehrsgemeinschaft, Manfred Hibbeln, konnte neben dem Geschäftsführer der Touristik-Zentrale Paderborner Land, Herbert Hofmann, und den beiden Vertretern des Hotel- und Gaststättenverbandes, Uwe Kirschner und Elmar Borggreve, Lichtenaus Bürgermeister Manfred Müller und den Wirtschaftsförderer Peter Buck begrüßen. Ihre Teilnahme wertete Hibbeln als Zeichen für verstärkte Bemühungen auch seitens der Stadt um den Tourismus.

In seinem Jahresbericht blickte

Hibbeln auf rege Tätigkeit (fünf Vorstandssitzungen und sechs Sitzungen des Werbeausschusses der Fremdenverkehrsgemeinschaft) zurück, vor allem aber auf die durch Anfragen und Buchungen erfolgreiche Teilnahme an den Verbraucherausstellungen in Dortmund und Kassel mit eigenem Messestand. Dieses Prinzip, an den Verbraucher unmittelbar heranzugehen, erweise sich als richtig. Auch habe es sich als positiv erwiesen, daß sich seit September vergangenen Jahres ein Mitarbeiter der Wirtschaftsförderungs-Gesell-

schaft Lichtenau sehr intensiv um den Tourismus gekümmert habe. 1996 und 1997 soll die Werbung für Lichtenau auf Messen und Ausstellungen sowie in Fußgängerzonen des Ruhrgebietes und des Nordens fortgesetzt werden.

Nach dem Kassenbericht bestätigten die Kassenprüfer eine korrekte Kassenführung, so daß der gesamte Vorstand für die Geschäftsführung des letzten Jahres einstimmig entlastet werden konnte. Als Nachfolger für den verstorbenen Hans-Dieter Hustedt wurde der 32jährige Bankkaufmann Lothar Junker aus Holtheim zum neuen Kassierer gewählt.

Den Schwerpunkt der Jahresversammlung bildete die Verabschiedung eines neuen Konzeptes für den Lichtenauer Tourismus, das Manfred Müller und Peter Buck erarbeitet hatten. Dieses Konzept soll der Öffentlichkeit in der kommenden Woche vorgestellt werden. Äußeres Zeichen für den frischen Wind im Tourismusgeschehen der Stadt ist das neue Logo: »Lichtenau - das Gute liegt so nah«.



aus: Westfälisches Volksblatt

*EGV-Abteilung  
Holtheim*

Liebe Wanderfreunde,

im Rahmen der Jahreshauptversammlung`96 wurde bereits angekündigt, daß am 19.05.96 eine Fahrt zu den Wanderfreunden nach Plettenberg stattfindet.

Ausgangspunkt dieser Fahrt ist die Gaststätte K. Günther um 8.30 Uhr.

Um den Vorbereitungen der Plettenberger Gastgeber von unserer Seite eine Basis zu verleihen, melden Sie sich bitte bis zum 02.05.96 bei Wilhelm Knaup jun. Tel. 8281 an.

Der Vorstand  
Wilhelm Knaup jun.

Besseres Haushaltsergebnis als befürchtet

# Lichtenau Modell Vorbild für kreisweite Sparpolitik

Von Heinz-Peter Manuel

Lichtenau (WV). Wenn er wirklich ernsthaft sparen wolle, solle der Kreis doch einmal Nachhilfeunterricht in Lichtenau nehmen. So lautet die Botschaft, die der Rat der 11 000-Einwohner-Gemeinde dem »großen Bruder« in Paderborn zukommen lassen hat. Zugrunde liegt dieser Einschätzung das in

In nahezu allen Bereichen ist das Ergebnis besser ausgefallen als zunächst befürchtet, berichtete Stadtdirektor Helmut Winzen dem Rat. Als Beispiele nannte er den Personalbereich (minus 282 000 Mark), die Zisen (minus 64 000 Mark), die Schülerbeförderung (minus 52 000 Mark) und die Sozialhilfe im Asylbewerberbereich (minus 65 000 Mark). Deutliche Wirkung habe auch die vom Rat beschlossene 20prozentige Ausgabenkürzung durch die Politik gezeigt.

Ganz wichtig sei aber, daß - auch aufgrund deutlich verbesserter Zuführung zum Vermögenshaushalt - Kredite von rund 1,35 Millionen Mark gar nicht in Anspruch genommen werden mußten. Geschont werden konnte damit auch die städtische Rücklage, was aber auch dringend notwendig war. Denn das 1995 eingesparte Geld muß in die-

sem Jahr zur Deckung der Ausgaben erhalten. Unter dem Strich bedeutet das, daß der durchschnittliche Lichtenauer aus dem städtischen Etat zum Jahresende 747 Mark Schulden hatte. Prognostiziert worden waren 880 Mark Pro-Kopf-Verschuldung.

Nicht sparen können die Lichtenauer aber bei den Pflichtabgaben

## Hohe Pflichtabgaben

an den Kreis. »Gegen diese Kosten können wir gar nicht ansparen«, beklagte der Stadtdirektor die auch in diesem Jahr wieder kräftig angestiegene Kreisumlage. Dabei nimmt der Kreis Paderborn in OWL nach den Zählen des Städte- und Gemeindebundes eine Spitzenstellung ein. Kommt der Kreis Höxter mit 44,4 Prozent aus, langt der Kreis

der Sitzung bekanntgegebene Ergebnis der Haushaltsrechnung 1995. Die Zahlen des Vorjahres liegen um mehr als 900 000 Mark günstiger als es im Etat befürchtet worden war. »Ein Ergebnis unserer konsequenten Sparpolitik«, freute sich Bürgermeister Manfred Müller: »Zur Nachahmung empfohlen.«

Paderborn seinen Gemeinde mit gut 55 Prozent in die Stadtsäckel. »Hier sollte der Kreistag einmal im Detail nachprüfen, ob wirklich alle Sparpotentiale ausgelotet sind«, forderte Bürgermeister Müller. Als Beispiel nannte er die Kreismusikschule, wo unter Druck plötzlich mehrere Hunderttausend Mark einzusparen waren.

Bei ihrem Protest gegen die Kreisumlage, den die Lichtenauer Anfang Februar schon einmal formulierten, ist den Ratsvertretern bewußt, daß im Kreis allein durch den hohen Zuzug von Aussiedlern im Bereich der Sozialhilfe immense Kosten anfallen, gegen die man sich nicht wehren kann. Trotz dieses Hinweises von Ferdi Thiele (SPD) und Ulrich Bentler (Grüne) auch auf gestrichene Mittel des Bundes fordert der Rat den Kreistag zum Sparen auf.

*aus: Westfälisches Volksblatt*

Gesellschaftlicher Entwicklung Rechnung getragen

# Neues Ausbildungszentrum in der Revierförsterei Husen

Von Heinz-Peter Manuel

**Altkreis Büren / Husen (WV).** Den Drilling locker über die Schulter gehängt, den krummbeinigen Rauhaardackel an der Leine durchwandert der Förster sein Revier: Die Vorstellung, nicht zuletzt immer wieder genährt durch alte Heimatfilme, steckt auch heute noch in den Hinterköpfen vieler Menschen. Doch sie stimmt nicht mehr, gehört nahezu komplett der Vergangenheit an. Der gesellschaftlichen Entwicklung mit größerem Umweltbewußtsein, mehr Interesse für die Natur und Umweltaufklärung

hat sich auch die Forstverwaltung nicht verschlossen. Dem trägt sie auch in ihrer Ausbildung Rechnung. Jüngstes Beispiel dafür ist die Einrichtung eines neuen Ausbildungszentrum am Forstamt in Husen, in dem das Staatliche Forstamt Paderborn sowohl seine Fortwirt-Auszubildenden besser schulen als auch Gruppen und Klassen aufklären kann. Vorgestellt wurde die neue Einrichtung im Altenautal gestern von Forstrat Dr. Heinz Gockel und Forstamtsrat Bruno Wiemers, der die Einrichtung auch leitet.

Seit 1978 ist Bruno Wiemers im Forstbetriebsbezirk Husen, seit 1980 werden dort auch Forstwirte (früher: Waldarbeiter) ausgebildet. 22 Auszubildende haben ihren Abschluß seither dort gemacht. Vor allem im theoretischen Bereich fand diese Ausbildung oft in einem Rahmen statt, der den heutigen Anforderungen nicht mehr genügt: Im Carport des Försters oder in der Waldarbeiterschutzhütte. Das hat nun ein Ende. Im vergangenen Jahr ist an das Forsthaus nahe des Ortsrandes für rund 200 000 Mark ein Schulungszentrum angebaut worden, das neben einem Werkraum für Maschinenunterweisungen oder Nistkästenbau auch einen Schulungsraum und eine Ausstellung von mehr als 70 verschiedenen Tierpräparaten enthält.

Zugute kommt das neue Zentrum aber nicht nur den angehenden Forstwirten, sondern auch allen, die sich für Wald und Umwelt interessieren. Ab sofort können sich Klassen, Jugendgruppen oder auch Erwachsene zu Informationsveranstaltungen und Exkursionen in den Wald bei Bruno Wiemers (☎ 0 52 92 / 558) anmelden. In der Vergangenheit ist er häufig in Schulen gewesen, um die Kinder in ihrem Biologieunterricht auf die Besonderheiten des Waldes und seiner Bewohner aufmerksam zu machen. Das zeitaufwendige für die Präparate auf Dauer schädliche Verladen, Transportieren und Aufbauen entfällt nun. Unter dem Tenor »Wald, dem Mensch erhalt!« bietet das Forstamt Paderborn nun neben dem Jugendwaldheim in Ringelstein und dem Fortbildungszentrum Steinbeke in der Egge einen dritten Anlaufpunkt für schulische Fortbildung in Husen.

Mit der Vorstellung des Zentrums machten die Verantwortlichen gleichzeitig Reklame für den Beruf des Fortswirts. In der Revierförsterei Husen stehen im Staatlichen Forstamt Paderborn jährlich zwei bis drei Ausbildungsplätze zu diesem naturverbundenen Beruf

zur Verfügung. Derzeit allerdings ist mit dem 17jährigen Bad Driburger Stephan Linnemann nur ein Auszubildender im ersten Lehrjahr, der von Forstwirtschaftsmeister Reinhard Lange in den naturverbundenen und ausgesprochen vielseitigen Beruf eingearbeitet wird. Zu den Inhalten gehören unter anderem eine solide handwerkliche Ausbildung, Maschinenkunde, der Einblick in ökologische Zusam-

menhänge und vieles mehr. »Die Absolventen haben später nicht nur im Forstamtsbereich gute Arbeitsmöglichkeiten, sondern auch zum Beispiel in der Landschaftspflege oder in städtischen Gartenbaubetrieben.« In den vergangenen Jahren hat das Interesse etwas nachgelassen, wundert sich auch Bruno Wiemers auf weitere Interessenten an diesem attraktiven Berufsbild.



Großen Wert legt Forstwirtschaftsmeister Reinhard Lange (hinten) in der Ausbildung auf die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften. Beim Fällen von Bäumen sind Helm, Hörschutz, Arbeitsschuhe und eine Schnittschutzhose unabdingbare Voraussetzung. Azubi Stephan Linnemann (vorn) setzt alle Anweisungen um.

Gesellschaftlicher Entwicklung Rechnung getragen

# Neues Ausbildungszentrum in der Revierförsterei Husen

Von Heinz-Peter Manuel

Altkreis Büren / Husen (WV). Den Drilling locker über die Schulter gehängt, den krummbeinigen Rauhaardackel an der Leine durchwandert der Förster sein Revier: Die Vorstellung, nicht zuletzt immer wieder genährt durch alte Heimatfilme, steckt auch heute noch in den Hinterköpfen vieler Menschen. Doch sie stimmt nicht mehr, gehört nahezu komplett der Vergangenheit an. Der gesellschaftlichen Entwicklung mit größerem Umweltbewußtsein, mehr Interesse für die Natur und Umweltaufklärung

hat sich auch die Forstverwaltung nicht verschlossen. Dem trägt sie auch in ihrer Ausbildung Rechnung. Jüngstes Beispiel dafür ist die Einrichtung eines neuen Ausbildungszentrum am Forstamt in Husen, in dem das Staatliche Forstamt Paderborn sowohl seine Fortwirt-Auszubildenden besser schulen als auch Gruppen und Klassen aufklären kann. Vorgestellt wurde die neue Einrichtung im Altenautal gestern von Forstrat Dr. Heinz Gockel und Forstamtsrat Bruno Wiemers, der die Einrichtung auch leitet.

Seit 1978 ist Bruno Wiemers im Forstbetriebsbezirk Husen, seit 1980 werden dort auch Forstwirte (früher: Waldarbeiter) ausgebildet. 22 Auszubildende haben ihren Abschluß seither dort gemacht. Vor allem im theoretischen Bereich fand diese Ausbildung oft in einem Rahmen statt, der den heutigen Anforderungen nicht mehr genügt: Im Carport des Försters oder in der Waldarbeiterschutzhütte. Das hat nun ein Ende. Im vergangenen Jahr ist an das Forsthaus nahe des Ortsrandes für rund 200 000 Mark ein Schulungszentrum angebaut worden, das neben einem Werkraum für Maschinenunterweisungen oder Nistkästenbau auch einen Schulungsraum und eine Ausstellung von mehr als 70 verschiedenen Tierpräparaten enthält.

Zugute kommt das neue Zentrum aber nicht nur den angehenden Forstwirten, sondern auch allen, die sich für Wald und Umwelt interessieren. Ab sofort können sich Klassen, Jugendgruppen oder auch Erwachsene zu Informationsveranstaltungen und Exkursionen in den Wald bei Bruno Wiemers (☎ 0 52 92 / 558) anmelden. In der Vergangenheit ist er häufig in Schulen gewesen, um die Kinder in ihrem Biologieunterricht auf die Besonderheiten des Waldes und seiner Bewohner aufmerksam zu machen. Das zeitaufwendige und für die Präparate auf Dauer schädliche Verladen, Transportieren und Aufbauen entfällt nun. Unter dem Tenor »Wald, dem Mensch erhalt!« bietet das Forstamt Paderborn nun neben dem Jugendwaldheim in Ringelstein und dem Fortbildungszentrum Steinbeke in der Egge einen dritten Anlaufpunkt für schulische Fortbildung in Husen.

Mit der Vorstellung des Zentrums machten die Verantwortlichen gleichzeitig Reklame für den Beruf des Fortwirts. In der Revierförsterei Husen stehen im Staatlichen Forstamt Paderborn jährlich zwei bis drei Ausbildungsplätze zu diesem naturverbundenen Beruf

zur Verfügung. Derzeit allerdings ist mit dem 17jährigen Bad Driburger Stephan Linnemann nur ein Auszubildender im ersten Lehrjahr, der von Forstwirtschaftsmeister Reinhard Lange in den naturverbundenen und ausgesprochen vielseitigen Beruf eingearbeitet wird. Zu den Inhalten gehören unter anderem eine solide handwerkliche Ausbildung, Maschinenkunde, der Einblick in ökologische Zusam-

menhänge und vieles mehr. »Die Absolventen haben später nicht nur im Forstamtsbereich gute Arbeitsmöglichkeiten, sondern auch zum Beispiel in der Landschaftspflege oder in städtischen Gartenbaubetrieben.« In den vergangenen Jahren hat das Interesse etwas nachgelassen, wundert sich auch Bruno Wiemers auf weitere Interessenten an diesem attraktiven Berufsbild.



Großen Wert legt Forstwirtschaftsmeister Reinhard Lange (hinten) in der Ausbildung auf die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften. Beim Fällen von Bäumen sind Helm, Hörschutz, Arbeitsschuhe und eine Schnittschutzhose unabdingbare Voraussetzung. Azubi Stephan Linnemann (vorn) setzt alle Anweisungen um.





Das neue Ausbildungszentrum in Husen umfaßt auch eine umfangreiche Sammlung präparierter Tiere für anschaulichen Unterricht, hier präsentiert von (von links) Azubi Stephan Linnemann, Forstrat Dr. Heinz Gockel, Forstamtsrat Bruno Wiemers und Forstwirtschaftsmeister Reinhard Lange.

*Westfälisches Volksblatt vom 3.4.1976*

Wir sind nur Gast auf Erden  
und wandern ohne Ruh'  
mit mancherlei Beschwerden  
der ewigen Heimat zu.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir  
Abschied von meinem lieben Mann, unse-  
rem guten Vater, Schwiegervater, Opa,  
Bruder, Schwager, Onkel und Cousin

## Franz Schäfers

\* 20. 3. 1922 † 12. 4. 1996

In stiller Trauer:

Maria Schäfers geb. Diekmann  
Karl Agethen und Christa geb. Schäfers  
mit Stefanie, Sabine und Mathias  
Anton Gockel  
und Marianne geb. Schäfers  
mit Sebastian  
Marcus Schäfers  
und Monika geb. Schäfers  
mit Franziska und Annika

Holtheim, den 12. April 1996  
Am Charlottenbusch 10

Das Seelenamt ist am Mittwoch, dem 17. April 1996, um 14.30  
Uhr in der Pfarrkirche zu Holtheim, anschließend die Beer-  
digung.

Das Rosenkranzgebet ist am Dienstag, dem 16. April 1996,  
um 19.00 Uhr in der Pfarrkirche.

Von Beileidsbekundungen am Grab bitten wir abzusehen.

Brief an Ministerin sorgt für Irritationen:

# Hobbyjäger blasen zum »Halali« auf Berufswildschützen

Von Hubertus Hartmann (Text und Foto)

**Kreis Paderborn (WV).** Revieroberjäger Jürgen Steinhoff, seine Zeichens Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Berufsjäger, muß in Deckung gehen. Denn Deutschlands Hobbyjäger haben zum »Halali« auf den Profi-Waidmann geblasen. Er steht derzeit heftig im Kreuzfeuer (der Kritik) seiner Jagdkollegen. Sie fühlen sich von dem 58jährigen Grünrock aus Tudorf im Kreis Paderborn nämlich verunglimpft und in ihrer waidmännischen Ehre gekränkt.

Stein des Anstoßes ist ein persönlicher Brief, den Steinhoff Ende vergangenen Jahres an Bundes-Umwelt- und Naturschutzministerin Angela Merkel schrieb. Darin bittet der Vertreter von 800 deutschen Berufsjägern um »Förderung des Einsatzes von Berufsjägern in Nationalparks, Bioreservaten und Naturschutzgebieten«.

Der Oberjäger aus dem Paderborner Land will zwar »keinesfalls allen Hobbyjägern Kompetenz oder Engagement absprechen«, verweist aber darauf, Berufsjäger (drei Jahre Lehrzeit mit staatlichem Abschluß) seien »solide ausgebildete Fachleute im Gegensatz zu den 320 000 Jagdscheininhabern, die die Jagd in ihrer Freizeit ausüben und zur Erlangung der Jagdlizenz einen halbjährigen Abendkurs (zweimal die Woche) besuchen«.

## Waidwerk im Zwielficht

Nicht nur dem Großteil der Bevölkerung sei eine - zur Zeit - unverantwortlich durchgeführte Hobbyjägerei in den Naturschutzgebieten und Nationalparks ein Dorn im Auge. »Auch wir Berufsjäger sind gegen eine verantwortungslose Wildbewirtschaftung in diesen Lebensräumen.« Allein in den neuen Bundesländern gebe es zahllose Beispiele, wo Flugwild in Schutzgebieten angeschossen werde, wo Hochsitze wie Wachtürme in das Landschaftsbild ragten und finanzkräftige Hobbyjäger die Jagd unter sich aufgeteilt hätten. In den Schutzgebieten müsse die Bejagung »qualifiziert und von kompetenten Fachleuten ausgeführt werden«.

Steinhoff geht es nach eigenen Worten um die Sicherung und Neuschaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen für seinen Berufsstand. Obwohl genügend Nach-

wuchs vorhanden sei, gebe es doch Sorgen um die Finanzierung der Ausbildung, und auch die Stellensituation sei nicht gerade rosig. »Durch den flächendeckenden Einsatz des Berufsjägers könnten rund 20 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, ohne die Jagdausübung der Freizeitjäger zu beschneiden!« Frau Merkel habe seine Vorschläge sehr wohlwollend aufgenommen, sagt der Tudorfer Jägersmann.

In einem weiteren Schreiben an den Präsidenten des Deutschen Tierschutz-Bundes, Dr. Apel, plädiert Steinhoff außerdem dafür, »daß der Nichtberufsjäger in Hege- und Jagdbetriebsgemeinschaften durch einen Berufsjäger beraten und betreut werden sollte«.

Durch eine möglicherweise gezielte Indiskretion in Bonn wurde der persönliche Brief an die Ministerin bekannt, und Steinhoffs Schuß ging nach hinten los. »Mein Mandant hat sogar schon einen anonymen Anruf erhalten, wo man ihm drohte, ihm das Dach über dem Kopf anzustecken«, berichtet dessen Rechtsanwalt Klaus Henke (Paderborn). Fachpublikationen der deutschen Jägerschaft schießen auf den Bundesvorsitzenden der Berufsjäger inzwischen aus allen Rohren. »Die Pirsch« beispielsweise interpretiert den Brief so, als wolle Steinhoff allen Freizeit-Nimrods das Schießen verbieten und »die Jagd praktisch nur von gut ausgebildeten Berufsjägern ausüben« lassen. Eine Behauptung, gegen die sich Jürgen Steinhoff jetzt rechtlich zur Wehr setzt. Beim Landgericht Paderborn hat er gegen »Pirsch«-Chefredakteur Michael Lewicki eine einstweilige Verfügung beantragt, um der Zeitschrift zu verbieten, Derartiges weiter zu verbreiten. Andernfalls solle Lewicki bis zu 500 000 Mark Ordnungsgeld zahlen.

13. / 14. April 1996

*aus: Westf. Volksblatt*

Kopie aus dem Rundblick für die  
Stadt Lichtenau vom 17. 5. 1996

## Ostern in Holtheim

Auch in diesem Jahr hatten sich am Karfreitag wieder zahlreiche Jugendliche zusammengefunden, um die Holtheimer Bürger und natürlich auch die über die Feiertage in der Gemeinde weilenden Gäste mit einem respektablen Osterfeuer zu erfreuen. In den Tagen bis Ostern wurde so manche Fuhre Fichtengrün aus den heimischen Wäldern zum Osterfeuerplatz gefahren. Dankenswerterweise hatten auch diesmal die Holtheimer Landwirte bereitwillig Trecker und Wagen zur Verfügung gestellt. Trotz Regen am Abend des Ostersonntages hatten sich zahlreiche Zuschauer eingefunden. Ortsvorsteher Anton Humberg berichtete kurz aus der Tradition der Osterfeuer und dankte den Jugendlichen für ihre Mühe, ehe diese das Feuer anzündeten. Das Feuer war zuvor wie in jedem Jahre mit Fackeln von der Osterkerze in der Kirche abgeholt worden. Am Ostermontag kam der Osterhase zu den jüngsten Mitgliedern der EGV-Abteilung Holtheim. Die kleinen Wanderer hatten denn auch wenig Mühe, die versteckten Leckereien aufzufinden. Unsere Bilder zeigen die Meßdiener mit ihren Kirchern, die wie immer an den Kartagen die Glocken ersetzten, sowie einige der fleißigen Osterfeuerhelfer.





Von der Paderborner  
Hochfläche zur Egge -  
Naturerlebnis rund um  
Holtheim

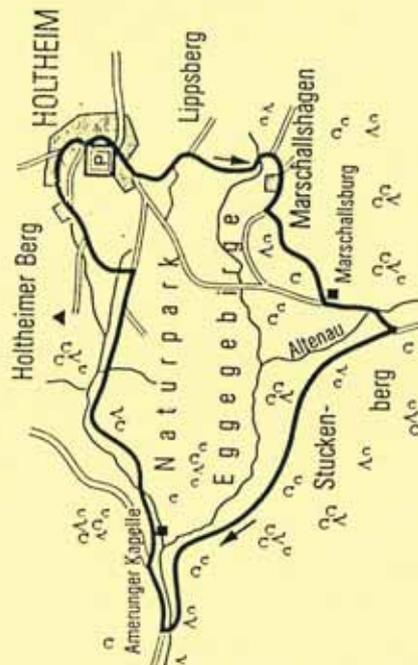


## Rund um Holtheim" - eine Wanderung oder Radwanderung durch die Jahrhunderte

Erleben Sie auf durchweg  
ausgebauten und ruhigen  
Wegen die wechselvolle  
Vergangenheit Holtheims.  
Ausgehend von einem  
großen *Hügelgrab* unserer  
Vorfahren aus der Bronze-  
zeit erreichen Sie *Amerun-  
gen* mit seiner schönen  
Barockkapelle, einstmals  
Sitz eines Freistuhles.  
Vorbei an den Umwallungen  
der *Marschallsburg*, einer  
"Vliehburg" aus der unsi-  
cheren Fehdezeit des Mit-  
telalters, kommen Sie zum  
idyllisch gelegenen *Mar-  
schallshagen*, im 19. Jahr-  
hundert Sitz einer großen  
Glashütte und damit Zeug-  
nis einer frühen Industri-  
alisierung.



Unterwegs ist Gelegenheit  
zu einer zünftigen Mittags-  
rast inmitten der herrlichen  
Wälder des südlichen  
Eggegebirges.



z auf  
rund  
baren  
ozent  
ellen,  
stach-  
rwal-  
einde  
zeine  
ngen

ab:  
gsba-  
schen  
g der  
den

, mit  
kosten  
einen  
e zum  
iertes  
alliert

Lei-  
auf-  
kann.  
ertei-  
mit je-  
n pro-  
lechte  
schon  
d der  
des  
kraft-  
ntrum  
htung  
erden,  
rimm-

lerun-  
erprü-  
schal-  
mmer-  
letzt-  
lich die  
halten.  
-Soft-  
ünftig  
nd den  
n. Daß  
ist für  
er und  
m kein  
ießlich  
endige  
einen  
en.

Westfälisches Volksblatt vom 11.5.1996

### Müde vom Wandern oder Radfahren?

- o Landgasthof Schäfers  
Schulstr. 6 - 10  
(Tel. 05295/418,  
Fax. 05295/407)
- o Gasthof Günther  
Am Lipsberg 8  
(Tel. 05295/419)

### Erfrischung bietet das Freibad in Lichtenau!



### Auf den Spuren der Geschichte

Wandern oder radeln Sie durch die Jahrhunderte

Rundweg  
Länge: 15 km (Radweg),  
10 km (Wanderweg)

Ausgangs- und Ankunftsort:  
Landgasthof Schäfers

Für Ihren Gästeführer sorgt  
der Verkehrsverein  
Holtheim

Anmeldung zur Führung:  
Landgasthof Schäfers  
(Tel. 05295/418,  
Fax. 05295/407)

Von der P  
Hochfläch  
Naturerleb  
Holtheim

Die Randle  
Südegge h  
alles durch  
Kalk- zum  
bar.  
Auf Ihrer W  
Sie diesen  
die Veränd  
Fauna. Buc  
mischwäld  
tenforste ze  
schiedliche  
Pflanzenwe  
Durch das  
"Düstern G  
das reizvoll  
seinen ries  
am "Hohen

## Von der Paderborner Hochfläche zur Egge - Naturerlebnis rund um Holtheim



Die Randlage Holtheims zur Südegge hin macht sich vor allem durch den Wechsel vom Kalk- zum Sandstein bemerkbar.

Auf Ihrer Wanderung erleben Sie diesen Wechsel und mit ihm die Veränderung von Flora und Fauna. Buchen- und Eichenmischwälder sowie große Fichtenforste zeigen ganz unterschiedliche Schönheiten der Pflanzenwelt.

Durch das romantische Tal des "Düstern Grund" erreichen Sie das reizvolle Altenautal mit seinen riesenhaften Kalkfelsen am "Hohen Stein". Vorbei an

den Wällen der mittelalterlichen Marschallsburg kommen Sie nach Holtheim zurück, das seine Wirtschaftskraft früher fast ausschließlich aus dem gerade eben durchwanderten Eggewald bezog.



zentrum, dessen Gebäude zu etwa zwei Dritteln mit großem Aufwand umgestaltet werden müßte, um optimale Ergebnisse zu erzielen. Ein Drittel ist bereits mit großem Kostenaufwand saniert, und das Ergebnis kann sich sehen lassen: Gutachter Benik verteilte hier ebenso gute Noten wie für andere Modernisierungsmaßnahmen in städtischen Gebäuden.

Rund 40 000 Mark kostet das Gutachten; 60 Prozent der Kosten trägt das Land. Wieviel die Stadt letztlich an den Gutachter überweisen muß, hängt auch von ihrer

fürung der Steuerung und Umschaltung auf automatische Sommer-Winter-Umstellung, können letztlich nur wirken, wenn sich auch die Menschen sinnvoll verhalten. Durch die mitgelieferte PC-Software kann die Stadt auch künftig jederzeit die Daten ändern und den neuen Verhältnissen anpassen. Daß die Stadt investieren wird, ist für Bürgermeister Manfred Müller und Stadtdirektor Helmut Winzen kein Thema. Man müsse schließlich langfristig denken und notwendige Ausgaben notfalls über einen Nachtragshaushalt finanzieren.

rz auf  
rund  
paren  
rozent  
stellen,  
atacher  
erwal-  
seinde  
azeline  
ungen

ab:  
lgsba-  
ischen  
g der  
n den

h, mit  
kosten  
reinen  
e zum  
liertes  
alliert  
: Lei-  
e auf-  
kann.  
ertei-  
nit je-  
n pro  
lechte  
schon  
id der  
; des  
kraft-  
ntrum  
htung  
erden,  
vimm-

lerun-  
erprü-

*Westfälisches Volksblatt vom 11.5.1996*

### Müde vom Radfahren?

- o Landgasthof Schäfers  
Schulstr. 6 - 10  
(Tel. 05295/418,  
Fax. 05295/407)
- o Gasthof Günther  
Am Lipsberg 8  
(Tel. 05295/419)

### Erfrischung bietet das Freibad in Lichtenau!



## Der Natur auf der Spur

Erleben Sie die Schönheiten  
und Launen der Natur

- Geführte Radwanderung -

Rundweg, Länge: 12,5 km

Ausgangs- und Ankunftsort:  
Landgasthof Schäfers

Für Ihren Gästeführer sorgt der  
Verkehrsverein Holtheim

Anmeldung zur Führung:  
Landgasthof Schäfers  
(Tel. 05295/418,  
Fax. 05295/407)



Anmeldung zur Führung:  
Landgasthof Schäfers  
(Tel. 05295/418,  
Fax. 05295/407)

# Gutachten zeigt Sparpotentiale für wenig Geld

Von Heinz-Peter Manuel

**Lichtenau (WV).** Jetzt hat es die Gemeinde Lichtenau schwarz auf weiß: Nach entsprechenden Investitionen kann die Stadt in ihren rund 40 Gebäuden jährlich bis zu 30 000 Mark an Energiekosten einsparen und die Umwelt gleichzeitig erheblich entlasten. Mindestens 15 Prozent weniger Schadstoffe können künftig aus den Schornsteinen quellen, wenn umgesetzt wird, was ein seit gestern vorliegendes Energiegutachten für Schulen, Kindergärten, Übergangwohnheime und Stadtverwaltung vorschlägt. Damit verfügt die Stadt Lichtenau als erste Gemeinde der Region über ein umfassendes Gutachten, das nicht nur einzelne Gebäude berücksichtigt, sondern für jedes Haus gezielte Anregungen gibt.

Auf Antrag der CDU, so gestern Bürgermeister Manfred Müller, hat der Rat bei in Lichtenau ansässigen »EWO Energietechnologie GmbH«, die völlig unabhängig von Stromversorgungsunternehmen arbeitet, das Gutachten in Auftrag gegeben. Sechs Monate lang nahmen deren Geschäftsführer Günter Benik und seine Mitarbeiter Siegfried Rüste-meier und Matthias Wigard die Häuser in den 15 Ortsteilen unter die Lupe, um zunächst den Ist-Zustand festzustellen.

Daraus und aus dem Studium der Planunterlagen resultieren die Vorschläge, die das Unternehmen den Verantwortlichen der Stadt für jedes einzelne Haus macht. In vielen Fällen reichen wenige tausend Mark, um schnell größere Mengen Energie und damit Kosten einzusparen. Als Beispiele nannte Benik feuchte Wände, defekte Oberlichter oder fehlende Isolierungen von Decken oder Dächern.

Andere Dinge sind komplexer, und Einsparungen lassen sich erst nach umfangreichen Investitionen erzielen. Ein Beispiel ist das Schulzentrum, dessen Gebäude zu etwa zwei Dritteln mit großem Aufwand umgestaltet werden müßte, um optimale Ergebnisse zu erzielen. Ein Drittel ist bereits mit großem Kostenaufwand saniert, und das Ergebnis kann sich sehen lassen: Gutachter Benik verteilte hier ebenso gute Noten wie für andere Modernisierungsmaßnahmen in städtischen Gebäuden.

Rund 40 000 Mark kostet das Gutachten; 60 Prozent der Kosten trägt das Land. Wieviel die Stadt letztlich an den Gutachter überweisen muß, hängt auch von ihrer

eigenen Investitionsfreude ab: Denn EWO arbeitet auf Erfolgsbasis und begleitet die städtischen Gremien bei der Umsetzung der Empfehlungen auch noch in den beiden nächsten Jahren.

Untersucht worden ist auch, mit welchem Aufwand Energiekosten bestimmten Gruppen oder Vereinen zuzuordnen sind. Dazu müßte zum Beispiel in Turnhallen ein codiertes Schlüsselschaltersystem installiert werden, das die elektrische Leistung und die Wärmemenge aufzeichnen und dokumentieren kann. Dazu ist ein Eingriff in die Verteilung notwendig. Man müsse mit jeweils rund 7500 Mark Kosten pro Halle rechnen, so Benik. Schlechte Aussichten bestehen allein schon wegen der großen Fläche und der relativ dünnen Besiedlung des Stadtgebietes für Blockheizkraftwerke. Lediglich im Schulzentrum könne eine derartige Einrichtung wirtschaftlich realisiert werden, wenn das naheliegende Schwimmbad mit einbezogen würde.

Doch alle technischen Änderungen, so zum Beispiel eine Überprüfung der Steuerung und Umschaltung auf automatische Sommer-Winter-Umstellung, können letztlich nur wirken, wenn sich auch die Menschen sinnvoll verhalten. Durch die mitgelieferte PC-Software kann die Stadt auch künftig jederzeit die Daten ändern und den neuen Verhältnissen anpassen. Daß die Stadt investieren wird, ist für Bürgermeister Manfred Müller und Stadtdirektor Helmut Winzen kein Thema. Man müsse schließlich langfristig denken und notwendige Ausgaben notfalls über einen Nachtragshaushalt finanzieren.

Westfälisches Volksblatt vom 11.5.1996

Lichtenau: Lange Diskussionen um Aktionsprogramm

## CDU: Positives Investitionsklima SPD-Kritik: Eine Tüte heißer Luft

Lichtenau (hpm). Erneut für zum Teil unsachliche Kontroversen sorgte in der jüngsten Sitzung des Lichtenauer Rates ein von der CDU-Fraktion vorgelegtes Programm, um möglichst günstige Rahmenbedingungen für Investitionen zu schaffen und ein möglichst effektives Arbeiten der Verwaltung zu ermöglichen. Nach langer Diskussion der insgesamt 16 Unterpunkte stimmten die Politiker des Rates mit weni-

»Wir legen hier ein klares Bekenntnis für die Baukonjunktur ab«, hatte Bürgermeister Manfred Müller eingangs die Absichten der CDU zusammengefaßt. Die Ankurbelung der Baukonjunktur habe positive Auswirkungen auf die gesamte Stadt. Er wollte das Positionspapier auch als Handlungsrahmen und Schwerpunktsetzung für die Stadtverwaltung gewertet sehen.

In einigen Punkten ist die Verwaltung bereits aktiv geworden. So teilte Stadtdirektor Helmut Winzen dem Rat mit, in Sachen Ausbau Husener Straße (hier wollte die CDU Druck beim Landschaftsverband machen) habe er mit dem Landtagsabgeordneten Gerhard Wächter gesprochen. Der habe ihm zugesichert, der Ausbau erfolge noch in diesem Jahr, die Mittel seien vorhanden. Das allerdings bezweifelte Ulrich Bentler (Grüne), der sich ohnehin gegen den Ausbau aussprach: »Das widerspricht unserem touristischen Ansatz«, rügte er »gigantische Abholzungen«. Auf jeden Fall müsse man sich von Ausbauplänen der Landstraße 817 zwischen Lichtenau und Asseln trennen, forderte er.

Einen weiteren Ausbau des Projektes »Arbeiten und Lernen« und die Einstellung weiterer AB-Kräfte hatte die CDU gewünscht. Die Verwaltung hat bereits drei ABM-Stellen beim Arbeitsamt beantragt. Wenn dem Antrag stattgegeben wird, teilen sich Arbeitsamt und Kreis die Kosten, teilte Helmut Winzen mit. Auch die Attraktivität der Lichtenauer Geschäftsstraßen

### Wirtschafts-Praktika?

hat die CDU im Blick. Eine mögliche Lösung wäre, daß die beim Bau des Windparks nahe Lichtenau fälligen Ausgleichsmaßnahmen zur Verschönerung der Straßen verwendet würden, regte der Stadtdirektor an.

Im weiteren Verlauf der Diskussion ging es auch um Dorfereinerungsmaßnahmen. Um die wenigen zur Verfügung stehenden Mittel möglichst breit zu streuen, hatte die CDU angeregt, die Stadt solle bei kleineren Maßnahmen künftig keinen Eigenanteil mehr tragen, sondern lediglich als Zuschußempfänger fungieren. Träger der Maßnahmen sollten künftig nur

gen Ausnahmen den Vorschlägen, die Verwaltungschef Helmut Winzen zum CDU-Antrag gemacht hatte, zu. Für die SPD allerdings, so teilte Fraktionsgeschäftsführerin Christel Bauer schriftlich mit, handelt es sich bei den Anträgen der Christdemokraten überwiegend um »heiße Luft«. Vieles sei längst beschlossen und zum Teil umgesetzt ergänzte auch Fraktionschef Ferdi Thiele.

noch Vereine vor Ort sein, wie es auch bei der Spiekerumfeld-Gestaltung in Atteln oder bei der Begegnungsstätte Lichtenau schon der Fall ist.

Deutlichere Aussagen der Verwaltung, zum Beispiel zu Praktika von städtischen Angestellten in der freien Wirtschaft, hatte sich Ulrich Löhr (SPD) gewünscht. Ihm teilte der Stadtdirektor mit, grundsätzlich stehe er einem gegenseitigen Austausch positiv gegenüber. Allerdings müsse die Wirtschaft dann auch bereit sein, diesen Austausch zu realisieren.

Als eine »Tüte heiße Luft« bezeichnete Christel Bauer das vorgelegte CDU-Papier und stellte grundsätzlich dessen Nutzen in Frage. Es komme ihr vor wie ein herbeigenötigter Rechenschaftsbericht der Verwaltung sagte sie. Sie vermisse neue Denkansätze, das Ganze sei ein gewaltiger Aufwand für nahezu keinen Nutzen.

Für die CDU verteidigte Heinz Köhler das 16-Punkte-Programm: Es gehe schließlich nicht darum, das Rad neu zu erfinden meinte er, sondern konkrete Vorschläge zur Verbesserung oder Beschleunigung vieler Dinge zu unterbreiten.

*Westfälisches Volksblatt vom 11.5.1996*

## Zwei Fußball-Pokalturniere im Programm

### SC Holtheim feiert Sportfest

**Holtheim (WV).** Der SC Grün-Weiß Holtheim feiert sein Sportfest an diesem Wochenende mit Pokalturnieren der ersten und zweiten Fußballmannschaften. Die teilnehmenden Vereine werden heute um 13.30 Uhr empfangen. Im Pokalturnier der zweiten Mannschaften treffen um 14 Uhr Husen II und Meerhof II aufeinander. Kleinenberg III tritt um 15 Uhr gegen Delbrück III an. Um 16.15 Uhr bestreitet Holtheim II das Einlagespiel. Das Endspiel wird um 18 Uhr angepfiffen. Beim gemütlichen Ausklang im Sportheim sorgen Oldies aus den 50er bis 70er Jahren für Stimmung.

Weiter geht es am Sonntag um 19 Uhr mit einer Sportlermesse am Sportheim. Daran schließt sich ein Frühschoppen an. Um 11 Uhr zeigen die Holtheimer Mini-Kicker ihr Können. Um 12.30 Uhr werden die Gastvereine begrüßt, die am Pokalturnier der ersten Mannschaften teilnehmen. Husen I trifft um 13 Uhr auf Türkspor Bad Lippspringe I. Kleinenberg II spielt um 14 Uhr gegen Hegesdorf I. Im Einlagespiel um 15.15 Uhr mißt sich Holtheim I mit Heide Paderborn I. Das Endspiel beginnt um 17 Uhr. An beiden Tagen ist für das leibliche Wohl gesorgt. Die Kuchentheke öffnet Sonntag um 14.30 Uhr.

*Westfälisches Volksblatt vom 1.6.1996*

## Windgebiet »Hakenberg« in Bürgerversammlung vorgestellt

## »Wind wird mehr wehen!«

Lichtenau (hg). Kamen die Anfragen zu Beginn des Jahres 1992 zunächst einzeln, wurden es in den ersten Monaten 1993 schon recht zahlreiche. Das war für den Rat der Stadt Lichtenau das Signal, Windkraftanlagen nicht mehr als privilegierte Einzelanlagen zu genehmigen, sondern sie in ausgewiesene

Windgebiete zu bringen. So schilderte Franz-Josef Manegold vom Bauamt der Stadt Lichtenau die Vorgeschichte zu Lichtenaus Windgebieten auf dem Hakenberg und bei Henglarn, die dann zügig zu dem derzeit noch ungewöhnlichen Instrument eines Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) geführt haben.

Ein solcher VEP sei etwa ein vereinfachter Bebauungsplan für spezielle Vorhaben, deren Erstellung nicht mehr der Verwaltung, sondern den Vorhabenträgern obliege. Sie seien es dann, die sich über die Einzelheiten wie Abstände, Flächengrößen, Erschließungsbauwerke und mehr zu kümmern hätten, was den Vorteil einer zügigeren Abwicklung der unmittelbaren Interessenten bringe und für die Stadt Kosten spare. Textliche Festsetzungen im VEP Hakenberg bestimmen zum Beispiel, daß nur Windräder bestimmter Größenordnungen aufgestellt werden dürften, sich die dreiflügeligen Rotoren aus der Windrichtung im Uhrzeigersinn zu drehen haben und grau oder grau-weiß, ohne Werbeflächen zu sein haben.

In dieser Form wird der Vorhaben- und Erschließungsplan bis zum 11. Juni in der Stadtverwaltung Lichtenau öffentlich ausgestellt. Anregungen und Bedenken sind bis zu diesem Zeitpunkt möglich. Der Rat wird den Plan am 20. Juni beschließen und dabei auch die Eingaben der Träger öffentlicher Belange zu bedenken haben.

Koordiniert, bearbeitet und schließlich realisiert wird dies im Windgebiet Hakenberg von der »Asselner Windkraft« und von der »Winkra«, die je 20 Anlagen betreiben wollen, während vier Anlagen Einzelbetreiber haben. Diese 44 Anlagen kommen zu den sieben Windrädern hinzu, die sich dort jetzt schon drehen.

»Unser Ziel mit dieser zügigen Planung ist es«, so Bürgermeister Manfred Müller, »Wildwuchs mit einem geordneten Verfahren zu verhindern.« Immerhin wird im Windpark Hakenberg nach dem Endausbau die Menge von 40 Megawatt (MW) jährlich erzeugt. Die Stadt Lichtenau käme mit etwa 30 MW aus. Trotzdem ist die netzunabhängige Versorgung wegen der Leistungsschwankungen nicht möglich. Über eine 30-KV-Leitung wird die Windenergie in der Umspannstation Husen ins Netz eingespeist. »Der Umwelt«, so Müller, »werden dadurch Emissionen von 38 000 Tonnen Kohlendioxid, 60 Tonnen Schwefeldioxid, 30 Tonnen

Gemeinden zugute kommen.

Karl-Heinz Wange klärte über seine Fragen noch einmal ab, daß stillgelegte Anlage später nicht als Ruinen in der Landschaft verbleiben müssen. Dafür werden treuhänderisch verwaltete Rückstellungen in Höhe von 30 000 Mark pro Anlage gebildet. Letztlich, so Wange, sei die Wirtschaftlichkeitsberechnung das ausschlaggebende Argument für mögliche Investoren.

Nach Ansicht der Betreiber, Uwe Carstensen von der Winkra und Günter Benik von der Asselner Windkraft, wird das Stromeinspeisungsgesetz vom Grundsatz her in den nächsten 20 Jahren weiter tragfähig sein. Risiken berge zwar die gesamteuropäische Diskussion, die aber nur die Spitze der Einspeisungssubvention berühren könne. Längerfristig werde es keinen Preisverfall beim Strom geben, weil die Energiebedarfe der osteuropäischen Länder steigende Verbräuche bringen würden. Zwar würden durch Abschattungen in den Windgebieten wegen der Konzentration der Anlagen zehn Prozent Energieverluste hinzunehmen sein. Die Verteilung der immensen Infrastruktur auf viele Anlagen mache dies zum Teil aber wieder wett. Die Windmessungen in den Lichtenauer Gebieten ließen eine Vollstarkalkulation von etwa 2000 Jahresstunden zu, so Benik. Meteorologen hätten ihm vorausgesagt, meinte er mit Blick auf künftige negative Klimaveränderungen: »Wind wird mehr wehen!«

## Weniger Belastung

Stickoxyde und acht Tonnen Feinstaub erspart. Eine beachtliche Menge, auch wenn wir wissen, daß der Gesamtanteil der Windenergie sich bei uns nur um ein Prozent bewegt. Wir haben die windgünstigsten Standorte, es werden in unserer Stadt 40 Millionen Mark investiert, von denen einiges von heimischen Firmen geleistet werden kann. Wir schaffen Einkommen in unseren Ortschaften, vor allem für Landwirte, die sich in einem schweren Strukturwandel befinden.« Die Problematik des Landschaftsverbrauchs sei ihm durchaus bewußt, die vorgesehenen 18 Hektar Ausgleichsflächen. sollten denn auch vorwiegend den betroffenen



Jugendfeuerwehr Holtheim 1996

Umseitig von links nach rechts:

Rudolf Beseler, Christian Lange, Jörg

Ralf Rosenkranz, Michael Beine,

Christoph Müller, Benjamin Altrogge

Kopie aus dem Rundblick für die  
Stadt Lichtenau vom 21.6.1996

## Holtheimer Jugend macht Musik

Viele Mitbürger sind der Meinung die 'heutige Jugend' wäre nur mit Rock- und Disco-Musik zufrieden zu stellen. Daß dieses nicht so ist, demonstrieren die vielen Jugendlichen, die sich hierzulande eindrucksvoll in Musikvereinen und Spielmannszügen engagieren. Ein Beispiel sind die jungen und junggebliebenen Mitglieder des Spielmannszuges Holtheim, die im vergangenen Winter wieder mit viel Spaß und Fleiß Märsche und konzertante Spielleutemusik einstudiert haben.

Voraussetzung für die Freude an der Musik ist eine fundierte theoretische Ausbildung und natürlich das einwandfreie Beherrschen des Instruments. Hierfür sorgt in Holtheim ein eigenes Ausbildungsteam. Nach der Vereinsausbildung nehmen die Musiker an einem Volksmusikerlehrgang auf Kreisebene teil und stellen sich dort abschließend einer theoretischen und praktischen Prüfung. Kürzlich hat der Holtheimer Musikanten-nachwuchs bei einem D 1-Lehrgang in Grundsteinheim sein Können unter Beweis gestellt, mehrfach hat man sogar das Prädikat "mit sehr gutem Erfolg" ergattert. Die Teilnehmer waren: Markus Bunte, Sabrina March, Inga Müller, Kathrin Schäfers, Vanessa Schäfers, Kerstin Schlender, Meike Schlender, Martina Schilling, Sonja Schilling und Martina Sicken. Vor der Urkundenverleihung ließ es sich die Gruppe nicht nehmen, dem Verein zu zeigen, was sie gelernt hatte. Sie spielte den "Schleswig-Holstein-Marsch" vor, ein Pflichtstück des Lehrgangs.

Alfons Sicken, der dem Verein 15 Jahre als Tambourmajor vorstand, hat mit Abschluß der letzten Saison die Stabführung an seinen Nachfolger Heiner Altrogge übergeben. Für die vorbildlich Führung des Vereins zollten ihm auf der diesjährigen Generalversammlung alle Spielleute Dank und Anerkennung. Er wurde einstimmig zum Ehrentambourmajor gewählt. Franz-Josef Meyer trat von dem Posten des 1. Vorsitzenden zurück, nachdem er zum musikalischen Leiter gewählt worden war. Die Versammlung wählte Anton Sicken (Schulstraße) zu seinem Nachfolger. Stellvertretender Schriftführer wurde Michael Meyer.

Der jüngste Sproß des Vereins ist die zwölköpfige Nach-

wuchsgruppe. Sie zeigte nach nur neun Monaten Ausbildung beim Vogelschießen des Schützenvereins ein Übungskonzert, das den Großen an Professionalität in keiner Weise nachstand. Hierfür wurde ein Querschnitt aus heimischer und internationaler Volksmusik einstudiert, den der Verein eigens für das vierstimmige Flötenregister bearbeitet hat.

Beim Vogelschießen nahm der neue Vereinsvorsitzende auch einige Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft vor. Heinz Meißner wurde für 30jährige Vereinszugehörigkeit ausgezeichnet, Heiner Altrogge und Friedrich Müller sind dem Verein 25 Jahre treu.



Die erfolgreichen D 1-Absolventen mit Ausbildungsteam und Tambourmajor.



Die Nachwuchsgruppe zeigt was sie kann.



Der alte und neue Vereinsvorstand v.l.n.r.: Franz-Josef Meyer (musikalischer Leiter), Heiner Altrogge (Tambourmajor), Franz Günther (stellv. Vorsitzender), Stefanie Gokkel (Jugendwart), Michael Meyer (stellv. Schriftführer), Sandra Gockel (Notenwart), Anton Sicken (Vorsitzender), Dieter Bunte (Geschäftsführer), sowie Ehrentambourmajor Alfons Sicken.

Kopie aus dem Rundblick für die  
Stadt Lichtenau vom 27.6.1996

## **Goldkommunion in Holtheim**

Vor 50 Jahren gingen 27 Erstkommunikanten zum "Tisch des Herrn". Dabei waren auch "Evakuiertenkinder" die in den Kriegswirren in Holtheim mit ihren Familien Obdach gefunden hatten. Anita Amedick hatte jetzt zum "Treffen" eingeladen und 20 "Ehemalige" kamen. Zusammen mit Herrn Pastor Anton Lübbert und der ganzen Gemeinde feierten sie die heilige Messe. Zum gemütlichen Teil des Abends traf man sich in der Gaststätte "Zum Sportplatz", Inh. Adolf Sander. Nach einem guten Essen saß man noch einige Stunden zum Klönen zusammen, und oft hörte man die Frage: "Weiß Du noch, damals...".



20 Goldkommunikanten mit Herrn Pastor Anton Lübbert  
vor der Holtheimer Kirche.

330 Jahre altes Museums-Stück kommt nach Jahrzehnten wieder zum Einsatz

# Schreiner restauriert Papst-Thron

Von Christian Althoff und Harald Ilding (Fotos)

Beverungen (WB). Kunstschreiner Adolf Vössing (65) aus Beverungen (Kreis Höxter) streicht mit der rechten Hand über die Rückenlehne des schlichten Thrones, auf dem in der kommenden Woche Papst Johannes Paul II. sitzen wird. »Wir fertigen und restaurieren seit 25 Jahren Möbel und Einrichtungen für Kirchen in ganz Deutschland in Handarbeit. Aber daß wir jetzt für den Papst arbeiten dürfen – das ist schon eine große Auszeichnung, auf die

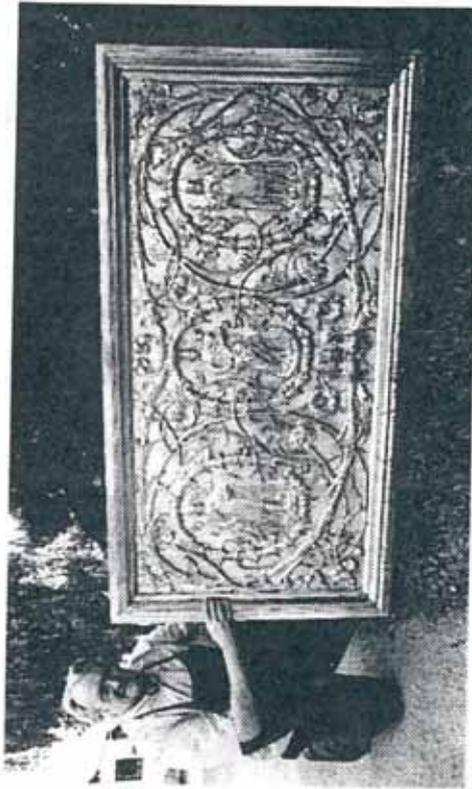
Eine Woche lang hat alleine die Restaurierung des Bischofs-Trones gedauert, auf dem seit Jahrzehnten niemand mehr gesessen hatte und der zuletzt im Paderborner Diözesan-Museum stand. Museumsleiter Dr. Christoph Stiegemann: »Der Thron, der sich heute sehr schlicht darstellt, war 1666 gebaut worden und damals viel aufwendiger ausgestattet. Doch als Gebrauchsmöbel mußte der Stuhl im Laufe der Jahrhunderte immer wieder repariert und überarbeitet werden, wobei er viele Stilländerungen mitmachte. Die heutige Ausstattung entspricht der des 19. Jahrhunderts.« Kunstschreiner Adolf Vössing: »Wir haben die Stabilität des Thrones wiederhergestellt, wurmstichige Stellen ausgebessert, die Oberfläche des Nußbaum-Holzes neu behandelt und den Sitz mit rotem Leder gepolstert.« Die Höhe der Sitzfläche, nämlich 60 Zentimeter, war vom Vatikan vorgegeben worden – zwölf Zentimeter höher als bei einem ge-

wir sehr stolz sind.« Vössing und seine Mitarbeiter bauen oder restaurieren zur Zeit jene Gegenstände, die am kommenden Samstag bei der Papstmesse in Bad Lippspringe auf der Altarplattform stehen werden: Ein 330 Jahre alter Bischofs-Thron, ein großes Holzkreuz aus dem 19. Jahrhundert, ein Lesepult, ein Altar und ein Unterbau, auf dem der Schrein mit den Gebeinden des Heiligen Liborius stehen wird.

ein Stück Stoff mit dem jeweiligen Wappen des Throninhabers über die Vorderseite der Rückenlehne zu

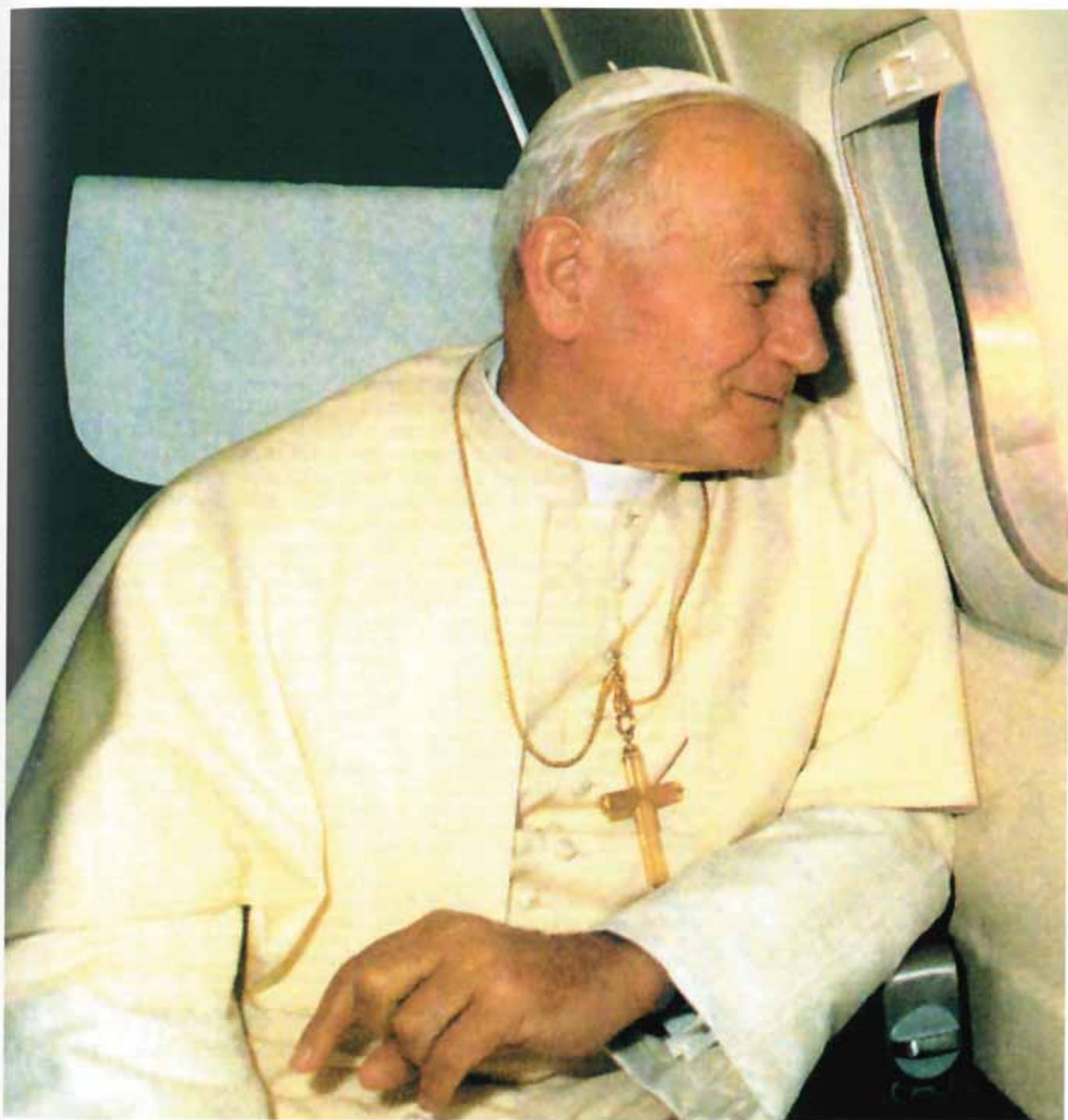
hängen. Damit das Wappen zu sehen ist, lehnt man sich nicht an, sondern hockt auf der Vorderkante der Sitzfläche – und das ist eben bei einem höheren Stuhl bequemer.« Damit sich der Papst in der hockenden Haltung abstützen kann, hat Adolf Vössing den alten Bischofs-Thron mit provisorischen Armlehnen versehen, die wesentlich breiter als die historischen sind und im Anschluß an den Papst-Besuch wieder entfernt werden.

Nach den Plänen des Diözesan-Baumeisters Dr. Peter Ruhнау stehen in der Beverunger Kunstschreinerei außerdem ein Lesepult und ein Altar für den Papst. Ruhнау: »Beides paßt zu der abschichtlich sehr einfach gehaltenen Gesamtkonzeption.« Das Pult ist aus einfacher Faserplatte und wird altweiß gestrichen, der Altar ist eine quaderförmige Konstruktion aus Tischlerplatte, die mit einem ornamentalen Stoff bezogen wird. Der Baumeister: »Wir wollen bewußt nichts Pompöses.«



Diese vergoldete und versilberte Schnitzerei von 1740 zeigt die Patrone des Paderborner Doms, den Heiligen Kilian, die Gottesmutter und den Heiligen Liborius. Kunstschreiner Adolf Vössing verkleidet damit das Gestell, auf dem der Liborius-Reliquienschrein stehen wird.

# Papst Johannes Paul II. in Paderborn



**22. Juni 1996**

Nähere Informationen gibt  
Ihnen gern Ihre Pfarrgemeinde  
oder das Erzbischöfliche  
Generalvikariat Paderborn

Telefon (05251) 125-0  
Fax (05251) 125-470

**ab 7.00 Uhr**

Vorprogramm mit Musik und  
Informationen

**10.00 Uhr**

Hl. Messe auf dem Gottesdienst-  
gelände bei Bad Lippspringe

20 000 Menschen in Paderborn

# Jubelstürme für den Papst

**G**lockengeläut von allen Paderborner Kirchen kündete Freitag abend von der Ankunft des Heiligen Vaters: Mit einem Puma-Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes setzte Papst Johannes Paul II. um 20.09 Uhr auf dem weiträumig abgesperrten Parkplatz an der Rathenaustraße auf, wo ihn Bürgermeister Wilhelm Lüke als erster willkommen hieß. Wenig später bestieg er zusammen mit Erzbischof Johannes Joachim Degenhardt das weiße Papamobil: Diesen Abend wird Paderborn nie vergessen.

Die Paderborner Bahnhofsuhr sprang auf 20.21 Uhr, als ein Aufschrei durch die Menge ging und Jubelstürme aufbrandeten: 1 197 Jahre nach dem letzten Papstbesuch in Paderborn bog Papst Johannes Paul II. (76) mit dem Papamobil in die Bahnhofstraße ein. »Er ist wirklich da«, winkte begeistert ein junges Mädchen mit roten Rosen. Mit ihr säumten 20 000 Menschen die Paderborner Straßen. »Johannes-Paul der Zweite, wir stehen an Deiner Seite«, skandierte eine begeisterte Menge.

Sie standen auf Dächern, Balkonen, Leitern und Baugerüsten, hingen an den Fenstern und schwenkten ihre Fähnchen: Paderborn bereitete dem Heiligen Vater am Freitag abend einen fast triumphalen Empfang. Als die Rotoren des Puma-Hubschraubers, der den Oberhirten der katholischen Kirche sicher auf den Parkplatz Rathenaustraße brachte, verstummten, läuteten alle Glocken in und um Paderborn.

Dann die Fahrt mit dem Papamobil durch das imposante Menschen-

spalier der Paderborner City: Winkend und lächelnd nahm der Papst die Beifallsstürme und Sprechchöre entgegen, - begleitet von einem strahlenden und sicher überglücklichen Paderborner Erzbischof Johannes-Joachim Degenhardt.

Und immer wieder Sprechchöre, Fähnchenschwenken und Musik. Der Funke der Begeisterung sprang auf alle über. Am Westerntor intonierte der Musikzug Wewer »Großer Gott wir loben Dich«.

Eine Menschenmasse »erdrückte« kurz vor der Libori-Galerie den Sicherheitskonvoi und das Papamobil. Etwa 200 Paderborner drangen auf die Straße vor. Mitten drin in der Menge eine Schar von 15 Klosterschwestern, die begeistert dem Papst zujubelten: Der gesamte Konvoi mußte für etwa 15 Sekunden stehenbleiben und kam nicht weiter. Erst nachdem die Polizei die Menschen zurückgedrängt hatte, setzte der Troß die Fahrt über die Kasseler-Tor-Brücke fort. Kurz vor dem Leo-Konvikt empfingen die Buker Husaren den Papst mit schmissigen Tönen.



## Im schneeweißen »Papamobil« durch die Innenstadt

**B**ürgermeister Wilhelm Lüke begrüßte Papst Johannes Paul II. unmittelbar nach der Landung auf dem Parkplatz Rathenaustraße als erster. Der Heilige Vater nahm sich viel Zeit, um auch mit Landrat Reinold Stücke, Oberkreisdirektor Dr. Rudolf Wansleben, Paderborns Stadtdirektor Dr. Werner Schmeken, Bü-

rens Bürgermeister Friedhelm Kaup und Stadtdirektor Wolfgang Runge einige Worte zu wechseln. Wenig später ging es im schneeweißen Papamobil in Begleitung von Erzbischof Johannes Joachim Degenhardt in einem wahren Triumphzug durch die Innenstadt, wo Tausende dem Papst begeistert zujubelten.

Kopie aus dem Rundblick für die  
Stadt Lichtenau vom 21.6.1996

Lichtenau • 21.6.1996

**Bürgermeister Müller will Ausnahme von  
Haushaltssperre beir.: Land  
Schulwegsicherungsmaßnahmen  
Holtheim  
im Förderprogramm 1996**

Die Schulwegsicherungsmaßnahmen für Holtheim sind in das Förderprogramm des Landes für das Jahr 1996 aufgenommen. Dies erfuhr Bürgermeister Manfred Müller auf persönliche Anfrage aus dem Ministerium Stadtentwicklung, Kultur und Sport. Der Pferdefuß: das Projekt ist von einer Haushaltssperre betroffen, die der Landesfinanzminister u. a. für den 5 %igen Landesanteil an den Gesamtkosten erlassen hat. Die Bundesmittel, die über 90 % des Zuschusses ausmachen, stehen zur Verfügung.

Müller informierte sofort den Kreis Paderborn als Straßenbaulastträger und bat Baudezernent Albert Löhr, eine Ausnahmegenehmigung und damit eine Freigabe der Maßnahme beim Ministerium zu beantragen. Der staunte nicht schlecht über die Information aus Lichtenau: war doch die Mitteilung über die Aufnahme in das Programm 96 noch nicht den Behördenweg über den Landschaftsverband, das Westfälische Straßenbauamt in Paderborn bis hinunter in den Kreis gelangt.

Bürgermeister Manfred Müller hatte im vorigen Jahr die im Behördenschlingel festgefahrene Maßnahme durch eine Initiative in dem Düsseldorfer Ministerium wieder in Bewegung gebracht. Müller, der bei der Aktion auf seine guten beruflichen Kontakte nach Düsseldorf zurückgreifen konnte, lobte die gute Zusammenarbeit und die Bereitschaft der Ministerialbeamten, den direkten Weg zu gehen. Er hoffe im Sinne der Verkehrssicherheit in Holtheim auf eine baldige Freigabe der Gelder aus Düsseldorf, damit noch 1996 mit dem Projekt begonnen werden könne.

Winzen: Deutliche Worte an Kreis

## 204 Lichtenauer erhalten Sozialhilfe

Von Anja Paola Meyer

Lichtenau (WV). An den Sozialhilfeausgaben im Kreis Paderborn beteiligte sich die Stadt Lichtenau 1995 durch die Kreisumlage mit mehr als 1,8 Millionen Mark. Tatsächlich wurden davon nur 800 000 Mark in Lichtenau für Sozialhilfe ausgezahlt. Das rechnete Stadtdirektor Helmut Winzen am Donnerstag dem Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend und Sport vor. »Mit einer Million Mark mehr im Verwaltungshaushalt könnten wir sehr viel mehr freiwillige Leistungen finanzieren.«

Gerade weil derzeit in vielen Stellen im Kreis »an der Solidargemeinschaft geknackt« werde und ausgerechnet finanzschwache Städte wie Lichtenau noch stärker zur Kasse gebeten werden sollten, hob Winzen diesen hohen Beitrag Lichtenaus zur Sozialhilfe ganz deutlich hervorheben.

Die CDU-Fraktion hatte den Stadtdirektor gebeten, über die Situation der Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber in Lichtenau zu berichten. Nach Angaben Winzens erhalten derzeit 204 Einwohner Hilfe zum Lebensunterhalt. Im Jahresdurchschnitt 1995 waren es 198 Hilfeempfänger. Gegenüber 1994 sei die Zahl um 15 Prozent gestiegen. Kreisweit gesehen machen die Sozialhilfeempfänger aus Lichtenau nur einen Anteil von 1,8 Prozent aus.

Im Mai dieses Jahres wurden in der Stadt 86 000 Mark für Hilfe zum Lebensunterhalt ausgegeben. Den Ausgaben standen 1995 nach Angaben Winzens Einnahmen aus Erstattungsansprüchen wie Rente, Arbeitslosen- oder Wohngeld in Höhe von 29 Prozent gegenüber.

Große Auswirkungen auf die Sozialhilfe habe die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. Im Rahmen des Programms »Arbeits statt Sozialhilfe« integrierte die Stadt Lichtenau 13 Sozialhilfeempfänger in den Arbeitsmarkt. Alleinerziehende Frauen, Aussiedler, Berufsrückkehrer und Langzeitarbeitslose werden zur Beratung an die Ar-

beitsgruppe »Hilfe zur Arbeit« des Kreises verwiesen. Außerdem konnte Winzen in seinem Bericht fünf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Lichtenau anführen.

120 Personen erhalten im Stadtgebiet Unterstützung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, 113 von ihnen leben in den Wohnheimen in Atteln (11), Husen (50), Kleinenberg (40) und Lichtenau (12). Für die Unterbringung und Versorgung eines Asylbewerbers erhält die Stadt pro Monat eine Pauschale von 645 Mark, für einen Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtling 320 Mark. In Lichtenau werden zur Zeit allerdings 33 Flüchtlinge betreut, für die ein Abschiebestopp besteht oder die aus anderen Gründen nicht abgeschoben werden können. Für sie trägt die Gemeinde sämtliche Kosten ohne Erstattung.

### Asylbewerber arbeiten in Freibädern

So zahlte die Stadt 1995 66 000 Mark mehr, als ihr durch das Land erstattet wurden. Für 1996 fällt der Fehlbetrag nach der Prognose Winzens noch höher aus, weil weitere Personen aus dem Erstattungsverfahren herausgefallen sind. Derzeit zieht die Stadt 20 Asylbewerber zu gemeinnützigen Arbeiten heran, vor allem in den städtischen Freibädern. Sie erhalten pro Stunde eine Aufwandsentschädigung von zwei Mark.



# Heimatsschutzverein Holtheim

## Schützenfest vom 20. bis 22. Juli



# Lützkemeier & Jöring

Paderborn-Neuenbeken

☎ 0 52 52 / 62 86

*Ihr Festwirt für  
Veranstaltungen aller Art*



## Grußwort

*von Oberst Walter Knaup zum Holtheimer  
Schützenfest*

Der Heimatsschutzverein Holtheim von 1843 e.V. feiert in diesem Jahre vom 20. bis 22. Juli sein traditionelles Schützenfest. Alle Schützenfamilien unseres Heimatsschutzvereines möchte ich zu diesem Fest recht herzlich einladen.

Mein besonderer Willkommensgruß gilt auch allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie allen Gästen aus nah und fern. Gemeinsam wollen wir ein Fest des Frohsinnes und der Gemeinschaft feiern.

An dieser Stelle möchte ich mich schon im voraus bei allen Helfern recht herzlich bedanken, die zum Gelingen des Schützenfestes wesentlich beitragen.

Somit wünsche ich allen Schützen und Gästen gesellige Stunden bei unserem diesjährigen Schützenfest



Walter Knaup, Oberst

## Heimatsschutzverein Holtheim

*Schützenfest vom 20. bis 22. Juli*

Vom 20. bis 22. Juli feiert der Heimatsschutzverein Holtheim sein traditionelles Schützenfest. Dazu sind Gäste aus nah und fern natürlich herzlich willkommen. Folgender Festablauf ist geplant:

**Samstag, 20. Juli 1996**

17.00 Uhr Heilige Messe

18.00 Uhr Antreten am Vereinslokal Bernhard Schäfers, Gefallenenehrung und großer Zapfenstreich am Ehrenmal, Ständchenbringen und Tanz in der Schützenhalle.

**Sonntag, 21. Juli 1996**

14.00 Uhr Antreten am Vereinslokal, Abholen des Königspaares, Festzug durch die Gemeinde mit Vorbeimarsch.

Anschließend gemütliches Zusammensein und Tanz in der Schützenhalle.

## Landgasthof

Bernhard Schäfers



Wir wünschen allen Festteilnehmern und Besuchern - besonders dem Königspaar mit seinem Hofstaat - zum Holtheimer Schützenfest drei sonnige Festtage mit viel Freude und Entspannung.

*Der Vereinswirt des Schützenvereins  
Familie Bernhard Schäfers  
und Mitarbeiter*

Tel. 0 52 95/4 1 8 • Fax 0 52 95/4 0 7

Kopie aus dem Rundblick  
für die Stadt Lichtenau



# Heimatsschutzverein Holtheim

## Schützenfest vom 20. bis 22. Juli



Montag, 22. Juli 1996

08.00 Uhr Feierliche Schützenmesse in der Pfarrkirche,

Marsch zur Schützenhalle, Ehrungen verdienter Mitglieder und Schützenfrühstück.

17.00 Uhr Antreten am Vereinslokal, Festzug durch die Gemeinde mit Vorbeimarsch, anschließend Tanz in der Schützenhalle.

Folgende Jubelkönigspaare hat der Heimatsschutzverein in diesem Jahre zu verzeichnen: Vor 25 Jahren regierten Karl Diekmann und Frau Ida das Holtheimer Schützenvolk, vor 40 Jahren waren es Josef Sander und Annelore Diederichs.

Für die Bewirtung der Gäste wird an allen Tagen Festwirt Lütke-meier-Jöhring sorgen. Für die musikalische Umrahmung des Festes werden in bewährter Manier der Musikverein Meerhof und der Spielmannszug Holtheim sorgen.



40jähriges Jubelpaar: Josef Sander und Hannelore Diederichs.



25jähriges Jubelpaar: Karl Diekmann mit Ehefrau Ida.



**W. Knaup**

Bauunternehmen

Hochbauarbeiten  
aller Art

Eggestr. 74 • 33165 Holtheim

Tel.: 05295/1407  
Fax: 05295/8540

Fleischerei  
Franz-Josef  
Schlender

seit über



Jahren

33165 Lichtenau-Holtheim

☎ 0 52 95/10 97 u. 73 74

- **Hausmacher Wurstwaren  
aus eigener Schlachtere**
- **Grillspezialitäten**
- **Schweinshaxen**
- **Gebackener Schinken**

*Wir wünschen dem Königspaar mit seinem Hofstaat, allen Schützen und Gästen einen guten Verlauf des Schützenfestes.*

**Betriebsferien  
vom 22.7. bis 5.8.1996**



# Heimatsschutzverein Holtheim

## Schützenfest vom 20. bis 22. Juli



Montag, 22. Juli 1996

08.00 Uhr Feierliche Schützenmesse in der Pfarrkirche,

Marsch zur Schützenhalle, Ehrungen verdienter Mitglieder und Schützenfrühstück.

17.00 Uhr Antreten am Vereinslokal, Festzug durch die Gemeinde mit Vorbeimarsch, anschließend Tanz in der Schützenhalle.

Folgende Jubelkönigspaare hat der Heimatsschutzverein in diesem Jahre zu verzeichnen: Vor 25 Jahren regierten Karl Diekmann und Frau Ida das Holtheimer Schützenvolk, vor 40 Jahren waren es Josef Sander und Annelore Diederichs.

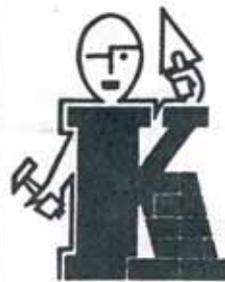
Für die Bewirtung der Gäste wird an allen Tagen Festwirt Lütke-meier-Jöhring sorgen. Für die musikalische Umrahmung des Festes werden in bewährter Manier der Musikverein Meerhof und der Spielmannszug Holtheim sorgen.



40jähriges Jubelpaar: Josef Sander und Hannelore Diederichs.



25jähriges Jubelpaar: Karl Diekmann mit Ehefrau Ida.



### W. Knaup

Bauunternehmen

Hochbauarbeiten  
aller Art

Eggestr. 74 • 33165 Holtheim

Tel.: 05295/1407  
Fax: 05295/8540

Fleischerei  
Franz-Josef  
Schlender

seit über



Jahren

33165 Lichtenau-Holtheim

☎ 0 52 95/10 97 u. 73 74

- **Hausmacher Wurstwaren  
aus eigener Schlachtere**
- **Grillspezialitäten**
- **Schweinshaxen**
- **Gebackener Schinken**

*Wir wünschen dem Königspaar mit seinem Hofstaat, allen Schützen und Gästen einen guten Verlauf des Schützenfestes.*

**Betriebsferien  
vom 22.7. bis 5.8.1996**



# Heimatsschutzverein Holtheim

## Schützenfest vom 20. bis 22. Juli



Die Regentschaft über das laufende Schützenjahr übernahmen Josef und Regine Beseler.

### Ein bunter Melodienstrauß in Holtheim

Unter das Motto "Ein bunter Melodienstrauß" hatte der Männergesangverein Eintracht Sießbatal in Holtheim seinen diesjährigen musikalischen Frühschoppen in der Gastwirtschaft "Zum weißen Hirsch" gestellt. Wegen der relativ kühlen Witterung konnte die Veranstaltung leider nicht im Freien stattfinden, was der guten Stimmung aber keinerlei Abbruch tat. Neben dem Holtheimer Gesangverein gab der MGV aus Herbram beachtenswerte Proben seines Könnens. "Tönet, ihr Lieder", "Am kühlenden Morgen" und "Wo die alten Bäume stehen" wurden von ihm dargeboten.

Der Holtheimer MGV begann mit seiner Erkennungsmelodie "ich bin ein Bub vom Sießbatal", gefolgt von "Hab oft im Kreise der Lieben", "Süße Liebe" und, passend zum Anlaß, "Ich weiß ein Faß in einem tiefen Keller".

Der Herbramer MGV folgte mit "Lebe, liebe, lache", "Freude am Leben", "Im sonnigen Süden" und dem bekannten Volkslied "Es löscht das Meer die Sonne aus". Den Abschluß bildete der MGV Holtheim mit "Lob ich mir mein Schätzlein", Schuberts "Forelle", dem Trinklied "Ein Bier" sowie dem Lied "Blaue Jungs" nach dem Marsch "Gruß an Kiel".

Den Abschluß der niveauvollen Veranstaltung bildete das von beiden Chören gemeinsam vorgetragene "Deutsche Sängermarschlied".

Wollte man nun einen Verein hervorheben, müßte man den anderen zurücksetzen. Alle Sänger gaben ihr Bestes und hatten ein dankbares Publikum. Bei gepflegten Speisen und Getränken feierten die Sänger und ihre Gäste anschließend noch bis in den späten Nachmittag hinein.

Maurer- und Stahlbeton  
bauarbeiten

**August Meyer**

— **Bauunternehmung** —

33165 Lichtenau - Holtheim

Zum Brunnen 12

Tel.: 05295/376

## Einfach Premium

Westheimer  
Premium Pilsener.  
Ganz edel sein Gesicht,  
wertvoll mit viel Gold,  
wie es seinem Inhalt  
entspricht.

Ein Spitzen-Pilsener  
aus dem Sauerland.



## Qualifizierter Nachwuchs im Spielmannszug Holtheim

# Heiner Altrogge schwingt Stab

Holtheim (WV). Daß die »Jugend von heute« nicht nur mit Rock- und Disco-Musik zufriedenzustellen ist, demonstrieren die zahlreichen Jugendlichen, die sich in Musikvereinen und Spielmannszügen engagieren. Ein gutes Beispiel sind die Mitglieder des

Hierfür sorgt in Holtheim ein eigenes Ausbildungsteam. Nach der Vereinsausbildung nehmen die Musiker an einem Volksmusikerlehrgang auf Kreisebene teil und stellen sich dort abschließend einer theoretischen und praktischen Prüfung. Kürzlich hat der Holtheimer Musikanten-nachwuchs bei einem DI-Lehrgang in Grundsteinheim sein Können unter Beweis gestellt, mehrfach sogar das Prädikat »mit sehr gutem Erfolg« ergattert.

Die Teilnehmer waren Markus Bunte, Sabrina March, Inga Müller, Kathrin Schäfers, Vanessa Schäfers, Kerstin Schlender, Meike Schlender, Martina Schilling, Sonja Schilling und Martina Sicken. Vor der Urkundenverleihung ließ es sich die Gruppe nicht

nehmen, dem Verein zu zeigen, was sie gelernt hatte. Sie spielte den »Schleswig-Holstein-Marsch«, ein Pflichtstück des Lehrgangs.

Alfons Sicken, der dem Verein 15 Jahre als Tambourmajor vorstand, hat mit Abschluß der letzten Saison die Stabführung an seinen Nachfolger Heiner Altrogge übergeben. Für die vorbildliche Führung des Vereins zollten ihm bei der Generalversammlung alle Spielleute Dank und Anerkennung. Er wurde zum Ehrentambourmajor gewählt.

Franz-Josef Meyer trat von dem Posten des ersten Vorsitzenden zurück, nachdem er zum musikalischen Leiter gewählt worden war. Die Versammlung wählte Anton Sicken (Schulstraße) zu seinem Nachfolger. Stellvertre-

Spielmannszuges Holtheim, die mit viel Spaß und Fleiß Märsche und konzertante Spielleutemusik einstudieren. Voraussetzungen für die Freude an der Musik ist eine fundierte theoretische Ausbildung und die einwandfreie Beherrschung des Instruments.

tender Schriftführer wurde Michael Meyer.

Jüngster Sproß des Vereins ist die zwölfköpfige Nachwuchsguppe. Sie zeigte nach nur neun Monaten Ausbildung beim Vogelschießen ein Übungskonzert, das den Großen an Professionalität in keiner Weise nachstand. Hierfür wurde ein Querschnitt aus heimischer und internationaler Volksmusik einstudiert, den der Verein eigens für das vierstimmige Flötenregister bearbeitete.

Der neue Vereinsvorsitzende nahm einige Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft vor: Heinz Meißner wurde für 30jährige Vereinszugehörigkeit ausgezeichnet, Heiner Altrogge und Friedrich Müller sind dem Verein 25 Jahre treu geblieben.

## Holtheim feierte

Lichtenau-Holtheim. Strahlendes Sonnenwetter begleitete gestern nachmittag das Holtheimer Königspar beim traditionellen Festzug durch die geschmückten Straßen des Ortes. Josef Beseler und Gattin Regina (in einem bezaubernden, cremefarbenen Kleid) wurden von den Holheimern begeistert umjubelt. Das dreitägige Fest wird heute beendet.

Foto: M. Venz



Neue Westfälische, Nr. 168  
Montag, 22. Juli 1996



## Josef Bunte und Alois Sicken Schützen seit 60 Jahren

**B**ereits seit 60 Jahren Mitglied im Heimatschutzverein Holtheim sind Josef Bunte (3.v.l.) und Alois Sicken (4.v.r.). Für ihre langjährige Treue zum Verein wurden sie gestern beim traditionellen Schützenfrühstück von Oberst Walter Knaup (rechts) ausgezeichnet.

net. Seit 25 Jahren dabei sind Manfred Wolff (2.v.l.), Werner Fust (4.v.l.), Franz-Josef Gockel (5.v.l.), Friedrich-Karl Müller (3.v.r.) und Heiner Altrogge (2.v.r.). Hauptmann Josef Knaup (links) gratulierte den Jubilaren.  
AnM/Foto: A. Meyer

Heinz-Josef Algermissen und Dr. Reinhard Marx

## Domglocken läuteten für die neuen Weihbischöfe

Paderborn (WSD/he). Wenige Tage vor dem Liborifest ist das Geheimnis gelüftet: Papst Johannes Paul II. hat gestern, zum Fest des Heiligen Liborius, Pfarrer Heinz-Josef Algermissen (53), Regionaldekan für Minden-Ravensberg-Lippe und den Direktor des Sozialinstitutes des Erzbistums, Kommende, Professor Dr. Reinhard Marx (43), zu Weihbischöfen in Paderborn ernannt. Vor allem Heinz-Josef Algermissen

Er habe wirklich keine Ahnung gehabt, als ihn Erzbischof Dr. Johannes Joachim Degenhardt zu einem Gespräch nach Paderborn bat, versichert er im Gespräch mit dem »Westfälischen Volksblatt«. »Da rechnet man eher damit, daß ein schwerwiegendes Problem zu lösen ist.« Es kam aber ganz anders: Der Erzbischof überreichte ihm das offizielle Schreiben des Apostolischen Nuntius in Bonn, in dem Algermissen die Ernennung zum

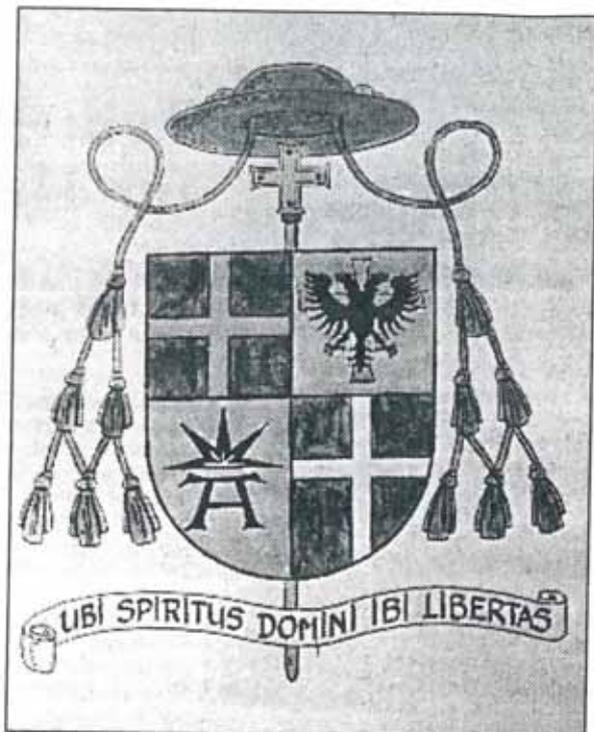
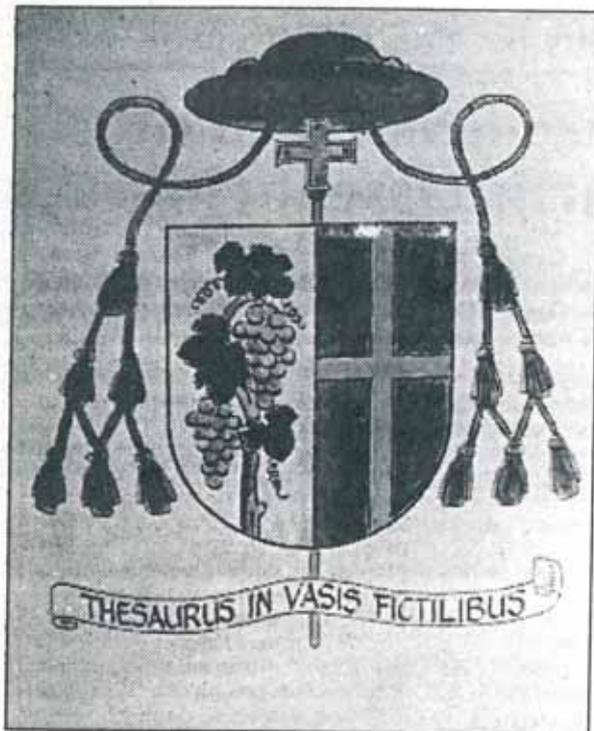
Weihbischof in Paderborn durch Papst Johannes Paul II. mitteilt - vorläufig unter strenger Geheimhaltung. »Ich weiß nicht, wie ich nachhause gekommen bin,«, erinnert er sich. Offiziell bekanntgegeben wurde die Ernennung Algermissens und die des Kommendedirektors Reinhard Marx gestern, traditionsgemäß am Tag des Diözesanpatrons Liborius. In Paderborn läuteten am Mittag die Domglocken, wie es aus solchem Anlaß

sen ist in Paderborn ein alter Bekannter: Er stammt aus der St. Heinrichs-Gemeinde, wo er lange Jahre Meßdiener war, sein Abitur bestand er am Reismann-Gymnasium, er studierte in Paderborn und Freiburg Theologie und Philosophie, und Lorenz Kardinal Jaeger weihte ihn am 19. Juli 1969 im Hohen Dom zum Priester. Die Weihe der beiden neuen Weihbischöfe ist für September vorgesehen.

Brauch ist.

Die beiden neuen Weihbischöfe werden die Stellen von Franz-Josef Bode, dem neuen Bischof in Osnabrück, und Hans-Leo Drewes, der im kommenden Jahr das Pensionsalter erreicht hat, einnehmen. Algermissen hat hier eine sehr persönliche Beziehung: »Drewes war mein Spiritual im Priesterseminar, ihn habe ich immer sehr verehrt.«

**Weitere Berichte im überregionalen Teil dieser Ausgabe.**



## Wappen und Wahlsprüche der neuen Weihbischöfe

**E**in Schatz in zerbrechlichen Gefäßen« – dieses Wort aus dem zweiten Brief des Apostels Paulus an die Korinther hat der neuernannte Weihbischof in Paderborn und Titularbischof von Labicum, Regionaldekan Heinz Josef Algermissen, zu seinem Wahlspruch gemacht. Die theologische Aussage erschließt sich aus dem gesamten Vers: »Diesen Schatz tragen wir in zerbrechlichen Gefäßen; so wird deutlich, daß das Übermaß der Kraft von Gott und nicht von uns kommt« (2 Kor 4,7). Der Wahlspruch steht in engem Zusammenhang mit dem Wappen des neuen Weihbischofs, der am Samstag, 21. September, um 10 Uhr im Hohen Dom zu Paderborn gemeinsam mit Weihbischof Dr. Reinhard Marx die Bischofsweihe empfängt. Das Wappen (Bild links) gibt durch Symbole und Farben theologische und regionale Bezugspunkte wieder, die dem ernannten Weihbischof wichtig sind. Es ist in zwei Felder längstgeteilt. Das linke Feld zeigt auf silbernem Grund einen Weinstock. Er steht für einen Vers aus dem Johannes-Evangelium: »Ich bin der Weinstock, ihr seid die Reben. Wer in mir bleibt und in wem ich bleibe, der bringt reiche Frucht; denn getrennt von mir könnt ihr nichts vollbringen« (Joh 15,5). Das rechte Wappenfeld zeigt ein goldenes Kreuz auf rotem Grund. Damit wird das Wappen des alten Hochstiftes und des Erzbistums Paderborn aufgenommen, des Heimatbistums von Weihbischof Alger-

missen. »Wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit« – ebenfalls aus dem zweiten Brief des Apostels Paulus an die Korinther stammt der Wahlspruch Dr. Reinhard Marx. Damit will der derzeitige Direktor der St. Klemens-Kommende auf eine zentrale Aussage der christlichen Botschaft hinweisen. Der gesamte Vers lautet: »Der Herr aber ist der Geist, und wo der Geist des Herrn wirkt, da ist Freiheit« (2. Kor 3,17). Der Wahlspruch hat ebenfalls einen engen Bezug zum Wappen, das wichtige Stationen im Leben und Wirken des neuen Weihbischofs aufgreift. Das Wappen (rechts) ist längst und quer in vier Felder geteilt. Das linke obere Feld zeigt ein goldenes Kreuz auf rotem Grund, das Wappen des Erzbistums Paderborn, des Heimatbistums des neuen Weihbischofs. Im rechten oberen Feld befindet sich auf goldenem Grund ein Doppeladler auf einem Kreuz. Dies erinnert an die Kommende, die ursprünglich eine Niederlassung des Deutschen Ordens war und nun das Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn ist. Das linke untere Feld greift Symbole aus dem Stadtwappen von Arolsen auf: das A mit dem halben Waldecker Stern, ebenfalls auf goldenem Grund. In Arolsen hatte der künftige Weihbischof seine erste Vikarsstelle. Das rechte untere Feld schließlich erinnert mit dem Geseker Stiftskreuz, einem silbernen Kreuz auf blauem Grund, an die Heimatstadt von Weihbischof Dr. Marx. Fotos: Bfucks



Dez. 1995

Veränderungen...

Ecke „Zur Kirche“ – „Zum Brunnen“  
alte Hausstelle Ziegelei (Nr. 15)



Juli 1996



*Kircheindeckung, August 1996*





Kreiswettbewerb »Unser Dorf soll schöner werden« – Frust nicht nur in Etteln

# Bürger haben keine Lust mehr

Von Bernhard Liedmann (Text) und Wolfram Brucks (Foto)

Etteln/Kreis Paderborn (WV). »Es hat ja doch keinen Zweck«, resigniert Ettelns CDU-Ratsvertreter Heinz Evers und beschreibt die Stimmung bei vielen Vereinen für die Chancen des Luftkurortes im Kreiswettbewerb »Unser Dorf soll schöner werden«. Zwar ist Etteln wie bei den vergangenen Wettbewerben von der Vorkommission besichtigt worden und nimmt an der Endausscheidung teil, doch gerechnet wird auch in diesem Jahr mit einem Platz in der »letzten Reihe« – wie be-

ähnliche Stimmen werden auch in anderen Orten immer lauter: »Es gewinnen doch sowieso immer die gleichen Orte« bekommen die Ortsvorsteher und Politiker zu hören, wenn sie die Bürger zum Mitmachen bewegen wollen. »Wir gönnen den anderen Orten durchaus den Sieg«, so der Ettelner CDU-Ratsherr. »Doch irgendwie ist zu wenig Bewegung in diesem Wettbewerb drin.« Der Kreiswettbewerb, so die offiziellen Ziele, will zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in den ländlichen Räumen beitragen, den dörflichen Charakter und die Lebensgemeinschaft stärken sowie den natürlichen Lebensraum bewahren.

Für den Ort Etteln führt Evers einige Beispiele des großen Engagements von Bürgern in den vergangenen Jahren an: Beispielsweise sei Eigeninitiative jetzt der Dorfplatz fertiggestellt worden, auch in Eigenleistung der Vereine wurden Baumgruppen gepflanzt und Sitz-

reits in den vergangenen zehn Jahren der Teilnahme. In diesem Jahr habe sich, so Evers, auch schon regelrechter Unmut unter den Vertretern des Dorfes und der Vereine breit gemacht – viel nahmen frustriert gar nicht erst an der Begehung der Vorkommission durch den kleinen Ort teil. Auch in Dörenhagen macht sich nach vergeblichen Anstrengungen in diesem Jahr Unlust breit. Ortsvorsteher Klaus Winkler: »In zwei Jahren wollen wir uns gar nicht erst anmelden!«

Zahlreiche andere Orte, die Preis-träger geworden sind«, schildert Evers Eindrücke von Besuchern. Auffällig sei, daß bisher eigentlich immer nur Dörfer oder Ortsteile mit Fachwerkhaus-Charakter gewohnt hätten. Typisch für Etteln und seinen dörflichen Charakter seien die Bruchstein-Häuser, die natürlich optisch etwas kahler wirkten als Fachwerkhäuser. Be-grünen sei hier nur eingeschränkt möglich, auch könne nicht vor ei-nem Bauernhof einfach mal ein Baum gepflanzt werden, wie seitens der Kommission schon gefordert wor-den sei.

Für Dörenhagen klagt auch Orts-

## Nicht weniger schön

der Heimat- und Verkehrsverein, 40 Mitglieder hat auch der Angelver-ein. Vor zwei Jahren hätten die Vereine eine richtige Kraftanstren-gung unternommen, so Evers, und unter anderem den »Paddelteich« komplett gereinigt und rundherum neu bepflanzt. Niederschmetterndes Ergebnis für den Ort: Er landete anschließend mit zwei anderen Orten am Ende der Liste.

»Viele neutrale Besucher finden Etteln auch nicht weniger schön als

## Wieder rausgeflogen

vorsteher Klaus Winkler: Jetzt wer-de das Bürgerhaus mit viel Engage-ment zahlreicher Bürger gebaut, Fachwerkhäuser seien renoviert worden, Bäume gepflanzt, schmucke grüne Verkehrsinseln prägen jetzt den Ortskern. Doch schon bei der Vorentscheidung flog Dörenhagen in diesem Jahr aus dem Wettbewerb. »Da verliert man die Lust zum Engagement«, klagen Winkler und Evers geradezu ein-mütig.

Stichwort Engagement und dörf-liche Gemeinschaft: Als am 8. Juni nach Überschwemmungen und Schlammschichten die Kreisstraße Richtung Henglar im Ortskern blockierten und der Kreis in der angespannten Situation wegen des Samstages keine Leute und Fahr-zeuge zur Verfügung hatte, mach-ten einfach einige Landwirte mit



## Hunderte Gläubige begingen Annentag in Amerungen

Die Autos standen kilometerlang an den Straßenrändern geparkt, und an den Hängen und den Plätzen rund um die fast 330 Jahre alte Amerunger Kapelle nahe Holtheim standen die Gläubigen und feierten einen gemeinsamen Gottesdienst. Einer alten Tradition folgend, wird an dieser beschaulichen Stätte am ersten Sonntag im August ein Gottesdienst zu Ehren der Heiligen Anna gefeiert. Viele hundert Menschen hatten auch in diesem Jahr wieder an dem Festakt und der vorhergegangenen Prozession teilgenommen. Den Festgottesdienst zum Annentag unter der Leitung von Lichtenau's Pastor Hermann Josef Sander wurde von Pastor Reinhold Theune aus Menden und Diakon Wienhold aus Iggenhausen gehalten. Für die musikalische Umrahmung des Festes sorgte das Blasorchester Lichtenau. In seiner mit viel Beifall bedachten Predigt ging der aus Menden im Sauerland

angereiste Pastor Theune auch auf die Familie und Kinder ein. »Welch herrliche Zeit, da Kinder noch als ein Segen Gottes erfahren wurden«, rief er vor den Gläubigen aus. Er beklagte, heute würden Embryonen zu tausenden in England getötet, Kinder wegen sogenannter sozialer Indikation zu tausenden abgetrieben. Gleichzeitig aber wachse die Angst, daß die Renten künftig nicht mehr zu bezahlen seien. Überhaupt werde in der Gesellschaft nur noch über die Finanzierbarkeit von vermeintlichen Rechten diskutiert: »Wer alles für Geld macht, wird bald für Geld alles machen«, hob der Theologe warnend den Zeigefinger. An der Stelle, an der seit 1669 die zu Ehren der Hl. Anna geweihte Kapelle steht, stand bis in das 14. Jahrhundert ein Pfarramt. Der Freistuhl »Lindenhof« unterstand den Herren von Calenberg, die vom fürstlichen Waldeck damit belehnt wurden.

eb/Foto: Büttner

Ausstellung »Roß und Reiter« zeigt Entwicklung auf

## »Wiege« der Sportreiterei stand in Schloß Neuhaus

Von Manfred Stienecke (Text) und Wolfram Brucks (Fotos)

Paderborn-Schloß Neuhaus (WV). Mit vier Goldmedaillen im Springreiten und in der Dressur untermauerte die deutsche Reiter-Equipe bei den Olympischen Spielen in Atlanta noch jüngst ihre Vormachtstellung. Ohne die Kavallerie-Regimenter, von denen eines in

Schloß Neuhaus stationiert war, wären diese Erfolge kaum denkbar. Daß die Wiege der modernen Sportreiterei auch in Paderborn gestanden hat, will die Ausstellung »Roß und Reiter« verdeutlichen, die vom 25. August bis zum 1. Dezember im Neuhäuser Marstall zu sehen ist.

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges bestimmten fast ausschließlich Soldaten in Uniform die Internationalen Turniere. Die Nationen schickten ihre besten Reiter-Offiziere zu den »Großen Preisen« oder den Olympischen Sommerspielen. Von den großen Erfolgen, die deutsche Kavallerie-Angehörige einheimsten, zeugt die »Coppa d'Oro Mussolini« - ein goldglänzender

Siegerpokal, den die deutsche Equipe 1932 nach dreimaligem Gewinn des Nationenpreises errang. Er ist eines der besonderen Exponate der Ausstellung, die neben Leihgaben anderer Museen oder diverser Reiterverbände vor allem Schaustücke aus der Sammlung des Traditionsverbandes der »15er Reiter« aus Schloß Neuhaus präsentiert.

Erinnert werden soll mit der Ausstellung freilich nicht nur an das Reiterregiment, das 1920 aus verschiedenen Schwadronen in Schloß Neuhaus zusammengestellt worden ist und bis 1945 die lange Tradition der Militärreiterei in Deutschland beendete. Den Initiatoren ging es - auch mit dem zur Ausstellung erschienenen Katalog (30 Mark) - vor allem um die Darstellung der Entwicklung des modernen Reitsports. Und hier übernahm die Kaserne im Neuhäuser Schloß eine Funktion, wie sie heute vielleicht das Reitsportzentrum in Warendorf für die bundesdeutsche Reiterei besitzt.

Die Kavallerie in Schloß Neuhaus förderte die Springausbildung der Pferde nicht nur für Parforcejagden, sondern auch den Reitsport, der schnell immer mehr Freunde fand. Unter anderem sorgte die Ausbildung in Neuhaus dafür, daß sich der heute noch gepflegte »leichte Sitz« beim Springreiten durchsetzen konnte. Zu den ganz großen reitsportlichen Namen der »15er Reiter« gehören der mehrfache »Nationen-Preis«-Gewinner Hermann Freiherr von Nagel und der Goldmedaillengewinner im Vielseitigkeitsspringen von 1936, Rudolf Lippert. Auch der Nestor des deutschen Fahrsports, Max Pape, gab von Neuhaus aus große Impulse für den Kutschensport.



Dr. Norbert Börste vom Historischen Marstall-Museum besorgte auch einige historische Kutschen - hier ein Heeres-Feldwagen - aus einer Privatsammlung.

172 Personen dem Haftrichter vorgeführt

## Mit eisernen Besen durch die Drogenszene

Paderborn (WV/pic). Die Polizei hat in der Paderborner Drogenszene offenbar tüchtig aufgeräumt. So wurden in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 172 Personen dem Haftrichter vorgeführt. Oberkreisdirektor Dr. Rudolf Wansleben führt die Erfolgsbilanz auf eine 20köpfige Ermittlungskommission zurück, die sich seit Herbst des vergangenen Jahres um die Rauschgiftszene kümmert und dabei auch die Beschaffungskriminalität (Autodelikte, Ladendiebstähle) wachsam im Auge behält. Die Ermittler leiteten insgesamt 1 064 Strafverfahren ein und stellten 895 Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz fest.

Rauschgift ist in der Paderborner Szene inzwischen zu einer derart »heißen Ware« geworden, daß sich der Preis von einem Gramm Heroin seit Ende 1995 in Paderborn mehr als verdoppelt hat. Immerhin drei Kilogramm Heroin und ein breites Spektrum von Kokain, Haschisch, Marihuana, Amphetaminen, Ecstasy und LSD stellte die Polizei in diesem Zeitraum sicher. Der Paderborner Kampf gegen die Drogenszene hat nach Angaben von Oberkreisdirektor Wansleben nicht nur den Preis nach oben getrieben, sondern in der Teilversorgung zu Engpässen auf den überregionalen Märkten wie Dortmund und Hannover geführt.

Auch Diebstähle aus Autos seien im Vergleich zum Vorjahr um 124 Fälle zurückgegangen. Solche Diebstähle ordnet die Polizei der Beschaffungskriminalität zu.

Dennoch warnt der Oberkreisdirektor davor, bereits von einer Entwarnung zu sprechen. Sorge bereite, daß sich die Drogenszene nun auch im Paderborner Umland etablieren möchte. Die Konsumenten

### Gefahr für das Umland

würden immer jünger: Bekanntlich war - wie berichtet - kürzlich gar einem zwölfjährigen Mädchen in Bad Lippspringe Heroin angeboten worden.

Wansleben: »Die Einsatzkommission wird auch zukünftig daran arbeiten, Dealerringe, wie sie auf dem Königsplatz und an der Westermuer tätig waren, aufzuspüren und die Täter dingfest zu machen«. Dazu benötige die Polizei allerdings auch die Unterstützung der Bevölkerung.



## Wanderplan der EGV und DWJ Abt. Holtheim vom 18.08.1996 bis 01.01.1997

1. Sonntag, den 18.08.96 ab 8.30 Uhr / Vereinslokal  
Wandern auf dem Hermannsweg mit Rucksackverpflegung. Wanderführer:  
Heinz Schuhmacher. Wanderstrecke: Bielefeld Tierpark - Borgholzhausen ca. 24 km.  
Hin und Rückfahrt mit dem Bus.  
Anmeldungen bis zum 17.08.96 beim Wanderwart Heinz Schuhmacher.
2. Sonntag, den 08.09.96 ab 14.00 Uhr / Reibeplätzchenessen an der EGV Hütte
3. Sonntag, den 15.09.96 ab 12.00 Uhr / Vereinslokal  
Wanderung zum Südeggefest nach Husen. Wanderstrecke: ca. 8 km  
Wanderführer: Georg Fust. Rückfahrt mit eigenem PKW.
4. Sonntag, den 22.09.96 ab 8.00 Uhr / Vereinslokal  
Wanderfahrt in die Lüneburger Heide. Anmeldungen bis zum 01.09.96 beim Wanderwart  
Heinz Schuhmacher Tel. 1256
5. Sonntag, den 13.10.96 Ehrenmalfeier am Hirschstein.
6. Sonntag, den 27.10.96 ab 8.00 Uhr / Vereinslokal  
„Wandern auf dem Hermannsweg“ mit Rucksackverpflegung.  
Wanderführer: Heinz Schuhmacher. Wanderstrecke: Bad Iburg - Borgholzhausen ca. 24 km.  
Hin- und Rückfahrt mit dem Bus.  
Anmeldungen bis zum 26.10.96 beim Wanderwart Heinz Schuhmacher Tel. 1256.
7. Sonntag, den 17.11.96 ab 13.30 Uhr / Vereinslokal  
Familienwanderung zur EGV Hütte. Wanderführer: Georg Fust.
8. Samstag, den 07.12.96 ab 15.00 Uhr Nikolausfeier an der EGV Hütte
9. Montag, den 30.12.96 ab 14.00 Uhr Kartenspielen und Knobeln an der EGV Hütte.
10. Mittwoch, den 01.01.97 ab 13.30 Uhr / Vereinslokal  
Neujahrswanderung mit Abschluß in der EGV Hütte.

Alle Wanderungen und Veranstaltungen auf eigene Gefahr! Teilnehmer, die nicht dem EGV angehören,  
sind immer herzlichst eingeladen.  
„FRISCH AUF“ EGV und DWJ Abt. Holtheim

Für das Wanderteam: *Heinz Schuhmacher* (Wanderwart)

EGV - Abteilung  
Holtheim

Liebe Wanderfreunde!

Die EGV Abt. Holtheim plant am Sonntag, den 22.09.1996 eine Tagesfahrt in die Lüneburger Heide.

Abfahrt ist um 8.00 Uhr vom Vereinslokal Konrad Günther. Die Fahrtkosten betragen für Erwachsene 25,- DM. Kinder sind frei.

Einen Imbiß (Wurst u. Brötchen) bei der Ankunft um ca.11.30 Uhr in Undeloh spendiert der Verein. Nach dem Essen und einer kleinen Pause findet eine geführte Wanderung durch die Lüneburger Heide statt. Dauer der Wanderung ca. 2,5 - 3 Std. Danach stärken wir uns bei Kaffee und Kuchen.

Anschließend Rückfahrt nach Holtheim.

Anmeldungen für die Fahrt bis zum 01.09.1996  
beim Wanderwart Heinz Schuhmacher Tel. 1256

Wir wünschen allen Teilnehmern viel Spaß und ein paar schöne Stunden in der Lüneburger Heide.

Mit freundlichen Grüßen und „FRISCH AUF“  
Der Vorstand

# PFARRFEST

Sonntag 25. August 1996

# HOLTHEIM

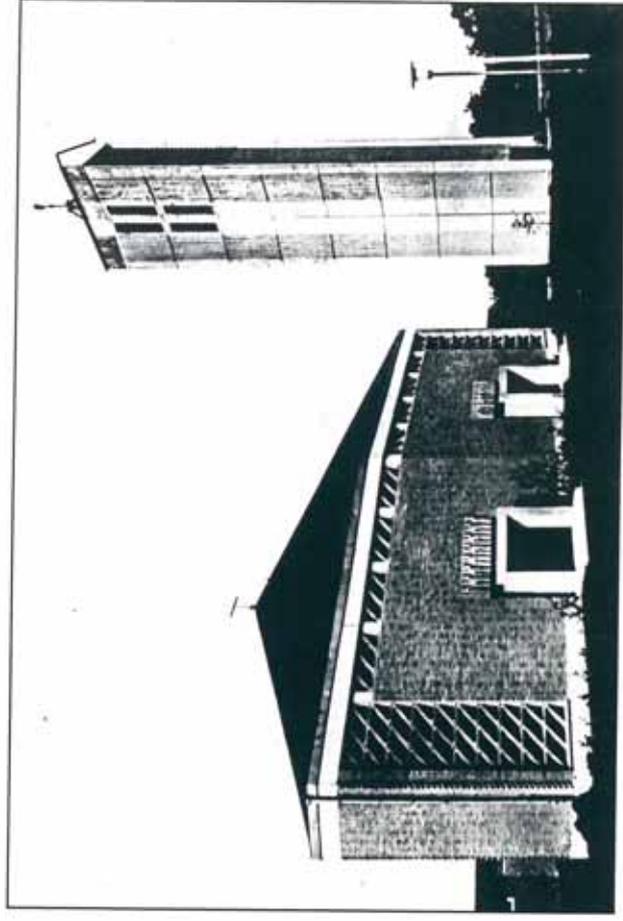
Zum Pfarrfest sind steht's alle fit,  
da geht man hin, da macht man mit.  
Der Pfarrgemeinderat lädt dazu ein,  
bei diesem Fest dabei zu sein.  
Gesundheit, Glück und Gottes Segen,  
das wünschen wir auf allen Wegen.  
So schaut beim Pfarrfest mal herein,  
es gibt heut was für Groß und Klein.

## Attraktionen

Feuerwehrdrehleiter aus Lichtenau  
Luftgewehr-Preisschießen  
Tombola der Gewinne  
MGV Eintracht Sissertal  
Schwammwerfen  
Jazz-Tanz  
Kicker  
*und noch vieles mehr...*

# Pfarrfest 1996

25. August



St. Franziskus-Xaverius  
Holtheim

*St. Marien Blankenrode*

## FEST-Programm

10.00	Hl. Messe
	anschl. Marsch zur Schützenhalle
11.00	Frühschoppen
12.00	Mittagessen
12.30	Losverkauf
13.00	MGV Eintracht Sissertal
13.30	Lolly Ladys
14.00	Kinderschola
14.30	Kids of Dance
15.00	Kaffeetrinken
16.00	Diary-Lost in Dance
17.00	Verlosung und Bekanntgabe der Gewinner
	anschl. gemütliches Beisammensein bis zum harmonischen Ausklang.
	Gute Unterhaltung wünscht der : Pfarrgemeinderat Holtheim

## Preisliste

### **Getränke**

Bier 0,2l	DM 1,50
Bier 0,33l	DM 2,00
Bier Kasten	DM 45,00
Coca Cola, Fanta	DM 1,30
Wasser	DM 1,30
Korn	DM 1,60
Vanille Cream	DM 2,00
Red Fox	DM 2,00
Kümmerling	DM 2,00

### **Speisen**

Bratwurst mit Brot	DM 2,50
Currywurst mit Brot	DM 2,50
Kotelett mit Brot	DM 4,50
Port. Erbsensuppe	DM 4,00
Stück Torte	DM 1,50
Stück Obstboden	DM 1,00
Waffeln	DM 1,50
Tasse Kaffee	DM 1,00



Baugebiet am Kornbühl, in der Bildmitte der Friedhof. August 1996



Neubaugebiet "Eichholz"

1996

1996



Fortsetzung des Bildes auf der Vorderseite

Viel Lob für die St. Johannes Bruderschaft - Friedhelm Lehde ist neuer Kreiskönig

# Super-Schützenfest in Salzkotten: Jetzt ist Henglar an der Reihe

Von Jürgen Spies und Hans Büttner

**Salzkotten (wv).** Das 40. Kreisschützenfest wird 1997 in Henglar gefeiert: Friedhelm Lehde holte gestern beim spannenden Vogelschießen um 18.59 Uhr mit dem 260. Schuß den Rest des Holzadlers aus dem Kugelfang. Klar, daß bei den Henglarer Schützen der

Erste Gratulant nach dem Königsgschuß von Friedhelm Lehde (38; technischer Angestellter) waren sein Amtsvorgänger Rudolf Kooper, Kreisschützenoberst Josef Kloppenburg und natürlich Lehdes Ehefrau und Mitregentin Christine.

## Mehr als 30000 Besucher

Der neue Kreiskönig hatte sich übrigens schon »eingeschossen«, denn mit der 88. Patrone war er bereits Kronprinz geworden. Den Apfel schloß Manfred Meyer aus Ahlden ab, das Zepter ging an Hans-Wilhelm Meier aus Brunken.

Jubel riesengroß war! Das Vogelschießen vor großer Zuschauerkulisse auf der herrlich gelegenen Sälzerwiese »krönte« gestern das Kreisschützenfest des Kreisschützenbundes Büren in Salzkotten. Die »Sälzer« erwiesen sich dabei als hervorragende Gastgeber.

hatte zuvor Kreisoberst Kloppenburg betont: »Dieses Fest ist immer wieder ein beeindruckendes Erlebnis!« Er gratulierte den Salzkottener Schützen zu der großartigen Organisation. Salzkottens Brudermeister Klaus Breithaupt meinte, dieser außerordentliche Einsatz sei nur mit einer großen Portion Idealismus aller Helferinnen und Helfer zu bewerkstelligen gewesen. Bürgermeister Konrad Rump bezeichnete das Kreisschützenfest als »Generalprobe für unser Stadtjubiläum im nächsten Jahr.« Landrat Reinold Stöckel stellte heraus, daß die Schützen im ganzen Kreis bürgerschaftliches und soziales Engage-

ment zeigen: »Ein leuchtendes Beispiel dafür ist Ehrenkreisschützenoberst Folix Klingenthal«, so Stöckel, der an den Bau der Wohnheime unter der Regie der St. Johannes Schützen erinnerte.

Die Besucher erlebten anschließend einen Umzug der Superlative. »Ja, hört der denn nie auf!«, meinte eine Zuschauerin überwältigt.

Die Einsatzkräfte, Feuerwehr und andere Helfer, hatten den Massenansturm gut im Griff. Der Durchgangsvorkehr wurde umgeleitet, die Großparkplätze waren belegt. Die Polizei meldete keine Zwischenfälle.

## Kopfschütteln in Kleinenberg über Lichtenauer König

# »Verhalten ist wenig hilfreich für gute nachbarschaftliche Beziehung«

Kleinenberg/Lichtenau (hpm). Einen etwas schalen Nachgeschmack bekommt das überaus gelungene Kreisschützenfest in Salzkotten, heraufbeschworen durch Auseinandersetzungen zwischen der St. Sebastian Bruderschaft Kleinenberg und dem amtierenden König des Heimatschutzvereins Lichtenau, Werner Babel. Der hatte, so die Darstellung aus

»Nicht jeder kann seinen Platz auf dem Kreisschützenfest frei wählen, die Aufteilung der Sitzgelegenheiten obliegt aus einsichtigen Gründen dem ausrichtenden Verein und dem Kreisgeschäftsführer. Wenn in Kenntnis dieser Tatsache der amtierende Schützenkönig des Lichtenauer Heimatschutzvereins im Vorfeld des Festes dem Festwirt - neben anderen Wünschen - die Bitte vorträgt, den Tisch der Lichtenauer Majestäten ... aber nicht neben den Kleinenbergern sitzend« zu plazieren, dann ist das, gelinde gesagt, eine Ungeheuerlichkeit.

Die Gründe für einen solch abwegigen und wahrhaft wenig königlichen Wunsch können hier - zumindest für die Kleinenberger -

vernachlässigt werden. Hier hat nicht der Privatmann gesprochen, sondern der amtierende König eines Schützenvereins. Und das ist der eigentliche Skandal! Der Oberst der St. Sebastian Schützenbruderschaft Kleinenberg, Theo Thonemann, hat eine solche Äußerung im Namen des Kleinenberger Königspaares, des Hofstaates, des Vorstandes und der gesamten Mitgliedschaft inzwischen scharf zurückgewiesen.

Hier werden nämlich durch eine Einzelperson in der Öffentlichkeit die Bestrebungen der Mandatsträger, der Vereinsvorstände und vieler Privatpersonen, die sich über viele Jahre um gute nachbarschaftliche Beziehungen bemüht haben,

dem Nachbarort, im Vorfeld des Festes verlangt, mit seinem Hofstaat nicht neben den Kleinenbergern sitzen zu müssen. Das hatte schon beim Fest am vergangenen Wochenende für einige Irritationen gesorgt. Aus Kleinenberger Sicht kommentiert Bernhard Hagelüken, Pressesprecher der St. Sebastian Bruderschaft den unliebsamen Vorfall:

in einer eklatant fahrlässigen Weise mißachtet. Das kann so nicht stehenbleiben, das verlangt nach öffentlicher Rücknahme!

In den zukünftigen Bemühungen um gute Nachbarschaft könne dies, so der Kleinenberger Oberst, nicht gerade hilfreich sein. Es sei aber auch kein Grund, sich hier auseinanderdividieren zu lassen. Er selbst werde jedenfalls die guten Verbindungen, die insbesondere im Zusammenwirken mit dem Lichtenauer Oberst Bernhard Fecke neu belebt worden seien, weiter verstärken wollen.

Dem Erfinder solch skurrilen Wunschdenkens sei im Namen der Kleinenberger Bürgerschaft zugerufen: »So bite nicht, Majestät!«

*Kommentar unmöglich ...*

Soldatenkameradschaften feiern 40 Jahre Bezirksverband

## Tod der Kameraden als Mahnung gegen neue Auseinandersetzungen

Kreis Paderborn (WV). Sie gründeten ihren Bezirksverband, als wohl niemand wieder etwas von Kriegern und Soldaten hören wollte, die ehemaligen Krieger- und Soldaten, die in den Vereinen der Krei-

se Paderborn und Büren zusammengeschlossen sind. Am 17. Juli 1955 wurde in Schloß Neuhaus die Gründung vollzogen. Erster Bezirksobersr wurde Josef Menneke, sein Stellvertreter Andreas Weltken.

Nicht aber an die unseligen Zeiten der Kriege wollten sie erinnern. Gerade sie hatten es vielfach am eigenen Leibe erdulden müssen, waren direkt konfrontiert mit dem Leid der Frauen, der Kinder und Familien. Dennoch: Die schrecklichen Verwundungen und den Tod von Millionen Kameraden vor Augen wollten sie deutlich machen: »Nie wieder Krieg!« Oberst Bernd Herr (Kleinenberg), Vorsitzender des Bezirksverbandes Paderborn-Büren, weist unter diesem Gedanken auf das 40jährige Jubiläum hin, das am Samstag, 14. September, begangen wird. Gastgebende Soldatenkameradschaft ist Herbram, wo man gemeinsam deren 125jähriges Bestehen feiern will.

Oberst Bernd Herr: »Heute, nach

40 Jahren wissen wir, daß es richtig und wichtig war, diesen Zusammenschluß herbeizuführen. Nach und nach wurden die Denkmale und Erinnerungsstätten in den Dörfern unsere Region renoviert oder neu gestaltet. Es wurden Erfahrungen ausgetauscht, gegenseitige Anregungen gaben zweckdienliche Hinweise, und neue Freundschaften sind entstanden. Das wichtigste Ziel: An den Tod der vielen Kameraden und Kriegsopfer zu erinnern und ihren Tod als Mahnung gegen neue Auseinandersetzungen zu verstehen, wurde immer wieder erneuert.«

An 22 Kameradschaften im ganzen Hochstift richtet Oberst Herr den Aufruf, zu einer großen Demonstration gegen Krieg zwischen

den Völkern nach Herbram zu kommen. Angesichts der schrecklichen Ereignisse im nahen Osteuropa und im nicht viel ferneren Osten, sei ein solcher Appell von besonderer Bedeutung.

Oberst Herr sieht sich als Angehöriger der Nachkriegsgenerationen in guter Nachfolge seiner Vorgänger. Alt und jung zusammenzuführen, das ist eines seiner wichtigsten Anliegen. Die Obersten Josef Menneke (Schloß Neuhaus, 1956-72), Heinrich Middeke (Boke, 1972-74), Willi Schulte (Brenken, 1974-76), Hans Dietrichsmeier (Delbrück, 1976-78), Johannes Leifeld (Dörenhagen, 1978-82) und Franz Wegener (Elsen, 1982-93) führten den Bezirksverband in eben diesem Sinne.

## Beratung des Nachtragshaushaltes im Hauptausschuß

# »Keine tollen Aussichten« für Lichtenauer Finanzen

Lichtenau (hg). »Keine tollen Aussichten!« Dieses Fazit zog Stadtdirektor Helmut Winzen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses bei der Erläuterung des Nachtragshaushaltes 1996. Wesentliche Gründe für diese wenig optimistische Äußerung

sind Einnahmeausfälle bei der Einkommenssteuer in Höhe von 130 000 Mark, eine spürbare Erhöhung des Solidarbeitrages für die deutsche Einheit um 72 400 Mark und die Erhöhung der Kreisumlage um 178 200 auf 8 254 600 Mark.

An der Kreisumlage entzündete sich die Kritik, sowohl vom Stadtdirektor als auch in der Diskussion der Ausschußmitglieder. Es sei einerseits nicht dazu gekommen, den viel diskutierten Mitnahmeeffekt an die Städte und Gemeinden des Kreises auszuzahlen; und es werde andererseits wohl nicht zur Aufstellung eines Nachtragshaushaltes des Kreises kommen, was die erneute Diskussion um die Kreisumlage möglich gemacht hätte. »Dies alles«, so Winzen, »sind Haushaltsverschlechterungen, die von außen unseren Haushalt bestimmt haben, auf die wir als Stadt Lichtenau keinen Einfluß hatten.«

Um die Minusbeträge im Verwaltungshaushalt auszugleichen, muß der Kämmerer einen tiefen Griff in die allgemeinen Rücklagen tun und 346 400 Mark entnehmen. Sie sinken damit auf 612 000 Mark.

Bei der Abfallbeseitigung ist inzwischen eine »Unterdeckung« von 108 000 Mark aufgelaufen. In der Diskussion wurde deutlich, daß die Stadt deswegen eine neue Abfallsatzung braucht, die andere Schwerpunkte setzt. Die Einführung der Biotonne und zahlreiche Befreiungsanträge hierfür hätten eine Verschiebung in der Einnahmesituation bewirkt. Außerdem, so Kämmerer Alfons Werner, seien Mindereinnahmen bei der Altpa-

pierverwertung eingetreten. Daß die Beseitigung wilder Müllablagerungen in Lichtenau inzwischen 5 000 Mark kostet, 3 000 Mark mehr als vorgesehen, wurde sehr kritisch gesehen. Erfahrungen zeigen, daß es sich häufig um Abfall von außerstädtischen »Besuchern« handelt, die in der flächengrößten Gemeinde des Kreises ihre Duftmarken hinterlassen.

Trotz schon enger Haushaltsansätze war es der Sparkommission unter Leitung von Bürgermeister

### Sparkommission nutzt jede Entlastungschance

Manfred Müller in enger Zusammenarbeit mit dem EDV-Team gelungen, in der Position PC-Anlagen eine Einsparung von 20 000 Mark zu erwirken, die den Vermögenshaushalt entlasten. Eingestellt werden soll dort ein Betrag von 3 000 Mark für die Erschließungsstraße zum Kindergarten Lichtenau. Hier sind Aufwendungen von 30 000 Mark erforderlich, die für die Stadt um 27 000 Mark Zuschüsse vermindert werden.

Bei der Baugebietserweiterung Kleinenberg sind die Planungskosten durch den Haushalt finanziert.

Weiteres Geld für die Ausführung der Erschließungsarbeiten steht erst 1997 zur Verfügung, weil es, so der Stadtdirektor, in diesem Jahr nicht mehr zu den Arbeiten kommen wird. Für die Vermessung des Geländes am Niederwiesenweg soll allerdings recht bald der Auftrag vergeben werden, damit es nicht zu Verzögerungen kommt. Sowohl Ortsvorsteher Josef Dissen, als auch SPD-Fraktionschef Ferdi Thiele hatten dies nachdrücklich gefordert, weil es für das Gebiet schon etwa zehn Anfragen nach Bauplätzen gibt. Die Beschleunigung, so Dissen, sei dringlich, »der Verkauf des letzten städtischen Bauplatzes in Kleinenberg steht unmittelbar bevor.«

Für Ortsvorsteher Josef Simon aus Henglar hat Bürgermeister Müller eine herzliche Gratulation zur Erringung der Kreiskönigswürde in seiner Ausschüßeröffnung formuliert: »Wir sind sehr stolz darauf, daß Henglar die Ausrichtung des Kreisschützenfestes 1997 für sich verbuchen kann. Wir werden im Rat über dieses Ereignis zu reden haben und sichern Henglar die Unterstützung der Stadt zu. Ich bin sicher, daß der Vereinsgemeinschaft zusammen mit ihrem Ortsvorsteher gute vorbereitende Entscheidungen gelingen. Wir werden unseren Teil dazu beitragen.«

Zwei neue Weihbischöfe im Erzbistum Paderborn

# Algermissen: »Auf Augenhöhe mit den Menschen bleiben«

Von Reinhard Brockmann (Text) und Stefan Hörtrich (Fotos)

**Paderborn (WB).** »Auf Augenhöhe mit den Menschen« zu bleiben, das haben die beiden neuen Weihbischöfe im Erzbistum Paderborn, Heinz-Josef Algermissen und Reinhard Marx, gemeinsam bekräftigt. Nach einem zwei-stündigen feierlichen Gottesdienst mit 2000

Gläubigen am Samstag im Hohen Dom sagte der bisherige Regionaldekan aus Bielefeld-Schildesche nach der Weihe: »Da liegen zwei erwachsene Männer ausgestreckt am Boden. Das macht deutlich welche Position wir haben. Es kann nur die ganz unten sein.«

Vermutlich erstmals in seiner 1200jährigen Geschichte erlebte das Erzbistum die Weihe von gleich zwei Bischöfen. Durch die Ernennung zum Bischof werde die bisherige Arbeit des Regionaldekans Algermissen sowie des bisherigen Direktors der Kommende in Dortmund, Marx, fortgeführt, erklärte Erzbischof Johannes Joachim Degenhardt. Die von ihnen gewählten Wappensprüche drückten zwei wesentliche und zugleich aktuelle Aspekte christlichen Lebens aus. Algermissen wählte aus dem Korintherbrief die auf Jesus Christus bezogene Formulierung: »Ein Schatz in zerbrechlichen Gefäßen.« Die Besonderheit des Christenmenschen meint das von Marx ebenfalls im Korintherbrief gefundene Motto: »Wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit.«

Die Sorge um den Priesternachwuchs und »gesunde Familien für ein hoffnungsfrohes Gemeinschaftsleben« empfahl Degenhardt den beiden neuen Bischöfen als sein besonderes Anliegen. Rücksicht, Verzicht und Einsatz für andere seien in einer Zeit des Strebens nach persönlicher Freiheit und individueller Selbstverwirklichung auch in Zukunft unverzichtbar.

Algermissen wurde 1943 bei Trier geboren und war in den 70er Jahren Vikar in Meschede und Studentenpfarrer an der dortigen Fachhochschule. 1980 wurde er Pfarrer von Johannes Baptist in Bielefeld-Schildesche. Bei 5000

Katholiken unter 21 000 Andersgläubigen setzte er starke ökumenische Akzente. Eine Fortsetzung dieser Arbeit wird schon heute durch sein Mitwirken an der in Fulda an diesem Montag zusammentretenden Deutschen Bischofskonferenz erwartet. 1991 wurde Algermissen Regionaldekan der Seelsorgeregion Minden-Ravensberg-Lippe. Algermissens Mutter

stammt aus Paderborn, sein Vater aus Trier.

Der 43jährige Reinhard Marx löst Franz-Josef Bode, Bischof von Osnabrück, als jüngsten katholischen Oberhirten in Deutschland ab. Der gebürtige Geseker studierte in Paderborn und Paris Theologie, wurde nach zwei Jahren in Arolsen als Vikar 1981 Geistlicher Rektor am Sozialinstitut der Erzdiözese in der ehemaligen Kommende des Deutschen Ordens in Dortmund. Einem Millionenpublikum bekannt wurde der medienerfahrene Anhänger von Johannes XXIII., als er den Deutschlandbesuch des amtierenden Papstes, Johannes Paul II., in diesem Sommer in Talk-Shows und als Kommentator begleitete.

Die mit Klugheit gemischte Fröhlichkeit Marx' stellte NRW-Stadtbauministerin Ilse Brusis (SPD) beim anschließenden Empfang in den Mittelpunkt ihres Grußwortes. So wie die Bielefelder Algermissen vermißten, so könne sie »als Dortmunderin« gleiches über Reinhard Marx sagen. Landeskirchenrat Helmut Weide überbrachte für die Evangelische Landeskirche von Westfalen die Glückwünsche, auch die seines Präses, Manfred Sorg. Weihbischof Marx sprach sich seinerseits für eine Vertiefung der Ökumene sowie eine konstruktive Zusammenarbeit mit den weltlichen Organen aus. Marx: »Staat und Kirche sind in Deutschland nicht miteinander verheiratet, aber sie haben eine Beziehung.«



Heinz-Josef Algermissen

Mann niedergestochen – Täter verhaftet

## Büren: Mord in einer Telefonzelle

Von Marion Neesen

**Büren (WB).** Ein 52jähriger Vater von zwei Kindern ist in der Nacht zum vergangenen Samstag in einer Telefonzelle in Büren (Kreis Paderborn) von einem 30jährigen Mann niedergestochen und dabei tödlich verletzt worden. Der Täter, der aus Hegensdorf bei Büren stammt, wurde am Samstag gegen sieben Uhr unweit von Kleve von der Polizei festgenommen. Er hatte zuvor noch zwei junge Frauen mit einem Messer bedroht und einen Verkehrsunfall verursacht.

Gegen den 30jährigen wurde Haftbefehl wegen Mordes, Raubes und schweren Raubes erlassen. Während der Vernehmungen gab er an, im Verlauf des vergangenen Freitags eine dreiviertel Kiste Bier getrunken zu haben. Nach Angaben von Oberstaatsanwalt Ulrich Feldmann ist der Täter nicht vorbestraft. Er sei lediglich vor Jahren aufgrund eines Angriffs gegen sich selbst aufgefallen.

Der 52jährige Wolfgang K., ein Fliesenleger, hatte Samstag gegen 2.30 Uhr seine Freundin in Sigmaringen am Bodensee angerufen. Mitten im Gespräch stürmte der Täter in die Zelle und tötete den Fliesenleger mit sechs Messerstichen. Das Motiv: Er wollte den Autoschlüssel haben. Die Freundin hörte am Telefon die Hilferufe und alarmierte die Polizei.

Nach dem Raub der Geldbörse lief der Täter in eine Gaststätte, zeigte die Tatwaffe, ein Anglermes-

ser, und sagte: »Ich habe jemanden getötet. Das wird nicht das Letzte sein.« Gäste konnten dem Mann das Messer abnehmen.

Nur wenige Minuten später bedrohte Markus V. mit einem anderen Messer zwei 18jährige Schülerinnen, die mit ihrem Auto vor einer Kreuzung standen. Der Täter riß die Tür auf, hielt der Schülerin Jennifer T. das Messer an den Hals und forderte das Auto. Die beiden Mädchen überließen dem Mann ihren weißen Escort Kombi und alarmierten die Polizei, die eine Großfahndung einleitete.

Markus V. flüchtete über die Autobahn in Richtung Dortmund. Sein Ziel: Über die Niederlande nach Frankreich. Auf der Autobahn 40 bei Kleve verursachte er während eines Überholmanövers einen Unfall, setzte seine Flucht aber fort, bis er Samstag morgen von Polizeibeamten festgenommen wurde.

## Kreisfahrbücherei: Müller fühlt sich vom OKD unter Druck gesetzt

# Rat fordert Nachverhandlungen

Lichtenau (mw). Einstimmig hat der Rat der Stadt Lichtenau in seiner jüngsten Sitzung eine Resolution von Bürgermeister Manfred Müller angenommen, in der der Kreis Paderborn zu neuen Verhandlungen über die Finanzierung von Kreisfahrbücherei und Kreismusikschule aufgefordert wird. Gleichzeitig hat der Rat die endgültige Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung der Kreisvereinbarung vertagt. Diesem Kompromiß vorausgegangen war eine kontroverse Debatte, wie der Rat taktisch vorgehen solle. Einig waren sich die Ratsmitglieder nämlich nur über den Fortbestand der Einrichtungen.

Nach dem aktuellen, vom Kreis vorgeschlagenen Finanzierungsmodell, wonach die Kosten der beiden Einrichtungen zur Hälfte über eine pauschale Umlage, zur Hälfte nach der tatsächlichen Benutzung finanziert werden sollen, würde sich für die Stadt Lichtenau eine Mehrbelastung von rund 46 000 Mark jährlich ergeben. In diesem Jahr zahlt die Stadt Lichtenau nach bisherigen Berechnungen 94 353 Mark, davon 48 386 für die Kreismusikschule und 45 967 Mark für die Fahrbücherei. Nach dem künftigen Abrechnungsmodus müßte die Stadt 140 814 Mark berappen, Geld, das die Stadt nicht hat. Bürgermeister Manfred Müller und CDU-Fraktionschef Karl-Heinz Wange argu-

mentierten, der Rat könne gar nicht anders entscheiden, als den neuen Vertrag abzulehnen, da die Stadt Lichtenau die Mehrkosten im Haushalt nicht decken könne. Wange lehnt es daher auch ab, dem von Stadtdirektor Winzen in der Verwaltungsvorlage durchgerechneten Kompromiß mit einer 25-prozentigen Abrechnung nach Benutzerzahlen zuzustimmen.

Scharf kritisierte Manfred Müller den Oberkreisdirektor. Müller mißfiel der Stil, wie die Kommunen unter Druck gesetzt würden und „ganz nebenbei“ der Verwaltung eine solche Vereinbarung unterbreitet würde. Der Oberkreisdirektor hatte angekündigt, bei Ablehnung der neuen Vereinbarung durch einzelne Kommunen einen Antrag auf Auflösung von Kreismusikschule und Fahrbücherei im Kreistag einzubringen. Für diesen Fall hat Bürgermeister Müller aber die Zusage von Landrat Reinold Stücke, daß zumindest er für den Erhalt der Bildungseinrichtungen stimmen werde. Müller setzte sich daher dafür ein, die vom Kreis angebotene Vereinbarung abzulehnen.

Diesen Schritt wollte die SPD-Fraktion nicht mittragen, da man im schlimmsten Fall befürchtete, mit dieser Ratsentscheidung das Aus von Kreismusikschule und Kreisfahrbücherei zu

provozieren. Ferdinand Thiele (SPD) erinnerte daran, daß der Kreistag vor der Sommerpause mit der CDU-Mehrheit genau das neue Finanzkonzept des Oberkreisdirektors gestützt habe. Müller dagegen plädierte dafür, „jetzt nicht einzuknicken“. Als ländliche Kommune sei Lichtenau ständig gebeutelt, ob bei den Schlüsselzuweisungen des Landes oder der Versorgung durch die Post. Thiele wandte sich gegen ein vorzeitiges Zuschlagen der Tür zu neuen Gesprächen und warnte Müller: „Sie wollen Stärke zeigen und wir wollen, daß der Bücherbus erhalten bleibt“. Um eine vom ganzen Rat einstimmig getragene Entscheidung zu erreichen, akzeptierte der Bürgermeister schließlich die von der SPD geforderte Vertagung der Entscheidung auf die nächste Ratssitzung am 14. November.

In der jetzt gefaßten Resolution verweist der Rat auf die Notwendigkeit der Kultureinrichtungen, deren Angebot die Stadt Lichtenau nicht allein für alle 15 Dörfer des Stadtgebietes gewährleisten könne. Im Vertrauen auf das Bildungsangebot, das seit Jahrzehnten bestehe, habe die Stadt im Laufe der Jahre mehrere Büchereien aufgegeben. Der Kreis müsse hier eine Ausgleichsfunktion erbringen, argumentieren die Lichtenauer.

## Lichtenauer Nachtragsetat gebilligt

# Viertelmillion Mark Verlust im Abwasserbereich

Lichtenau (mv). Einstimmig wurde in der jüngsten Ratssitzung der erste Nachtragshaushalt für das Jahr 1996 beschlossen. Der Verwaltungshaushalt beträgt nun 24,6 Millionen Mark, der Vermögenshaushalt 5,9 Millionen Mark.

Stadtdirektor Helmut Winzen teilte mit, daß die im Haushalt bereits vorgesehene Einsparung bei der Beschaffung der PC-Anlage der Stadtverwaltung von 20 000 Mark gelungen sei. Mit Genugtuung stellte Ulrich Bentler (Bündnis 90/Die Grünen) daraufhin fest, daß man mit der Kürzung des Haushaltsansatzes für die Computeranlage richtig gelegen habe. Die seinerzeit von CDU-Fraktionschef Karl-Heinz Wange bezogene Prügel wegen vermeintlicher Technikfeindlichkeit hätten die Grünen somit zu Unrecht bezogen. Weitere 71 000 Mark sparte die Stadt in diesem Jahr, da die Mietkaufrate der Anlage erst im kommenden Jahr wirksam wird.

260 000 Mark für die Erschließung des Gewerbegebietes Leibühl konnten durch einen Haushaltsrest gedeckt werden. Durch die Einsparung erhöhte sich die allgemeine Rücklage entsprechend. Gerade das Gewerbegebiet war aber für die Grünen Anlaß, sich bei der Vratschiedung des Nachtragshaushaltes der Stimme zu enthalten. Bentler äußerte Bedenken „gerade bei der Firma“, die sich am Leibühl ansiedelte.

Ohne Kommentar nahm der Rat den Jahresabschluß 1995 des Wasserwerkes mit einer Bilanz von 9,3 Millionen Mark und einem Verlust von 35 000 Mark zur Kenntnis. Anlaß für weitere Beratungen gibt allerdings nach Aussage von Bürgermeister Manfred Müller der Verlust von 253 000 Mark im Abwasserbereich bei einer Gesamtbilanz von 69,5 Millionen Mark. In beiden Fällen wird der Verlust auf die Jahresrechnung 1996 vorgetragen.

## Neue Wanderkarten in Holtheim

Ein schönes Zeichen heimatlicher Verbundenheit setzte jüngst die Abteilung Holtheim des Eggegebirgsvereines. Die vor längeren Jahren in der Haart und am Sportplatz aufgestellten Wanderkarten boten ein sehr unansehnliches Bild. Auch die tragenden Holzrahmen waren mittlerweile verfault. Nachdem der Naturpark Eggegebirge die erforderlichen Materialien bereitgestellt hatte, erklärte sich die EGV-Abteilung zur Aufstellung bereit. Dem Wanderer und Spaziergänger bietet sich nun wieder eine ansehnliche und brauchbare Orientierungshilfe. Für die Besitzer der zur Zeit noch käuflichen Wanderkarten ergibt sich eine wichtige Änderung. Der Wanderweg A2 mußte verlegt werden und verläuft jetzt durch den Düstern Grund und unterhalb des Hohen Steins auf den Ausgangspunkt zurück.

Unser Bild zeigt die fleißigen Helfer. Von links nach rechts: Willi Knaup sen., Hermann Diederichs, Heinz Schuhmacher, Willi Knaup jun., Rudolf Künneke, Ralf Klemm.



Hermann Kaup wird Donnerstag 70

## Vater der Aabachtalsperre hat Spuren hinterlassen

**Büren (pic).** Zwölf Jahre Oberkreisdirektor im Kreis Büren, 16 Jahre Kreisdirektor im Kreis Paderborn und vier Jahre lang Amtsdirektor in Atteln: Hermann Kaup aus Büren vollendet Donnerstag, 26. September, sein 70. Lebensjahr. Der 1991 pensionierte Kaup feiert seinen Geburtstag im Kreis der Familie in einem Ferienort in Süddeutschland.

Der gebürtige Helmerner hat im Kreis Paderborn in seiner langen Amtszeit an Verwaltungsspitzen und in vielen Institutionen zahlreiche Spuren im Kreis Paderborn hinterlassen. Noch heute wird

Kaup gern als »Vater der Aabachtalsperre« in Wünnenberg gefeiert, der gegen manche kritischen Stimmen die Wurzeln für eine gesicherte Wasserversorgung des heimischen Raumes auch im 21. Jahrhundert legte. Auch dem Fremdenverkehr verhalf Kaup im strukturschwachen Raum auf die Beine. Der vielfach als »Anwalt des ländlichen Raumes« bezeichnete Verwaltungsexperte war bekannt dafür, im Paragraphenschungel immer einen Ausweg zugunsten hilfesuchender Bürger zu finden. »Er ließ gern fünf gerade sein«, sagen seine Mitbürger. Kaup ist ein großer Natur- und Sangesfreund, der sämtliche Heimatlieder bis zur letzten Strophe kennt. Viele sehen in ihm in der Nachkriegszeit einen Glücksfall für den Raum Büren. Die zwangsweise Verschmelzung mit dem Kreis Paderborn im Zuge der kommunalen Neugliederung 1975 empfand Kaup als schmerzlich.

Vollends hat sich Kaup noch nicht aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen. So führt er den Vorsitz im Trägerverein des Mauritiusgymnasiums: Das Schicksal dieser Schule, das wegen der bevorstehenden Pensionierung von Schulleiter Wilhelm Otto für das nächste Jahr einen neuen Chef sucht, liegt dem Bürener sehr am Herzen.



Sein 70. Lebensjahr vollendet am Donnerstag Kreisdirektor a.D. Hermann Kaup. Foto: Brucks



## Zukaufpreise für Getreide und Futtermittel

Falls nicht vermerkt, gelten die Preise für lose Ware ab 3 t und sofortige Lieferung frei Hof in DM/dt o. MwSt. Kürzel: kg/hl = Hektolitergewicht, MJ = Megajoule, RP = Rohprotein, GA = Getreideanteil

Region u. Meldedatum Produkt	Raum: Soest (23. 8. 96) Herkunft/Qualität		Raum: Brakel/Paderborn (23. 8. 96) Herkunft/Qualität	
Futterhafer	52-54 kg/hl	28,00	50-52 kg/hl	28,50
Futtergerste	64 kg/hl	27,00	62-64 kg/hl	25,50-26,50
Futterweizen		28,50	76 kg/hl	28,00
Körnermais		-		34,75
Roggen		-		26,00
Triticale		27,50		26,50
Weizenkleie	Normtyp, gesackt	32,50	Normtyp	25,00-27,75
Trockenschnitzel		-	Pellets	29,75
Sojaschrot	44,0 % RP	47,50	44,0 % RP	46,00-48,50
Fischmehl	64 % RP	108,00	64,0 % RP	92,75-99,00
Futteröl ab 1000 kg	Sojaöl, roh	120,00	Sojaöl, roh	107,50-115,00
Milchleistungsfutter 18,0 % RP, E-Stufe 3		34,10		33,50-33,70
Milchaustauschfutter für Aufzuchtkälber		-	Rohfett Milchpulver, gesackt	242,00-250,00
Ergänzungsfutter für Aufzuchtkälber, gepreßt	18 % RP	39,95	18 % RP	39,50-42,00
Rindermastfutter I E-Stufe 3, gepreßt	20 % RP	34,60	20 % RP	34,00-34,20
Ferkelaufzuchtfutter I	13,0 MJ/kg	57,90	13,0 MJ/kg	47,80-54,50
Ferkelaufzuchtfutter II	13,0 MJ/kg, gesackt	43,70	12,6 MJ/kg	46,50-46,80
Alleinfutter für säugende Sauen	12,6 MJ/kg	46,60	12,6 MJ/kg	43,00-44,95
Alleinfutter für Mast- schweine ab ca. 35 kg	16,5 % RP, 0,95 % Lysin, 13,0 MJ/kg, < 40 % GA	42,20	16,5 % RP, 0,9-0,95 % Lysin, 12,6-13 MJ/kg, < 40% GA	38,50-46,15
dto.	16,5 % RP, 0,95 % Lysin, 13,0 MJ/kg, > 40 % GA	42,80	16,5 % RP, 0,9-0,95 % Lysin, 13,0 MJ/kg, > 40 % GA	39,75-41,35
Ergänzungsfutter für Mastschweine	28,0 % RP, 2,0 % Lysin, 12,2 MJ/kg	47,40	28 % RP, 2,0 % Lysin, 12,2 MJ/kg	44,50-45,20
Eiweißreiches Ergänzungsfutter für Mastschweine (mind. 36 % Rohprot.)	38,0 % RP, 3,0 % Lysin 12,6 MJ/kg	55,75	38 % RP, 3,0 % Lysin, 12,2 MJ/kg	52,55-53,50
Eiweißkonzentrat für Schweine	46,0 % RP, 3,6 % Lysin	63,50	46 % RP, 3,6 % Lysin	61,30-62,50
Alleinfutter für Legehennen			- % RP,	44,50-45,65
Pferdeergänzungsfutter	11,0 % RP, 14,0 % Rohfaser	43,00	RP, Rohfaser, gesackt	35,00-46,00

*Landwirtschaftliches Wochenblatt № 35. 1996*



## Erzeugerpreise für Schweinehälften

Wochennotierung 19. 8. bis 25. 8. 1996			
Preisgebiet	Nordrhein-Westfalen Nord	Süd	Weser-Ems
Betriebe	26	10	26
Schweine insges.	150 126	22 954	112 708
Hkl. Gesamtzahl	144 283	22 918	105 125
E-P ± % gg. Vorwoche	- 0,9	- 9,0	± 0
Ø-Preis (Ø MF %)	3,62 (55,3)	3,69 (56,1)	3,63 (55,4)
E Klassenanteil in %	56,6	65,4	60,0
Preisspanne	3,66-3,80	3,72-4,00	3,69-3,84
Ø-Preis (Ø MF %)	3,73 (57,6)	3,80 (57,9)	3,73 (57,6)
U Klassenanteil in %	37,5	30,7	34,1
Preisspanne	3,44-3,60	3,51-3,62	3,48-3,60
Ø-Preis (Ø MF %)	3,52 (53,0)	3,53 (53,0)	3,52 (53,1)
M1 Anzahl	4145	24	2094
Preisspanne	2,92-3,18	2,95-3,03	2,93-3,12
Ø-Preis	3,05	2,96	3,00



## Erzeugerpreise für Nutzkälber

Preise ab Hof in DM/Stück vom 19. 8. bis 25. 8. 1996				
	Anzahl	Preise von...bis	gew. Ø-Preis	Ø-Preis gg Vw.
<b>Bis zu 14 Tage alte Bullkälber:</b>				
Mastkreuzungen I. Qualität	119	270-330	286	+ 1
Mastkreuzungen II. Qualität	125	150-240	183	- 6
Rotbunte I. Qualität	298	175-280	223	+ 1
Rotbunte II. Qualität	434	145-175	151	- 1
Schwarzbunte	910	140-175	152	- 1
<b>Bis zu 14 Tage alte Kuhkälber:</b>				
Mastkreuzungen	47	150-180	155	- 5
Rotbunte	68	150-180	160	± 0
Schwarzbunte	53	90-155	103	- 7



## Erzeugerpreise für Rinderhälften

Wochennotierung 19. 8. bis 25. 8. 1996					
Preisgebiet NRW, Zahl der Meldebetriebe 29					
Kategorie	Gesamtzahl	Handelsklasse	Anteil in %	Preisspanne von-bis	Ø-Preis
A = Jungbullen	6204	U 2	5,0	4,71-4,92	4,83
		U 3	6,1	4,61-4,92	4,70
		R 2	17,4	4,57-4,90	4,71
		R 3	23,4	4,53-4,89	4,59
		O 3	28,7	4,24-4,42	4,30
D = Kühe	2874	R 3	7,7	3,58-4,01	3,70
		O 3	43,0	3,38-3,60	3,49
		P 2	7,1	2,89-3,14	2,98
E = Färsen	898	R 3	25,9	4,03-4,80	4,37
		O 3	33,9	3,51-3,98	3,71
KA = Kälber	3204	pauschal	100		6,70



## Erzeugerpreise für Getreide

Durchschnittsqualität frei Lager der Erfassungsstellen bei sofortiger Lieferung. Preise in DM/dt am 23. 8.		
Region um	Brakel/Paderborn	Soest
Brotweizen	24,00-24,50	25,00
Futterweizen	-	24,50
Futtergerste	22,50-23,00	23,00
Raps	40,00-40,50	40,50
Region um	Warendorf	Dortmund
Brotweizen	-	24,50
Brotroggen	-	23,00
Futterroggen	23,00	-
Futterweizen	24,50-25,00	24,50
Triticale	23,25-25,00	23,50
Futtergerste	24,25-24,50	23,50
Hafer	-	25,00
Raps	40,00	40,00

Folge 35 / 96

*Landwirtschaftliches Wochenblatt 35/1996*



## Speisekartoffelpreise

Bericht vom: 26. 8.	festkochend (Salatware)		vorwiegend festkochend
	Spezialsorten	übrige Sorten	
Sorten:	Cilena Charlotte		Gloria, Christa Secura Ukama
<b>Erzeugerpreis</b> - Direktabsatz an Verbraucher, ab Hof, mit Sack, per 25 kg, inkl. MwSt.	15,00-23,00	-	14,00-22,00
- lose, frei <b>Aufbereitungsbetrieb</b> , per 100 kg, Basis Handelsklasse I, sortiert	15,00-20,00	-	8,00- 9,00
<b>Großhandels-Einstandspreis</b> - am Empfangsort, mit Sack, per 100 kg - Zu- oder Abschläge für Übergrößen	30,00-35,00	-	15,00-25,00
<b>Großhandels-Abgabepreis</b> - je 25-kg-Packung, am Empfangsort			
<b>Verbraucherpreis</b> (inkl. MwSt.) - je kg, lose - je 12,5-kg-Packung - je 25-kg-Packung	- 6,00- 7,00 -	- - -	- 5,50- 6,00 -
<b>Marktverlauf</b>	mittel bis langsam	-	mittel bis langsam
<b>Preistendenz</b>	stabil bis schwächer	-	stabil bis schwächer



## Eiernotierungen

Eiernotierung Köln am 23. 8. 1996

Großhandelseinstandspreis, franko, Klasse A 4,  
lose: deutsche Eier 16,75-17,50; holländische  
Eier 14,75-15,25; belgische Eier 14,75-15,25

Marktentwicklung: freundlich

**Norddeutsche Eiernotierung - ZMP am 27. 8.**

Im Zeitraum Freitag, 23. 8., bis Montag, 26. 8.  
1996, erzielten die meldenden Packstellen für  
Eier im Marktsegment „gehobene Qualitätsware  
einschließlich Markenpflege“ für weiße bzw.  
braune Schale Eier, ohne Kleinverpackung, frei  
Empfänger, Mindestabnahme 25 Kartons:

Gew. u. Güte- klasse	Spanne von - bis in Pf je Stück	Mittel- wert zur Veränderung zur Vorwoche	Veränderung zur Vorwoche
<b>Weiß Ware</b>			
A1	20,25-22,00	21,60	± 0
A2	19,25-21,05	20,65	± 0
A3	18,00-20,25	19,60	± 0
A4	17,00-18,85	18,50	± 0
A5	15,00-17,70	16,65	± 0
<b>Braune Ware</b>			
A1	20,75-22,30	21,85	± 0
A2	19,75-21,45	21,05	± 0
A3	18,50-20,10	20,00	± 0
A4	17,25-19,25	18,65	± 0
A5	15,00-17,55	16,70	± 0

Markttendenz zum Zeitpunkt der Notierung:  
freundlich. Nächste Notierung am 2. 9.



## Eier-Verbraucherpreise

**Direktabsatz der Erzeuger an Endverbraucher**  
(ab Wagen, frei Haustür, auf Wochenmärkten)  
Preise für lose Eier, Güteklasse A, in Pf/Stück  
mit Mehrwertsteuer:

Gewichtsklasse	Spanne	Schwerpunkt
1	27,00-32,00	30,00
2	26,00-30,00	28,00
3	24,00-28,00	26,00
4	22,00-26,00	24,00
5	18,00-23,00	20,00



## Geflügel-Verbraucherpreise

(Ermittelt auf dem Wochenmarkt bzw. im  
Ladengeschäft) - frisch - in DM/kg inkl.  
Mehrwertsteuer:

Suppenhennen, kochfertig	4,50- 5,50
Hähnchen, ganz, bratfertig	5,50- 6,00
Poularde	5,60- 6,50
Hähnchenkeule	7,00- 8,50
Hähnchenschnitzel	14,00-14,50
Putenoberschenkel	8,00- 9,00
Putenunterschenkel	5,00- 5,60
Putenbrust	14,75-15,50
Putenrollbraten	14,50-15,50
junge Ente (Flugente)	11,00-13,00
Gänsebrust	19,00-22,00
Stallkanin	12,00-13,00



## Geflügel-Erzeugerpreise

**Nutzgeflügel:** Marktlage fest.

**Erzeugernettopreise für Nutzgeflügel**  
ab Bruterei in DM je Stück:

<b>Eintagsküken:</b>	
Lege-Hybriden, sortiert	1,20- 1,50
Mast-Hybriden, unsortiert	0,55- 0,75

<b>Junghennen:</b>	
Lege-Hybriden, 18-20 Wochen alt	9,00-10,00
Kleinpartien bis 50 Stück	9,00-10,00
größere Partien	7,50- 8,50

*Landwirtschaftliches  
Wochenblatt  
Nr 35. 1996*

## Kein Lichtblick am Arbeitsmarkt

# Im Hochstift weiter 18 000 Arbeitslose

**Kreis Paderborn (ms/aa).** Der Arbeitsamtsbezirk Paderborn wartet immer noch auf einen Aufschwung. Auch im September war kein Lichtblick zu verzeichnen. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Am Monatsende lag die Zahl der Arbeitslosen in den Kreisen Paderborn und Höxter mit 18 192 erstmals in einem September über der 18 000-Marke. Die Quote war lediglich um 104 (0,6 Prozent) niedriger als im August. Die Vorjahrszahl wird um 2 104 (13,1 Prozent) überschritten. Dabei gilt der September als der Monat, in dem in aller Regel mit konjunktureller Herbstbelebung ein beachtlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist.

Die Arbeitslosenquote, die im August 10,7 Prozent und vor einem Jahr 9,5 Prozent betragen hat, beläuft sich nunmehr auf 10,6 Prozent. Für den Kreis Paderborn sehen die Zahlen noch düsterer aus. Hier kam es gegenüber dem August sogar noch zu einem leichten Anstieg um 28 (0,2 Prozent) auf insgesamt 13 329. Die Vorjahrszahl wird um 1 460 (12,3 Prozent) überschritten. Die Quote liegt hier bei 11,2 Prozent.

Die für einen September ungewöhnlich hohe Zahl an 3 111 Arbeitslosmeldungen übertraf um 532 (20 Prozent) das Vorjahresergebnis. Rund 1 500 Neumeldungen erfolgten nach unmittelbar zuvor beendeter Erwerbstätigkeit. Beendigungen von Sprachlehrgängen sowie betrieblichen oder schulischen Ausbildungen führten ebenfalls zu neuen Arbeitslosmeldungen. Die hohe Fluktuation zeigt zwar, daß nicht immer die gleichen Personen von Arbeitslosigkeit betroffen sind, macht aber auch – wie schon in den Vormonaten – deutlich, daß die erheblichen Strukturveränderungen im Ergebnis kaum Beschäftigungsausweitungen in der Region mit sich bringen. Neueinstellungen werden vielmehr durch Entlassungen in anderen Zweigen zumeist ausgeglichen. Dadurch steigt, nicht zuletzt infolge der überproportionalen Bevölkerungszunahme, im Arbeitsamtsbezirk die Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenzahlen der letzten Jahre zeigen dies deutlich: Arbeitslose September 1991 – 10 004, Arbeitslose September 1992 – 14 989, Arbeitslose Septem-

ber 1993 – 14 594, Arbeitslose September 1994 – 15 357, Arbeitslose September 1995 – 16 088, Arbeitslose September 1996 – 18 192.

Der Umfang der Kurzarbeit ging im September leicht zurück. Insgesamt arbeiteten Mitte des Monats 1 139 Arbeitnehmer in 45 Betrieben verkürzt. Das waren sieben Betriebe mehr als im August, jedoch 304 Betroffene weniger. Vor einem Jahr arbeiteten in 30 Betrieben 1 063 Männer und Frauen verkürzt. Betroffen sind zur Zeit schwerpunktmäßig Betriebe der Holzindustrie, des Nahrungsmittelgewerbes, der Papierverarbeitung und des Baugewerbes.

Die Vermittlungsarbeit war im September besonders erfolgreich, zumal die Besetzung von Stellen, die erst Ende August gemeldet worden waren, die Möglichkeiten der Stellenbesetzungen verbesserten. Insgesamt gelang es den Arbeitsvermittlerinnen und Arbeitsvermittlern im vergangenen Monat 1 758 Arbeitsplätze zu besetzen. Die Zahl lag um 930 höher als im August und übertraf das Vorjahresergebnis um 625.

Die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) ging im September um 57 auf 592 zurück. Die Zahl liegt aber immer noch um 131 oder 28 Prozent höher als vor Jahresfrist. Die Zahl der Teilnehmer an vom Arbeitsamt geförderten beruflichen Bildungsmaßnahmen verringerte sich im September leicht auf 1 920. Außerdem nehmen zur Zeit 585 Männer und Frauen an Sprachlehrgängen teil.

## EGV-Ehrenmalfeier am Hirschstein bei Willebadessen

# Gedenkstätte ist 70 Jahre alt

Kreis Paderborn/Willebadessen (tab). »Frieden auf dieser Welt ist die einzige Chance, die Herausforderungen zu meistern. Insofern trägt die gesamte Menschheit Verantwortung für die Schaffung, Bewahrung und Sicherstellung des Friedens auf dieser Erde«, betonte Paderborns Oberkreisdirektor Dr. Ru-

Musikalisch begleiteten die Stadtkapelle Bad Driburg und der Männergesangsverein »St. Josef« Willebadessen die EGV-Feier. »350 Menschen sind eine Teilnehmerzahl, die den Eggegebirgsverein bestärkt, diese Veranstaltung auch weiterhin durchzuführen«, zeigte sich EGV-Vorsitzender Konrad Kappe überzeugt. Dr. Wansleben erinnerte daran, daß vor genau 70 Jahren das Willebadessener Ehrenmal offiziell eingeweiht wurde.

### OKD Wansleben Redner

»Mahnung und Bedeutung des Ehrenmals sind heute so aktuell wie damals«, so der OKD. »Wir können nur hoffen und beten, daß die schrecklichen Erfahrungen dieses Jahrhunderts ausreichen, die Welt vor einem erneuten Krieg zu bewahren. Dennoch ist die Drohung des Krieges allgegenwärtig, das Flackern ist überall«, erklärte der Redner und ergänzte: »Denken wir an die 55,3 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges, denken wir an die sechs Millionen ermordeten Juden während der Naziherrschaft.« Allein die Region an der Egge beklage 2 000 Tote und Verschollene in zwei Weltkriegen.

»Wir blicken in die Vergangenheit, um unsere Verantwortung für die Zukunft zu erkennen«, brachte Dr. Rudolf Wansleben seinen

Hauptgedanken auf den Punkt. Und: »Wir spüren an diesem Ort die gemeinsame Verantwortung mit den toten Soldaten, aber auch mit den Toten der Welt.« Das große Engagement müsse den gemeinsamen Grundwerten gelten, nämlich für die Würde jedes einzelnen Menschen, egal ob er reich ist oder arm, ob er Arbeit hat oder nicht, einzustehen, sagte Wansleben weiter. »Wir können uns auf dieser Welt

keinen Krieg mehr leisten«, erklärte der Gast aus Paderborn. Die weiteste Anreise zu der Ehrenmalfeier hatte übrigens Günter Bartsch aus Kiel. Der zur Zeit als Kurgast in Bad Lippspringe verweilende Wanderkamerad ist nicht nur in seinem Heimatort Wanderer. In Willebadessen zeigte er sich überrascht: »Das war eine wunderschöne Feier. So etwas kenne ich gar nicht.«



Das Foto zeigt v.l.: Konrad Kappe (EGV-Vorsitzender), Dr. Rudolf Wansleben und Bruno Leon (Vorsitzender EGV-Abteilung). Foto: Tanja Beine

# Aufhebung des Dauerstaus ist »vorstellbar«

**Husen / Kreis Paderborn (WV/hpm).** Ein Aufhebung des Dauerstaus der Altenau bei Husen ist für Oberkreisdirektor Dr. Rudolf Wansleben, gleichzeitig Vorsteher des Wasserverbandes Oberes Lippegebiet, nach Auswertung aller bisher vorliegenden Gutachten, Stellungnahmen und Meinungen »vorstellbar«. Diese Einschätzung hat er in einer Pressemitteilung vom gestrigen Mittwoch geäußert. »Da ich mit der Verbandsversammlung im Zusammenhang mit der Aufstellung des Haushalts 1997 die Planung zum Rückbau des Dauerstaus behandeln will, möchte ich gleichzeitig die Position der Stadt Lichtenau mitteilen können«, heißt es weiter. In einem Schreiben bitte der OKD die Stadt, ihre Position zum Thema Naherholung mitzuteilen.

»Da bei der Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens neben den Belangen der Gewässergüte sicherlich auch denen der Fischerei, Erholung usw. Rechnung zu tragen ist, wird dem Votum der Stadt Lichtenau besonderes Gewicht zukommen«, so Wansleben. Obwohl

andere Projekte fließen konnten.

Seit der Inbetriebnahme des Beckens 1985 hat sich innerhalb weniger Jahre die Betrachtungsweise erheblich verändert. Es wurde erkannt, daß Stauseen für das »Ökosystem Fließgewässer« in der Regel negative Einflüsse mit sich bringt. Sehr wahrscheinlich würde ein Dauerstau heute nicht mehr eingerichtet, nicht so sehr wegen der Wasserführung, sondern wegen der sinkenden Gewässergüte. Der Verbandsvorsteher hat deshalb verschiedene Gutachten aufstellen lassen, um den aktuellen Zustand kritisch zu durchleuchten. Die Gutachter bestätigen die Auffassung des Verbandes, daß die Wasserqualität der Altenau unterhalb des Dauerstaus durch diesen verschlechtert wird. Gleichzeitig weisen die Gutachter darauf hin, daß die Minderung der Versickerung der Altenau zwischen Husen und Henglarn fraglich sei.

## Im Haushalt beraten

die Stadt in den vergangenen Jahren mehrfach um eine Stellungnahme gebeten wurde, ging diese beim Kreis bislang nicht ein. Mit der Beurteilung des Sachverhaltes befinden sich die Verantwortlichen in einer Zwangslage: Während die Husener für den Erhalt des Sees sind, kämpfen viele Attelner seit Jahren für dessen Beseitigung, deren Kosten mit etwa einer Million Mark veranschlagt werden.

Der Verbandsvorsteher weist in seinem Brief auf die »fast 30 Jahre alte Geschichte« des Hochwasserrückhaltebeckens Husen-Dalheim hin. Als Hochwasserschutzmaßnahme sei die Anlage 1968 vom Land Nordrhein-Westfalen nach dem Katastrophenhochwasser von 1965 geplant worden. Entsprechend den damaligen Vorstellungen der Umwelt- und Landschaftsbehörden wurde hierbei auf die Schaffung von Wasserflächen besonderer Wert gelegt und ein Dauerstau mit Vollsperre vorgesehen. Auch der ehrenamtliche Naturschutz hatte sich seinerzeit für einen Dauerstau ausgesprochen. Die Stadt Lichtenau brachte weitere Argumente für den Dauerstau in das Planfeststellungsverfahren hinsichtlich Erholungsfunktion und erheblicher Steigerung des Freizeitwertes ein. Zur Errichtung der Anlage einschließlich aller Nebenmaßnahmen mußten insgesamt 31 Millionen Mark aufgebracht werden. Gelder, die damals nicht in

Vor diesem Hintergrund kann sich der OKD die Aufhebung des Dauerstaus vorstellen. Er weiß, daß dem Bürger die unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes erfolgte Errichtung 1985 die mögliche Beseitigung des Sees (vielleicht 1999) nach erfolgtem Planfeststellungsverfahren das Zweifelhafte an ökologisch geforderten Baumaßnahmen sehr praktisch vor Augen geführt wird.

»Zu dieser Maßnahme, die derzeit auch die Meinung des Landes

## Eine Million Kosten

NRW wiedergibt, hat bis heute die Stadt Lichtenau ihr damaliges Votum zu Gunsten des Dauerstaus nicht aufgehoben«, stellt Wansleben zum Schluß seines Schreibens fest, in dem Lichtenau vorab am Planfeststellungsverfahren beteiligt wird.

## Konträre Meinungen zum Dauerstau der Altenau

# Husener Bürger eindeutig für Erhalt des Sperriegels

Von Heinz-Peter Manuel

Altkreis Büren / Lichtenau (WV). Am kommenden Donnerstag besichtigt der Umweltausschuß des Kreises Paderborn das Regenrückhaltebecken oberhalb von Husen, um sich ein Bild zu machen von der Situation der Altenau unterhalb des Dauerstaus (wir berichteten). Vor allem die Bewohner Attelns und Henglarns fordern seit Jahren vehement die Aufhebung des Dauerstaus, um den gebeu-

In dem vom Vorsitzenden Josef Vogt unterzeichneten Schreiben, das auch Landrat Reinold Stücke, Landtagsabgeordneter Gerhard Wächter, der Umweltausschussvorsitzende Franz Figgemeier und Lichtenaus Bürgermeister Manfred Müller bekommen haben, heißt es, durch den Bau des Sperriegels am Hochwasserrückhaltebecken sei eines der schönsten Täler im Bereich der oberen Altenau verbaut worden. Niemand aus der Bevölkerung Husens sei seinerzeit von diesem massiven Eingriff in den Naturhaushalt begeistert gewesen. Vogt erinnert daran, daß deshalb im Planfeststellungsverfahren Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen festgeschrieben worden seien. Diese bestünden im wesentlichen aus der Schaffung zweier Dauerseeflächen mit erholungsrelevanten Einrichtungen.

Im Planfeststellungsverfahren wurde ein Modell des Hochwasserrückhaltebeckens sowohl in der Verwaltung als auch in der Volksbank Atteln ausgestellt. Vogt: »Die Bevölkerung des gesamten Altenautals begrüßte ausdrücklich die Erstellung der vorgesehenen Dauerseeflächen. Niemand aus der Bevölkerung - wie auch vom Rat und

der Verwaltung - erhob Einwände.«

Zusammen mit den Wasserflächen biete diese auch durch andere Maßnahmen gestaltete Talauen heute vielen Tier- und Pflanzenarten ein Refugium, das durch einen neuerlichen Eingriff wieder zerstört wurde. Vogt verweist auf die weiträumigen Laichplätze von Amphibien, wie Erdkröte, Grasfrosch und Molch. Viele, unter anderem auch seltene Wasservögel, seien heimisch geworden.

### Trockenheit verantwortlich

»Wir schließen uns außerdem der Aussage von Bernhard Troja an, in der er sagt, daß die Befürworter des Rückbaus verschwiegen, daß die Altenau auch vor dem Bau des HRB in trockenen Jahren nicht immer durchgehend Wasser geführt habe«, heißt es. Vogt verweist in diesem Zusammenhang auf Ausführungen der Geographen Stille und Maasjost. Dem Schreiben beigefügt ist eine im Landwirtschaftlichen Wochenblatt veröffentlichte Niederschlagsbilanz, die für die Jahre 1995 und 1996 einen gravierenden Niederschlagsmangel beklagt (Absenkung des Grundwasserspiegels).

telten Fluß wieder stärker zu verstetigen. Doch das Votum der Altenau-Anlieger ist nicht einheitlich: Eindeutig für den Erhalt des Sperriegels hat sich jetzt der Heimat- und Verkehrsverein Husen in einem Brief an den Wasserverband für das obere Lippegebiet und dessen Verbandsvorsteher Dr. Rudolf Wansleben ausgesprochen und damit seine seit Jahren bezogene Position bestärkt.

Doch auch der stetig steigende Wasserverbrauch der Bürger im Altenautal und Eingriffe in den Bachlauf der Altenau (Einleitung des Klärwassers erst hinter Henglarn, Zuschütten von Kolken und Gumpen, Begradigungen und Umlegungen des Flußbettes) erkläre die Wasserverluste des Baches eher als fehlende Sedimente in den Schwalgen, gibt Vogt die Meinung in Husen wider.

In nicht unerheblichem Maß diene dieses wertvolle, neu geschaffene Naherholungsgebiet auch dem Tourismus und erholungssuchenden Menschen, eindeutig belegt durch die vielen tausend Besucher im Laufe eines Jahres: »An den Kfz-Kennzeichen ist deutlich ablesbar, daß dieses Naherholungsgebiet von Besuchern aus nah und fern gern angenommen wird.« Anderlautende Aussagen des Grünen-Politikers Horst Schulze-Stieler (WV vom 27. September) seien »einfach aus der Luft gegriffen und unwahr«: »Wenn Schulze-Stielers Behauptungen richtig wären, wie könnte dann die Touristengemeinschaft der Stadt Lichtenau in ihrer Werbebroschüre auf die Erholungsfunktion der Seen in Wort und Bild hinweisen?«

Zum Dauerstau in Husen:

# CDU fordert die Stellungnahmen der Fachämter

**Lichtenau (hg).** Bevor eine Stellungnahme der Stadt Lichtenau zu einer Veränderung des Dauerstaus in Husen möglich ist, will die CDU eine Abstimmung mit den Trägern öffentlicher Belange herbeiführen, die Fachbehörden und die Fachleute hören. Bürgermeister Manfred Müller mahnte in der Fraktionssitzung der CDU vor dem Hintergrund äußerst unterschiedlicher Auffassungen zum Dauerstau zu einer sachlichen Diskussion.

In einem Antrag an den Rat der Stadt will die CDU die Verwaltung beauftragen, als Entscheidungsgrundlage zur zukünftigen Entwicklung am Rückhaltebecken Husen die Stellungnahmen einer Reihe von Institutionen und Trägern öffentlicher Belange einzuholen: Zunächst vom Wasserverband für das obere Lippegebiet. Er sollte außerdem darlegen, welche baulichen verfahrensrechtlichen und finanziellen Konsequenzen eine Aufhebung des Dauerstaus zur Folge hätte.

Weitere Stellungnahmen möchte die CDU vom Kreis Paderborn, als untere Landschaftsbehörde, von der Bezirksregierung in Detmold als obere Wasserbehörde und als Fischereibehörde, vom Staatlichen Umweltamt Bielefeld, von der Touristikzentrale Paderborner Land und von der Touristikkommunikationsgesellschaft Lichtenau eingeholt haben.

Fraktionschef Karl-Heinz Wange machte deutlich, daß die Stadt Lichtenau für den Bereich des Rückhaltebeckens sachlich nicht

zuständig sei. Die Zuständigkeit liege beim Wasserverband für das obere Lippegebiet, der in eigener fachlicher Verantwortung eine Entscheidung über Veränderungen am bisherigen Status quo zu treffen habe. Dabei, so Wange, sei die Stadt Lichtenau im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens als örtlich betroffene Kommune zu beteiligen.

Manfred Müller stellte fest, daß es vor der Einleitung eines kostenintensiven Planfeststellungsverfahrens in der Tat sinnvoll sei, eine Abstimmung mit den Fachbehörden herbeizuführen. »Außerdem«, so Müller, »sollte jedermann vor einem Beschluß des Rates der Stadt zu dieser Problematik Stellung nehmen können.«

Im Antrag der CDU ist der 10. Dezember 1996 als Stichtag vorgesehen, bis zu dem die Stellungnahmen bei der Stadt Lichtenau eingegangen sein sollten. Nach Vorbereitung im Umweltausschuß soll dann endgültig der Rat entscheiden.

(Kommentar)

## Kommentar

### Dauerthema

Der Dauerstau in Husen entwickelt sich immer mehr zu einem Dauerthema, zu einem unerfreulichen allerdings. Denn wer die inzwischen schon viele Monate währende Diskussion verfolgt hat, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Entscheidungsträger sich den »schwarzen Peter« lediglich gegenseitig zuschieben und sich vor allem um eine klare Aussage drücken. Dem

Wasserverband für das obere Lippegebiet liegen Gutachten mit eindeutigen Aussagen vor, die aber nicht umgesetzt werden. Der Kreis wird eingeschaltet; der Umweltausschuß aber mag auch kein Votum abgeben. Erst einmal einen Ortstermin anberaumen, hieß dort die Devise. Bleibt die Stadt Lichtenau, auf deren Gebiet der See liegt. Doch die fühlt sich auch nicht zuständig. Stattdessen fordert die CDU nun weitere Meinungen ein, bevor der Rat Stellung beziehen kann. Wie lange soll das denn noch weitergehen? Wie auch immer entschieden wird: Es wird höchste Zeit, daß ein Schlußstrich gezogen wird.

Heinz-Peter Manuel

## Abfall, Friedhof, Hunde:

# In Lichtenau wird 1997 alles teurer

Von Heinz-Peter Manuel

**Lichtenau (WV).** Die angespannte Finanzlage läßt den Lichtenauer Politikern keine andere Wahl: Um den Haushalt 1997 zu entlasten, sollen die Gebührenerats - fußend auf nun vorgelegten exakten Kalkulationen - möglichst kostendeckend gefahren werden. Außerdem sollen die Steuern in der gesetzlich zulässigen Höhe erhoben werden. Auch wenn der Haupt- und Finanzausschuß in seiner jüngsten Sitzung noch nicht alle Sätze beschlossen hat, zeichnet sich schon jetzt ab, daß auf die Bürger zum Jahresanfang deutlich höhere Belastungen zukommen.

Zugestimmt hat der Ausschuß bei zwei Gegenstimmen (Ferdinand Thiele, Klemens Schulte, beide SPD) einer Erhöhung der Hundesteuer. Da die Gemeinde Lichtenau jetzt mehr als 10 000 Einwohner hat, gelten nun andere Sätze. Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, die zulässigen Höchstsätze einzufordern. Demnach sind zum 1. Januar 1997 statt 84 Mark je Hund zu zahlen, wenn der Halter nur ein Tier hat. Bei zwei Hunden werden jeweils 132 Mark (bisher 108) und bei drei und mehr Hunden gar 156 Mark (statt 132) fällig. Das bedeutet Mehreinnahmen von rund 15 000 Mark jährlich. »Ein kleiner Baustein zum Haushalt«, merkte Karl-Heinz Wange an. Christel Bauer kontierte: »Ein weiterer Baustein zu mehr Unzufriedenheit.« Nicht stark ins Gewicht fällt die ebenfalls beschlossene Erhöhung für die Straßenreinigung. Da der Winterdienst im Vorjahr sämtliche Reserven verzehrt hat, sollen die Bürger nun statt 25 37 Pfennig je laufendem Meter Straßenfront bezahlen.

Richtig erschrocken waren die Politiker von den Kalkulationen im Bereich der Friedhofs- und Abfallgebühren. In beiden Fällen meldeten sie weiteren Informations- und Diskussionsbedarf an, wollen erst später über die genauen Gebühren und den Abrechnungsmodus entscheiden.

Um den Friedhofsgebührenhaushalt zu einer 70prozentigen Deckung durch die Gebühren zu bringen, müßten die gegenwärtigen Sätze bis zum zweieinhalbfachen (!) erhöht werden, hat Kämmerer Alfons Werner ausgerechnet. Die Benutzung der Friedhofskapellen würde dann 652 statt 260 Mark, ein Reihengrab für Erwachsene 1017 statt 520 Mark und eine Wahlgrabstätte 1377 statt 870 Mark kosten. »Das können wir den Bürgern nicht zumuten; wir müssen moderater er-

höhen«, forderte Michael Henne-meyer-Schwenkner. »Das ist ein mächtiges Paket«, stimmte auch Karl-Heinz Wange zu, gab aber zu bedenken, daß die Stadt derzeit ein Minus von 90 000 Mark allein im Friedhofsbereich zu verkräften habe. Ohne Erhöhungen werde es auf keinen Fall gehen. Angesichts der steigenden Gebühren sinnierte er: »Wer dieses Jahr noch stirbt, hat eigentlich Glück gehabt.«

Ebenfalls vertagt hat der Ausschuß den Beschluß über die Abfallgebühren. Zur Diskussion stehen zwei Alternativen. Der Vorschlag der Verwaltung sieht vor, daß sich die Bürger ihre »Entsorgungspakete« selbst zusammenstellen können. So wären zum Beispiel Kombinationen 80 Liter graue Tonne/240 Liter grüne Tonne möglich. Die grauen Tonnen (inclusive Papierabfuhr) würden dann 226,80 Mark (80 Liter, bisher 164,40 Mark), 248,40 Mark (120 Liter statt 225,60 Mark) und 310,80 Mark (240 Liter, bisher 435 Mark) kosten. Zusätzlich würde die grüne Tonne mit 68,40 Mark (80 Liter), 103,20 Mark (120 Liter) oder 206,40 Mark (240 Liter) zu Buche schlagen.

Beim Alternativkonzept würden jeweils gleich große graue und grüne Tonnen angeboten. Dann müßten die Bürger 240,24 Mark für die 80-Liter-Kombination, 342,92 Mark für 120 Liter und 650,98 Mark für das größte Müllgefäß »berappen«. In beiden Fällen soll die Sperrgutabfuhr 77,50 statt bislang 50 Mark je Abfuhr kosten.

In diesem Jahr, so erläuterte Stadtdirektor Helmut Winzen, gelten günstigere Bedingungen als 1997; deshalb kommt es auf jeden Fall zu einer Erhöhung. Verantwortlich dafür ist unter anderem eine kräftige Anhebung der Deponiegebühren. Außerdem müsse 1997 auch Miete für die grünen Müllgefäße bezahlt werden.

Triumph! Der Tod ist überwunden zum  
Leben der Unsterblichkeit.

Beliebt bei jung und alt hat sich das  
lange, irdische Leben eines guten,  
gläubigen Menschen erfüllt.

## Hiltrud Roter

\* 27. September 1901 † 12. Juni 1996

Es ist schön, daß es dich gab.

Ursula und  
Angelika Beschnitt als Pflgetöchter  
Pfarrer Bernhard Roter (Eglingen)  
für die Familie Roter

Die Beerdigung findet am 15. Juni 1996,  
um 10.00 Uhr in der Pfarrkirche zu  
Holtheim statt.

Die Stunde ist gekommen,  
beendet ist ihr Tun,  
die Kraft ward ihr genommen,  
die niemals wollte ruhen.

Gott, der Herr über Leben und Tod,  
nahm heute unsere liebe Mutter,  
Schwiegermutter, Großmutter,  
Schwester, Schwägerin, Urgroßmutter  
und Tante zu sich in sein ewiges Reich.

## Helene Fuest

geb. Schäfers

\* 30. Sept. 1909 † 3. Nov. 1996

Familie Franz Fuest  
Familie Andreas Pennig  
und Familie Heinrich Fuest  
mit Enkel und Urenkel

Holtheim, den 3. November 1996  
Zur Bleiche 18

Das Seelenamt ist am Donnerstag, den 7. November 1996, um  
14.30 Uhr, in der St.-Franziskus-Xaverius-Kirche in Holtheim,  
anschließend die Beerdigung.

Das Totengebet ist am Mittwoch, den 6. November 1996, um  
19.00 Uhr.

Von Beileidsbekundungen am Grab bitten wir abzusehen.

## Schulwegsicherung Holtheim

# »Die Ampel steht nun auf rot-gelb«

Von Heinz-Peter Manuel

**Holtheim (WV).** Die Anlieger der Eggestraße in Holtheim sollen - wie vorgesehen - in den kommenden Monaten in den Genuß des punktuellen Rückbaus ihrer Straße kommen. Damit sollen die Raser auf der abschüssigen Ortsdurchfahrt deutlich gebremst werden, um die Situation vor allem für die wachsende Zahl der Kinder zu entschärfen. Das hat gestern auf Anfrage Helmut Tewes, Pressesprecher des für den Bau zuständigen Kreises Paderborn erklärt. Damit dementierte er gleichzeitig Befürchtungen von Holtheimer Bewohnern, sie sollten weiter - möglichst auf den St. Nimmerleinstag - vertröstet werden.

Den Zeitpunkt für den exakten Baubeginn konnte Tewes allerdings noch nicht benennen. Das allerdings sei nicht die Schuld der Kreisverwaltung. Denn das Tiefbauamt hat, wie die Unterlagen belegen, bereits am 22. Januar 1996 beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe die Zuschüsse für die mit insgesamt 420 000 Mark veranschlagten Maßnahmen beantragt. Doch erst am 4. November ist der Bescheid des Landesstraßenbauamtes Paderborn über den positiv geprüften Antrag beim Kreis eingegangen. »Damit ist die Ampel jetzt auf rot-gelb umgesprungen; sie ist noch immer nicht grün«, machte Tewes deutlich. Denn nun muß der Kreis erst noch auf den offiziellen Bewilligungsbescheid aus Münster warten, ehe die Ausschreibung erfolgen kann. Damit sei es für einen Baubeginn in diesem Jahr sicherlich zu spät, so Tewes, der aber andeutete, es könne - ähnlich wie in Ahden - zunächst eine Testphase mit mobilen Elementen geben, um bei der Zustimmung aller Holtheimer wirklich auf »Nummer sicher« zu gehen.

Gegenüber dieser Zeitung hatten die Kreisstraßenanlieger Klaus,

Monika, Walter und Ulrich Knaup sowie Ferdi Tölle beklagt, es sei in Sachen Schulwegsicherung ein weiteres Jahr im Bemühen um eine wirkungsvolle Verkehrsberuhigung verstrichen. »Die bürokratischen Mühlen scheinen trotz zugesagter Unterstützung von verschiedenen Stellen unendlich langsam zu mahlen«, so ihr Eindruck. Und das, obwohl schnell ein Plan entstanden sei, der im Dorf große Akzeptanz erfahren habe. Insgesamt vermiften sie Phantasie und Flexibilität bei den beteiligten Behörden, vermuten Koordinationsprobleme.

Der Wunsch nach Sicherung der Ortsdurchfahrt beschäftigt die Holtheimer schon seit geraumer Zeit. Die Pläne sehen den Einbau mehrerer einseitiger Hindernisse auf der langen Geraden sowie die Änderung der Vorfahrtsregelung in der Dorfmitte vor (wir berichteten). Für die Gesamtkosten von 420 000 Mark ist ein Landeszuschuß von 80 Prozent beantragt. Die entsprechenden Mittel stehen im Kreishaushalt bereit.

»Wir hoffen, daß nicht erst ein schwerer Unfall passieren muß, ehe an der Straße etwas geschieht«, formuliert es Klaus Knaup.

300 000 Mark weniger ausgegeben

## Strenger Sparkurs trägt Früchte

Lichtenau (hg). »Der strenge Sparkurs trägt Früchte!« So kommentierte Bürgermeister Manfred Müller, Vorsitzender der Sparkommission des Lichtenauer Rates, eine faustdicke Überraschung in der Jahresrechnung für 1995: Fast 300 000 Mark Einspareffekt bei den Personalkosten konnte Stadtdirektor Helmut Winzen präsentieren. Ursachen waren das eiserne Sparprogramm bei den Personalkosten und insbesondere das von Müller vorgeschlagene interne Rechnungswesen für den Bauhof.

So erhielten Verwaltungsabteilungen, für die der Bauhof arbeitete, eine Rechnung, die aus den Haushaltsansätzen zu begleichen war. Der trickreiche Kämmerer Alfons Werner räumte den Abteilungen dafür keine zusätzlichen Mittel ein, so daß sich der Bauhof quasi »selbst finanzierte«. Positiver Nebeneffekt: der Bauhof wurde nur noch für wirklich wesentliche Aufgaben bestellt und konnte dadurch seine Facharbeiter überwiegend für fachlich anspruchsvolle Arbeiten einsetzen. Bürgermeister Müller betonte, daß dieses System sich bereits in ähnlicher Form bei anderen Kommunen bewährt habe.

Weitere positive Faktoren: erhöhte Zinseinnahmen (plus 74 000 Mark), niedrigere Zinsausgaben (minus 70 000 Mark) sowie ein guter Abschluß des Forstbetriebes (plus 33 000 Mark). Zusammen mit strengster Ausgabendisziplin sorgten sie dafür, daß der Verwaltungshaushalt sogar eine freie Spitze ausweisen konnte. Müller sah in diesem Ergebnis einen deutlichen Erfolg der Sparkommission. Die sich weiter zuspitzende Kostensituation bei der Sozialhilfe dürfe nicht allein mit Abgabenerhöhungen, sondern müsse vor allen Dingen mit eiserner Spardisziplin bewältigt werden. Das Ergebnis des Jahres 1995 machte deutlich, daß sich die umfangreiche Kleinarbeit von Politik und Verwaltung gelohnt habe.

Allerdings gebe es im laufenden Haushaltsjahr auch weniger erfreuliche Haushaltsteile. So deuteten sich in mehreren Gebührenhaushalten Verluste an. Im Abwasserwerk gingen die Gebühreneinnahmen trotz wachsender Bevölkerung bei steigenden Kosten zurück. Die Kommission untersuchte daher mit dem Betriebsführer der Abwassersysteme (AWS) weitere Einsparmöglichkeiten. Der von der AWS auf Antrag der CDU vorgelegte Bericht zur Kostensenkung soll umgehend umgesetzt werden. Allerdings können von den über fünf Millionen Mark jährlichen Kosten der Abwasserbeseitigung nur 30 Prozent teilweise beeinflusst werden. Mehr als 3,5 Millionen Mark entfallen auf Abschreibungen und Zinsen. Stadtdirektor Winzen verwies darauf, daß ohne die vom Bürgermeister beim Regierungspräsidenten erwirkte Investitionspause längst eine Gebührenanhebung erforderlich gewesen wäre. CDU-Fraktionschef Karl-Heinz Wange: »Wir müssen Investitionen auf das nötigste Maß begrenzen, um weiterhin im Abwasserwerk Kredite tilgen zu können. Zudem sollten zur Betriebskostensenkung Fremdwasserzuflüsse verringert und Regenwasserversickerungen gefördert werden.« Die dafür erforderliche, von der CDU beantragte Satzungsänderung solle in Kürze vorgelegt werden, kündigte Bauamtsleiter Friedhelm Humberg an.

## Haushalt Lichtenau 1997

# Vorgaben zwingen zu deutlich höherer Belastung

Von Heinz-Peter Manuel

Lichtenau (WV). Nur mit äußerster Ausgabendisziplin und durch eine Erhöhung von Steuern und Gebühren kann der Lichtenauer Haushalt 1997 ausgeglichen gestaltet werden. Das ist der Tenor der Haushaltsrede, die gestern abend Stadtdirektor Helmut Winzen vor dem Rat gehalten hat. Allerdings machte Winzen auch deutlich, daß die Stadt nicht für die steigende Belastung ihrer Bürger verantwortlich ist, sondern lediglich die von außen diktierten Rahmenbedingungen umsetzt. Unter dem Strich bleibt der Verwaltungshaushalt mit 24,543 Millionen Mark nahezu unverändert gegenüber 1996, während der Vermögenshaushalt erneut um beinahe die Hälfte zusammengestrichen wurde und nun lediglich Ausgaben von 3,318 Millionen Mark vorsieht.

Während die Beratungen über die auf jeden Fall kräftig steigenden Müll- und Friedhofsgebühren bei Redaktionsschluß noch nicht beendet waren, schlägt die Verwaltung der Politik zum Teil deutliche Erhöhungen der städtischen Steuern vor. Danach soll die Grundsteuer A um 75 auf 295 Prozentpunkte steigen, die Grundsteuer B

Kirchenbaulasten und 117 000 Mark für die ADV-Anlage der Verwaltung vor.

Die fehlenden Zuschüsse machte Winzen auch dafür verantwortlich, daß der Etat 1997 doch nicht ganz ohne neue Kredite auskommt, die mit 156 000 Mark allerdings sehr moderat ausfallen. Gleichzeitig werden fast 400 000 Mark alter Schulden getilgt. Einen tieferen Griff in die Rücklage - mit 800 000 Mark noch fast doppelt so gut gefüllt wie vorgeschrieben - will man auf alle Fälle vermeiden; es soll bei rund 43 000 Mark zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes bleiben.

Die Pro-Kopf-Verschuldung betrug am Jahresende 730 Mark. Werden allerdings alle für 1995 genehmigten Kredite noch realisiert, steigt der Schuldenstand auf 910 Mark. Selbst damit läge er noch 173 Mark unter den für 1996 prognostizierten Zahlen: »Ein Teilergebnis äußerst sparsamen Wirtschaftens.«

Keine weiteren Erhöhungen will die Verwaltung den Bürgern im Abwasserbereich zumuten. Obwohl

### IFO-Gutachten

von 280 auf 330 und die Gewerbesteuer von 350 auf 380 Prozent. Die Vorschläge orientieren sich am vor allem in ländlichen Gemeinden umstrittenen IFO-Gutachten, das diese Sätze in seiner dritten Stufe (bindend ab 1998) vorgibt und auf dessen Basis die Zuschüsse des Landes errechnet werden. Kämmerer Alfons Werner hat ausgerechnet, daß sein Vier-Personen-Haushalt mit Eigenheim durch die Anhebung der Grundsteuer B, der Straßenreinigungskosten und die Hundesteuer (laut Empfehlung des Hauptausschusses) jährlich mit 107 Mark zusätzlich belastet würde.

Winzen beklagte, das Land überweise 1997 gut 400 000 Mark weniger Investitionspauschale, eine Kürzung um mehr als die Hälfte. Das Geld fehlt der Stadt bei ihren investiven Vorhaben. So sieht der Haushalt noch eine Million Mark für Dorferneuerungsmaßnahmen und Erschließung von Wohnbau- und Gewerbegebieten, knapp 300 000 Mark für Sanierungs- und Energiesparmaßnahmen in Schulen (in fünf Jahren amortisiert), 123 000 Mark für die Ablösung von

### Geringere Zuschüsse

die Abwasserinvestitionspauschale um mehr als 600 000 Mark gekürzt wurde, sollen auch weiterhin 8,80 Mark je Kubikmeter Abwasser erhoben werden. Die Investitionen von gut 1,1 Millionen Mark betreffen fast ausschließlich die Erschließung von Baugebieten. Beim Frischwasser bleibt es bei zwei Mark je Kubikmeter.

## Kontroversen im Lichtenauer Rat

# Deutlicher Schub bei den Gebühren

Von Heinz-Peter Manuel

**Lichtenau (WV).** Steigende Gebühren und Steuern auf der ganzen Linie: So läßt sich das Ergebnis der jüngsten Lichtenauer Ratssitzung in wenigen Worten zusammenfassen. Nachdem Stadtdirektor Helmut Winzen bei der Einbringung des Haushaltes für 1997 bereits höhere Sätze für die Grundsteuern A (295 Prozent) und B (330 Prozent) sowie für die Gewerbesteuer (380 Prozent) vorgeschlagen hatte (wie berichtet), greift die Stadt den Bürgern vom 1. Januar an auch beim Abfall, bei den Friedhofsgebühren, beim Winterdienst und bei der Hundesteuer zum Teil deutlich tiefer in die Tasche.

Gab es beim Winterdienst (steigt von 25 auf 37 Pfennig je Frontmeter Grundstück) noch Einmütigkeit zwischen den Parteien, wehrten sich SPD und Grüne gegen die Anpassung der Hundesteuer (neu: 198 Mark für einen Hund, 132 Mark je Hund bei zwei Tieren, 156 Mark je Hund bei drei oder mehr Tieren). Ferdi Thiele hatte angeregt, die Steuer für den ersten Hund nicht zu verändern.

Zwei Gegenstimmen und eine Enthaltung kassierte der Verwaltungsvorschlag zu den neuen Friedhofsgebühren. Allerdings fällt die Erhöhung deutlich niedriger aus als noch im Haupt- und Finanzausschuß befürchtet. Neue Kalkulationsgrundlagen sorgen allerdings noch immer für einen kräftigen

Schub. So soll die Benutzung der Friedhofskapellen nun 549 statt 260 Mark kosten, Ein Reihengrab 782 statt 520 Mark und eine Wahlgrabstätte 1074 statt 870 Mark.

Beim Abfall kann - wie nach langer Diskussion bei sechs Gegenstimmen und vier Enthaltungen beschlossen - der Bürger sein Entsorgungspaket selbst zusammenstellen. Die Kosten für die grauen Mülltonnen wurden auf 180, 251 und 463 Mark für die 80-, 120- und 240-Liter-Tonne festgelegt. Dazu kommt die Biotonne mit 68,40 Mark (80 Liter), 103,20 Mark (120 Liter) oder 206,40 Mark (240 Liter). Abgelehnt wurde eine Umlegung der Sperrmüllgebühren auf den gesamten Abfallhaushalt. Zu zahlen sind nun 77,50 Mark je Abfuhr.

Dauerstau Husen entzweit die Gemüter

# Lichtenau leistet keinen Beitrag zu den Kosten

Von Heinz-Peter Manuel

Lichtenau (WV). Nach der Sitzung des Umwelt-ausschusses am Donnerstag abend scheint nur eines sicher: Die Stadt Lichtenau wird sich auf keinen Fall an den Kosten für Planung oder Änderung der Dauerstaus der Altenau oberhalb von Husen beteiligen. Einstimmig lehnte das Gremium, dessen Votum der Rat am 19. Dezember noch bestätigen muß, ein finanzielles Engagement ab, »weil wir es nicht können«, wie Bürgermeister Manfred Müller sagte. Damit folgten die Politiker hier der Vorlage von Stadt-

direktor Helmut Winzen. Über alle anderen Punkte aber besteht nach wie vor Uneinigkeit, wobei der Riß quer durch die Fraktionen geht. Der Ausschuß konnte sich nicht einmal dazu durchringen, dem Wasserverband, in der Sitzung vertreten durch seinen Geschäftsführer Wilhelm Hüsemann, weitere Planungen für eine Kompromißlösung zu empfehlen. Ein entsprechender Vorschlag des Bürgermeisters wurde mit sechs Neinstimmen bei fünf Ja und zwei Enthaltungen niedergestimmt.

Bezogen sich die bislang schon vehement geführten Diskussionen lediglich auf Beibehaltung oder Abschaffung des Sees, bereicherte Wilhelm Hüsemann das Geschehen um eine Variante. Planer des Wasserverbandes haben vorgeschlagen, den jetzigen See ablaufen zu lassen und stattdessen einen vom Mühlen-graben gespeisten, wesentlich kleineren Teich noch nicht bestimmter Größe entstehen zu lassen, ohne Abfluß zur Altenau, die dann an der tiefsten Stelle des Tales fließen soll. Der Kompromiß bedeute einerseits die Durchlässigkeit des Gewässers für Lebewesen und Geschiebe und damit eine Verbesserung der ökologischen Situation und der Gewässergüte, andererseits wären die (berechtigten) Forderungen an eine touristische Einrichtung erfüllt. Für die notwendige Umgestaltung des Ablaufbauwerks und Dammbauarbeiten im bisherigen Seengelände allerdings kalkuliert der Verband mit rund 2,5 Millionen Mark Kosten. Bis vor kurzem hatte es noch geheißen, die Beseitigung der Dauerstauen sei für etwa eine Million Mark zu haben.

Ob der Geschäftsführer der gestern abend tagenden Verbandsversammlung die weitere Planung dieser kostenintensiven Kompromiß-

maßnahme vorgeschlagen hat, darf nach den Beiträgen der Lichtenauer Ausschußmitglieder zumindest bezweifelt werden. »Das ist ein lächerlicher Vorschlag«, ärgerte sich Bruno Wiemers aus Husen, der ebenso wie Ortsvorsteher Hans-Bernd Janzen über das Ablassen des Sees gar nicht mehr diskutieren möchte. Die Wassergüte der Altenau werde durch den Stau nur auf wenigen hundert Metern verschlechtert, deshalb sei die Beseitigung des Sees »sinnwidrig«. Die

## Kompromiß: Kleineren Teich im Tal der Altenau anlegen?

von Hüsemann vorgelegte Planung habe Oberkreisdirektor Dr. Rudolf Wansleben schon einmal in Husen vorgestellt und sei dort kategorisch abgelehnt worden. Dem Wasserverband warf er vor, die damaligen Versprechen nicht eingelöst zu haben. Das neue Projekt sollte mit größerer Wasserfläche überlegt werden. Dazu, so entgegenete der Geschäftsführer, habe die Zeit gefehlt. Es sein nicht damit getan, mit dem Stift größere Teiche einzuzeichnen; es müßten ausführliche

Untersuchungen angestellt werden. Um dem Fluß das nötige Geschiebe zu geben, brachte Wiemers eine Pumpstation mit Pipeline ins Gespräch.

Während der Restteich, dessen Größe noch ermittelt werden mußte, für Günther Steins eine »Kloake« wäre, empfand Bürgermeister Müller den Vorschlag als »Basis, auf der man weiter reden kann«. Er sei froh über den Ansatz eines Kompromisses, den es nun weiter zu verfolgen gelte. »Damit verbauen wir uns nichts.«

Für die jetzige Situation der Altenau machte Ferdi Thiele eine »Unmenge von Fehlern« verantwortlich, stellte gleichzeitig die Frage, was durch die Beseitigung des Dauerstaus erreicht werde, außer einer Verbesserung der Wassergüte auf rund zwei Kilometern. »Dafür soll soviel Geld ausgegeben werden; es ist nicht zu verstehen, wie man in solche Überlegungen überhaupt einsteigen kann«, schüttelte er den Kopf.

Das anschließende Abstimmungsergebnis, das später noch einmal korrigiert wurde (Hans-Bernd Janzen hätte nicht mitstimmen dürfen) empfand Heinz Köhler als »Trauerspiel«. »Das ist Demokratie«, so Ferdi Thiele.

**Ausführende:**

Alexandra Becker, Orgel u. Sopran

Silvia Sander, Sopran

Theresa Lay, Anne-Maren Falke, Flöten

Stefan Amedick, Posaune

Chor u. Bläser des Gymnasiums St. Kaspar

Ltg.: Bernhard Große-Coosmann

MGV - Eintracht - Siessertal

Ltg.: Kerstin Brülle



## Weihnachtskonzerte 1996

Bläser: Fanfare

Adventsruf J. Michel

Macht hoch die Tür, die Tor macht weit,  
es kommt der Herr der Herrlichkeit,  
ein König aller Königreich, ein Heiland aller Welt zugleich,  
der Heil und Leben mit sich bringt;  
deshalb jauchzt, mit Freuden singt,  
Gelobet sei mein Gott, mein Schöpfer reich an Rat.

Adventsruf

Er ist gerecht, ein Helfer wert. Sanftmütigkeit ist sein Gefährt,  
sein Königskron ist Heiligkeit, sein Zepter ist Barmherzigkeit;  
all unsre Not zum End er bringt;  
deshalb jauchzt, mit Freuden singt.  
Gelobet sei mein Gott, mein Heiland groß von Tat.

Chor: Wie soll ich dich empfangen J. S. Bach

Ich will den Namen Gottes loben J. S. Bach

Bläser: Ich steh an deiner Krippen hier J. S. Bach

MGV: Alle Menschen sollen singen Arr.: W. Giesen

Der Trommelmann Arr.: G. Anton

Jesus traditional

Chor: Nobody knows the trouble Arr.: Rolf Mammel

Amen Arr.: Norman Luboff

Nun freut euch, ihr Christen, singet Jubellieder  
und kommet, o kommet nach Betlehem.

Christus der Heiland stieg zu uns hernieder.

- Kommt lasset uns anbeten, kommt, lasset uns anbeten,  
kommt lasset uns anbeten, den König den Herrn. Kv

O sehet, die Hirten eilen von den Herden  
und suchen das Kind nach des Engels Wort;  
gehn wir mit ihnen, Friede soll uns werden. Kv

Der Abglanz des Vaters, Herr der Herren alle,  
ist heute erschienen in unserm Fleisch:  
Gott ist geboren als ein Kind im Stalle. Kv

Choralvorspiel: Der Tag, der ist so freudereich J. S. Bach

MGV: Glocken erschallen von fern und nah span. Weihnachtstl.

Geh, ruf es von den Bergen Arr.: W. Lüderitz

We wish you a merry christmas Arr.: K. Brülle

Pos. u. Orgel: Wie leuchtet der Morgenstern G. F. Kauffmann

Chor, Solo u. Flöten: Auf Ihr lieben Christen A. Hammerschmidt

Chor: Geboren ist Christus, der Retter der Welt L. Lewandowski

Bläser: Christmas Night Arr.: R. Kernan

Chor: Es ist ein Ros entsprungen m M. Praetorius

Chor u. MGV: Transeamus G. Schnabel

O du fröhliche, o du selige, gnadenbringende Weihnachtszeit!

Christ ist erschienen, uns zu versöhnen.

Freue, freue dich, o Christenheit!

O du Fröhliche, o du selige, gnadenbringende Weihnachtszeit!

Christ ist erschienen, uns zu versöhnen.

Freue, freue dich, o Christenheit!

O du fröhliche, o du selige, gnadenbringende Weihnachtszeit!

Himmliche Heere jauchzen dir Ehre.

Freue, freue dich, o Christenheit!

Bläser: Fanfare



Kein »Prellbock« sein, aber Verbesserungen erreichen

## Lichtenau klagt jetzt gegen umstrittene Egge-Trasse

Von Anja Paola Meyer

Lichtenau (WV). Gegen den Planfeststellungsbeschuß zum umstrittenen Ausbau der Bahnlinie Dortmund-Kassel im Bereich Herbram-Wald will die Stadt Lichtenau Klage beim Oberverwaltungsgericht in Münster einreichen. Das hat der Rat am Donnerstagsabend einstimmig beschlossen. »Wir sind kein

Prellbock gegen die IC-Strecke. Wir brauchen und wollen sie«, betonte Bürgermeister Manfred Müller gleichzeitig. Allerdings müsse die Stadt sicherstellen, daß die mit der neuen Streckenführung für Herbram-Wald verbundenen Nachteile ausgeglichen würden.

Die von Stadtdirektor Helmut Winzen empfohlene sofortige Klageerhebung dient zunächst dazu, eine am 2. Januar ablaufende Frist einzuhalten. Anschließend will die Stadt ihre rechtlichen Möglichkeiten und Erfolgsaussichten abwägen. Den für Mitte 1997 vorgesehenen Baubeginn wird die Klage nicht verzögern – es sei denn, die Stadt könnte gravierende Rechtsmängel im Verfahren nachweisen. Und das ist Winzen zufolge »unwahrscheinlich«. SPD-Ratsherr Ulrich Löhr wollte die Klage als »Signal für die Bahn« verstanden wis-

sen. Er sah in der Planfeststellung doch noch »erhebliche Mängel«.

Stadtdirektor Winzen bekräftigte die Ansicht der Stadt, daß die alte Trasse benutzbar und ausbaufähig sei. Dieser Auffassung sei man zwar nicht gefolgt, dennoch habe die Stadt mit ihrer Kritik »etwas bewegt«. Der Tunnel werde 430 Meter länger als ursprünglich geplant. Außerdem würden Lärmschutzwälle und -mauern angelegt, die laut Gutachten nicht erforderlich seien. Winzen will jetzt das künftige Vorgehen mit Vertretern der Bahn AG erörtern und noch-

mals »deutliche Verbesserungen für die unmittelbar Betroffenen, aber auch für Tourismus, Landschaft und Ökologie erreichen«.

Wie Winzen von der Bahn AG erfuhr, soll nach einer europaweiten Ausschreibung zunächst der 2,9 Kilometer lange Eggetunnel gebaut werden, mit dessen Fertigstellung Ende 1999 zu rechnen sei. Zum Sommerfahrplan 2004 soll die neue Strecke befahrbar sei. Das Projekt verschlinge inklusive Tunnel und Umbau des Bahnhofs Willebadesen voraussichtlich insgesamt 270 Millionen Mark.

Von Planern »Aufklärung bis in die Einzelheiten« gewünscht

## Betriebswirtschaftliche Argumente gegen Dauerstau sind für Stadt neu

Lichtenau (AnM). Das Lichtenauer Dauerthema Dauerstau erregte die Gemüter einmal mehr in der jüngsten Ratssitzung. Stadtdirektor Helmut Winzen machte seinem »Befremden« darüber Luft, daß die von Wasserverbands geschäftsführer Wilhelm Hüsemann jüngst vorgestellten Planungsvarianten

zur Beseitigung des Husener Dauerstaus (wir berichteten) der Stadt nicht früher zugeleitet worden seien. Zum ersten Mal überhaupt habe der Wasserverband außerdem das Argument vorgebracht, daß die Aufgabe des Dauerstaus nicht nur ökologisch, sondern auch betriebswirtschaftlich sinnvoll sei.

Neu war für Winzen auch die Angabe, daß 2000 Kubikmeter Geschiebefracht pro Jahr dafür verantwortlich sein sollen, daß der künstliche See alle 15 Jahre für jeweils 1,2 Millionen Mark (!) ausgebaggert werden muß. Da diese konkreten Überlegungen der Stadt nicht bekannt waren, sei eine qualifizierte Stellungnahme bislang nicht möglich gewesen. Die Stadt werde sich mit allen Alternativen auseinandersetzen; doch müßten die Planer des Wasserverbandes

»an Ort und Stelle erscheinen«, um den Umweltausschuß zu beraten. Die Stadt wünsche »Aufklärung bis in die Einzelheiten«. Ergebnis könne auch ein Festhalten am status quo sein, ließ Winzen alles offen.

Aus Attelner Sicht erkannte Heinz Köhler (CDU) in der Variante mit einem kleineren See geschätzte Kosten: mindestens 2,5 Millionen Mark) bereits einen »Kompromiß«. Gleichzeitig forderte er ein Konzept für die Renaturierung der gesamten Altenau.

Dagegen hielt Bruno Wiemers (CDU) unbeirrt an der Husener Position pro Dauerstau fest. Er schlug vor, lieber Randstreifen am Holtheimer Bach aufzukaufen. So könnte die Geschiebefracht verringert werden und der Stausee nur »alle 20 bis 30 Jahre« ausgebaggert werden, was aus seiner Sicht »tragbar« wäre. Weitgehend Einigkeit bestand im Rat nur darüber, daß sich die Stadt auf keinen Fall an Planungs- oder Umbaukosten beteiligen wird.

Grüne befürchten »Gebührenknall«

# CDU-Fraktion trägt Lichtenaus Haushalt allein

Von Anja Paola Meyer

Lichtenau (WV). Gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen verabschiedete der Lichtenauer Rat den Haushalt 1997. Die Verabschiedung noch vor dem Jahreswechsel sei diesmal nicht als Zeichen für ein Haushaltsjahr mit »weniger schwierigen Problemen« zu werten, erklärte CDU-Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Wange. Einsparmöglichkeiten habe man durch »intensive Kleinarbeit« erarbeitet.

Man sei auf dem Weg zu einer »schlagkräftigen, dienstleistenden Verwaltung«. Die langfristige Forderung der CDU, eine Gesellschaft Stadtwerke Lichtenau zu gründen, müsse weiter verfolgt werden. Noch nicht abgeschlossen sei das Thema Baulandpreise. Sowohl bei privaten wie bei gewerblichem Bauland seien »deutliche Korrekturen nach oben« angesagt, meinte Wange.

Während der CDU-Fraktionsvorsitzende die Umsetzung des Ifo-Gutachtens durch das Land dafür verantwortlich machte, daß »den kleineren ländlichen Gemeinden das Geld weggerechnet« werde, erklärte SPD-Fraktionsvorsitzender Ferdi Thiele die Sozialpolitik des Bundes für die finanzielle Mehrbelastung der Kommunen verantwortlich.

Als »Vertrauensbruch« werte es seine Fraktion, daß die CDU eine stichwortartige Vorschlagsliste der SPD zu Haushaltsveränderungen vorschnell veröffentlicht habe. Dabei ging es vor allem um die Ableh-

nung, den privaten Kirchplatz in Henglern mit städtischen Dorferneuerungsmitteln (Ansatz: 180 000 Mark) sanieren zu lassen. Zu beanstanden hatte die SPD unter anderem auch eine »ungerechte« Kalkulation der Müllgebühren, die ihrer Ansicht nach Bürger mit einer größeren Tonne benachteiligt. Um den Zuschußbedarf der Schwimmbäder zu verringern, hält die SPD an ihrer Forderung nach einer 30prozentigen Erhöhung der Eintrittspreise fest.

Einen »Gebührenknall« erwartet Ulrich Benteler (Bündnis 90/Die Grünen) in drei bis vier Jahren. In den »fetten Jahren« sei »viel Finanzmasse falsch ausgegeben« worden, die nun fehle oder hohe Folgekosten verursache. Als Beispiel nannte er teure Fahrzeuge für den Bauhof, Fehlplanungen beim Schulzentrum und zu teure Software für die Verwaltung. Die Stadt müsse außerdem »rein in die Kanaldezentralisierung«. Die Friedhofsgebühren bezeichnete Benteler als »nicht nachvollziehbar«.

Müller und Wächter protestieren

## Straßenmeisterei in Lichtenau soll im Sommer 97 schließen

Lichtenau (AnM/wv). Entgegen allen Lichtenauer Erwartungen will der Landschaftsverband Westfalen-Lippe in Münster die Straßenmeisterei in Lichtenau (ebenso wie die Paderborner Straßenmeisterei) im Sommer 1997 aufgeben. Die Dezentrenkonferenz entschied sich damit gleichzeitig für die Beibehaltung des Meistereistandes Peckelsheim. Betroffen sind in Lichtenau 30 Mitarbeiter. Mit völligem Unverständnis und scharfem Protest reagierten auf diese Nachricht gestern Lichtenaus Bürgermeister Manfred Müller und Landtagsabgeordneter Gerhard Wächter (CDU).

Die betriebswirtschaftlichen Aspekte und die Sozialverträglichkeit sprächen ganz klar für Lichtenau; dies sei vor allem auch seitens des Landschaftsverbandes unbestritten, betonten Müller und Wächter. »Diese Entscheidung muß revidiert werden!« fordern deshalb beide Politiker.

In einer Zeit knappster öffentlicher Finanzen sei es nicht nachvollziehbar, daß sozialverträgliche und wirtschaftliche Überlegungen letztlich nicht den Ausschlag gäben«, erklärte Wächter. »Diese Lösung ist nicht billiger, sondern wird Mehrkosten von jährlich nahezu 20 000 Mark verursachen. Die Anfahrtswege werden weiter und damit kosten- und zeitaufwendiger«, rechnete Wächter vor.

Der Winterdienst werde ineffektiv. Das zu bestreute Straßennetz liege mit seinen winterlichen Problemzonen vor der Tür des Lichtenauer Betriebshofes. Mit diesen Argumenten habe der Landschaftsverband selbst immer wieder für die Umstrukturierung geworben. Die Anreise zum Arbeitsplatz werde für die Mitarbeiter nun länger statt kürzer. Hinzu komme die Belastung durch Leerkilometer, wenn mit den schweren Fahrzeu-

gen aus der Fläche in den Eggebereich vorgerückt werden müsse. Vor allem hierin sieht Wächter einen Nachteil, der in der Öffentlichkeit - vor allem bei den Autofahrern - Kritik und Unverständnis hervorrufen werde.

### 20000 Mark teurer

Wächter hat sich in einem Schreiben unverzüglich an Verkehrsminister Clement gewandt und ihn um Überprüfung der Entscheidung gebeten. Allein die Standortpräsenz des Landschaftsverbandes im Kreis Höxter könne die gewichtigen betriebswirtschaftlichen Aspekte nicht überdecken. Wächter und Müller fordern eine baldige Standortkonferenz, um alle Vorteile für Lichtenau darlegen zu können.

Für Lichtenau sei der öffentliche Arbeitgeber »Landschaftsverband« ein gewichtiges wirtschaftliches Standbein, erklärte Müller und fügte hinzu: »Es ist kein Wunder, daß der Bund der Steuerzahler sich bei solchen Entscheidungen, die ganz offensichtlich rein verbandspolitischer Natur sind, einschalten muß!«





# "Holle" aktuell

Ausgabe 8 · Saison 1996/97

## Heute zu Gast: HTSV Leibern



Während die Lochowicz-Elf das Nachbarschaftsderby beim VfL Lichtenau mit 2:1 für sich entscheiden konnte, stolperte der hohe Meisterschaftsfavorit HTSV Leibern überraschend gegen den SV RW Haaren. Nun dürfen sich die Holtheimer Fans auf die Begegnung der Grün-Weißen gegen den Tabellenführer aus Leibern freuen. Anstoß zu diesem Spiel ist am kommenden Sonntag, 17. November 1996 um 14.30 Uhr.



### Fleischerfachgeschäft **Franz-Josef Schlender**

Annenweg 25 · 33165 Holtheim  
Telefon (0 52 95) 10 97 + 73 74  
Hausmacher Fleisch- und Wurstwaren  
aus eigener Schlachtung





## US-SHOP LOHSE

33100 Paderborn · Detmolder Straße 47  
Telefon (0 52 51) 5 85 66 · Fax 5 58 63  
Außenlager Telefon (0 52 51) 5 52 31

**Lust auf Jeans, Jacken, Hosen und mehr**

### Zeigt der HTSV Leiberg jetzt Nerven?

Überrücklich durften die Holtheimer Zuschauer am letzten Sonntag ihren Heimweg antreten. Nach vielen ungenutzten Torchancen hatte man sich fast schon mit einem Unentschieden angefreundet, als Markus Menke mit einem Fernschuß der überaus verdiente 2:1 Siegtreffer beim Lokalrivalen VfL Lichtenau gelang. Mit dem Einsatz seiner Mannschaft durfte Trainer Lochowicz auf dem schwer zu bespielenden Lichtenauer Sportplatz zufrieden sein, wenngleich die schwache Ausnutzung der vielen sich bietenden Tormöglichkeiten, durchaus anlaß zu Kritik gibt.

Unter dem Strich stehen aber drei Punkte, die vor dem eminent schweren Heimspiel gegen den hohen Meisterschaftsfavoriten enorm wichtig waren. Nun können die Grün-Weißen befreit aufspielen, während der HTSV Leiberg bemüht sein wird, die herbe 1:4 Schlappe vom letzten Spieltag wettzumachen.

Im Verlauf der Hinserie präsentierte sich der HTSV Leiberg in bestechender und konstanter Form und dürfte auch weiterhin als Topfavorit gehandelt werden. Ob die unerwartet und zudem überraschend hohe 1:4 Niederlage gegen RW Haaren die Leiberger Nerven etwas flattern läßt, muß abgewartet werden.

Die Holtheimer Fans dürfen sich jedenfalls am kommenden Sonntag, den 17. November 1996 ab 14.30 Uhr auf einen interessanten Kräftevergleich freuen.

#### SV BW Brenken gegen TuS Wewelsburg

Die Brenkener konnten durch die 4:5 Niederlage beim BSV Fürstenberg den Abstand zum HTSV Leiberg nicht verkürzen. Damit ist man weiterhin 12 Punkte gegenüber dem Tabellenführer im Rückstand, die nur sehr schwer aufzuholen sein werden. Dennoch werden sich die Krause-Schützlinge gerade im Derby gegen den TuS Wewelsburg besonders bemühen, die Punkte am Ort zu behalten.

# RLS

*Jakobsmeier*

- ⌘ High-End Scanservice
- ⌘ Elektronische Bildverarbeitung
- ⌘ Datenübertragung mit ISDN
- ⌘ Farbige Großformatdrucke bis A0 und größer
- ⌘ Belichtungsservice für MAC und MS-DOS
- ⌘ 3-D Animation & 3-D Bilder
- ⌘ interaktive CD Produktion
- ⌘ Brennen von Daten auf CD
- ⌘ Graphik-Design

Vattmannstraße 4 · 33100 Paderborn · Tel. (0 52 51) 52 46-0 · Fax 52 46 15

Om

W

Kass  
3316  
Telef

SV 21 B

Die Bür  
Heimstie

wieder

SV RW

Nach d

letzten

Weißen

aus Tuc

HSV He

Langsar

Tabelle

der TuS

SC RW

Die Hü

TuS W

gesetzl

Tabelle

RW Be

Ein gan

der Lig

Brenke

nicht kl

VfL Th

Der Ge

Ein Ren

abtause

**ISE**

raße 47  
5 58 63  
5 52 31

**mehr**

Omnibusbetrieb · Mietwagen · Ausflugsfahrten

## Willi Wächter

Kasseler Straße 11  
33165 Lichtenau-Grundsteinheim  
Telefon (0 52 95) 203 und 82 10



### SV 21 Büren gegen VfL Lichtenau

Die Bürener wittern wieder Morgenluft. Gegen den VfL Lichtenau will man mit einem Heimsieg zum HTSV Leiberg aufschließen und das Rennen um die Meisterschaft wieder offen gestalten.

### SV RW Haaren gegen TSV Tudorf 2

Nach dem Skandalspiel gegen den VfL Lichtenau machte der SV RW Haaren am letzten Spieltag überaus positive Schlagzeilen. Mit einem 4:1 Sieg brachten die Rot-Weißen dem Tabellenführer aus Leiberg die erste Saisonniederlage bei. Der Aufsteiger aus Tudorf hält sich bisher beachtlich und will auch in Haaren punkten.

### HSV Hegensdorf gegen TuS Wünnenberg

Langsam wird es Zeit für den HSV Hegensdorf. Mit fünf Punkten Rückstand auf den Tabellenvorletzten dürfen sich die HSVer keine weiteren Punktverluste erlauben. Ob der TuS Wünnenberg aber der richtige Aufbauegner ist, ist mehr als fraglich.

### SC RW Verne gegen SV GW Anreppen

Die Hüffner-Elf überraschte am letzten Spieltag mit einem unerwarteten 5:3 Sieg beim TuS Wünnenberg. Auch gegen den SV GW Anreppen soll der Aufwärtstrend fortgesetzt werden. Anreppen belegt derzeit einen gesicherten Platz im vorderen Tabellenmittelfeld und fährt mit entsprechendem Selbstvertrauen nach Verne.

### RW Bentfeld gegen BSV Fürstenberg

Ein ganz wichtiges Duell zweier Mannschaften, die zu den abstiegsgefährdeten Teams der Liga zählen. Während den Fürstenberger ein ebenfalls überraschender Sieg gegen Brenken gelang, dürften die Sorgen der Bentfelder nach der Niederlage in Anreppen nicht kleiner geworden sein.

### VfL Thüle gegen SC Concordia Weine

Der Gewinner dieser Begegnung kann sich etwas Luft zum Tabellenkeller verschaffen. Ein Remis hilft keinem weiter, so daß sich die Zuschauer auf einen offenen Schlagabtausch freuen dürfen.



## Holz-Mehring

Sägewerk & Holzhandlung

Hauptstraße 68 - 33165 Kleinenberg

Tel.: 05647 / 224 Fax: 05647 / 524

0 und größer  
MS-DOS

52 46 15

• • • Tips • • • Tips • • • Tips • • •

## Kopf-an-Kopf Rennen um Spitzenposition!

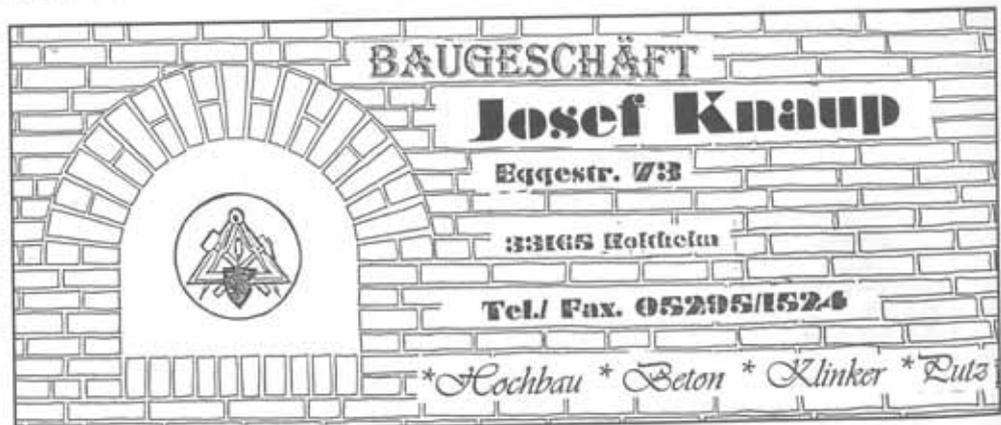
Mit Reinhard Lochowicz und Werner Thewes hat sich mittlerweile ein Führungsduo beim Holle Aktuell Tipspiel gebildet, die sich sogar schon einen 2 Punkte Vorsprung zum Tabellendritten Anton Gockel herausgearbeitet haben.

Vom dritten Rang will sich Anton Gockel anscheinend nicht verdrängen lassen und nimmt bereits zum dritten Mal hintereinander diese Position ein.

Als beste Tipper der letzten Runde gingen mit jeweils sieben Punkte Reinhard Lochowicz und Markus Menke hervor. Nicht so gut lagen Heiner Amedick und Willi Mehring, die jeweils nur drei Punkte verbuchen konnten.

Bernhard Schäfers (6.) und Franz-Josef Schlender (7.) gelang der Sprung in die Gewinnränge, aus dem sich Thomas Fischer nach kurzem Gastspiel wieder verabschiedete. Milos Milanovic (vom 29. Platz auf den 21.) und Frank Schallenberg (vom 35. Platz auf den 27.) klettern in der Tabelle am kräftigsten, während Heiner Amedick (vom 14. Platz auf den 22.), Reinhard Sicken (vom 24. Platz auf den 32.) und vor allem Dietmar Diederichs (vom 15. Platz auf den 38.) einige Positionen zurückfielen. Mit der heutigen Ausgabe stehen noch drei Tiprunden auf dem Programm, bevor auch das Holle Aktuell Tipspiel in die Winterpause geht.

Ein Blick auf die Tabelle zeigt, daß der Abstand unter den Teilnehmern nach wie vor äußerst gering ist und man noch mit einigen Veränderungen bis zum Jahresende rechnen kann. Von einem Gewinnrang bis auf den 17. Tabellenplatz beträgt die Differenz gerade mal einen Punkt und da noch insgesamt 24 Spiele bis zur Winterpause getippt werden müssen, darf man noch mit einigen Verschiebungen in der Tabelle rechnen.



**BAUGESCHÄFT**  
**Josef Knaup**  
Eggestr. 7/3  
33165 Holtheim  
Tel./ Fax. 05295/1524  
\* Hochbau \* Beton \* Klinker \* Putz

• • • **Tips** • • • **Tips** • • • **Tips** • • •

1.	Reinhard Lochowicz	35 Punkte	150,-- DM (Metzgerei Schlender)
2.	Werner Thewes	35 Punkte	100,-- DM (Raiffeisen-Warengen.)
3.	Anton Gockel	33 Punkte	75,-- DM (US-Shop Lohse)
4.	Markus Menke	33 Punkte	50,-- DM (Bernhard Schäfers)
5.	Bodo Lohse	32 Punkte	jeweils eine Kiste Bier
6.	Bernhard Schäfers	31 Punkte	Westheimer Premium Pils
7.	Franz-Josef Schlender	31 Punkte	und eine Kiste
8.	Maria Schlender	31 Punkte	Graf Stolberg Dunkel

9.	Burkhard Schulte	31 Punkte	28. Günter Steins	27 Punkte
10.	Thomas Fischer	30 Punkte	29. Karl-Heinz Ickert	26 Punkte
11.	Frank Jakobsmeier	30 Punkte	30. Gaby Knaup	26 Punkte
12.	Franz-Josef Leifeld	30 Punkte	31. Reinhard Sander	26 Punkte
13.	Herbert Pennig	30 Punkte	32. Reinhard Sicken	26 Punkte
14.	Frank Sander	30 Punkte	33. Heinz Günther	25 Punkte
15.	Hubert Sander	30 Punkte	34. Walter Knaup	25 Punkte
16.	Konrad Sicken	30 Punkte	35. Willi Mehring	25 Punkte
17.	Dierk Steins	30 Punkte	36. Ralf Rosenkranz	25 Punkte
18.	Jürgen Ernesti	28 Punkte	37. Ewald Wittlage	25 Punkte
19.	Christian Geilhorn	28 Punkte	38. Dietmar Diederichs	24 Punkte
20.	Josef Hillebrand	28 Punkte	39. Klaus Gockel	24 Punkte
21.	Milos Milanovic	28 Punkte	40. Helga Knaup	24 Punkte
22.	Heiner Amedick	27 Punkte	41. Josef Knaup	24 Punkte
23.	Dieter Kropff	27 Punkte	42. Dietmar Günther	23 Punkte
24.	Hubertus Kropff	27 Punkte	43. Albert Günther	22 Punkte
25.	Jürgen Sander	27 Punkte	44. Daniel Hillebrand	22 Punkte
26.	Michael Sander	27 Punkte	45. Erwin Lohse	16 Punkte
27.	Frank Schallenberg	27 Punkte		



## Walter Knaup

Bauunternehmen  
Hochbauarbeiten aller Art

Eggestraße 74 · 33165 Holtheim  
Telefon (0 52 95) 14 07 · Fax (0 52 95) 85 40

### Die Aufstellung

Nummer		Einsätze
( )	Frank Sander	9
( )	Dierk Steins	12
( )	Burkhard Schulte	9
( )	Carsten Humberg	13
( )	Bodo Lohse	12
( )	Heiner Amedick	11
( )	Jürgen Ernesti	14
( )	Hubertus Kropff	12
( )	Thomas Fischer	10
( )	Christian Geilhorn	13
( )	Markus Menke	7
( )	Milos Milanovic	9
( )	Daniel Hillebrand	8
( )	Karl-Heinz Ickert	3
( )	Friedhelm Ickert	2
( )	Martin Cordes	3
( )	Dietmar Diederichs	1
( )	Dieter Tölle	3
( )	Stefan Hillebrand	2
( )	Reinhard Tölle	1
( )	Peter Lochowicz	3
( )	Christoph Tölle	1
( )	Karl-Josef Hüneke	1
( )	Aslan Sabo	9
( )	Heinz-Josef Knaup	1
( )	Theo Schlender	4
( )	Markus Schäfers	1
( )	Ralf Rosenkranz	1

### Die Torjägerliste

1.	Thomas Fischer	5 Tore
2.	Jürgen Ernesti	3 Tore
3.	Dierk Steins	3 Tore
4.	Christian Geilhorn	2 Tore
5.	Friedhelm Ickert	2 Tore
6.	Heiner Amedick	1 Tor
7.	Heinz-Josef Knaup	1 Tor
8.	Hubertus Kropff	1 Tor
9.	Markus Menke	1 Tor
10.	Milos Milanovic	1 Tor

### Das nächste Heimspiel

**SC GW Holtheim**

gegen

**TSV Tudorf 2**

Sonntag, 01. Dezember 1996  
um 14.15 Uhr

### • • • Der heutige Spieltag • • •

SV BW Brenken	:	TuS Wewelsburg	:
SV 21 Büren	:	VfL Lichtenau	:
SC GW Holtheim	:	HTSV Leiberg	:
SV RW Haaren	:	TSV Tudorf 2	:
HSV Hegensdorf	:	TuS Wünnenberg	:
SC RW Verne	:	GW Anreppen	:
RW Bentfeld	:	BSV Fürstenberg	:
VfL Thüle	:	SC Weine	:



## Fahrschule Heinz Tesmer

Lichtenau · Paderborn · Schwanney

Telefon (0 52 95) 81 12 • Autotelefon (0161) 1 51 54 90

85 40

te

5 Tore  
3 Tore  
3 Tore  
2 Tore  
2 Tore  
1 Tor  
1 Tor  
1 Tor  
1 Tor  
1 Tor

spiel

heim

f 2

er 1996

r

### • • • Die aktuelle Tabelle • • •

	Spiele	Tore	Punkte	Die neue Tabelle		
				Tore	Punkte	Platz
1. HTSV Leiberg	14	44:10	37			
2. SV 21 Büren	13	27:15	29			
3. SV RW Haaren	14	31:14	27			
4. SV BW Brenken	14	32:25	25			
5. TuS Wewelsburg	14	24:19	25			
6. SV GW Anreppen	14	28:32	21			
7. TuS Wünnenberg	13	34:26	19			
8. VfL Lichtenau	14	25:22	19			
9. SC GW Holtheim	14	20:23	18			
10. TSV Tudorf 2	13	13:26	17			
11. VfL Thüle	14	18:20	15			
12. SC Concordia Weine	12	17:31	13			
13. BSV Fürstenberg	13	24:27	12			
14. SC RW Verne	14	21:35	12			
15. RW Bentfeld	14	14:26	10			
16. HSV Hegensdorf	12	15:36	5			

### • • • Der nächste Spieltag • • •

RW Bentfeld	:	BW Brenken	:
RW Verne	:	BSV Fürstenberg	:
HSV Hegensdorf	:	GW Anreppen	:
RW Haaren	:	TuS Wünnenberg	:
GW Holtheim	:	TSV Tudorf 2	:
SV 21 Büren	:	HTSV Leiberg	:
VfL Thüle	:	VfL Lichtenau	:
SC Weine	:	TuS Wewelsburg	:

## • • • Die nächsten Spiele • • •

### Noch drei Begegnungen bis zur Winterpause

Nach dem heutigen Spiel gegen den HTSV Leiberg stehen noch drei Begegnungen für die erste Mannschaft des SC GW Holtheim auf dem Programm.

Das kommende Wochenende ist zunächst spielfrei bzw. es besteht die Möglichkeit die ausgefallenen Spiele nachzuholen. Die Nachholbegegnungen werden aber auf jeden Fall am Samstag ausgetragen, da am Sonntag Feiertag ist (Totensonntag).

Am darauf folgenden Wochenende beginnt bereits die Rückrunde. Hier haben die Lochowicz-Schützlinge Heimrecht gegen den Aufsteiger vom TSV Tudorf 2. Anstoß zu dieser Begegnung ist am Sonntag, den 1. Dezember 1996 bereits um 14.15 Uhr.

Hier gilt es die schmerzliche 0:1 Niederlage aus dem Hinspiel wettzumachen und mit einem Sieg den Sprung in das gesicherte Tabellenmittelfeld zu schaffen.

Am 8. Dezember 1996 treten die Grün-Weißen dann beim TuS Wünnenberg an, wo die Punkte traditionell besonders hoch hängen. Bei den Aatal-Kickern hat sich der SC GW Holtheim in den vergangenen Jahren immer schwer getan, so daß Trainer Reinhard Lochowicz sicherlich mit einem Unentschieden auf des Gegners Platz zufrieden wäre.

Den Jahresabschluß macht dann das Heimspiel am 15. Dezember 1996 um 14.15 Uhr gegen den SV GW Anreppen. Auch in dieser Begegnung will man sich für die Hinrundenniederlage revanchieren und mit einem Erfolg beruhigt in die Winterpause gehen. Die Anreppener sind auch in diesem Jahr ein nur schwer auszurechnender Gegner, so daß man mit einer hochkonzentrierten Leistung versuchen muß, die Punkte einzufahren.

Neben dem bereits angesprochenen Nachholtermin am 23. November 1996, stehen mit dem 21. und 22. Dezember 1996 zwei weitere Nachholtermine auf dem Programm.

Der genaue Termin für den ersten Spieltag im Jahr 1997 liegt bisher noch nicht vor. Der SC GW Holtheim hat jedenfalls beim BSV Fürstenberg anzutreten, bevor es eine Woche später gegen den SV BW Brenken zum ersten Heimspiel des neuen Jahres kommt.

Die Termine der Hallenturniere und der eventuell bereits feststehende Vorbereitungsspiele werden in den nächsten Wochen noch veröffentlicht.



# FRANZ BROCKE

Installation • Sanitär • Heizung  
Bauklempnerei • Reparaturdienst

33100 Paderborn · Friedrich-List-Str. 75 · Tel. (052 51) 52 71 71 · Fax 52 71 79

## • • • Kurznachrichten • • •

- Die Jugendabteilung möchte bereits jetzt darauf hinweisen, daß am 14. Dezember 1996 die traditionelle Vorweihnachtsfeier stattfindet. Auftakt ist wie in den letzten Jahren zuvor wieder um 14.00 Uhr. Ab 18. November 1996 können die Anmeldungen bei der Bäckerei Sicken abgegeben werden. Kostenbeitrag für Erwachsene 6,- DM, für Kinder 5,- DM (Tüte) und 2,- DM (Getränke und Kuchen). Geplante Programmpunkte: Weihnachtsgedichte, Jazztanzgruppen und Weihnachtsspiel des Kindergartens

## • • • Die zweite Mannschaft • • •

### Letztes Heimspiel des Jahres gegen den SuS Boke 3

Nachdem der Rückrundenauftakt beim HTSV Leiberg 2 völlig daneben ging, werden sich die Thewes-Schützlinge bemühen, daß letzte Heimspiel des Jahres zu gewinnen. Mit dem SuS Boke 3 stellt sich am **Sonntag, den 17. November 1996** dabei eine Mannschaft vor, die derzeit den vierten Tabellenplatz einnimmt. Also keine leichte Aufgabe für die Grün-Weißen, die bereits zwei Wochen später, am 1. Dezember 1996 das letzte Spiel des Jahres beim SV BW Etteln 2 zu bestreiten haben. Zwei schwere Begegnungen für die Thewes-Elf, die sich aber vorgenommen hat bis zum Jahresabschluß den Platz unter den zehn besten Teams der Liga zu sichern. Mit einem Torverhältnis von 22:23 Tore und 18 Punkten belegt der SC GW Holtheim 2 zur Zeit den neunten Platz in der Kreisliga C Büren Gruppe Süd.



## Raiffeisen-Markt · Gartenfachmarkt



### Jetzt aktuell:

- Blumen- und Gemüsesämereien
- Anzucht- und Pflanzerden • Frühbeetkästen
- Kleingewächshäuser • Saatschalen, Torfquelltopfe
- org. und mineral. Dünger

### Supergünstig !

Sabo-Rasenmäher · MTD Rasenmäher und Vertikutierer zum Verleihen.

Waschmittel zu Sonderpreisen:  
Persil, Ariel, Omo, Weißer Riese, Coral

Raiffeisen Warengesellschaft · Paderborn Land eG  
Zweigstelle Lichtenau 33165 Lichtenau · Torbruchstraße 4  
Tel.: (05295) 1084 · Fax (05295) 8089

Öffnungszeiten  
Mo. - Fr. 8.00 - 12.30 Uhr  
und 15.30 - 18.00 Uhr  
samstags 8.00 - 12.30 Uhr

Der Fachmarkt  
für Jedermann.



## • • • Spielervorstellung • • •

### Heute: Karsten „Chappi“ Humberg

Geboren: 26. Januar 1972  
Größe: 1,98 m  
Gewicht: 81 kg  
Schuhgröße: 47  
Familienstand: ledig  
Beruf: Arbeitstherapeuth im Bereich Gartenbau  
Hobbies: Fußball



Welches Auto fährst du: OPEL Astra Combi

Lieblingsmusik: Hit's der 80'er

Lieblingsessen: Mantaschale

Lieblingsverein : BV Borussia Dortmund

Vorbild: Julio Cesar

Wunschposition: offensiver Vorstopper

Bisherige Vereine: SC GW Holtheim

Persönliche Ziele für die Saison: nicht absteigen

Stärken: Ich bin ein lustiger Typ

Schwächen: große Schnauze

Positive Eindrücke in Holtheim: Dieter Kropff, tut alles für den Verein

Negative Eindrücke in Holtheim: altmodisches Denken im Verein

Was hält's du vom Westheimer Bier: gehört zum Wochenende



### Ausprobieren und vergleichen!

Bei uns habt Ihr die Auswahl,  
das richtige Instrument zu finden!

Musikinstrumente in Groß-  
auswahl auf über 1000 qm!

MUSIK AKTIV - 33102 PADERBORN - NORDSTR. 15  
Tel. (05251) 541151- 541158 - 55152 Fax (05251) 541830

Holle Aktuell: Die 1. und 2. Mannschaft des SC GW Holtheim besitzt zur Zeit 23 aktive Spieler aus dem eigenen Ort, die im übrigen die Möglichkeit besitzen, Dienstags und Donnerstags um 19.00 Uhr zu trainieren. Da du Schriftführer der Jugendabteilung bist, kannst du sicherlich sagen, welche Jugendspieler in den nächsten Jahren in den Seniorenbereich nachrücken werden?

Karsten Humberg: Das kann ich im Moment auch nicht so genau sagen, da es im nächsten Jahr im Jugendbereich eine Änderung geben soll. Da es mit dem jetzigen Stichtag, dem 01.08. einige Probleme gab, d.h. es gab Spieler, die genau an diesem Tag geboren wurden und daher nicht genau eingeteilt werden konnten. Der neue Stichtag soll jetzt der 00.01. sein. Hört sich komisch an, „nullter Erster“, gibt es aber. Spieler die am 31.12. geboren wurden - jüngerer Jahrgang, Spieler die am 01.01. geboren wurden - älterer Jahrgang. Da man den genauen Termin der Änderung noch nicht weiß, bleibt noch alles beim Alten. In den nächsten drei Serien verlassen voraussichtlich zwei Spieler den Juniorenbereich. Nicht gerade rosige Aussichten, oder?

Holle Aktuell: Könntest du dir vorstellen, eines Tages mal die Laufbahn eines Schiedsrichters einzuschlagen und wie würdest du auf Spieler reagieren, die ständig deine Entscheidungen kritisieren?

Karsten Humberg: Das könnte ich mir schon vorstellen. Chappi ganz in schwarz. Autorität pur. Wenn es dann doch ein Spieler wagen sollte meine Entscheidung zu kritisieren, gibt es nur eine Maßnahme. Runter mit dem „Motzki“, ha ha ha. Nein, ich glaube wir würden uns gut verstehen, weil ich ja auch ein kleiner „Meckerkönig“ bin.

Holle Aktuell: Durch deine gesunde Einstellung jedes Spiel gewinnen zu wollen, besteht aber auch leicht die Gefahr, übermotiviert zu sein, was sich schon mal in Frustration niederschlagen kann, wenn das Ziel nicht erreicht wird. Gab es schon einmal eine solche Situation und wie sollte der Trainer dann gegenüber dem Spieler reagieren?

Karsten Humberg: Eine ? Dutzende wäre wohl das richtige Wort, glaube ich. Da kann der kleine Malek ein Lied von singen. Man sagt sofort Depri-Phase, Ampel auf rot. Ja, Ja, auch Männer haben ihre „Tage“. Machen kann der Trainer da nichts. Das gibt sich schon wieder.

ichen!  
hl,  
iden!

STR. 15  
) 541830

**Sei fair zum  
23. Mann.  
Ohne Schiri geht  
es nicht!**



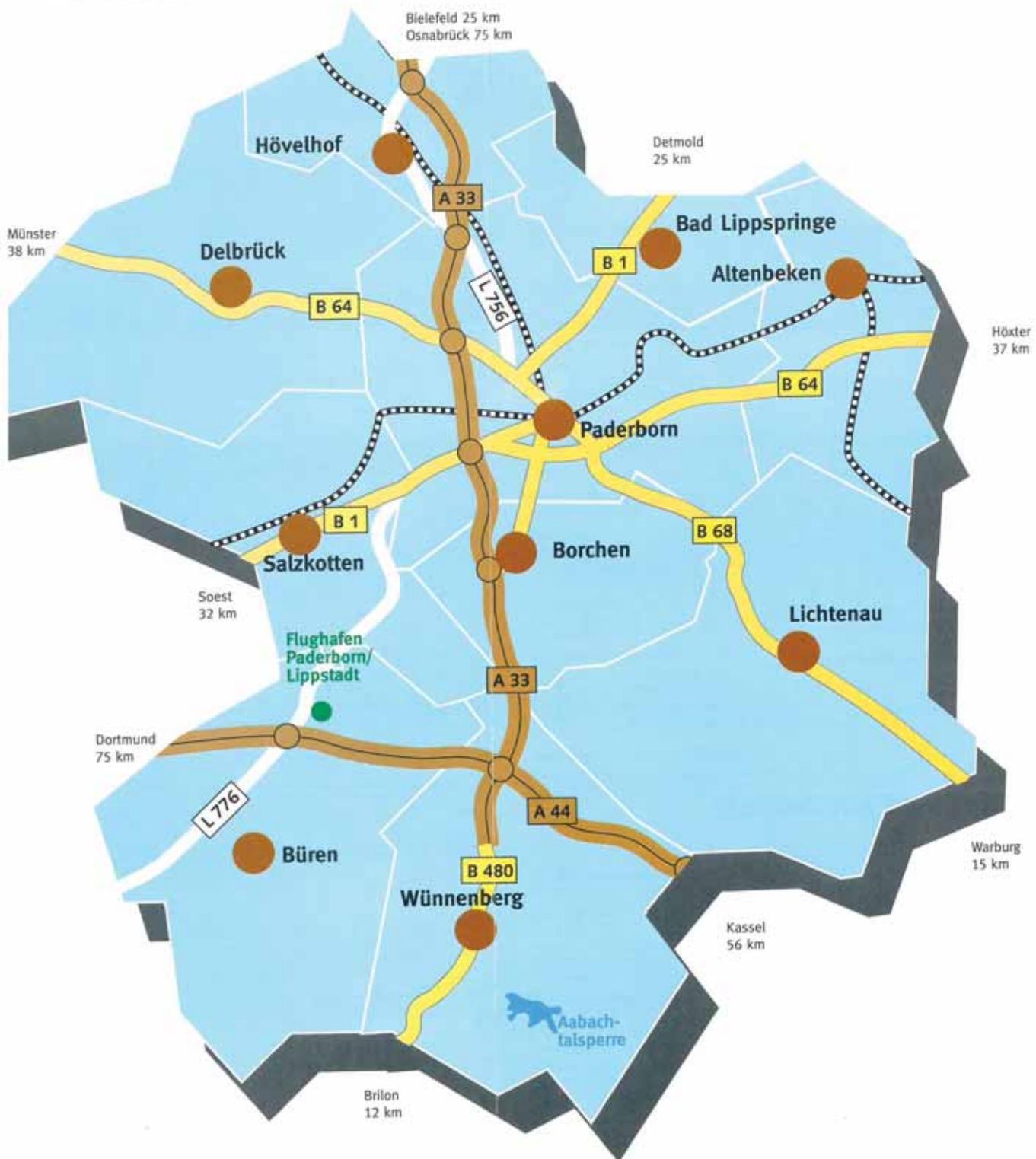
Tradition  
und Zukunft  
in Harmonie!



Zahlen  
Daten  
Fakten



Kreis Paderborn



## Geschichte und Entwicklung

Paderborn war durch viele Jahrhunderte hindurch die Hauptstadt des früher selbständigen Hochstifts Paderborn. Dieses umfaßte den Raum zwischen Büren und Beverungen, Stukenbrock und Warburg. 1802 fiel das Hochstift aufgrund eines Vertrages zwischen Preußen und Frankreich an das Königreich Preußen.

Aus dem Teil des Hochstifts, der westlich des Eggegebirges gelegen war, entstanden 1816 die Kreise Büren und Paderborn als staatliche Verwaltungsbezirke. Diese sind seit 1948 dem Regierungsbezirk Detmold zugeordnet.

Im Zuge der kommunalen Neugliederung 1975 wurde aus einem Großteil der Gebiete der ehemaligen Kreise Paderborn und Büren der neue, jetzige Kreis Paderborn gebildet. Sitz dieses Kreises ist die Stadt Paderborn. Der Kreis setzt sich zusammen aus insgesamt zehn Städten und Gemeinden und betreut ca. 270.000 Einwohner.



Das Wappen des Kreises Paderborn ist Ausdruck der geschichtlichen Entwicklung:

Das rote Kreuz im Schildhaupt auf silbernem Grund deutet auf die Zugehörigkeit des Kreises zum früheren Hochstift Paderborn hin. Der blaue Wellenbalken versinnbildlicht den Wasserreichtum des Kreises. Im silbernen Schild erinnert der rote siebenteilige Rautensparren an die Edelherrn von Büren, die im Mittelalter in diesem Raum herrschten.

## Fläche und Wohnbevölkerung

(am 31.12.1994)

Stadt/Gemeinde	Fläche qkm	Bevölkerung	
		absolut	je qkm
Altenbeken	76,22	8.340	109,4
Bad Lippspringe	50,97	14.211	278,8
Borchen	77,10	12.059	156,4
Büren	170,97	20.927	122,4
Delbrück	156,97	27.115	172,7
Hövelhof	70,63	14.849	210,2
Lichtenau	192,17	10.376	53,9
Paderborn	179,35	131.513	733,3
Salzkotten	109,46	21.815	199,3
Wünnenberg	161,03	11.366	70,6
<b>Kreis Paderborn</b>	<b>1.244,87</b>	<b>272.571</b>	<b>218,9</b>

## Bevölkerungsentwicklung Einwohnerinnen/Einwohner (30.06.)

1975	212.468	1985	229.584
1976	214.275	1986	230.686
1977	216.958	1987	232.552
1978	219.261	1988	233.823
1979	221.547	1989	238.172
1980	224.748	1990	245.147
1981	226.132	1991	252.239
1982	227.793	1992	259.783
1983	228.647	1993	266.755
1984	228.869	1994	270.418

## Altersstruktur (Stand 31.12.1993) Einwohnerinnen/Einwohner

			Gesamt	in %	männlich	weiblich
0	bis unter	5 Jahre	17.469	6,49	8.873	8.596
5	" "	10 Jahre	17.186	6,39	8.815	8.371
10	" "	15 Jahre	16.447	6,11	8.441	8.006
15	" "	20 Jahre	16.185	6,01	8.240	7.945
20	" "	25 Jahre	20.602	7,66	10.607	9.995
25	" "	30 Jahre	25.918	9,63	13.757	12.161
30	" "	35 Jahre	24.725	9,19	12.920	11.805
35	" "	40 Jahre	20.975	7,80	10.966	10.009
40	" "	45 Jahre	17.498	6,50	8.887	8.611
45	" "	50 Jahre	13.179	4,90	6.856	6.323
50	" "	55 Jahre	16.235	6,03	8.278	7.957
55	" "	60 Jahre	15.697	5,83	7.858	7.839
60	" "	65 Jahre	12.151	4,52	5.852	6.299
65	" "	70 Jahre	11.728	4,36	4.947	6.781
70	" "	75 Jahre	9.153	3,40	3.218	5.935
75	" "	80 Jahre	5.409	2,01	1.731	3.678
80	" "	85 Jahre	5.138	1,91	1.458	3.680
85	" "	90 Jahre	2.513	0,93	593	1.920
90	Jahre	und älter	868	0,32	189	679
<b>Insgesamt</b>			<b>269.076</b>	<b>100</b>	<b>132.486</b>	<b>136.590</b>

## Ausländer und Staatenlose im Kreis Paderborn am 31.12.1994

Staaten	
Afrika	630
Amerika	254
Asien	2.069
<b>EU-Staaten</b>	<b>5.348</b>
Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien	
Jugoslawien	2.852
Polen	600
Schweiz	86
Türkei	5.723
Staatenlose	37
Sonstige	1.241
<b>Insgesamt</b>	<b>18.840</b>

## Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer

### Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 30.06.1994 nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilungen	absolut	je 1.000 Einwohner	
		Kreis Paderborn	Land NRW
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	824	3	3
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	656	2	11
Verarbeitendes Gewerbe	35.307	131	113
Baugewerbe	6.491	24	21
Handel	11.919	44	50
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3.790	14	16
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	2.251	8	13
Dienstleistungen soweit anderweitig nicht genannt	18.726	69	77
Orga. ohne Erwerbscharakter und private Haushalte	2.411	9	10
Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen	4.794	18	29
<b>Insgesamt</b>	<b>87.169</b>	<b>322</b>	<b>331</b>

### Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer des verarbeitenden Gewerbes am 30.06.1994

Chemische Industrie und Mineralölverarbeitung	161	0,5%
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	1.811	5,1%
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe	744	2,1%
Eisen- und Metallerzeugung	3.584	10,2%
Stahlbau, Maschinen- und Fahrzeugbau	14.704	41,6%
Elektrotechnik (ohne ADV), Feinmechanik	3.027	8,6%
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	6.786	19,2%
Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie	1.316	3,7%
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	3.172	9,0%
<b>Verarbeitendes Gewerbe insgesamt</b>	<b>35.305</b>	<b>100,0%</b>

## Gesundheitswesen

### Ärztliche Versorgung 1994

- Ärzte in freier Praxis ohne Gebietsanerkennung (praktische Ärzte und Ärzte f. Allgemeinmedizin)	113
- Ärzte mit Gebietsanerkennung in freier Praxis ohne Krankenhaustätigkeit	182
- Ärzte mit Gebietsanerkennung in freier Praxis mit Krankenhaustätigkeit	18
- Zahnärzte	143
- Fachzahnärzte für Kieferorthopädie	4
- Fachzahnärzte für Oralchirurgie	4

Krankenhäuser und Apotheken	Anzahl	Betten
Krankenhäuser	5	1.533
Sonderkrankenhäuser	4	1.030
Sanatorien	6	582
Apotheken	72	

## Verkehr

### Straßenbestand (1995) in km

Bundesautobahnen	57,8
Bundesstraßen	96,6
Landesstraßen	438,1
Kreisstraßen	319,1

### Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (31.12.1994)

<b>Zugelassene Kraftfahrzeuge insgesamt</b>	<b>172.500</b>
davon:	
- Krafträder	7.140
- Personenkraftwagen	134.426
- Omnibusse	140
- Lastkraftwagen	5.865
- Zugmaschinen	7.990
- übrige Kraftfahrzeuge	16.939

### Flughafen

Flughafen Paderborn/Lippstadt  
 Flughafenstraße 33  
 33142 Büren-Ahden  
 Tel.: (0 29 55) 77-0

Angeboten werden Linienflugverbindungen nach

Berlin-Tempelhof, Dresden, Krakau, Leipzig-Halle, London, Lyon, München, Nürnberg, Paris, Stuttgart, Wien und Zürich.

Weiterhin werden zahlreiche Urlaubsziele im Mittelmeerraum und auf den Kanarischen Inseln angefliegen.

Aufgrund eines Kooperationsvertrages mit der französischen Staatslinie "Air France" eröffnen sich dem Paderborner Passagier zusätzlich rund 200 Flugziele in aller Welt.

## Kreistag

Wahltag	16.10.1994
Wahlberechtigte	195.010
Wahlbeteiligung	82,07%

### Stimmen und Sitzverteilung

Partei	Stimmen		Sitze
	absolut	prozentual	
CDU	86.075	54,63	33
SPD	44.923	28,53	17
BÜNDNIS 90/GRÜNE	14.526	9,19	5
FDP	6.491	4,11	-
FBI/UWG	5.586	3,54	-

Landrat: Reinold Stücke (CDU)



## Haushaltsvolumen des Kreises

Verwaltungshaushalt	ca. 350 Mio. DM
Vermögenshaushalt	ca. 38 Mio. DM

## Wahlen

**Europawahl** vom 12. Juni 1994      Wahlbeteiligung: 58,9 %  
 CDU: 53,6%    SPD: 26,2%    GRÜNE: 10,3%  
 F.D.P.: 3,7%    Sonstige: 6,2%

**Bundestagswahl** vom 16. Oktober 1994      Wahlbeteiligung: 81,9 %  
 CDU: 53,2%    SPD: 29,4%    F.D.P.: 7,2%  
 GRÜNE: 6,9%    Sonstige: 3,3%

**Landtagswahl** vom 14. Mai 1995      Wahlbeteiligung: 64,2 %  
 CDU: 57,3%    SPD: 30,4%    F.D.P.: 3,5%  
 GRÜNE: 7,6%    Sonstige: 1,2%

## Bildung und Kultur

Schulen	Anzahl	Schüler
- Grundschulen	58	13.749
- Hauptschulen	18	6.733
- Realschulen	11	5.488
- Abendrealschulen	1	150
- Gymnasien	8	7.052
- Westfalen-Kolleg	1	459
- Waldorfschule	1	527
- Gesamtschulen	2	1.116
- Sonderschulen	15	1.927
- berufsbildende Schulen des Kreises	4	8.284
- sonstige berufsbildende Schulen	4	1.611

Hochschulen	Studenten
- Universität-Gesamthochschule Paderborn	17.230
- Theologische Fakultät	185
- Katholische Fachhochschule	736

### Bildstellen und Büchereien

- Bildstelle	1
- Büchereien (stationär)	26
Medien der Büchereien (Bücher, Kassetten, Disketten, CD)	556.600
- Fahrbücherei	1
Medien der Fahrbücherei	48.900

**Archive (kommunal)** **10**

**Heimatkalender** (heimatkundl. Schriftreihen, Heimatbücher) **5**

### Museen, Theater, Freilichtbühnen

- Kunstmuseen	7
- Heimatstuben, -museen	15
- festes Theater	1
- Laienspieltheater	6
- Freilichtbühne	1

**Volkshochschulen** **3**

### Musikschulen / musikalische Veranstaltungen

- kommunale Musikschulen	2
- private Musikschulen	7
- Internationale Jugendfestwoche (alle 2 Jahre)	1
- Anzahl der Orchester, Musikgruppen und Chöre	166
- durchschnittliche Musikgastspiele im Jahr	ca. 500

## Jugend, Freizeit und Sport

Tageseinrichtungen für Kinder	Anzahl	Plätze
Kindergärten	142	8.474
Kinderhorte	4	120
Sonderkindergärten	3	97

**Heimeinrichtungen für Kinder und Jugendliche 17**

Einrichtungen zur Jugendfreizeitgestaltung	Anzahl
Jugendfreizeitstätten in Jugend- u. Pfarrheimen	139
Häuser der offenen Tür (HOT)	6
Kleine Häuser der offenen Tür (KOT)	9
Häuser der Teil offenen Tür (TOT)	5
Offene Jugendtreffpunkte in Jugend- u. Pfarrheimen	15
Jugendherbergen (mit 318 Betten)	2
Jugendzeltplätze	2

Sporteinrichtungen	Anzahl
Freibäder	9
Hallenbäder	16
Lehrschwimmb Becken	3
Sporthallen	120
Gymnastikräume in Schulen	12
Sportplätze insgesamt	164
davon	
- Rasenplätze	99
- Tennisplätze	35
- Kunstrasenplatz	1
- Kleinspielfelder (auch an Schulen)	29
Tennishallen (mit 31 Spielfeldern)	15
Tennisspielfelder im Freien	181
Squashanlagen (mit 20 Courts)	5
Reithallen	19
Reitanlagen im Freien	19
Ruder-/Kanuregattastrecke	1
Wildwasserkanustrecke	1
Bootshäfen und Bootsstege für Segelboote	2
Schießsportanlagen	48
Rollschuhbahnen	2
Trimpfade	11
Bahnen-/Minigolfanlagen	9
Golfsportanlagen	3
Kegelsportanlagen	56
Bowlingsportanlage	1
Segelflugplätze	2
Beachvolleyballanlagen	3
Bogenschießanlage	1
Langlaufloipe (15 km)	1

## Land- und Forstwirtschaft

### Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Flächen (in ha)	
- Ackerland	53.793
- Grünland	14.618
- Gartenland	494
- Moor	10
- Heide	77
- landwirtschaftl. Betriebsfläche	4
- Brachland	27
<b>Insgesamt:</b>	<b>69.023</b>

### Landwirtschaftliche Betriebe

(nach landwirtschaftl. genutzten Flächen)	
1 - 2 ha	496
2 - 10 ha	1.184
10 - 20 ha	621
20 - 30 ha	426
30 - 50 ha	407
50 ha und mehr	307

### Forstwirtschaft

Forstwirtschaftliche Flächen (in ha)	
- Laubwald	4.783
- Nadelwald	3.994
- Mischwald	14.523
- Gehölz	77
- andere Waldflächen	10.935
<b>Waldflächen insgesamt:</b>	<b>34.312</b>

### Forstbetriebe (nach Waldflächen in ha)

1 - 50 ha	68
50 ha und mehr	16
<b>Forstbetriebe insgesamt:</b>	<b>84</b>

## Natur und Landschaft

### Naturschutzgebiete (1994) 28

Gesamtgröße	14,52 qkm
- davon im Eigentum des Kreises	0,70 qkm

### Landschaftsschutzgebiete (1994)

Gesamtgröße	691,92 qkm
-------------	------------

### Wasserläufe mit mehr als 15 km Länge (1994)

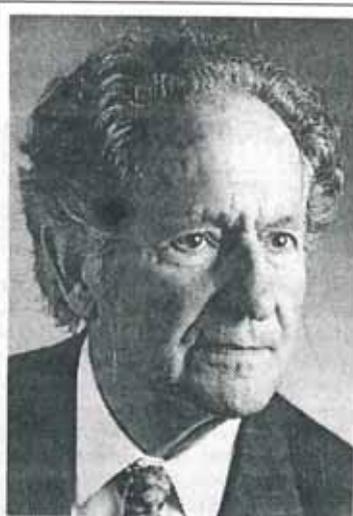
Alme	49,60 km	Sauer	23,88 km
Lippe	32,70 km	Altenau	22,71 km
Boker Kanal	32,32 km	Ems	16,65 km
Hauštenbach	31,60 km	Beke	15,19 km
Ellerbach	25,77 km		

*Aus Politik und  
Zeitgeschehen*

Pfleglicher als die »5:3-Wahrheitsfinder« von Karlsruhe – ihr in Mainz erzwungener »Mörder-spruch« wurde an dieser Stelle schon am 5. Januar mißbilligt und der Kritikmut des Richters Karl-Heinz Fischer gewürdigt – sollte und wird die deutsche Öffentlichkeit mit den Bundeswehrsoldaten auf dem Balkan umgehen. Mit den Sanitätern eines schon aktiven Feldlazarets sind dort nun 1200 deutsche Soldaten tätig, weitere rund 2800 stehen abflugbereit. Ihnen allen wurde via Karlsruhe-Mainz ein scheußlicher Neujahrsgruß um die Ohren gehauen, als Andreas Speck nach seinem Freispruch die Verleumdung erneuerte: »Heute erscheint es mir notwendiger denn je auszurufen: Soldaten sind potentielle Mörder!« Das heißt, nach Karlsruher Paragraphen-Akrobatik entfuhr Speck die Verleumdung nicht gezielt gegen Bundeswehrsoldaten, sondern »nur« gegen (alle) Soldaten.

Ein ehemaliger Bundeswehrsoldat erklärte als Nebenkläger: »Ich fühle mich beleidigt und in meiner Ehre gekränkt.« So mancher Soldat, der seinen Dienst gewissenhaft versieht, hätte vielleicht einen Handausrutscher in Richtung Speck gern gesehen. Aber danach wäre gewiß das »Entsetzen über schändliches Faustrecht und schwere Justizschändung« groß gewesen mit prompter Verurteilung des Bösewichts. Ob ihm im Falle des Prozesses durch alle Instanzen in Karlsruhe wenigstens mildernde Umstände zugebilligt worden wären? Aber das ist nur juristische Theorie.

Gegen die mutige Richterschelte des Richters Fischer erhoben ausgerechnet linksrotgrüne Politiker ihre barsche Stimme zugunsten der Karlsruher. Da fällt einem fast mitleidig Goethe ein: »Es tut mir lang schon weh, daß ich dich in der Gesellschaft seh.« Schillerkundige Bürger mögen vielleicht daran denken, was »die Glocke« geschlagen hat: »Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären.«



Theo Fritzen  
**Pfleglicher  
 mit den  
 4000 Soldaten**

Auch der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, kritisiert das Senatsurteil, wonach jenes Mörder-Zitat keine Beleidigung der Bundeswehr sei und daher straffrei bleibe.

Um so wichtiger ist es für die deutschen Soldaten allgemein und besonders für die auf dem Balkan, sicher zu sein, vom Verständnis aller anderen Bürger begleitet zu werden. Freilich sollte es auch aufhören, die Soldaten und ihre Angehörigen mit Fragen zu überschütten und zu ängstigen. Ob es richtig war, auf Millionen Bildschirmen in Großaufnahme die Tränen einer jungen Frau x-mal zu zeigen, die beim Abschied von ihrem Mann zwei Tage vor Weihnachten weinte? Ihr gebührt herzliches Mitempfinden, was nicht dadurch unehrlich wird, daß Kriegsteilnehmer der Jahre 1939 bis 1945 in aller Bescheidenheit daran erinnern, daß Millionen von ihnen sechs Kriegswihnachten

fern der Heimat und ihrer Lieben sein mußten – so sie denn überlebten: die einen an der Front und die anderen im Bombenkrieg daheim. Ganz zu schweigen von jenen vielen Hunderttausenden, die danach in sowjetischer Gefangenschaft in Sibirien oder anderswo noch weitere fünf und mehr Trauerweihnachten erlitten.

Dieser Gedanke hat mit Militarismus und Nationalismus wahrlich nichts zu tun. Davon distanzieren sich auch die Bundeswehrsoldaten beim Balkaneinsatz. Beinahe zur Enttäuschung etlicher Mikrofonvorhalter äußern sie sich sachlich. Sie haben Volker Rühes Wort vom nicht ganz gefahrlosen Einsatz durchaus im Gedächtnis, aber sie geraten dabei nicht in die Rolle von Unkamerad Schlotterhose. Gleiches gilt besonders auch für die ersten der 20 000 Amerikaner. Obwohl für sie der Balkan fast am Ende der Welt liegt, nannte einer von ihnen den Einsatzort dort als eben Teil ihres Auftrags als Berufssoldaten. Und zu dem peinlichen Bild von UNO-Blauhelmen, die von Serben gefesselt waren: »Mit uns von der NATO wird man das nicht wagen!«

Es klang aber nicht nach »Hurra und immer feste druff«, sondern nach Entschlossenheit. Sie ist auch für die 4000 Deutschen angemessen, die zum größten Teil in der kroatischen Etappe ihren Dienst tun. Mit guten Wünschen begleitet sie die Heimat. Sie vor neuen »Speck-Attacken« zu bewahren, wäre Aufgabe des Gesetzgebers, nachdem Karlsruhe sie nach verbereiteter Ansicht im Stich gelassen hat. Damit würde auch dem entsprochen, was der Verteidigungsausschuß des Bundestages am 27. September bei seiner Festsitzung zum 40jährigen Bestehen der Bundeswehr zum Ausdruck brachte. Denn dabei waren sich alle, von Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) bis zum früheren Verteidigungsminister Georg Leber (SPD) einig, im Respekt vor dem Friedensauftrag und der Ehre der Soldaten.

Führungswechsel beim Panzeraufklärungsbataillon in Augustdorf

## Bald 80 Soldaten auf dem Balkan

**Augustdorf/Paderborn** (sts). Wechsel in der Führung des Panzeraufklärungsbataillons 7 in Augustdorf: Oberstleutnant Norbert Sabrautzki (40) hat gestern im Rahmen eines feierlichen Appells das Kommando an den in Paderborn lebenden Oberstleutnant Peter Beeger übergeben. Der 40jährige war bislang im Stab des Wehrbereichskommandos III/7. Panzerdivision in Düsseldorf für Planung und Übungen zuständig.

Oberstleutnant Sabrautzki, der das Kommando über das Panzeraufklärungsbataillon 7 seit dem 8. April 1994 in Händen hatte, wird in den

Stab des Wehrbereichskommandos III/7. Panzerdivision versetzt, wo er zukünftig für die Einsatzplanung verantwortlich sein wird. In einer Bilanz seines Wirkens in Augustdorf betonte er: »Meine Aufgabe lag weniger darin, neue Qualitäten der Einsatzbereitschaft zu erreichen, als vielmehr darin, das überladene Bataillonsschiff bei häufig unvollständiger Mannschaft in stürmischer See auf Kurs zu halten.«

Norbert Sabrautzki bedankte sich bei seinen Soldaten »für Disziplin und Geduld, Opferbereitschaft, Einsatzwillen und Loyalität«. Der scheidende Kommandeur wies darauf hin,

daß die schwierigen Zeiten für das Bataillon noch nicht vorüber seien. Neben der Verringerung der Grundwehrdienstzeit auf zehn Monate erinnerte er besonders an den »noch in diesem Jahr vor der Tür stehenden Einsatz im ehemaligen Jugoslawien«. Wie Brigadegeneral Henning Brümmer, stellvertretender Kommandeur des Wehrbereichskommandos III/7. Panzerdivision berichtete, sollen im Herbst rund 80 Soldaten des Panzeraufklärungsbataillons 7 auf den Balkan geschickt werden. An dem Übergabeappell nahm unter anderem auch Paderborns Bürgermeister Wilhelm Lücke teil.



Beim Empfang nach dem Übergabeappell (von links): Peter Beeger mit Ehefrau Christina, Sieglinde Sabrautzki und der scheidende Kommandeur, Oberstleutnant Norbert Sabrautzki. Foto: Stefan Schütt

Kommandeur beim »Goldgelben Treff«

## Großer Zapfenstreich zu Kompaniejubiläum

Paderborn (IP). Die für eine Kompanie des Panzeraufklärungsbataillons 7 in Augustdorf im Sommer beginnende Friedensmission in Ex-Jugoslawien sowie der 40. Geburtstag des Bataillons - das sind die Schwerpunkte der Panzeraufklärer in diesem Jahr. Beim »Goldgelben Treff«, bei dem sich traditionsgemäß Vertreter der Stadt Paderborn, des Vereins der Freunde und Förderer sowie Soldaten des Bataillons zusammenfanden, erläuterte der neue Kommandeur, Oberstleutnant Peter Beeger, Einzelheiten zum geplanten Einsatz im Rahmen der Friedenstruppe auf dem Balkan.

Voraussichtlich werde das Panzeraufklärungsbataillon 7 mit einer Kompanie, etwa 90 Soldaten, ab Mitte August nach Bosnien-Herzegowina als Teil des Nato-Kontingentes gehen. Die Kompanie übernehme dort Transport-, Aufklärungs- und Sicherungsaufgaben. Das Panzeraufklärungsbataillon 7 aus Augustdorf gehört dann zu den insgesamt 4 000 deutschen Soldaten, die im Rahmen des Nato-Kontingentes in Ex-Jugoslawien tätig werden. Die insgesamt 60 000 Mann starke Friedenstruppe wird aus 16 Nato-Staaten und 12 weiteren Staaten zusammengestellt.

Der Kommandeur rechnet damit, daß etwa 70 Prozent Berufs- und Zeitsoldaten und etwa 30 Prozent Grundwehrdienstler für diesen Einsatz in Frage kommen; die Grundwehrdienstler allerdings nur auf freiwilliger Basis. Beim »Goldgelben Treff«, an dem mit Bürgermeister Wilhelm Lüke und Hans Becker der Erste und der Zweite Vorsitzende des Vereins der Freun-

de und Förderer des Panzeraufklärungsbataillons 7 teilnahmen, ging man auch ausführlich auf den bevorstehenden Geburtstag des Panzeraufklärungsbataillons ein. Vierzig Jahre alt wird das Bataillon in diesem Jahr. Gleich mehrere Veranstaltungen sollen im Rahmen dieses Geburtstages im Frühjahr stattfinden. So wird es am 21. März einen großen Zapfenstreich in Schloß Neuhaus geben, am 1. Mai - dem offiziellen Geburtstagsdatum - einen Jubiläumsappell und ein Biwak sowie am 25. April in der Paderhalle ein großes Wohltätigkeitskonzert. Das vom Verein der Freunde und Förderer des Panzeraufklärungsbataillons 7 vorbereitete Konzert wird das Heeresmusikkorps 7 aus Düsseldorf bestreiten. Der Erlös werde dem Verein zur Hilfe Geistigbehinderter Paderborn zur Verfügung gestellt. Dem Verein ist es gelungen, Claire Marienfeld, Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, als Schirmherrin des Konzertes zu gewinnen.

Es kann kein Zweifel mehr sein: In den Führungszirkeln der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), in immer mehr Landeskirchen sowie auch in den Landes- und Kreissynoden sind kräftiger denn je Systemveränderer am Werk.

Wie hypnotisiert laufen ihre Vordenker und Vordredner den immer höher wogenden Wellen der Verirrungen des Zeit(un)geistes hinterher. Sie meinen, dabei viele(s) gewinnen oder zurückgewinnen zu können, verlieren in Wahrheit aber in atemberaubendem Galopp jedwede Bodenhaftung und das Bewußtsein und das Gespür dafür, wo die unverzichtbaren Wurzeln des Christentums und des Christseins liegen. Damit stoßen sie Hunderttausende, Millionen Menschen vor den Kopf. Vor allem diejenigen, denen die Bibel und das Heilsangebot Gottes und seines Mensch gewordenen Sohnes Jesus Christus als überragend wertvolle, im Alltag erfahrbare Grundlage ihres Daseins gelten.

Um so verdienstvoller der engagierte Protest der christlichen Initiativen des Evangelischen Aufbruchs Mittelrhein, des Vereins Christen für die Wahrheit und der Aktion »Bonner Erklärung«. Er müßte einer breiteren Öffentlichkeit die Augen öffnen und den Blick schärfen: für den unglaublichen und von einer der mitgliederstärksten Landeskirchen sogar auch noch selbst in Gang gesetzten, zerstörerischen Feldzug gegen die kirchliche Trauzeremonie und für die offizielle gottesdienstliche Segnung »gleichberechtigter« homosexueller Paare – sinnfällig gekoppelt mit der sozusagen kirchenamtlichen Ermunterung minderjähriger (!) Jugendlicher, einen möglichst kunterbunt-munteren Partnerwechsel einschließlich Geschlechtsverkehr zu pflegen.

Wohlgemerkt: Das mild-verschleiern »Handreichung« genannte, zeitgeistlich durchprägte papierene Produkt zum Thema »Sexualität und Lebensformen« ist in der Spitze (!) der 3,2 Millionen Kirchensteuerzahler umfassenden rheinischen evangelischen Kirche ausgebrütet worden und soll dem Kirchenvolk von oben herab schmackhaft gemacht und verordnet werden. Man kann



Rolf Dressler

## Wohin die Kirche sich verrennt

dieses 78 Seiten starke Stück nur voller Bestürzung lesen – gleichviel, ob nun als offen bekennender gläubiger Christ oder als jemand, der sich mit seinen seelischen Zweifeln, Nöten und Besorgnissen von »seiner« Kirche, »seinem« Pfarrer ohnedies schon mehr oder minder alleingelassen fühlt.

Zu Recht wird er sich fragen, was denn in diejenigen gefahren sein mag, deren zentraler Auftrag es doch nachgerade ist, für Schrift und Bekenntnis zu sprechen und das Wort Gottes als ewig gültige (frohe) Botschaft lebendig zu verkündigen.

Denn gänzlich ungeniert arbeiten führende Amtsträger der evangelischen Kirchen gezielt darauf hin, der, wie sie abfällig sagen, »sexualitätsspröden«, natürlich hoffnungslos rückwärtsgewandten, altverquasten Moral den Garau zu machen. Kirchliche Trauung, sexuelle Selbstkontrolle und Selbstbescheidung – dies alles wollen sie aushebeln, in die Mottenkiste versenken auf Nimmerwiedersehen. Ja, sogar die Einehe ziehen und zerren sie aus dem Tabubereich heraus: Nirgendwo in der Bibel stehe, daß es einem Manne verboten sei,

gleichzeitig mit mehreren Frauen verheiratet zu sein. . .!

Eine haarsträubend ideologisierte protestantische Kirchenwirklichkeit 1996 spiegelt die unsägliche »Handreichung Sexualität und Lebensformen« der rheinischen Landeskirche wider:

– Als wäre das sechste Gebot (»Du sollst nicht ehebrechen«) Schall und Rauch, behaupten die Verfasser des Machwerks, weder im Alten noch im Neuen Testament gebe es das Wort »Ehe«. . . In »theologischer Konsequenz« folge daraus, daß die kirchliche Trauung entfallen könne, entfallen müsse. Es genüge viiiiauf, das Beischlaf-Symbol (!! ) des Tausches der Hochzeitsringe nur noch vor dem Standesbeamten vorzunehmen.

– Überfällig sei indessen »die Versöhnung von christlichem Glauben und Sexualität« mit dem Ziel, die »Lebensmacht Sexualität« als »von Gott geschaffene Lust« grenzenlos zu genießen, auszuleben. . .

– Im übrigen kenne die Heilige Schrift nur eine »phallische Sexualität« und damit auch keine lesbische Liebe. Widernatürlicher Geschlechtsverkehr von Frauen sei aus der Bibel nur »als Verkehr mit männlichen Tieren oder als heterosexueller Analverkehr bekannt«. . . Deshalb, so steht es tatsächlich schwarz auf weiß in der »Handreichung« der rheinischen evangelischen Kirchenführung: »Ohne Phallus und Sperma keine Sexualität«! . . .

Bei der jüngsten Tagung der Landessynode stimmten 239 (!) der 255 Delegierten für die »Handreichung«. Man kann die Erschütterung und die Empörung der christlichen Protestinitiativen nachempfinden.

Denn wer nun sogar schon die kirchliche Trauung der Beliebigkeit preisgibt und der sexuellen Total»befreiung« das Wort redet, legt es offensichtlich darauf an, den geistigen und leider auch geistlichen Verfall nur noch zu beschleunigen. So werden die letzten Bastionen christlicher Ethik planmäßig sturmreif geschossen.

Die geistigen Väter und Mütter solcher verhängnisverheißenden »Handreichung« wirken freilich beileibe nicht nur am Mittelrhein.

Westfälisches Volksblatt vom 26.1.1996

Marschbefehl nach Kroatien – Pioniere in Holzminden verabschiedet

## »Ich bin stolz auf meinen Sohn«

Von Wolfgang Braun (Text) und Harald Iding (Foto)

Holzminden (WB). »Ich bin stolz auf meinen Jungen.« Karlheinz Lachmanns Sohn ist einer der 273 Soldaten, die Samstag und Sonntag von Köln-Wahn in Transall-Transportmaschinen der Bundeswehr nach Kroatien fliegen. Freitag wurden 273 Soldaten des Hauptkontingentes des Pioniereinsatzverbandes der Bundeswehr zur Unterstützung der

Bereits 147 Soldaten des Pioniereinsatzverbandes – er rekrutiert sich aus in Norddeutschland stationierten Einheiten – sind in den vergangenen Wochen als Vorauskommando nach Split geflogen, um die Voraussetzungen für die Stationierung in der total verwahrlosten Kaserne in Benkovac zu schaffen. Die Kaserne liegt 40 Kilometer von der Adriaküste entfernt. Erst Mitte März wird sie bezugsfertig sein. »Wir werden das Wohnzimmer mit Zelt und Wohncontainer, die Gyros-Pitta mit Eintopf, den Schlabberpulli mit der Splitterschutzweste vertauschen«, sagte am Freitag

Oberstleutnant Dieter Weigold, Kommandeur des Holzmindener Pionierbataillons 1, der den Einsatzverband in Bekovac führt. Aber: »Wir jammern nicht länger vor dem Fernsehgerät ob der schrecklichen Bilder aus dem ehemaligen Bilder und ob der Untätigkeit.«

Auch Generalmajor Götz F. Gliermeroth, Kommandeur der 7. Panzerdivision, erinnerte daran, daß mit der 60 000 Mann starken internationalen Friedenstruppe die »erste und einzige Möglichkeit gegeben ist, diesen barbarischen Krieg endgültig zu beenden und das Völ-

NATO-Mission im ehemaligen Jugoslawien in der Holzmindener Medem-Kaserne verabschiedet. Mütter und Frauen der Soldaten hatten Tränen in den Augen, als die ersten Busse gestern die Kaserne in Richtung Köln verließen. »Ich habe natürlich Angst um meinen Sohn«, machte Inge Lachmann aus ihren Gefühlen kein Hehl.

kermorden zu stoppen.« Von Kroatien aus werden die Soldaten des Pioniereinsatzverbandes dafür sorgen, daß Versorgungsgüter, Personal und sanitätsdienstliche Unterstützung auf intakten Straßen die internationalen Ifor-Kräfte im Konfliktgebiet erreichen«, beschrieb der hohe Offizier den Auftrag. »Sie werden bei diesem militärischen Auftrag keine Routinearbeit verrichten. Das Umfeld wird nicht gefahrlos sein. Sich und Ihren Angehörigen sind Sie deshalb Augenmaß, Sorgfalt und Umsicht schuldig«, appellierte er an die abmarschbereiten Soldaten.

*Westfälisches Volksblatt vom 3.2.1996*

Aus Höxter und Holzminden auf den Balkan

## »Viele Soldaten schlafen in Zelten«

Von Wolfgang Braun

**Holzminden/Benkovac (WB).** Seit Donnerstag werden Soldaten, die in Erkundungen bei Mostar eingesetzt sind, mit kugelsicheren Westen ausgerüstet, berichtete gestern Oberstleutnant Dieter Weigold, Kommandeur des Bundeswehr-Pioniereinsatzverbandes, in einem Telefoninterview mit dem WESTFALEN-BLATT. Die Angriffe gegen den EU-Administrator in der Herzegowina-Metropole Mostar, Hans Koschnik, hätten allerdings bislang noch keine Auswirkungen in der Region Benkovac, 40 Kilometer von der kroatischen Adria-Küste entfernt. Dort ist der Pioniereinsatzverband stationiert, der NATO-Truppen im Rahmen der IFOR-Mission unterstützt.

Derzeit stelle der Pioniervverband, dem vor allem Soldaten aus Holzminden und Höxter angehören, seine Einsatzbereitschaft her. Diese Vorbereitungsphase sei am 18. Februar abgeschlossen. Erkundungsaufträge führten allerdings jetzt schon einzelne Pioniereinheiten nach Mostar, Tuzla und auch in den Bereich Sarajevo, wo Bundeswehr-Pioniere Brücken wiederaufbauen und Straßen herrichten sollen. Zwölf Millionen Minen, so Weigold, werden im Einsatzgebiet vermutet. »Deshalb haben Erkundungstrupps strikten Befehl, sich nur auf festen

Straßen zu bewegen.« Die Gefahr, Angriffen von Heckenschützen ausgesetzt zu sein, schätzt der Offizier, Kommandeur des Pionier-Bataillons 1 in Holzminden, dagegen nicht ganz so hoch ein. Allerdings: »Nachts dürfen keine Erkundungen durchgeführt werden, um Soldaten nicht den Schüssen aus dem Hinterhalt auszuliefern.«

Erst ein Drittel des 420 Soldaten starken Pioniereinsatzverbandes habe bisher feste Unterkünfte beziehen können, je ein Drittel nächtige noch in Zelten oder in Wohncontainern. »Die Motivation der Soldaten ist außerordentlich hoch«, lobte Weigold – insbesondere, nachdem die Soldaten gesehen hätten, welche fürchterlichen Zerstörungen der Krieg auch in der Nähe von Benkovac angerichtet hat. »Es ist unglaublich, was Menschen Menschen antun können«, so auch Hauptfeldwebel Hans-Werner Bakenhus vom Höxteraner ABC-Abwehrbataillon 7. »Unsere Männer sehen, daß allein ihre Anwesenheit den zurückkehrenden Menschen die Sicherheit gibt, daß sich der Wiederaufbau lohnt«, begründet Weigold die hohe Einsatzfreude seiner Soldaten. Allerdings: »Hier im Einsatz trennt sich der Spreu vom Weizen. Es gibt Soldaten, die hier Leistungen zeigen, die sie im Friedensfall nicht bringen würden.«



Oberstleutnant Dieter Weigold

*Westf. Volksblatt vom 9.2.1996*

Als Thüringer Rechnungsprüferin zu Unrecht »Buschgeld« kassiert

# Vennegerts droht Verfahren

Von Ernst-Wilhelm Pape

Detmold (WB). Die neue Detmolder Regierungspräsidentin Christa Vennegerts (seit 75 Tagen im Amt) muß mit einem Disziplinarverfahren rechnen. Auch das Thüringer Finanzministerium hat jetzt in einem Gutachten festgestellt, daß Vennegerts

(Bündnis 90/Die Grünen) als Vizepräsidentin des Thüringer Rechnungshofes von 1991 bis 1994 zu Unrecht eine steuerfreie Aufwandsentschädigung, die sogenannte »Buschzulage« für Aufbauhelfer aus dem Westen, bezogen hat.

Der Präsident des Rechnungshofes, Wolfgang Ibel (CDU), habe ebenfalls das »Buschgeld« zu Unrecht bekommen, sagte gestern der Sprecher des Thüringer Finanzministeriums, Lothar Neyer, dem WESTFALEN-BLATT. Es handle sich um eine höhere fünfstellige Summe. Noch in dieser Woche erhalte Vennegerts einen Anhörungsbogen zur Rückzahlung. Neyer rechnet damit, daß Vennegerts wie Ibel gegen die Rückzahlungsbescheide klagen. Die Bescheide sollen nach Informationen dieser Zeitung jeweils Summen bis zu 78 000 Mark umfassen.

Auch die Thüringer Landtagsverwaltung sowie das Innenministerium hatten in Gutachten die Meinung vertreten, daß Vennegerts und

Ibel die »Buschzulage« nicht hätten kassieren dürfen. Die Landtagsverwaltung hatte im Fall Vennegerts ferner bezweifelt, daß der Rechnungsprüferin 100 Prozent Westgehalt zustanden. Umstritten ist die Summe von 130 000 Mark.

## »Kein Rechtsanspruch«

Montag will Landtagspräsident Michael Pietzsch (CDU) in Erfurt die weiteren Konsequenzen aus den Gutachten bekanntgeben. Gegen Ibel sollen disziplinarrechtliche Vorermittlungen eingeleitet werden. Es bestehe der Verdacht, daß Ibel gegen Dienstvorschriften verstoßen habe, hieß es in der Landtagsverwaltung. Als Beweis diene

unter anderem ein Schreiben des Rechnungshofes vom Dezember 1991. In diesem Schreiben war die Zentrale Gehaltsstelle des Finanzministeriums angewiesen worden sein, Ibel und Vennegerts die Buschzulage zu zahlen, »obwohl ein Rechtsanspruch nicht besteht«.

»Wenn gegen Ibel ermittelt wird, muß auch gegen Vennegerts ein Verfahren eingeleitet werden,« sagte gestern der Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Joachim Ludwig. Es handle sich schließlich um die gleichen Vorwürfe. Fraktions-sprecher Ludwig: »Für die Dauer des Disziplinarverfahrens sollte die Detmolder Regierungspräsidentin dann von NRW-Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) beurlaubt werden.«

*Westfälisches Volksblatt vom 9.2.1996*

# Kirchliche Trauung – alles in Frage gestellt!

Von Reinhard Brockmann

## **kurz & knapp**

### ● **Ausgleich**

Die Postbank AG und die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) haben sich darauf verständigt, Überstunden generell durch Freizeit auszugleichen. Das teilten Postbank-Chef Günter Schneider und Postgewerkschafts-Vorsitzender Kurt van Haaren gestern mit. Auch die Telekom erklärte sich bereit, Überstunden durch Freizeit auszugleichen.

### ● **Mini-Lösung**

Zur Entschärfung der umstrittenen Besteuerung privat genutzter Dienstwagen wird es eine Mini-Lösung geben. Statt der seit Jahresanfang gültigen Steuer von 1,0 Prozent des Listenpreises soll jetzt, wie gestern bekannt wurde, der tatsächliche Kaufpreis der Steuer zugrunde liegen. Damit soll eine Überbesteuerung der Gebrauchtwagen verhindert werden. Bei Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte wird am Steuersatz von 0,03 Prozent des Listenpreises festgehalten.

Bielefeld (WB). Die Evangelische Kirche im Rheinland bestritt, einen Feldzug gegen die kirchliche Trauung zu führen. Sie bekräftigt aber, daß die Bibel weder eine staatliche Eheschließung noch die kirchliche Trauung in der heutigen Form kenne. In dem allen rheinischen Gemeinden vorgelegten 78-seitigen Diskussionspapier »Sexualität und Lebensformen – Trauung und Segnung« heißt es wörtlich: »In theologischer Konsequenz folgt aus alledem, daß die Kirchliche Trauung kein Rechtsakt ist. Sie müßte nicht länger als »Amthandlung« (der Kirche, d. Red.) verstanden werden.«

Die Eintragung in ein Kirchenbuch ist danach ebenso unnötig wie die Ausstellung einer Urkunde. Der Text war bei und am Rande der rheinischen Landessynode zum Jahresbeginn in Bad Neuenahr in die Kritik bibeltreuer Kreise geraten. Unter diesem Eindruck erfolgten während der einwöchigen Beratung kleine, für die Kritiker jedoch in der Sache unwesentliche Akzentverschiebungen in den Bereich der Beliebigkeit.

In einer Erklärung hat die Kirchenleitung jetzt auf die Berichterstattung dieser Zeitung, der »Rheinischen Post« und auf besorgte Äußerungen einiger Initiativgruppen reagiert. Kirchenamtssprecherin Cornelia Coenen-Marx glaubt, daß es zu »Mißverständnissen« hinsichtlich des Synodalbeschlusses gekommen sei, weil Passagen bezüglich der »kulturhistorischen Zusammenhänge« bereits als Normsetzungen aufgefaßt würden. Gerade das wolle das zur Diskussion bis zum Sommer 1998 einladende offizielle Papier aber nicht, heißt es. Kritiker sehen gerade in dem langen Zeitraum bis zur Synode Anfang 1999 eine Gewöhnungsstrategie, die dem so erzeugten Zeitgeist Bahn brechen soll.

Die amtliche Sprecherin verteidigt das Papier, das auch gleichgeschlechtlichen Paaren den kirchlichen Segen als diskussionwürdig zubilligt, mit einer ihrer Auffassung nach wichtigen Textstelle:

»Liebe (nicht traditionelle »Ehe«, d. Red.) braucht einen geschützten Raum, sie bedarf der Exklusivität und der Dauer. Darum bedarf sie einer Rechtsordnung, die beides schützt und fördert.«

Konkret auf die Ehe bezogen ist die »Klarstellung« aus dem Landeskirchenamt weniger klar: »Auch wenn die uns vertraute Form der

Ehe nach Auffassung des Theologischen Ausschusses keine göttliche Schöpfung ist, sieht der Ausschuß deswegen gute Gründe, die Bedeutung der Ehe hoch zu schätzen und sie im Rahmen staatlicher und kirchlicher Lebensordnung zu schützen.«

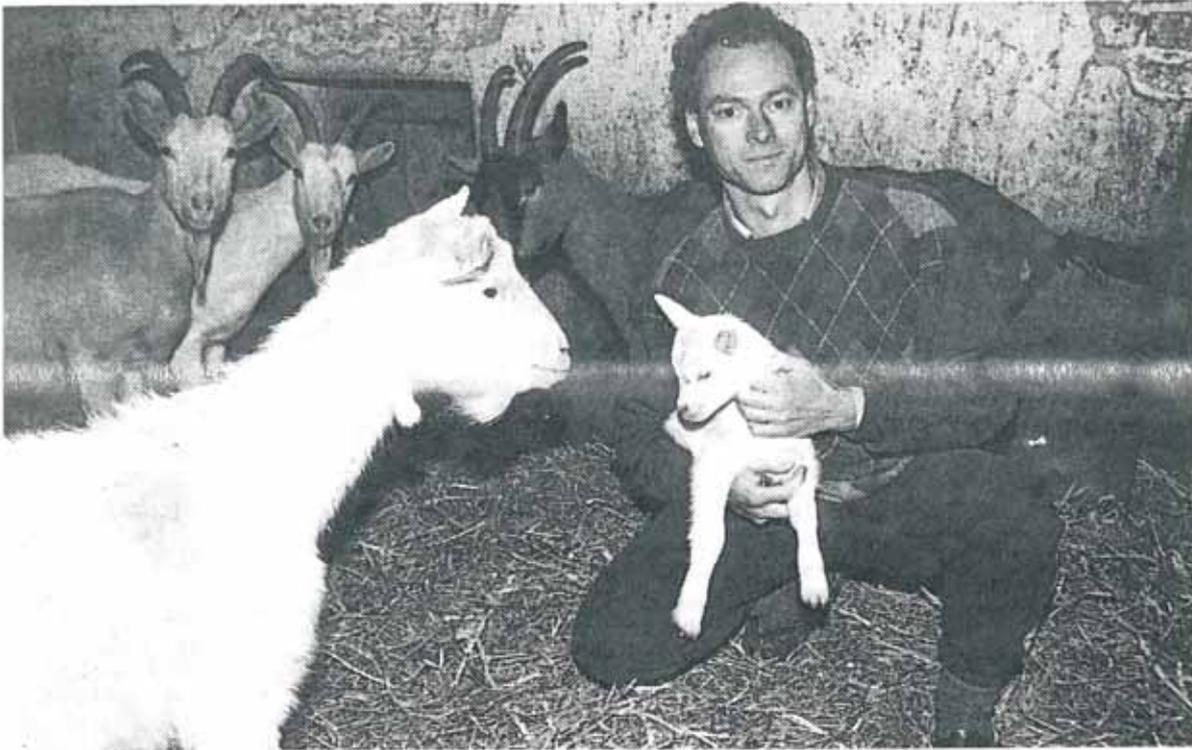
Das auf Textauslegung fußende Diskussionspapier beschreibt die Ehe in der biblischen Darstellung weniger als Heirat eines sich liebenden Paares aus Mann und Frau.

### Öffnung für andere Lebensgemeinschaften ist denkbar...

Vielmehr sei sie eine »privatrechtliche« Angelegenheit zwischen Großfamilien gewesen. Coenen-Marx: »Der Ausschuß hat daraus den Schluß gezogen, daß eine Öffnung der Kirche für andere verbindliche Lebensgemeinschaften (homosexuelle Paare aus Frauen oder Männern, d. Red.) neben der Ehe und ein gottesdienstlicher Segen für solche Paare denkbar ist.« Auch wer diesen Weg nicht mitgehen wolle, müsse sich mit dieser provozierenden Fremdheit biblischer Vorstellungen auseinandersetzen.

Das Kirchenamt betont in seiner Erklärung, daß noch nichts beschlossen sei, wohl aber über alles im Bereich Sexualität und Trauung ohne Tabus geredet werden müsse. Einerseits heißt es, sei weder der Segen vor dem Traualtar abgeschafft und der Ringwechsel als »Kopulationssymbol« verboten worden, andererseits müsse es gelingen, Paaren die Trauung als bloße Segenshandlung in einem Gottesdienst deutlich zu machen und über den Ringtausch frei entscheiden zu lassen. Seite 4: Kommentar

Westfälisches Volksblatt vom 15.2.1996



Landwirt Alexander Hoffmann (41) aus Herford betreibt Ziegenzucht nach Bioland-Richtlinien. Foto: Hörtrich

Kantinen, Mensen und Restaurants suchen Lieferanten

## Bedarf ist riesengroß – viel zuwenig Bio-Höfe

Von Doris Wassermann

**Bielefeld (WB).** Fleisch aus artgerechter Tierhaltung, Obst und Gemüse aus ökologischem Anbau: Darum bemüht sich das Studentenwerk Bielefeld (30 000 Studenten) seit Jahren. »Wir finden aber einfach keine Lieferanten, der Bedarf ist überaus groß, das Angebot

verschwindend gering«, beklagt Geschäftsführer Günther Remmel. 8000 Essen werden pro Tag in den Mensen im Zuständigkeitsbereich des Studentenwerkes ausgegeben. Nur ein sehr geringer Teil der Zutaten stammt bisher aus ökologischem Anbau.

Auch zahlreiche Kantinen großer Firmen in Ostwestfalen-Lippe, Krankenhäuser, Restaurants, Schulen oder Kindergärten würden gern wesentlich mehr Bio-Gerichte anbieten. Das hat die Stiftung für die Natur Ravensberg in Kirchlingern (Kreis Herford) in einer Umfrage herausgefunden. Im Bundesdurchschnitt liegt die Zahl der Bio-Höfe weit unter einem Prozent; in Ostwestfalen-Lippe sind es gerade etwas mehr als 100 Betriebe. »Viel zuwenig«, bedauert Marion Ernsting vom Beirat der Stiftung, »das Angebot erschöpft sich zumeist in der Direktvermarktung, dem Hofverkauf. Um die Wünsche der

Großabnehmer zu befriedigen, müßte die Zahl der Bio-Betriebe um ein Vielfaches steigen.«

Das größte Problem bei der Belieferung von Großküchen ist die fehlende Infrastruktur. Marion Ernsting: »Die Bio-Bauern müßten sich zu Produktionsgemeinschaften zusammenschließen. Nur so kann sichergestellt werden, daß die zum Teil sehr umfangreichen Aufträge der Großabnehmer auch erfüllt werden können.« Hilfestellung gibt dabei die Stiftung für die Natur. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die naturverträgliche Bewirtschaftung in der heimischen Region zu fördern. Die Umstellung zum Bio-Hof,

der einem der anerkannten Verbände (meist Bioland, demeter oder Naturland) angehört, dauert drei Jahre. Die Landwirte verzichten bewußt auf Höchstserträge, um eine umweltschonende Produktion von gesundheitlich unbedenklichen und hochwertigen Lebensmitteln zu gewährleisten. Der Verbraucher bezahlt das Mehr an Geschmack und Qualität mit einem höheren Preis: Gemüse und Obst kosten um 30, Fleisch gar 100 Prozent mehr.

Der wesentlich arbeitsintensivere ökologische Landbau sichert aber auch, so hebt Marion Ernsting hervor, Arbeitsplätze im ländlichen Raum – »und schont die Umwelt«.

*Westfälisches Volksblatt vom 29.2.1996*

Sozialhilfe-Wirklichkeit: Kein Trend zu »neuer Armut«

# Zuwanderung bringt die größten Lasten

Von Rolf Dressler

## **kurz & knapp**

### ● Parkgebühren

Der Rat der Stadt Köln hat die Verdopplung der Parkgebühren beschlossen. Im City-Bereich müssen dann vier, an allen anderen Plätzen im Stadtgebiet zwei Mark pro Stunde gezahlt werden. Die Mehreinnahmen werden für den Erhalt der Straßen verwandt.

### ● Servicekarte

Mit einer neuen Servicekarte erhalten Deutsche im Alter von zwölf bis 26 Jahren künftig auf Reisen in Europa Vergünstigungen für Kinos, Kunsthallen oder Konzerten. Die »Euro-26 Karte« ist vom 11. März an bei der Dresdner Bank erhältlich.

Bremen/Bonn (WB). Der seit Mitte der 80er Jahre anhaltende Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger in Deutschland ist in erster Linie auf die starke Zuwanderung von Menschen anderer Nationalitäten zurückzuführen. Ohne diesen Zustrom hätte es in den Jahren 1994 und 1995 sogar spürbar weniger Antragsteller im Bereich der Sozialhilfe gegeben als 1983. Demnach ist die Zahl von Sozialhilfeempfängern unter den Ausländern, die bereits länger in Deutschland leben und arbeiten, ebenso zurückgegangen wie die Zahl der Deutschen, die erstmals einen Antrag auf Sozialhilfe stellen.

Die Zahl der sogenannten ansässigen deutschen Einzelpersonen, Alleinerziehenden mit Kindern und Familien ist seit Beginn der 90er Jahre absolut gesehen sogar gesunken. Konkrete Nachweise für diese – den Behauptungen vieler Parteipolitiker und Verbandsfunktionäre auch von karitativen Organisationen zuwiderlaufenden – Feststellungen liefert die Fortschreibung einer Langzeitstudie von Professor Leibfried und Dr. Petra Buhr von der Universität Bremen. Auch der nach 1994 zweite Teil der Erhebung untermauert die Erkenntnis,

● daß Menschen, die vorübergehend auf Sozialhilfe angewiesen sind, keineswegs unumkehrbar ins materielle und soziale Abseits geraten und

● daß insbesondere auch Langzeitarbeitslose seit Anfang der 90er Jahre tendenziell weniger lange Sozialhilfe beziehen.

Unterdessen stützt Dr. Reinhard Dörfler, Leiter der Abteilung Sozialrecht im Bonner Bundesministerium für Gesundheit, nachdrücklich die These der Bremer Langzeituntersuchung, daß die Neigung, sich in einer Art »Hängematten-Mentalität« untätig »im sozialen Netz auszuruhen«, sich, gemessen

an den Daten der Sozialhilfe-Statistik, nicht erkennbar ausbreitet.

Die Sozialhilfe erfülle nach wie vor weitgehend die ihr zugeordnete Funktion, nämlich Hilfe in tatsächlichen und zeitweiligen sozialen Notlagen zu leisten, sagte Dörfler dem WESTFALEN-BLATT.

Niemand müsse in Deutschland »ins Bodenlose fallen«. Das belege anschaulich die Sozialhilfe-Wirklichkeit. Deshalb seien die Behauptungen über eine angeblich grassierende »neue Armut« irreführend, wenn nicht demagogisch.

Auch Dörfler verweist nachdrücklich auf die Auswirkungen der fortwährenden Zuwanderung vor allem von Asylsuchenden. Sie sei auch die Hauptursache dafür, daß heute schon nahezu jedes fünfte Ausländerkind unter sieben Jahre Sozialhilfe bekomme – gegenüber etwa jedem 20. Kind deutscher Nationalität. Dörfler: Dieser Tatbestand sei gleichwohl »kein Indiz« für allgemein zunehmende Armut in Deutschland. Vielmehr werde dadurch eindrucksvoll unter Beweis gestellt, daß Deutschland gegenüber Kindern wie erwachsenen Ausländern seine Fürsorge und soziale Verantwortung nachhaltig wahrnehme. Seite 4: Leitartikel

*Westfälisches Volksblatt vom 2.3.1996*

# Betrugsversuche bei Sozialhilfe nehmen stark zu

Von Rolf Dressler

**Hanau/München/Kerpen (WB).** Die Zahl der Versuche, sich in betrügerischer Absicht soziale Beihilfen zu erschleichen, wächst immer schneller. Im hessischen Main-Kinzig-Kreis ermittelten Sonderprüfer eine »rasante Steigerung« von Täuschung und Betrug in Anträgen auf Sozialhilfe von 22 auf fast 39 Prozent. Doch auch Behörden wie in München oder im rheinischen Kerpen nahe Köln betreiben eine oft sehr großzügige Vergabe staatlicher Steuergelder.

## **kurz & knapp**

### ● Neue Führung

Der Hagener Oberstadtdirektor Dietrich Freudenberger ist seit gestern neuer Vorsitzender des Städtetages NW. Sein Stellvertreter ist Dieter Pützhofer, Oberbürgermeister der Stadt Krefeld. Freudenberger tritt die Nachfolge von Ursula Kraus, Oberbürgermeisterin von Wuppertal, an.

### ● Rückgang

Die Zahl der Arbeitsunfälle nimmt ab, so die gewerblichen Berufsgenossenschaften. Die Zahl der Unfälle auf dem Arbeitsweg nahm um 7,8 Prozent auf 206 000 zu. Die Unfälle am Arbeitsplatz gingen um 4,6 Prozent auf 1,42 Millionen zurück.

Im Auftrag von Karl Eyerkauf, SPD-Landrat des Main-Kinzig-Kreises, förderten Ermittler folgendes zutage: Im zweiten Halbjahr 1995 hatten in 700 Antragsfällen 22 Prozent, also mehr als jeder fünfte, offenkundig bewußt und vorsätzlich falsche Angaben zu ihren tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen gemacht. In den darauf folgenden ersten Monaten 1996 schnellte dieser Wert bei 190 Anträgen auf Sozialhilfe auf 38,6 Prozent empor, was Betrugsabsichten bei bereits vier von zehn Antragsstellern belegt.

Eine teils »gigantische Verschwendung« staatlicher Sozialhilfegelder läßt bereits seit Mitte letzten Jahres die Wogen in der bayerischen Metropole München hochschlagen. Im Visier massiver Bürgerkritik zum Beispiel:

● Aus der öffentlichen Kasse finanziert die Stadt derzeit die Übernachtung von gut 500 Obdachlosen in Pensionen (Einzelpreis 38 Mark). Das kostet sie demnach 1140 Mark pro Kopf und Monat, ein Betrag, der sich bei einer vierköpfigen obdachlosen Familie mithin auf 4560 Mark summiert und dem Mietpreis für Luxuswohnungen entspricht. Würde die Stadt statt dessen normale Ein- bis Dreizimmerwohnungen für die 500 Obdachlosen anmieten, könnte sie auf einen Schlag runde fünf Millio-

nen Mark sparen.

● Weil die zuständige Behörde es so wollte, wird eine Gruppe von Kindern jetzt nicht mehr, wie bislang üblich, täglich per Bus in eine Sonderschule und nach dem Unterricht von dort nach Hause gefahren, sondern die Kinder sind jetzt in einem Internat untergebracht. Alte Kosten (für den Omnibus): 50 000 Mark pro Jahr - neue Kosten (für das Internat): 800 000 Mark.

Die Stadt Kerpen hatte jüngst Aufsehen erregt, als sie per Zeitungsinserat ein engagiertes (Pflege-)Paar für fünf marokkanische Halbweisen suchte, deren Vater die Mutter erschossen hatte. Geboten wurden »Pflegegeld nach Vereinbarung, zusätzlich die Übernahme der Rentenbeiträge und der Mietkosten sowie gegebenenfalls die Übernahme der Kosten für eine zusätzliche Fachkraft« - alles in allem 12 000 Mark monatlich. Mehr als 900 Bewerbungen sind bisher bei der Stadtverwaltung in Kerpen eingegangen.

»Da arbeitet man ein Leben lang, bekommt eine karge Rente und muß dann lesen, wieviel Geld die Stadt für Pflegekinder bereitstellt,« so empörte sich ein Kerpener Bürger. Jugendamtsleiter Herbert Hackhausen aber entgegnet: »Wer Denkanstöße geben will, muß auch mal anstößig sein, sonst passiert gar nichts.«

*Westf. Volksblatt vom*

*15. 03. 1996*

Mit Zapfenstreich und Empfang im Spiegelsaal – Grüne-Kritik

## 40 Jahre: Militärische Ehrung für das Patenbataillon im Schloßpark

Paderborn-Schloß Neuhaus (IP/wv). Mit einem großen Zapfenstreich vor der Kulisse des Schlosses in Schloß Neuhaus begannen die Feierlichkeiten zum 40jährigen Bestehen des Panzeraufklärungsbataillons 7 aus Augustdorf. Trotz Regens waren zahlreiche Besucher und Ehrengäste, darunter Landrat Reinold Stücke und Paderborns Stadtdirektor Dr. Werner Schmeken, in den Schloßpark gekommen, um die traditionelle militärische Ehrung für das Patenbataillon der Stadt Paderborn zu sehen. Abgenommen wurde der Zapfenstreich von General Götz F. E. Glimeroth, Befehlshaber im Wehrbereich III und Kommandeur der 7. Panzerdivision sowie Bürgermeister Wilhelm Lücke und Fritz Langkafel, Oberstabsfeldwebel a. D., einem Mann der ersten Stunde des Bataillons.

Der knapp halbstündige Zapfenstreich wurde vom Heeresmusikkorps 7 aus Düsseldorf gespielt. Im Anschluß daran fand im Spiegelsaal des Schlosses ein Empfang statt. Dort dankte General Götz F. E. Glimeroth den Bürgern der Stadt Paderborn. Die Soldaten des Panzeraufklärungsbataillons seien hervorragend aufgenommen worden und fühlten sich hier mittlerweile heimisch. Der General sprach sich klar dafür aus, daß die Bundeswehr auch künftig eine Wehrpflichtarmee bleiben soll.

Bürgermeister Wilhelm Lücke beglückwünschte die Soldaten zu ihrem Jubiläum. Durch die Patenschaft und die Gründung des Vereins der Freunde und Förderer 1983 hätten sich viele persönliche Bezie-



Gute Disziplin im strömenden Regen: Mit einem Großen Zapfenstreich im Schloßpark in Neuhaus begannen die Jubiläumsfeierlichkeiten des Panzeraufklärungsbataillons 7 aus Augustdorf, Patenbataillon der Stadt Paderborn.

hungen zwischen den Soldaten und Bürgern entwickelt. »Die Bürger dieser Stadt haben erkannt und sind sehr dankbar darüber, daß die Bundeswehr einen unerläßlichen Beitrag zur Sicherung von Frieden und Freiheit hier in Deutschland leistet«, so Wilhelm Lücke.

Deutliche Kritik am Zapfenstreich äußerte dagegen in einer Presseerklärung die Paderborner Bundestagsabgeordnete Simone Probst (Bündnis 90/Die Grünen). Sie sprach von einer »unnötigen Verherrlichung des Militärs«.

Die Feiern zum 40jährigen Bestehen werden Donnerstag, 25. April, 19.30 Uhr mit einem Wohltätigkeitskonzert in der Paderhalle fortgesetzt. Karten für das Konzert, das das Heeresmusikkorps 7 bestreiten wird, sind bereits im Vorverkauf an der Paderhalle und im Verkehrsverein erhältlich. Der Erlös des Abends wird dem Verein zur Hilfe Geistigbehinderter e. V. zugute kommen. Weitere Höhepunkte: Jubiläumspappell am 1. Mai in der Augustdorfer General-Feldmarschall-Rommel-Kaserne sowie ein Biwak.

aus: Westfälisches Volksblatt

Forts.: nächste Seite



Gut beschirmt beim Großen Zapfenstreich im Schloßpark: Bürgermeister Wilhelm Lüke (links) und General und Kommandeur Götz F.E. Glimeroth (Mitte) bekräftigten das gute Verhältnis der Stadt Paderborn zum

Paderborner Patenbataillon, das 40jähriges Bestehen feiert. Rechts Oberstabsfeldwebel a. D. Fritz Langkafel, – ein Mann der ersten Stunde des Panzeraufklärungsbataillons 7 aus Augustdorf. Fotos: Wolfram Brucks

# SPD will schrittweise Drogen legalisieren

## kurz & knapp

### ● Schweres Los

Bayern München trifft im Halbfinale des UEFA-Pokals auf den FC Barcelona. Laut Auslosung genießen die Münchner am 2. April Heimrecht, das Rückspiel findet am 16. April statt. Im zweiten Vorschlußrunden-Duell stehen sich Girondins Bordeaux und Slavia Prag gegenüber. **Sport**

### ● Gurtprüfung

Die Adam Opel AG bietet den 55 000 Besitzern der seit Herbst gebauten neuen Vectra-Modelle eine kostenlose Überprüfung der vorderen Sicherheitsgurte an. Anlaß dieser Überprüfung ist ein Crashtest, bei dem sich die Gurtbefestigung am Fahrersitz eines Testfahrzeugs gelöst hatte.

Von Rolf Dressler

Kiel (WB). Unter Berufung auf »neueste wissenschaftliche Erkenntnisse« will die SPD die schrittweise »Entkriminalisierung und Legalisierung« zunächst der sogenannten weichen und sodann auch harter Drogen wie Kokain und Heroin vorantreiben. Dieses bereits im Programm der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten für die morgige Landtagswahl verankerte Ziel bekräftigt SPD-Gesundheitsministerin Heide Moser in einem soeben erschienenen Buch, das massiv für eine ganz neue »Drogenkultur« wirbt und eine Fülle praktischer Anweisungen für den Rauschgiftkonsum für jedermann enthält.

Ministerin Heide Moser in ihrem Geleitwort des Buches mit dem Titel »Cannabis« (Szene-Verlag Packeispresse/Hans Schickert): »Ich danke all denen, die durch ihre Aufsätze in diesem Sammelband zu neuen und effektiveren Konzepten in der Drogenpolitik beitragen.« Darin finden sich indessen seitenlange, handfeste Gebrauchstechniken insbesondere auch für bislang noch »ungeübte und unerfahrene Konsumenten«. Denn: Jeder Drogenkonsum wolle schließlich »gelernt sein – auch bei Cannabis«.

Spezielle Einnahmetechniken werden dem Leser ebenso schmackhaft gemacht wie die Zubereitung und passende Dosierung. Dazu die folgenden Textauszüge:

- »Die richtige Umgebung kann viele Ängste von vornherein wegnehmen.«
- »Wer befürchten muß, beim öffentlichen Konsum von der Polizei oder beim Konsum zu Hause von verständnislosen Eltern gestört zu werden, kann die möglichen Wirkungen (des Rauschgiftes; die Red.) nicht richtig genießen lernen.«
- »Der erste Konsum sollte eine Menge von 0,5 Gramm Haschisch oder Gras keinesfalls überschreiten; besser sind wenige Züge am Joint.«
- »Die Erfahrungen der ersten Versuche sollten in einem ruhigen, nicht hektischen Rahmen ablaufen. Gedämpftes Licht, gute Musik, tolle Bilder oder die freie Natur können diesen Rahmen bieten.«

Und weiter heißt es an anderer Stelle in dem Buch »Cannabis«, das die SPD-Gesundheitsministerin Heide Moser empfiehlt:

Ob Cannabis, Kokain oder Heroin – es gelte, darauf hinzuwirken, daß »wir lernen, mit Drogen und der Nachfrage nach ihnen zu leben«.

Das sei »eine kulturelle Frage«, bei der es darum gehe, wie »ein selbstbestimmter, kundiger, sicherer Umgang auch mit »bislang noch illegalen Drogen ermöglicht werden kann«. Ohne »gesellschaftlichen Druck von unten« werde sich

### Seite 4: Leitartikel

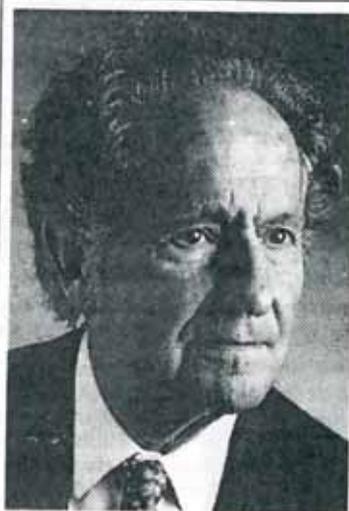
hier »nichts bewegen«. Deshalb seien »gewisse Formen außerparlamentarischer Flankierung des parlamentarischen Prozesses« zu erwägen – bis hin zu »subkultureller Selbstorganisation« und »gewaltlosem, aber massenhaftem Ungehorsam durch öffentlichen Cannabisgebrauch« sowie »medienwirksamen Demonstrationen für die Freiheit eines sozial unschädlichen Lebensstils und Parteigründungen mit entsprechendem Programm«.

Im übrigen, so die Autoren des Buches, erzeugten Rauschgifte die »schlimmsten Psychosen« nicht etwa bei den Konsumenten, sondern »bei den (nur) passiv mit ihnen befaßten Experten«.

Spätestens seit den kurdischen Newrozbränden um den 20. März auf Straßen und Plätzen wäre es an der Zeit, über den ordnungsamtlichen Übereifer nachzudenken, der sich anmaßte, das alte Brauchtum der Osterfeuer zu behindern oder gar zu verbieten. Man stelle sich einmal vor, junge Deutsche würden dem kurdischen Beispiel folgen und ihre Osterfeuer inmitten der Städte entzünden! Es gäbe Strafen und bis Pfingsten helle Empörung, sofern die Polizei einem solchen Unfug nicht sogleich den Garaus gemacht hätte. Da hülfe es auch nicht, wenn die auf Abwege geratenen Osterfeuler an die vielen Newrozbrände inmitten auch westfälischer Städte erinnern würden – mit Polizei und Bundesgrenzschutz als Zuschauern. Das war bei friedlichem Verhalten der Kurden sogar taktisch verständlich, sonst hätte es neue Zusammenstöße mit noch mehr verletzten Ordnungshütern über die ohnehin schon traurigen mehr als 100 Mann hinaus gegeben.

Abdulla Öcalan, als »Generalsekretär« oberster Anheizer der verbotenen kurdischen kommunistischen PKK, kann freilich nicht zählen. Er redet von nur »zwei Polizisten mit blutig geschlagenen Nasen«. Ohnehin hätten »Kanzler Kohl, der deutsche Staat und die Polizei die Vorgänge provoziert«. Über die verbrecherischen Anklündigungen Öcalans wurde schon berichtet: Den »Krieg« in der Türkei nach Deutschland zu verlagern, Selbstmordattentate auch hier, Anschläge auf Touristikunternehmen, wobei »wahrscheinlich vor allem deutsche Urlauber sterben werden«. Das alles müßte die letzten Grünlinksgenossen davon abbringen, jedesmal die Menschenrechtskonvention zu beschwören, sobald die Bundesregierung es »wagt«, sich um härteres Vorgehen gegen PKK-Terroristen zu bemühen.

Es muß auch Schluß sein mit dem, was das Newrozfeuerbeispiel zeigt: Daß Ausländern mehr erlaubt wird als Deutschen im eigenen Land. Und damit zurück zum gestörten Osterfeuerfrieden. Hier und da sind (auch behördliche) Ansätze erkennbar, sich über Sinn oder Unsinn der Verbote und Behinderungen hinweg auf die Werte von weltlichem und religiösem Osterbrauchtum zu besinnen.



Theo Fritzen

## Newrozbrände statt Osterfeuer?!

Einen Höhepunkt des osterfestfeindlichen Paragraphen-Wahns erreichte ausgerechnet Dortmund, Westfalens größte Stadt, schon 1989, als sie ein totales Osterfeuerverbot erließ, obwohl sich die Stadt ihrer 4000 Hektar Grünflächen mit Westfalen- und Fombergpark zu Recht rühmt. (nicht freilich ihrer Rauschgift- und Bandenkriminalität großen Umfangs).

Osterhasenlöffelsträubend war und ist die Begründung, mit der die Spitze des Dortmunder Ordnungsamtes die Giftspritze gegen die Osterfeuer richtete: »So ist nicht nur in der Bevölkerung eine erhöhte Sensibilität für Umweltprobleme (!) spürbar, sondern auch eine durch den Gesetzgeber initiierte Verschärfung der immissionschutzrechtlichen und umweltbezogenen Bestimmungen zu registrieren. Diese Entwicklungstendenzen würden durch die Beibehaltung meiner bisherigen Praxis unterlaufen.« Also auf Normaldeutsch: Keine Osterfeuer mehr! Wegen des »prachtvollen« Stils sei die Wiederholung jener ordnungsamtlichen Begründung erlaubt (Goethe als Schöpfer des unsterblichen und sprachwunderbaren »Osterspaziergangs« würde im Grabe rotieren).

Sogar das Ozonloch wurde beschworen. Dabei belasten die Autofahrer zu jedem Borussia-Spiel in Dortmund die Luft mehr als alle westfälisch-lippischen Osterfeuer in zehn Jahren. Und gegen die ständigen Vulkanausbrüche und die jährlichen verheerenden Wald- und Steppenbrände können alle Osterfeuer in tausend Jahren nicht »anstinken«. Auf den Spuren des Anti-Osterfeuerticks wandelten leider auch andere Städte. Wo blieben nur die gewählten Frauen und Männer in den Gemeinderäten? Nicht eben brauchtfreundlich zeigte sich auch Ostwestfalens größte Stadt. Bielefeld erließ zwar ein Verbot »nur« für private Osterfeuer, aber für »öffentliche« eine lange Latte an Vorschriften vom schriftlichen Antrag bis zu Lageskizzen und Angaben über Zeit und Dauer sowie des Namens der verantwortlichen Person. Da vergeht vielen der Osterfeuerspaß. »Verordnete« Resignation läßt Osterfeuer verlöschen.

Anderswo flackern sie noch, mancherorts von Spielen und weltlichen oder religiösen Liedern begleitet. Und in Lügde rollen zur Freude Zehntausender die schweren Osterräder brennend zu Tal, ohne die Umwelt zu zerstören.

Brauchtwahrung dient den Menschen, zumal auch den jungen. Die Erinnerung an Osterabende am Feuer und an andere weltliche und kirchliche Osterbräuche begleitet viele Menschen ihr Leben lang. Vor dem Jahr 2000 am Osterabend wie an x-mal anderen Tagen in die lärmende Disco? Welch ein Fortschritt... Oder nur vor den Fernsehern? Es gibt diesmal, neben auch guten Sendungen; am Ostersonntagabend bis in die Nacht »herrliche« Festtagsfilme wie diese: Verschwörung im Dunkeln – Kuß des Todes – Geschichten aus der Gruft – Horror am Strand – Traumhaus der Sünde – Sexmagazin Wa(h)re Liebe und danach Nackte Eva. Ein Sender »erfreut« mit vielstündiger Folge von Thriller- und Horrorfilmen bis in die Frühe des Ostermontags. Aber halt – ab 0.40 Uhr gibt es »Kirchliches«: für genau fünf Minuten.

Welch' erhabene Feiertagskultur im christlichen Abendland – mit auch Newroz- statt Osterfeuern?

Dann doch lieber »Frohe, gesegnete Ostern« nach alter Sitte...

»Wer als Ausländer in Deutschland Gewalt und Terror verbreitet, hat sein Gastrecht mißbraucht und verwirkt.«

Unser freiheitlicher Rechtsstaat ist bedroht von Gewalt und Verbrechen. Was Bundespräsident Roman Herzog dazu sagt, ist zwar selbstverständlich, aber es wird nicht realisiert.

Die Menschen bei uns, ob Deutsche oder Ausländer, haben das unverzichtbare Recht, in Frieden und Freiheit ohne Gewalt zu leben und von ihrem Staat beschützt zu werden. Das ist die erste und wichtigste Aufgabe der Demokratie! Wenn aus aller Welt kriminelle Banden und Drogenverbrecher, Gewalttäter, die zum Teil bei uns die Bürgerkriege ihrer Heimat fortsetzen, auf unseren Straßen blutüberströmte Polizisten hinterlassen, Autos anzünden, türkische Büros und Gaststätten demolieren, Schutzgelder erpressen und mit Gewalttaten die Einnahmen für ihre Straftaten ergaunern, denn haben sie in unserem Land nichts zu suchen.

Bei uns aber gibt es genug politische und intellektuelle Kreise, die ideologisch so verbohrt sind, daß sie sich weniger über den blutig geschlagenen Polizisten, die geplünderten Geschäfte, die Brandstiftungen und sonstige Verbrechen aufregen als über die Versuche, solche Verbrecher abzuschieben.

Das Kurdenproblem hat mehrere Aspekte. Die mit Recht als Terror-Organisation verbotene PKK hat nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden knapp 10 000 Gewalttäter, aber unter den 500 000 bei uns lebenden Kurden sind noch ca. 50 000 Sympathisanten der PKK, also eine ganze Reserve-Bürgerkriegsarmee. Doch was geschieht mit ihnen?

Bei den jüngsten schweren Ausschreitungen in Nordrhein-Westfalen wurden 710 Kurden festgenommen, weil sie Gewalt gegen deutsche Polizisten verübt hatten. Zwei Tage später waren davon noch ganze sechs in Haft. Offenbar ist unser Rechtsstaat nicht in der Lage, die Bevölkerung wie auch die Polizei vor diesen Verbrechen wirksam zu schützen.

Wer weiß überhaupt noch, was die PKK in Wirklichkeit ist? Darüber redet man bei uns nicht,



Kurt Ziesel

## Der hilflose Staat

doch die linksextremistische Sympathie bei gewissen Grünen und Sozialisten für die PKK wird begreiflich, weil es sich dabei um die Partei der kommunistischen Kurden handelt, also um eine Organisation stalinistischen Musters, was den Krieg der Türkei gegen sie sogar begreiflich macht. Daß auch die PDS des Genossen Gysi in enger Kooperation mit den PKK-Verbrechern steht, bestätigt nur, was sich hier im deutschen Untergrund abspielt.

PKK-Führer Öcalan, der von Syrien aus seine Gefolgschaft auch bei uns steuert, droht: »Wenn morgen fünfzig deutsche Touristenleichen in Deutschland aus der Türkei ankommen, dürfen die Verantwortlichen nicht überascht sein. Auch wenn in Deutschland unkontrollierte Ausschreitungen stattfinden sollten, sollten sie sich ebenfalls nicht wundern, weil dort Unrecht geschieht.« Wenn aber Innenminister Kanther und andere Unionspolitiker Gesetze fordern, um solche Straftäter endlich sofort und ohne Wenn und Aber abzuschieben, ertönt überall das pseudo-liberale Geschrei: Unsere Gesetze reichen völlig aus.

Ja, das tun sie natürlich. Demnach darf man abschieben, bei Verurteilung zu fünf Jahren Gefängnis und sogar bei Gefährdung der deutschen Sicherheit. Aber immer erst, wenn der Rechtsweg der Verurteilung abgeschlossen ist, und das bedeutet für die ehrenwerten Verbrecher einen bis zu fünfjährigen Aufenthalt auf unsere Kosten, sofern sie überhaupt in Untersuchungshaft sitzen. Dann aber ist von Abschiebung noch immer keine Rede, denn dann gibt es Kirchenasyl, Verfassungsbeschwerden, Humanitätsduselei in vielen gesinnungsverwandten Medien. Die Opfer sind rasch gänzlich vergessen, die Abzuschiebenden untergetaucht. Da wir weniger in einem Rechtsstaat als in einem Rechtsmittelstaat leben, nützen gerissene Anwälte, die sich auf unsere Kosten bereichern, jede Möglichkeit und jeden Trick zur Verzögerung der vom Gesetz gewünschten Folgen. Das macht jede prozessuale Ahndung dieser Verbrechen zu einem Lotteriespiel durch alle Instanzen.

Wer heute ohne jeden Zweifel, bewiesen durch Fotos, Zeugen, Fernsehaufnahmen, Landfriedensbruch begeht, Polizisten krankenhausaufschlagt, Autos und Geschäfte anzündet, Schutzgelder erpreßt oder Drogen verkauft, müßte am nächsten Tag mit Handschellen im Flugzeug in sein Herkunftsland sitzen, dann wäre der Spuk der Gewalttäter bei uns bald zu Ende. Zwischen Deutschland und der Türkei zum Beispiel ist ein Abkommen geschlossen worden, daß abgeschobene Straftäter rechtsstaatlich in der Türkei behandelt, nicht gefoltert oder gar getötet werden. Dies zu kontrollieren ist sehr wohl möglich. Den notwendigen Strafprozeß kann auch die Justiz in der Türkei führen. Nur so und nicht anders ist das Problem zu lösen. Aber mit SPD und Grünen und wohl auch mit Linksliberalen ist das nicht zu bewältigen.

Doch halt: Werden die SPD, die Grünen und die PDS nicht von fast 50 Prozent der Deutschen in Bund und Ländern gewählt? Verdienen diese Wähler also etwa gar, was PKK und andere ausländische Banden mit uns treiben? Man wird doch noch fragen dürfen . . .

SPD auf Distanz – CDU und FDP wollen über Steuerung reden

# Offene Debatte über Einwanderer führen

Von Reinhard Brockmann

**Bonn (WB).** Bewegung beim Einwanderungsgesetz: Während die SPD zu ihrem Parteitagbeschluss auf Distanz geht, kommen Rufe nach verkraftbaren Quoten aus Union und FDP. Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Herta Däubler-Gmelin erklärte: »Die Bundesregierung braucht kein Gesetz, um die Zahl der Asylbewerber und die Integrationsmöglichkeiten zusammenzubringen.« FDP-Fraktionschef Hermann-Otto Solms fordert für die verschiedenen Zuwanderergruppen (jährlich mehr als eine halbe Million) ein Gesetz zu Begrenzung und Steuerung.

Die »Gruppen« in Zahlen für 1995:

- 100 000 nachziehende Familienangehörige,
- 100 000 »Duldungen« aus humanitären Gründen,
- 220 000 Aussiedler,
- 128 000 Asylbewerber; ablehnungsquote 90 Prozent, davon reisen geschätzt 20 Prozent wieder aus oder werden abgeschoben,
- eine unbekannte Zahl von Illegalen, die aus den genannten Gruppen hervorgeht,
- sowie 380 000 Bürgerkriegsflüchtlinge seit 1992, deren vollständige Rückwanderung nicht erwartet wird.

Nach bisherigen SPD-Vorstellungen sollte die Zahl der Zuwanderer weiter erhöht werden. Angesichts der Engpässe am Wohnungs- und Arbeitsmarkt will die SPD jetzt auf ein Einwanderungsgesetz ganz verzichten. EKD-Präses Jürgen Schmude lehnt ein Gesetz ab, »das nur deutschen Interessen dient«.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Lummer fordert eine breite Diskussion über eine Obergrenze für jährlich verkraftbare

Zuzüge. Bleiben die Zahlen der Kontingentflüchtlinge, Asylbewerber und anderer unter dieser Obergrenze, sieht er Chancen für Facharbeiter, Ungelernte und Akademiker – die Kategorien klassischer Einwanderungsländer. Ein Einwanderungsgesetz könne durchaus sinnvoll sein, so Lummer zu dieser Zeitung, »wenn es kein Instrument zur Erhöhung der Zuwanderung ist, sondern zur Steuerung der Zahl auf einem niedrigen Niveau.« Während der Chef der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU-NRW, Peter Paziorek, eine Sonderstellung für die Aussiedler erhalten will, spricht Lummer von »Heuchelei«. Die CDU könne nicht so tun, »als habe die Zuwanderung von 2,2 Millionen Aussiedlern seit 1985 keine negativen Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit gehabt.«

Auch die kritischen Liberalen um Heiner Kappel, Wiesbaden, und Alexander von Stahl, Berlin, wünschen eine offene Debatte über das Einwanderungsland Deutschland. Von Stahl zum WESTFALEN-BLATT: »Wir müssen über Quoten reden und konkret werden.«

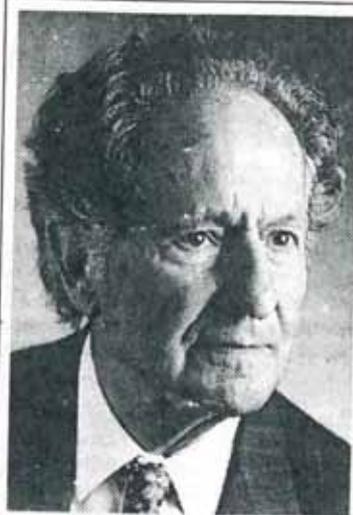
*Westfälisches Volksblatt vom 15.04.1996*

Trine Tratsch und Berta Bäubel kannten einst im Hinterhofhaus Berlin-Wedding und anderswo alle Schlüssellöcher und hellhörigen Wände. Erspähtes und Gehörtes ging prompt an alle Hausbewohner – »unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit«. Aber ihr Treppentratsch war harmlos im Vergleich zum heutigen Fernsehalltag mit Seelen- und anderem Strip-tease von früh bis spät. Ähnliches tut sich ja auch in etlichen Druckmedien. Auf die Talkshow-Inflation wurde auf dieser Seite schon wiederholt hingewiesen.

Im Rennen um Einschaltquoten fallen neben textilen Hüllen alle einst wohlbehüteten inneren Empfindungen. Munter plappernde Seelen-Exhibitionisten, Weiblein und Männlein aller Altersstufen, breiten die letzten Winkel ihrer Befindlichkeit aus, begleitet vom Klatsche-Klatsch des (zum Teil »mega-affengeilen«) Publikums.

Den Veranstaltern macht es anscheinend keine große Mühe, täglich mit oder ohne Honorar zig Seelenstripper(innen) und viele hundert Zuschauer(innen) zu gewinnen. Was da alles an menschlichen oder unmenschlichen Problemen frisch, fromm (?), fröhlich und frei ausgebreitet wird, ist erstaunlich; und oft auch widerwärtig. Es sei demnach nicht moralapostelhaft verallgemeinert: Denn manche Talkshows bemühen sich um Seriosität, haben es aber schwer.

Derzeit ist die Versuchung, sich auf die Welle von Sex aller Variationen und des inneren Strip-teases zu schwingen, anscheinend für viele unwiderstehlich. Seriöse Talkshows? Als ein positives Beispiel vor negativen seien die soeben zweijährigen Sendungen von Jürgen Fliege genannt. Viermal in der Woche (mit nächtlicher Wiederholung) versucht er nachmittags vor 1,4 bis zwei Millionen Fernsehzuschauern vielverzweigten Problemen einfühlsam nachzugehen. Manchen Spekulanten erscheint er schon als nicht drastisch genug. Prompt tönte es aus vermutlich mißgünstiger Ecke, Fliege sei »zu pastoral« – was ihm als Pastor von Berufs wegen ja



Theo Fritzen

## Seelenstrip im TV schlägt Trine Tratsch

durchaus gut ansteht und als Abkehr von der Brutalisierung der Sprache willkommen ist.

Krasses Gegenbeispiel ist die »Wa(h)re Liebe«, in der Lilo Wanders in oft Donner-Doria-Domina-Aufmachung die »Ware« präsentiert: mit immer neuen Porno- und Sado-Maso-Berufstypen, und was es sonst noch an perversen Akteuren aus aller Welt gibt. Der Protestruf »Schweineerei!« würde die grunzenden Vierbeiner beleidigen . . .

Um so erstaunlicher war es, daß solcherart Produzentin unter der Flagge »Wohltätigkeit« Zugang zu »besten Kreisen« fand. Jedenfalls war sich ein Hamburger Spitzenhotel, laut »Business Traveller« das »beste deutsche Einzelhotel für Geschäftsreisende«, nicht zu schade, zum Welt-Aids-Tag am 30. November Wanders »Benefiz Wa(h)re Liebe-Gala« zu präsentieren. Eintritt ab 500 Mark. Braves Programm diesmal, viel Gerede und Spendenwerbung. Lilos verunsicherte, mäßige Moderation

verzichtete auf die sonst flotten Sprüche aus dem Gassenjargon. Tribut an die gute Sache auch unter solchem Vorzeichen?

Eigenartiges tut sich fast täglich selbst zur Kinderstundenzeit. Da sucht sich die schokoladenfarbige »Arabella Kiesbauer« mit ihrem schnellen Mundwerk ausgerechnet den Dienstag nach den Osterfeiertagen für ihren »neuesten Hit« aus: Ein hübsches Mädchen quasselt minutenlang mit allen Einzelheiten »vom Ausziehen bis zum Fummeln und Draufstürzen«, wie es ihr »endlich gelungen« sei, ihren »unwilligen Freund zu vergewaltigen«. Klatsche-Klatsch des überwiegend jugendlichen Publikums. Prompt wollte ein schwuler Jüngling nicht zurückstehen mit der Darstellung, wannwiewo er's geworden sei. Er tat gerade stolz. Schwierig sei nur, seiner Freundin seine zu ihr nur platonische Liebe zu verdeutlichen und die andere mit seinem Busenfreund zu verheimlichen. Danach drängte sich ein Dutzend Männlein und Weiblein vor die Kamera mit ihren Weisheiten, wieviele Sexkontakte ratsam seien, bevor man/frau eine längere Freundschaft eingee. Wenn überhaupt jemals »die Freiheit aufzugeben« sei.

Auf anderer Welle beschimpfte fast gleichzeitig ein in Wort und Text als »arbeitsloser Stripper« vorgestellter Primitivling alle Beschäftigten in Arbeits- und Sozialämtern. Statt ihm anstandslos weiterhin Geld zuzubilligen, werde von beruflicher Ausbildung geredet. Welch unverschämte staatliche Zumutung für ihn, einen »Strip-Künstler«!

Steckt die Gesellschaft nahe der Jahrtausendwende im Zeitalter des Seelen- und Herzens-Exhibitionismus mitsamt Gewaltausbrüchen auf allen Gebieten? Weiß der Teufel, oder besser Gott, wann es endet – oder aber, wann an Überdruß und Abscheu empfindsamer Menschen das Interesse daran zu sinken beginnt. Es zu wünschen, braucht man weder ein »Freund von Traurigkeit« noch weltfremd oder gar prude und freundenfeindlich zu sein.

*Kopie aus: Westfälisches Volksblatt*

Rolf Dressler

## Irgendwo ist eben Schluß!

Nun haben wir es also auch auf diesem Wege schriftlich:

- Nur wer »zu blöd« ist, sich im zivilen Leben Beruf und Brot-erwerb zu erarbeiten, sucht hilfswise letzte Zuflucht in der Verteidigungsarmee der Bundesrepublik Deutschland . . .

- Denn: Wo sonst könnte er sich's, sozusagen als Sozial-schmarotzer in Uniform, ähnlich sorglos gut gehen lassen wie in den maschendrahtgesicherten, geschlossenen Anstalten, die man auch Kasernen nennt . . .

- Soldaten und »politische Karriere-Offiziere« (!) sind, oh Schreck und Wunder, gar beides zugleich: erbärmliche »Feiglinge« und gemeine »Mörder« . . .

Doch nicht genug damit, daß derlei Schmutzkübelei einem Wochenblatt entstammt, das auch deshalb als namhaft gilt, weil ein gewisser Helmut Schmidt, ehemals von 1974 bis 1982 immerhin sozialdemokratischer Bonner Kanzler und noch davor Offizier der deutschen Wehrmacht, zu seinen Herausgebern zählt. Obendrein finden sich im Deutschland unserer Tage auch noch vom Staat beamtete und beachtlich solide vollversorgte Lehrkräfte an unseren Schulen, denen solche ehrverletzenden Machwerke hochwillkommen sind, um Schüler aufzuwiegen und gegen die »Mörder« im Soldatenrock zu agitieren, als wären sie versierte kommunistische Agitproppler.

Nein, ein Einzelfall, eine unrühmliche Ausnahmeerscheinung ist es leider nicht, was sich jener Junglehrer in der Klasse 10 a des Bielefelder Baving-Gymnasiums da geleistet hat. »Soldaten sind Mörder« - genau diese üble Verleum-

dungsbotschaft mit Bezug auf das denkwürdige Karlsruher Verfassungsgerichtsurteil wollte er seinen Schülern eintrichtern, hübsch unverfänglich getarnt als Rechtschreibübung, und man darf davon ausgehen, daß viele andere Lehrer von verwandter Geisteshaltung auf der selben ideologischen Welle »funken«. Seit Jahren hört man immer wieder davon, daß (zum Beispiel auch an namentlich bekannten Bielefelder Gesamtschulen) bestimmte Lehrer systematisch im Unterricht Schüler madig machen oder vor der Klasse bloßstellen, die zu erkennen geben, daß sie ihren Wehrdienst in der Bundeswehr ableisten wollen. Wer sich hingegen für den zivilen Ersatzdienst entscheidet, wird als der bessere Mensch belobigt - und nicht wenige Schüler beugen sich diesem massiven Meinungsdruck.

Hier bei uns in Deutschland ist vieles an Ungeist unterwegs. Man stelle sich einmal vor, eine Zeitung nicht-linker Orientierung verstiege sich zu der Feststellung, »die« Grünen seien parasitäre Existenzen, unfähig und unwillig, sich ihren Lebensunterhalt in herkömmlichen bürgerlichen Berufen redlich zu verdienen und daher einzig darauf aus, den ihnen verhassten demokratischen Staat auszupressen, zu untergraben und an seiner Statt ein sozialistisches Regime zu errichten.

Ganz gewiß: Wer solch eine frevelhafte Rede führte, den würde die allzeit kampfbereite Linksfront unserer Tugendwacht-Tyrannen in der Luft zerreißen.

Irgendwo muß eben Schluß sein - mit der Meinungsfreiheit von Nicht-Links . . . !

*Westfälisches Volksblatt vom 22.4.1996*

# Im Unterricht die Soldaten diffamiert

Von Rolf Dressler

## **kurz & knapp**

### ● Todesstrafe

Vor den Olympischen Spielen in Atlanta hat »amnesty international« die Abschaffung der Todesstrafe in den USA gefordert. Derzeit warteten in US-Todeszellen 3100 Menschen auf ihre Hinrichtung, davon 103 in Georgia, dem Bundesstaat, dessen Hauptstadt Atlanta ist, hieß es.

### ● Italien-Wahl

Italien hat gestern zum dritten Mal in vier Jahren ein neues Parlament gewählt. Knapp 49 Millionen Bürger waren zur Teilnahme an den vorgezogenen Neuwahlen aufgerufen. Die Wahllokale schlossen erst um 22 Uhr. Erste Ergebnisse werde für heute mittag erwartet.

### ● Klimmt folgt

Der 53jährige Reinhard Klimmt ist neuer Vorsitzender der Saar-SPD. Auf einem Landesparteitag in Bous/Saar erhielt er gestern 347 von 363 Delegiertenstimmen. Klimmt tritt dort die Nachfolge des SPD-Bundesvorsitzenden Oskar Lafontaine an, der sich auf seine anderen Ämter konzentrieren will.

**Bielefeld/Bonn (WB).** »Berufssoldaten sind Feiglinge« – »Soldat A erkennt früh, daß er zu blöd für etwas anderes ist und wird politischer Karriereoffizier. . . Er macht auf Steuerzahlers Kosten mehrere Segelscheine.« Diesen Text legte ein Nachwuchslehrer den Schülern der Klasse 10 a des Bielefelder Bavink-Gymnasiums als Übungsarbeit im Deutschunterricht vor. Gegen diese massive »Diffamierung« und Ehrverletzung von Soldaten verwahrte sich jetzt nachdrücklich Hartmut Bagger, Generalinspekteur der Bundeswehr, in einem Schreiben an CDU-Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers.

Baggers Beschwerde war ausgelöst worden durch den Brief eines ehemaligen Marinesoldaten. Dessen Kritik richtete sich nicht nur gegen die Textformulierungen in dem Rechtschreibe-Übungsbogen mit dem Titel »Über Soldaten«, sondern insbesondere auch dagegen, daß der Übungstext ausdrücklich Bezug nimmt auf jenes Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, wonach die öffentliche Verwendung des Ausspruchs oder Aufklebers »Soldaten sind Mörder« (nach Kurt Tucholsky) durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sei, sofern die Verwender es nicht auf bestimmte einzelne Soldaten oder auf die Soldaten der deutschen Bundeswehr insgesamt bezögen.

Gestern bestätigte ein Sprecher des Bonner Verteidigungsministeriums dem WESTFALEN-BLATT, Bildungsminister Rüttgers teile die Einschätzung des Generalinspektors Hartmut Bagger. Der böswillig herabsetzende Schulübungstext für den Deutschunterricht lasse »in der Tat nur den Schluß zu, daß es dem Deutschlehrer, einem Referendar, gezielt auf die »Indoktrination der Schüler und

auf Verunglimpfung der Bundeswehr ankam«. Als oberster Dienstherr der deutschen Soldaten bitte er, Bagger, dringlich darum, den Vorfall zu überprüfen und »für Abhilfe« zu sorgen.

Rüttgers machte geltend, für ihn stehe es außer Frage, daß der am Bielefelder Bavink-Gymnasium verwendete Übungstext »die Soldaten diffamiert und herabsetzt«. Jedoch könne das Bonner Bil-

### Seite 2: Leitartikel

dungsministerium die Angelegenheit von Amts wegen nicht weiterverfolgen, weil die Dienst- und Disziplinaraufsicht über das Bildungswesen gemäß Grundgesetz nicht dem Bund, sondern den Bundesländern obliege, im vorliegenden Fall also der Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, Gabriele Behler (SPD). Folglich habe er, Rüttgers, Frau Behler ersucht, »sich der Angelegenheit anzunehmen und über das Ergebnis zu informieren«. Von der Schulleitung in Bielefeld war gestern keine Stellungnahme zu erhalten.

*Westfälisches Volksblatt vom 22.4.1996*

Ein erfülltes Leben ging zu Ende,  
uns bleiben Erinnerungen und Dankbarkeit.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied  
von meinem lieben Mann, unserem guten Vater,  
Schwiegervater, Opa, Bruder, Schwager, Onkel  
und Cousin

## Philipp Gockel

\* 21. 2. 1920 † 29. 4. 1996

In stiller Trauer:

Karoline Gockel geb. Sander  
Günter und Annelore Nolte geb. Gockel  
mit Silvia und Andrea  
Franz-Josef und Margret Gockel geb. Brüne  
mit Sandra und Birgit  
Herbert und Marlies Gockel geb. Hagelüken  
mit Michaela  
Winfried und Annemarie Gockel geb. Knaup  
mit Stefanie und Kerstin  
Paul und Vera Gockel geb. Stämenkoviz  
mit Philipp  
Anton und Marianne Gockel geb. Schäfers  
mit Sebastian  
und alle Angehörigen

Holtheim, Eggestraße 40, den 29. April 1996

Das Seelenamt ist am Freitag, dem 3. Mai 1996, um 14.30 Uhr in  
der Pfarrkirche zu Holtheim; anschließend die Beerdigung.

Das Rosenkranzgebet ist am Donnerstag, dem 2. Mai 1996, um  
19.00 Uhr in der Pfarrkirche.

Von Beileidsbekundungen am Grab bitten wir abzusehen.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten, so  
möge er diese als solche ansehen.

Ungebrochen nimmt das Drama seinen Lauf.

Auch den gestrigen 9. Mai 1996 von »Karlsruhe« müssen nicht nur all jene als einen weiteren Meilenstein der Trauer am Wege persönlicher Leiden und Verletzungen empfinden, denen der hoch gerühmte Rechtsstaat Deutschland auch noch anno 1996 ein elementares Grund- und Menschenrecht verweigert: die Rückgabe ihres angestammten Grund- und Bodeneigentums, dessen die sowjetkommunistische Besatzungsmacht sie in den Nachkriegsjahren 1945 bis 1949 beraubt hatte, indem sie zig Zehntausende von Einzelpersonen und Familien über Nacht brutal von Haus und Hof verjagte.

Nicht einen einzigen Pfennig Entschädigung erhielt auch nur ein einziger rechtmäßiger Eigentümer dafür. Vielmehr wurden zahllose derer, die mehr als 100 Hektar Land besaßen, gefoltert, verschleppt oder von den Zwingherren und den Schergen Stalins sogar grausam zu Tode gebracht.

Dieses völkerrechtswidrige, staatsverbrecherische Treiben firmierte von der ersten Zwangsentziehung an unter der gewohnt lügenhaften Unrechtswortschöpfung von einer angeblichen »Bodenreform«. Es ist deshalb beschämend, daß sich dieser völlig irreführende Begriff nahtlos fortpflanzt bis in die heutige, tagesaktuelle Medienberichterstattung, in der – ob nun ganz absichtsvoll oder aus Unkenntnis oder aus Nachlässigkeit – ganz locker und salopp von dem (nach 1991) zweiten »Bodenreformurteil« des Bundesverfassungsgerichts die Rede ist.

Der 9. Mai 1996 schafft in dieser folgenschweren Sache Endgültigkeiten in des Wortes ursächlicher Bedeutung. Größere Bitternis als nach dem gestrigen einstimmigen Richterentscheid von Karlsruhe dürften die Opfer der Zwangsentziehungen seither noch nie verspürt haben. Man kann es ihnen nachfühlen. Denn fortan müssen sie sich nach den Regeln unserer Rechtsprechung ohnmächtig in ihr Schicksal fügen. Nicht einmal eine Menschenrechtsbeschwerde verheißt auch nur eine winzige Aussicht auf Erfolg. Was dieser deutsche Rechtsstaat ihnen aufer-



Rolf Dressler

## Das Unrecht pflanzt sich weiter fort

legt, nein, zumutet, das werden sie daher für ihr Leben nicht mehr verstehen noch verwinden.

Schon gar nicht indessen können die zwangsentzogenen Landsleute auf die Anteilnahme oder gar Fürsprache der Öffentlichkeit rechnen. Denn deren Fähigkeit, fundamentales Recht von fundamentalem Unrecht zu unterscheiden, hat nicht nur »dank« so denkwürdiger höchstrichterlicher Entscheidungen wie etwa im Falle des »Soldaten sind Mörder«- oder des »Kruzifix«-Urteils beträchtlich gelitten.

Gleichwohl keimen vereinzelt auch zarte Pflänzchen der Hoffnung. Beim Allgemeinsinn für Recht und Gerechtigkeit scheinen doch noch nicht Hopfen und Malz verloren zu sein: Ein halbes Jahrhundert nach der Kriegsschlussschleife Null dämmert es sogar dem einen oder anderen unserer beflissensten Selbstbezüglicher und Vergangenheitsberufsbewältiger, daß sich selbst entlarvt, wer die widerwärtigen sogenannten »ethnischen Säuberungen« im Balkan-Krieg der 90er Jahre lautstark anprangert, die jedem Völkerrechtsverständnis hohnsprechenden Totalvertreibungen von

mehr als 12 Millionen Deutschen aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien von 1945 bis 1946 ff. jedoch für rechtens erklärt.

Gnade unserem Rechtsstaat, sollten die, die das Recht zu pflegen und Recht zu finden und zu sprechen haben, es in trautem Einverständnis mit der »interessierten Politik« damit bewenden lassen, die Akte »Zwangsentziehungen 1945 bis 1949« zur Ablage ins Archiv zu geben! Karlsruhe und Bonn haben von Staats wegen die Pflicht und den Auftrag, gerade in einer so elementaren Angelegenheit den fraglos beschädigten Rechtsfrieden zu bewahren bzw. wiederherzustellen. Das gebietet das klassische Rechtsverständnis. Der erbärmliche Tatbestand, daß nach Stalins tyrannisch-brutalem Zugriff auf private Besitzungen ausgerechnet der demokratische Rechtsstaat Deutschland praktisch die zweite, diesmal kalte Enteignung durch Politik und Gerichtsbarkeit besiegelt und sich daran obendrein auch noch bereichert, ist nun ja wohl ohnehin nicht mehr aus der Welt zu schaffen.

Das muß zutiefst beunruhigen und erschüttern, weil die zynisch »Bodenreform« genannte Enteignung von fast einem Drittel der Landfläche der damaligen Sowjetischen Besatzungszone wahrlich »eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte gewesen ist« (Zitat Außenminister Klaus Kinkel, FDP). Folglich stellt sich hier für Politik und Rechtsprechung weder eine knetbare Ermessensfrage noch steht ein bloßer Gnadenakt an: Hier muß tiefgreifendes Unrecht wieder gutgemacht werden!

Eines muß klar sein, schrieb am Mittwoch dieser Woche – einen Tag vor dem zweiten Karlsruher Richterspruch zu den Zwangsentziehungen 1945 bis 1949 – Rudolf Wassermann, der frühere Präsident des Oberlandesgerichts Braunschweig, in der »Welt«: »Politische Moral setzt rein fiskalischem Denken Grenzen.«

Gewiß, so sollte es sein. Nur haben Zehntausende ihrer Besitzungen beraubte Haus- und Grundbesitzer völlig andere leidvolle Erfahrungen mit Politik und Gerichtsbarkeit im Rechtsstaat Deutschland.

*Westfälisches Volksblatt vom 10.5.1996*

# Nur intakte Familien retten den Staat noch

## **kurz & knapp**

### ● Abgesagt

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Santer, hat einen Besuch in Großbritannien abgesagt. Zwei in Newcastle und Edinburgh Anfang Juni geplante Reden über Großbritanniens Zukunft in der Europäischen Union (EU) werden auf den Herbst verschoben, erklärte das Kommissionsbüro in London.

### ● Kein Verkauf

Die Juni-Ausgabe der Verbraucherzeitschrift »test« darf vorerst nicht verkauft werden. Grund ist der Erlaß einer einstweiligen Verfügung des Berliner Landgerichts, die ein Apfelsaftproduzent (Klindworth) erstritten hat und sich auf eine Prüfung von Apfelsäften bezieht. Acht Produkte hatten schlechte Noten erhalten.

### ● Leserhinweis

Wegen der Pfingstfeiertage erscheint die nächste Ausgabe dieser Zeitung am Dienstag.

Westfälisches

Volksblatt

Pfingsten 1996

Bielefeld (WB). Die ideelle und finanzielle Förderung »gesunder und glücklicher Familien« in einem alles Bisherige deutlich übersteigenden Ausmaß hat Erzbischof Johannes Dyba gefordert. Der Oberhirte von Fulda schreibt in einem Exklusiv-Beitrag für die WESTFALEN-BLATT-Beilage »Werte und Wandel«, es gehe um den Rahmen für gelingendes und glückliches Leben. Allein die Erziehungsleistung funktionierender Familie bewahre vor dem Staatsfiasko. Dyba: »Wo Moral und Anstand sinken, steigen die Staatsausgaben ins Unermessliche.«

»Die finanzielle Erdrosselung kinderreicher Familien hierzulande ist ein Unrecht, das wir uns nicht mehr leisten können,« schreibt Dyba. Die Produktivität der Kinder werde vom Staat in Steuern und Abgaben abgeschöpft, die Kosten für das Aufziehen verblieben aber bei den Eltern. Dyba verlangt ein radikales Umdenken. Es gehe nicht um Pfennige, die irgendwann vom Himmel fielen, sondern um »Milliarden und Abermilliarden«.

Den notwendig hohen Rang der geistig-moralischen wie finanziellen Familienförderung begründet Erzbischof Dyba in »Werte und Wandel« ausführlich mit den Fehlern und Versäumnissen seit Anfang der 70er Jahre. Christliche Moral habe als politisch überholt gegolten, die damalige sozial-liberale Bundesregierung habe viele Gesetze ihrer moralischen Inhalte beraubt.

Die Entkriminalisierung von Pornographie und Kuppelei, das Ausblenden von Treue und Untreue aus dem Scheidungsrecht sowie ein »Millionen-Heer von Scheidungswaisen mit all ihrer Not« hätten die

Grundfesten dieser Gesellschaft erschüttert. Auch die späte Einsicht bei SPD-Fraktions-Vize Renate Schmidt, daß ausufernde Pornographie eben keinen Freiheitsgewinn für Frauen gebracht habe, nütze heute nur noch wenig. Christliche Mahner, so Dyba, seien statt dessen zwei Jahrzehnte lang als Tugendwächter lächerlich gemacht worden.

Den inneren Zusammenhalt unseres Gemeinwesens sieht Dyba in

### Mahner lächerlich gemacht

seiner schonungslosen Analyse auch durch den zeitgleich erfolgten Abbau von Schamgefühl und Verzicht auf Geschichtsbewußtsein bedroht. Während Solidarität in Fernenliebe mit Bewegungen in Afrika und Südamerika gern geübt werde, lasse die solcherart gewandelte »Gesellschaft« zentrale innere sittliche Eigenschaften wie die Nächstenliebe zum ungeborenen Leben vermissen.

Dyba unterstreicht die volkswirtschaftliche Bedeutung moralisch

wie wirtschaftlich gefestigter Familien: »Moral erspart Kosten, der Abbau von Moral verursacht enorme Ausgaben.« Angesichts der Katastrophen von Hiroshima, losgelassener Zerstörungswut im ehemaligen Jugoslawien und Aids müsse der unaufhaltsam erscheinende Marsch in ein moralisches Niemandsland jetzt sofort gestoppt werden.

## WERTE UND WANDEL

Wissenschaft und Glaube • Natur und Mensch



»Riesengebilde Europa mit katastrophalen Folgen«

# Union kein Ersatz für Nationalstaat

Von Rolf Dressler

## kurz & knapp

### ● Zeitung vorn

Trotz des zunehmenden Wettbewerbs der Medien hat die Attraktivität der Tageszeitungen in Deutschland nicht abgenommen. Wie der Bundesverband der Deutschen Zeitungsverleger (BDZV) gestern mitteilte, lesen vier von fünf Bundesbürgern täglich Zeitung. Dies habe die Media-Analyse (MA '96) ergeben. Demnach lesen 80,7 Prozent aller Deutschen über 14 Jahre täglich eine Tageszeitung.

### ● Weniger Tote

Auf Deutschlands Straßen sind von Januar bis März deutlich weniger Menschen bei Verkehrsunfällen verletzt und getötet worden als im Vorjahreszeitraum. Das teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Die Zahl der Verletzten Verkehrsteilnehmer ging um zehn Prozent auf 97 233 zurück. 1815 Menschen kamen durch Verkehrsunfälle ums Leben – zehn Prozent weniger als im ersten Quartal 1995.

New York/London/Düsseldorf (WB). Der demokratisch verfaßte Nationalstaat »ist nicht ein primitiver, rückwärtsgewandter Stammesorganismus, als den ihn seine Kritiker verurteilen, sondern eine große Errungenschaft des Menschen, eine Einrichtung, in der das Gefühl des Dazugehörens in dauerhaftem, verlässlichem Recht und friedlicher Diplomatie verankert ist. Würde der Nationalstaat zugunsten des Experiments Europäischer Union zerstört, träte keine allgemein anerkannte Autorität und Loyalität an seine Stelle.«

Diese Einschätzung, die zuvor bereits das international hoch angesehene »Wall Street Journal« in New York veröffentlicht hatte, bekräftigte jetzt in der Zeitung »Schweizerzeit« der in England lebende amerikanische Philosoph, Novellist und Journalist Roger Scruton. Der seiner Ansicht nach »gefährliche Grundirrtum der Europa-Ideologen«, so Scruton, bestehe in folgendem: Die Menschen und die Völker lebten aus freier Willensentscheidung ja gerade »in Gemeinschaften, die durch Sitte, Religion, Sprache und Geschichte voneinander verschieden sind. Auf dieser selbstgewählten Grundlage hätten sie mit ihren Nachbarn Frieden geschlossen, wobei sie ein Territorium als ihr eigenes, angestammtes beanspruchten und bereit und willens seien, es im Ernstfall gegen Angriffe von außen zu schützen und zu verteidigen.

Nach aller geschichtlichen Erfahrung, schreibt Roger Scruton weiter, müsse »das Ideal einer friedlichen Rechtsprechung gänzlich ohne nationale Grenzen«, also ohne die zentrale Basis jedes demokratisch-friedlichen Zusammenlebens, »ohne widerstreitende Loyalitäten und ohne staatliche Souveränität« und Selbstbestimmung »eine Chimäre« bleiben.

Die Europa-Verfechter hätten überhaupt keine Vorstellung davon, welche wahrscheinlich »kata-

strophalen« Folgen das Projekt dieses »monströsen«, übernationalen Riesengebildes heraufbeschwören werde: »Sie wissen nur, daß die alten Formen der Loyalität der Menschen mit ihrem Staat und Land verschwinden müssen, doch nicht einmal diesen Ausgang können sie vorhersagen.« Abzusehen sei hingegen eine bedrohliche Zersplitterung der Menschen und Völker Europas, »vergleichbar mit der Zersplitterung der kommunistischen Gesellschaften, wobei jede Gruppe, jedes Dorf, jede Bande und jedes Individuum darum kämpft, sich möglichst große Teile des Sozialproduktes zu sichern«.

Unterdessen meldeten sich weitere sachkundige Persönlichkeiten mit kritischen Äußerungen speziell zur Europäischen Währungsunion zu Wort, die zur Jahrtausendwende starten soll:

– Professor Ralf Dahrendorf, ehemals EG-Kommissar: »Die Währungsunion ist ein großer Irrtum, ein abenteuerliches, waghalsiges und verfehltes Ziel, das Europa nicht eint, sondern spaltet.«

– Professor Reimut Jochimsen, Präsident der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen: »Es wäre gefährlich, allein auf den »politischen Willen der Regierungschefs« zu bauen. Über die Köpfe der Menschen hinweg lassen sich die Währungsunion und der Euro nicht durchsetzen.« Seite 4: Leitartikel

Westfälisches Volksblatt vom 24.5.1996

«Warum sollten wir nicht auch künftig mit dem zurechtkommen, was wir sind? Warum nicht den großen Wert unserer nationalen Loyalitäten anerkennen? Und warum wollen wir nicht schlicht akzeptieren, daß sie das Beste sind, das wir in der Neuzeit haben – im Geiste des Gemeinwohls und auf dem Weg friedlicher Zusammenarbeit hier bei uns in Europa?»

Gefunden im New Yorker  
«Wall Street Journal»

Natürlich werden eingefleischte Großeuropa-Propagandisten jedem sofort lautstark in die Parade fahren, der wie der Publizist Roger Scruton im weltbekannten «Wall Street Journal» und nun abermals in der eidgenössischen «Schweizerzeit» nachhaltig vor dem Überschwang der Zentralisierungsfetischisten und der tollkühn-unbedachten Europa-Ideologen zu warnen wagt. Und das sogar kurz vor der Jahrtausend-Schwelle zur Europäischen Währungsunion, die nicht etwa – wofür viele gute Gründe sprächen – erst nach, sondern schon vor der Errichtung einer in der Praxis erprobten und hinreichend stabilen Politischen Union aus dem Boden gezogen werden soll.

Durchaus mulmige Gefühle beschleichen jedoch nicht nur den «Wall Street Journal»-Kolumnisten Roger Scruton. Weite Teile der Bevölkerung, ob «kleine» Sparer, Geldanleger oder Konsumenten, müssen sich bis heute mit unerhört spärlichen Informationen begnügen, werden mit wohlfeilen, jedoch allzu unverbindlichen Aufbruchslösungen hingehalten. Dringend erwünschtes Vertrauen vermögen nicht einmal unsere Währungshüter von der Deutschen Bundesbank im breiten Publikum zu erwecken.

Sogar Präsident Hans Tietmeyer schwankt wie das sprichwörtliche Schilfrohr im Euro-Wind. Selbst er weiß augenscheinlich nicht, ob er die Währungsunion, deren größter Fan und Promoter Helmut Kohl heißt, nun bejubeln oder mahnend-warnend bekritteln soll: Eben noch klang bei Tietmeyer vielsagende Skepsis durch («Wir behindern nicht, wir beobachten...»), doch nur ein paar Tage später will dieselbe Bundesbankspitze «bei der Euro-Währung



Rolf Dressler

**Keiner weiß,  
wo's wirklich  
langgeht . . .**

Tempo machen«. Was Wunder, daß solche verwirrenden Signale die Bürger nicht gerade europafroher stimmen!

Auch in den ganz aktuellen «Euro»-Beratungsbroschüren der Geldinstitute herrscht offenbar die Mutmacher-Devise «Augen zu und durch» vor. Dazu hier nur zwei Zitate, die Bände sprechen:

– «Zum Erfolg verdammt» (aus dem Kunden-Service der Sparkassen).

– «Keiner weiß genau, wo's langgehen wird, wenn am 1. Januar 1999 der Startschuß für die Europäische Währungsunion fällt» (so der «Finanz-Kurier» II/96 der Sparkassen).

Noch weit tiefere Klüfte tun sich indes im europäischen Werte- und Rechtsverständnis auf. Genau darauf richten sich die Bedenken des Philosophen und Journalisten Roger Scruton. Ihm, und nicht nur ihm, bereitet die Entschlossenheit der fanatischen Europa-Verfechter Sorge, die nationale Identität und Loyalität über den Hebel Währungsunion und Politische Union letztlich «zur Auslöschung freizugeben» – was die forschen

Betreiber, sollte ihr monströses Projekt Groß-Europa Schiffbruch erleiden, allerdings kaum hindern dürfte, die Schuld dafür dann flugs denen anzulasten, die sich leider als ärgerlich rückwärtsgewandt und unbelehrbar «antieuropäisch» erwiesen hätten.

Stichwort Werte- und Rechtsverständnis: Soeben bekräftigten die Sozialdemokratischen Parteien Polens und der Tschechischen Republik erneut ihre Einschätzung, daß die erbarmungslose Vertreibung von mehr als 12 Millionen Deutschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland absolut unzweifelhaft rechtens gewesen sei und daß folglich über die Gültigkeit des Potsdamer Abkommens der alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges «überhaupt nicht diskutiert» werden könne.

Das jedoch bedeutet nichts anderes, als daß ein gigantischer, glasklarer Bruch des Völkerrechts für legal erklärt wird. Wie zum Hohn verlangt die Tschechische Republik, anstatt das Massenverbrechen der Vertreibung der Deutschen vor der Geschichte aufrichtig einzugestehen, von Bonn sogar noch milliarden-schwere Sonderopfer und Entschädigungszahlungen für die tschechischen Opfer der Hitler-schen Gewaltherrschaft.

Wie wohl wollen die Europa-Propheten jene tragfähigen Loyalitäten der Menschen und Völker auf dem Alten Kontinent schaffen, die Roger Scruton meint, solange ein solches «Rechts»-Verständnis unwidersprochen durch viele Köpfe geistert? Menschenrecht und Völkerrecht sind nicht teilbar!

Ein Verbund oder ein großeuropäischer Bundesstaat gar, der auf derart eklatantem Unrecht gründete – das wäre wahrhaftig das Letzte, was man Europas Generationen von morgen wünschen möchte.

Wir brauchen keine hitzigen Europa-Fanatiker, sondern verstandesbegabte Politiker, die erkennen, was auf dem Spiel steht: der demokratisch verfaßte Nationalstaat der längsten Friedensperiode in der wechselvollen europäischen Geschichte.

*Westfälisches Volksblatt vom 24.5.1996*

Am 9. Mai setzte der Bundestag eine Untersuchungskommission »Sogenannte Sekten und Psychogruppen« ein.

Unter Sekten verstand man ursprünglich Abspaltungen von der christlichen Kirche. Da jede christliche Konfession einstrahls den Anspruch erhob, die wahre christliche Kirche zu sein, galt die Bezeichnung »Sekte« folglich immer der jeweils anderen Konfession.

Auch heute ist nicht unumstritten, was eine Sekte ist. Immer mehr setzt sich aber wohl die Auffassung durch, daß Sekten sich durch psychischen oder gar körperlichen Terror definieren. Bekannte Beispiele dafür sind die Aun-Sekte in Japan mit ihren Giftgasattentaten in der U-Bahn und die Gruppen, die in den vergangenen Jahren in der Schweiz und in Frankreich gemeinschaftlichen Selbstmord begingen. So furchtbare Sekten gibt es, Gott sei Dank, in Deutschland noch nicht.

Die, die wir haben, sind dennoch wahrlich schlimm genug. Vor allem Eltern beklagen, daß Sekten ihre Kinder verführen und seelisch oder auch finanziell ruinieren. Deshalb ist die Einrichtung des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages höchst verdienstvoll.

Leider benutzt die SPD diesen guten Zweck, um ihr nicht sympathische Andersdenkende in die anrühige »Sekten«-Ecke zu stellen. Die neue sozialdemokratische Auffassung vom Menschenrecht auf Religionsfreiheit lautet offenkundig: Wer nicht »links glaubt«, darf staatlicherseits als Sektierer beschimpft und womöglich auch noch benachteiligt werden. Das macht jetzt die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Rennebach deutlich. Sie gehört dem Sekten-Ausschuß an.

Die SPD selbst kämpft ganz offiziell um die Macht, um ihre Ideen zu verwirklichen. In ihrem Godesberger Programm von 1959 erklärte sie, nur die sozialistische sei eine richtige Demokratie. Sozialdemokraten und Bündnis90/Die Grünen behaupten, gerade in diesen Tagen lautstark, nur ihre politischen Vorstellungen könnten den Sozialstaat retten. Manche sehen sogar in den jüngsten Sparbe-



Ulrich Motte

## Wie die SPD Gläubige diskriminiert

schlüssen der Bonner Regierung eine »Gefährdung für die Demokratie.«

Linke Sozialdemokraten und Grüne blockierten Anfang der achtziger Jahre Kasernen und demonstrierten millionenfach auf Straßen, weil angeblich die Nachrüstung der NATO den »sicheren« Untergang der Welt bedeuten würde. Linke Terrorgruppen legten in den letzten Wochen gewaltsam Verkehrswege lahm, um die Welt vor Kernkraftwerken zu retten. Sind das etwa nicht anmaßende »Schwarz-Weiß-Vorstellungen«.

Nach ihrer Definition des Begriffs »Sekte« müßte die SPD-Abgeordnete Rennebach zuallererst ihre eigene Partei und die Grünen vor den Sektenausschuß laden!

Die Sozialdemokratin Rennebach hält es für »sektiererisch«, daß eine Glaubensgemeinschaft den Anspruch erhebe, für die wahre christliche Lehre zu stehen. Diesen Anspruch erhebt aber der Katholizismus ausdrücklich auch in den Beschlüssen des Zweiten Vatikanischen Konzils, das die politische Linke ansonsten ja gar

nicht genug loben kann. . . ! Dort heißt es: »Die katholische Kirche ist heilsnotwendig.«

Macht dieser Anspruch den Katholizismus etwa zur Sekte, gehören der katholische SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine und der ebenfalls katholische SPD-Fraktionsvorsitzende Rudolf Scharping sowie weitere 28 Millionen Deutsche etwa einer Sekte an? Für Renate Rennebach, so hat die SPD es offenbar für sich beschlossen, sind auch »evangelikale« Gruppen, also bibeltreue, der Heiligen Schrift verpflichtete evangelische Christen, Sekten!

Diese bekennen sich uneingeschränkt dazu, daß allein der Glaube an Jesus Christus in den Himmel führt und daß allein die Bibel wahres Wort Gottes ist. Das entspricht genau dem, was Luther und Calvin und alle evangelischen Bekenntnisse von Anfang an gesagt haben. Christus selbst sagt von sich: »Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben. Niemand kommt zum Vater denn durch mich« (Johannes-Evangelium, Kapitel 14, Vers 6). »Denn wie der Vater die Toten auferweckt und lebendig macht, so macht auch der Sohn lebendig, welche er will« (Johannes-Evangelium, Kapitel 5, Vers 21). »Wen Christus nicht auferweckt, seinen Willen zu tun, der geht als Verfluchter ins ewige Feuer«, sagt Jesus selbst nach dem Matthäus-Evangelium, Verse 41 und 46.

Deutlicher kann man nicht den Anspruch erheben, daß die eigene Person und die eigene Lehre einzig und allein die Menschen retten könne. Der Name Christus ist denn auch nichts anderes als die griechische Übersetzung des hebräischen Wortes Messias, und das heißt: Erlöser, Retter.

Wäre das möglich, würde die forsche Sozialdemokratin Renate Rennebach wohl auch Jesus vor ihren Ausschuß laden. . . Die Auffassung, daß es eine den Gläubigen rettende Wahrheit gibt, gehört nach ihrer anmaßenden Sichtweise eben an den Pranger. Nur die SPD-Meinung, es sei Wahrheit, daß es eine solche Wahrheit nicht gibt, soll heutzutage offenbar gelten dürfen.

Davon hat sich der SPD-Vorstand bisher nicht distanziert.

Westfälisches Volksblatt vom 29.5.1996

Nach Überproduktion droht weltweite Getreidekrise

# Täglich Brot teurer

Bonn (dpa). Brot und Mehl sollen teurer werden. Das haben in diesen Tagen Mühlen und Bäcker angekündigt, deren Verbände sich auf ungewöhnlich stark gestiegene Getreidepreise berufen. Damit erreicht die Spitze einer bedrohlichen Entwicklung auch Deutschland: Weltweit ist

»Im dritten Jahr ist der Verbrauch stärker gestiegen als die Produktion«, erklärt Hermann Engelhardt, Getreideexperte im Bonner Agrarministerium. Die Nachfrage boomt besonders in Fernost. »Wenn in China jeder Mensch ein Hähnchen pro Jahr mehr essen möchte, müssen Millionen Tonnen Getreide mehr verfüttert werden«, sagt Engelhardt. Verfütterung gilt als eine Ursache für den Engpaß.

Eine andere sind schwache Ernten. 1995 meldeten Australien eine Mißernte, die USA schwache Erträge, Rußland die schlechteste Ernte seit 20 Jahren. Weltweit schrumpfte der Ertrag um 2,6 Prozent auf 1,9 Mrd. Tonnen. »Sollte ein Getreide-Exportland im nächsten Jahr Wetterprobleme haben, könnte es zu einer Krise kommen«, warnte der Generaldirektor der UN-Ernährungsorgani-

sation FAO, Jacques Diouf, im November 1995.

Die Probleme sind da. Der Südwesten der USA ist von einer Dürre betroffen, ebenso Nordchina. In Europa hat der lange Winter die Ernteprognose verdüstert. In der FAO leuchten längst die Warnlampen. Im Frühwarnsystem gilt eine Reserve von 18 Prozent des Welt-Jahresverbrauchs als Minimum. »Lange hatten

## Dritte Welt vor einer Tragödie

wir 20 bis 24 Prozent Reserve. Jetzt sind es noch 15 bis 16«, sagt Engelhardt.

Der Engpaß hat die Preise explodieren lassen. Am wichtigsten Handelsplatz, der Börse in Chicago, verteuerte sich eine Tonne Brotweizen in einem Jahr von 200 auf 370 DM. Die FAO warnt, arme Länder könnten Importe

Getreide derzeit so knapp wie seit 50 Jahren nicht mehr. Die Reserven sind auf Tiefststände geschrumpft, die Ernteaussichten sind trübe. In den reichen Ländern drohen nun höhere Preise für Brot und Kuchen. In den armen Ländern aber drohen neue Hungersnöte.

nicht mehr bezahlen. 1996 drohe allein in 44 Staaten Afrikas eine Tragödie.

Europa hat zur Krise beigetragen. Um die Preise zu stabilisieren, legte die EU zehn Prozent der Anbaufläche still. Das Angebot wurde um 65 Millionen Tonnen verringert, sagt Engelhardt. Die Bestände in EU-Lagern schrumpften seit 1993 von 33 auf vier Mio. Tonnen. Eine Notreserve sei dies für 370 Millionen EU-Bürger nicht mehr. Engelhardt erwartet, daß die EU-Agrarminister die Flächenstilllegung auf fünf Prozent der Basisfläche reduzieren, die Ackerfläche also vergrößern.

Die Verbraucher hat die Krise noch nicht erreicht. »Das kommt noch«, erwartet die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle in Bonn. Im Großhandel wurde Getreide allein im April fünf Prozent teurer.

*Westfälisches Volksblatt vom 31.5.1996*

Ausstellung über die Wehrmacht zieht Kritik auf sich

# Üble Schmähung »der« Soldaten

**kurz  
& knapp**

## ● Embargo

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr Heereman, beharrt auf dem strikten Exportverbot für britisches Rind. Eine Lockerung, selbst für Produkte wie Talg und Gelatine, würde die Verbraucher nur weiter verunsichern, warnte Heereman am Freitag. Das Exportverbot dürfe erst aufgehoben werden, wenn die Seuche in Großbritannien ausgeremert wird.

## ● Bewerbung

Deutschland hat sich bei der UNO für Bonn um den Sitz des Wüsten-Sekretariats beworben. Das neue Sekretariat für die Bekämpfung der Wüstenbildung soll nach dem Wunsch der Bundesregierung an den Rhein ziehen. Die Bundesregierung möchte damit den alten Regierungssitz als Standort für internationale Organisationen weiter ausbauen.

Von Rolf Dressler

**Bonn/Bielefeld (WB).** »Der Staat, in dem wir leben, schützt dankenswerterweise Minderheiten, verleumdete Mehrheiten aber schützt er nicht.« Dies belegt nach Einschätzung des Generalmajors d. D. und früheren Chefs des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) Gerd-H. Komossa nachhaltig die derzeit laufende Wanderausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der deutschen Wehrmacht 1941 bis 1944«. Sie wird noch bis ins Jahr 1997 hinein in insgesamt 21 Städten gezeigt.

Komossa bezieht sich auf die unlängst veröffentlichte kritische Gegenschrift des Publizisten Rüdiger Proske mit dem Titel »Wider den Mißbrauch der Geschichte deutscher Soldaten zu politischen Zwecken«. In einem Exklusiv-Beitrag für die heutige Ausgabe des WESTFALEN-BLATTES beschreibt er die wahren Hintergründe, die geistigen Urheber und die Geldgeber der Fotoausstellung, die »nur ein Ziel« verfolge: durch offenkundig vorsätzliche Auslassungen, Hinzufügungen, Fehldeutungen und Unterdrückung historisch längst gesicherter Erkenntnisse, also »durch Diffamierung und Desinformation 18 Millionen deutsche Soldaten zu schmähen, zu verhöhnern und als eine Truppe von Mördern hinzustellen«.

Das eigentliche Zielobjekt der Ausstellungsmacher aber, so die übereinstimmende Bewertung Komossas und Proskes, sei »der Soldat der Bundeswehr«, also der demokratisch legitimierten Verteidigungsarmee des heutigen Deutschlands.

Als Initiatoren und Hauptakteure bei der Text- und Bildgestaltung der Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht« müßten vor allem folgende

Personen benannt werden, die als »Ideologen-Kernteam Rote Zelle« der linken »68er«-Generation über viele Jahre das Militärgeschichtliche Forschungsamt unterwandert und für ihre Zwecke mißbraucht hätten:

- der langjährige »Leitende Historiker« und Titular-Professor des vom Bonner Verteidigungsministerium finanzierten Militärischen Forschungsamtes der Bundeswehr (MGFA) Manfred Messerschmidt,
- der heutige »Leiter Forschungsbereich« beim MGFA, Professor Hans-Erich Volkmann, sowie
- als offizieller Ausstellungsleiter der Historiker Hannes Heer vom Hamburger »Institut für Sozialforschung«.

Die Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«, so Gerd-H. Komossa in dem WESTFALEN-BLATT-Hintergrundbeitrag, werde - über das Hamburger »Institut für Sozialforschung« - ideell und finanziell offenbar maßgeblich von dem Hamburger Unternehmenserben Jan Philipp Reemtsma gefördert, dessen Entführungsfall seit Wochen Schlagzeilen macht. Reemtsma rechnet sich selbst dem linken politischen Spektrum zu.

Seite 4: Hintergrund

*Westfälisches Volksblatt vom 7.6.1996*

Nur wildversessen eifernde Neuerer können sich zu der Behauptung versteigen, die dem Volk von Staats wegen auferlegte Vermaßnahme (!) bezüglich der sogenannten Rechtschreibungs-»Reform« löse allenthalben vollste (!) Zufriedenheit aus . . .

Das Gegenteil ist der Fall: Was eine winzige Interessengruppe von selbsternannten Einebnern und grauseligen Sprachvereinfachern angeblich zum allgemeinen Wohle ausgebrütet hat, gehorcht entgegen allen Beteuerungen in keinsten (!) Weise irgendeinem Gebot der Not. Mögen sich die großmächtigen Veränderer und in deren Fahrwasser die politischen Entscheidungsträger auch noch so lautstark auf »Ergebnisse jahrzehntelanger wissenschaftlicher Forschung« berufen, die durchgreifende Veränderungen im organisch gewachsenen Regelwerk der Rechtschreibung angeblich unausweichlich machen.

Ja, verehrte Leser dieser Zeitung und dieses Beitrages, wir hier in der Redaktion wüßten durchaus gern, wie Sie denn wohl so über die Messtation, die Schlossstraße, den Donaudampfschiffahrtsgesellschaftskapitän, die Essucht, die Seeenge, die Passstelle, den Flanellappen, die Balletttänzerin oder den wenig g'führigen Nassschnee denken?

Oder darüber, daß ziemlich raue Zeiten heraufnahmen, in denen es jedermann aufgegeben sein wird, beispielsweise das natürlich schrecklich angestaubte Wörtchen »rauh« genau wie »grau«, »blau«, »schlau« oder auch »wau-wau« gänzlich »h«-los aufs geduldige Papier zu bringen?

Vielleicht aber möchten Sie (ja wohl: »Sie« - denn hier ist das große »S« anders als bei der Anrede »du« im Brief auch fürderhin noch statthaft!) trotz allem Ihrer stillen Restfreude darüber Ausdruck geben, welches Maß (nicht Mass!!) an rechtschreiberischer Gestaltungsfreiheit die revoluzzerischen Duden-Jünger uns zumindest nischenwärts noch gelassen haben? Den Thunfisch nur noch nackt ganz ohne »h« wollen sie uns nicht anthun, pardon: antun. Nein, wir haben die Wahl zwischen »Thunfisch«, »Joghurt«, »Spaghetti« und »Delphin« oder eben »Tunfisch«, »Jogurt«, »Spagetti« und »Delfin«, sofern es uns gelüftet, an der Spitze des von oben verfügt Fortschritts mitzu-



Rolf Dressler

## Raue Zeiten für Delfine

marschieren.

Apropos, in Duden-Verlag und Redaktion ist in diesen Tagen, sicherem Vernehmen nach, ein überaus erwartungsfrohes Händereiben in vollstem (pardon: vollem!) Gange. Am 22. August kommt das Standardwerk der Rechtschreibung in der 21. »Reform«-Auflage in die Buchhandlungen, hin- und wegweisender Absatz garantiert.

Rein sprachlich und kulturgeschichtlich gesehen dürften dem Nutzer noch gründlich die Augen übergehen ob der Fülle der extra in leuchtendem Revoluzzer-Rot markierten Neuerungen, von denen jahrlang beschwichtigend gesagt worden ist, es handele sich lediglich um sorgsam bedachte »Einzelfälle«. In Wahrheit ist es weit mehr, wenn wir bei allein 20 000 Wörtern mit Doppel-»s« und Dreifach-»s« und drei direkt aufeinander folgenden Konsonanten (Beispiel: Fluss-schiffer) völlig umlernen müssen. Also, wenn d a s der Massstab für einen maßvollen Umgang mit der angestammten Schriftsprache sein soll . . . !

Dabei treiben Schulungs- und (Aus-)Bildungsmängel doch schon heute die sonderbarsten Blüten, leider auch in den gedruckten Medien. Da kontakariert (!) jemand

die guten Absichten eines anderen; ein ebenso lieber wie teurer Kicker-Star knüpft zarte Banden (!) zum ostwestfälischen Spitzenklub Arminia Bielefeld; wegen zwei alten (!) Morden muß ein hohes Gericht sich tief in noch ältere Akten eingraben, und das alles wegen ihm (!), dem hochbetagten Täter; ein ganzes Stadion harret dem (!) sehnlich erwarteten Torwart-Neuling; und beinahe tagtäglich verbreiten Politiker, Nachrichtenagenturen und Zeitungen sogar, daß dieses oder jenes entgegen aller (!) Dementis Tatsache sei und bleibe.

Was Wunder, daß die Rechtschreibungs-»Reformer« über unser aller Köpfe hinweg beschlossen haben, daß »goethescher Geist« künftighin dudenseits nur noch klein und also nicht mehr mit großem »G« durchs Vaterland zu wehen habe?

Ach, übrigens, auch der Komma-Kummer ist Vergangenheit: Die Zahl der Komma-Regeln wird mit einem tolldreisten Federstrich von 52 auf niedliche neun abgespeckt! Und schon jubiliert die vereinigte Philologenschaft im Kennerton, in ersten Feldversuchen habe sich die Gesamt-Fehlerzahl in den Schülerarbeiten »um bis zu 40 Prozent verringert«.

Woraus messerscharf zu folgern ist: Hätten wir gar keine Rechtschreibregeln mehr, wäre die Fehlerquote »Null« - und ein »Sehr gut« schmückte eines jeden Schülers redlich' Mühen!

Indes, es steht zu befürchten, daß auch dieses Quentchen spitzer Ironie unsere lusterfüllten »Reformer« überhaupt nicht anfight.

Nicht nur drücken sie uns den blanken Unsinn auf, »Quentchen« nunmehr »Quäntchen« zu schreiben, obwohl es nicht etwa vom lateinischen »Quantum« herrührt, sondern von »quintus« (»der fünfte«, altes deutsches Handelslot). Schon gar nicht werden sie je den wahren Grund dafür einräumen, weshalb es mit der Rechtschreibfähigkeit hierzulande genauso steil bergab geht wie mit der Beherrschung der schlichten Grundrechenarten: Rechtschreibung und Grammatik so gründlich wie nötig zu lehren, ja, zu pauken, das ist nicht die Sache »moderner« Zeitgeist-Pädagogen.

Diese betrübliche Feststellung ist leider in kein(st)er Weise zu widerlegen . . .

Russische Historiker entdecken lange geheimgehaltene Rede

# Stalins Kriegswille eindeutig belegt

Von Rolf Dressler

Paris/Nowosibirsk (WB). Neben seinem Gegenspieler Adolf Hitler war der Sowjet-Diktator Joseph Stalin »der größte Verbrecher des 20. Jahrhunderts, zugleich aber auch der kompetenteste und professionellste politische Kopf überhaupt«. Seine historische Rolle und seine gigantische Schuld müßten daher »gänzlich neu bewertet« werden. Denn: Zwar könne man »die Auffassung vertreten, daß Adolf Hitler den Zweiten Weltkrieg ausgelöst« habe, gleichwohl jedoch seien die »aktenkundigen, nach und nach zutage kommenden Beweise bezüglich der Verantwortung Stalins niederschmetternd«.

Diese Feststellungen traf jetzt der französische Historiker Stéphane Courtois, einst Anhänger des Maoismus und 1981 Mitbegründer der Zeitschrift »Communisme«, in der international angesehenen Pariser Tageszeitung »Le Monde«. Ebenso wie der Zeitgeschichtler und langjährige Wissenschaftliche Direktor des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr Dr. Joachim Hoffmann in seinem neuen Buch »Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945« (erschienen im Verlag für Wehrwissenschaften, München) und der Historiker Werner Maser stützt Courtois seine Bewertung insbesondere auf eine Rede Stalins vor dem Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) vom 19. August 1939, also elf Tage vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939. Darin machte Stalin unmißverständlich deutlich,

- daß er bereits massive militärische Vorbereitungen für einen Eroberungskrieg gegen Hitler-Deutschland und darüber hinaus gegen England und Frankreich getroffen hatte mit dem erklärten Ziel, im Lenin'schen Sinne eine weltrevolutionäre Gewaltherrschaft auf dem Alten Kontinent zu errichten. Stalin offenbarte zudem,
- weshalb er noch an jenem 19. August 1939 das Ansinnen Englands und Frankreichs ausgeschlagen habe, mit ihnen einen militärischen Beistandspakt gegen Deutschland zu schließen, um nur vier Tage darauf, am 23. August 1939, seinem Gegenspieler Hitler mit dem Nichtangriffspakt der Außenminister Molotow und Ribbentrop scheinbar freie Hand für den deutschen Feldzug gegen Polen zu

geben. Dazu Stalin vor dem Politbüro: Um mit größtmöglichem Erfolg gegen Deutschland und Westeuropa losschlagen zu können, wolle er einen möglichst heftigen, verlustreichen Krieg zwischen Deutschland, England und Frankreich provozieren.

Zu diesem Zweck werde die Sowjetunion Hitler-Deutschland zum Schein sogar »Hilfe erweisen, indem wir es mit Rohstoffen und Lebensmitteln versorgen«. Denn es sei »entscheidend« wichtig, daß »dieser Krieg so lange wie möglich dauere, bis zur Erschöpfung der Kriegsgegner«. Zuvor aber werde er, Stalin, sich erst einmal die Beute Polen mit Hitler teilen.

Sowohl sowjetische Zeitzeugen, hohe Offiziere der Roten Armee vor

## Seite 4: Stalins Rede im Wortlaut und Leitartikel

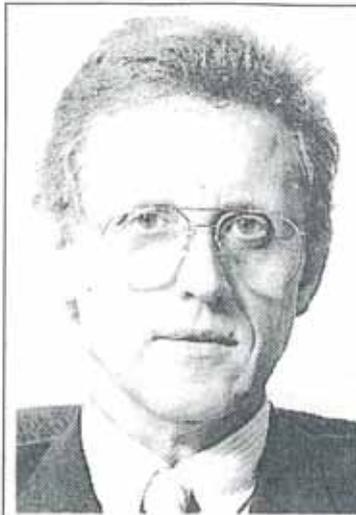
allem, wie auch namhafte deutsche Historiker hatten seit Jahrzehnten entweder einhellig behauptet, Stalin habe die Rede vom 19. August 1939 gar nicht gehalten oder sie sei eine Fälschung westlicher oder östlicher Geheimdienste (so etwa Professor Eberhard Jäckel in Heft 4/1958 der »Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte«). 1995 indes fanden Forscher der Historischen Fakultät der Hochschule von Nowosibirsk den Originaltext der Stalin-Rede in einem geheimen Moskauer Sonderarchiv unter der Kennnummer F. 7/ op. 1/d.1223. Sie stimmt in Aufbau und Inhalt völlig überein mit jenem Redetext, den die französische Nachrichtenagentur »Havas« bereits im Spätsommer 1939 veröffentlicht hatte.

Mit gehörigem zeitlichen Abstand und von friedenssicherem Gegenwartshort aus klagen Berufene und noch viel mehr Unberufene vorzugsweise auch rückwirkend gern lautstark »die Menschenrechte« ein. Das ist wohlfeil. Und vor allem: Es verhilft diesen stereotypen Fürsprechern zu der ersehnten Aura des historisch allwissenden Gutmenschen.

Ganz anders allerdings, wenn Geschichtsforscher oder geschichtskundige Publizisten dazu zu mahnen wagen, ein halbes Jahrhundert nach der Stunde Null des Jahres 1945 müsse auch den Deutschen – wie jedem anderen Volk der Erde – umfassende Gerechtigkeit vor der ganzen geschichtlichen Vergangenheit zuteil werden, so wie es die Erkenntnislage und die Wahrhaftigkeit gebieten.

Dann plötzlich werden sie zu Hyänen, unsere Gralshüter der einen und angeblich einzigen Weltkrieg-2-Wahrheit: »Hitler und nur Hitler war der Bösewicht, basta!« Einzig und allein er sei seinerzeit auf einen Vernichtungskrieg gegen die – je nachdem – unbedarfte, militärisch schwächliche, ahnungslose oder total defensiv gepolte Sowjetunion des friedliebenden Joseph Stalin veressen gewesen. Wehe jedem Historiker, der nach und nach zutage kommende Fakten dagegensetzt, die dieses Hätschelbild des Kreml-Tyrannen und Hitler-Gegenspielers zunehmend gefährlich ins Wanken bringen! Sofort wird er in Rufmordmanier mindestens als »ewiggestriger«, rückwärtsgewandter »Rechter«, als angeblich »unhistorischer Renegat« gebrandmarkt, als jemand, der »offenbar noch immer nichts begriffen« habe und die Verbrechen Hitlers und seiner Schergen ja doch nur gegen die Untaten Stalins »aufrechnen« wolle.

Dabei freilich ist eines höchst augenfällig und verräterisch: daß jene gestrengen Sittenwächter der vorgeblich alleinigen historischen Wahrheit nur den »Weltverbrecher Hitler« geißeln, Stalins massenmörderischen GULag (mit wahrscheinlich 45 Millionen Toten!) jedoch angestrengt beiseite lassen oder diese Jahrhundertverbrechen »in selektiver (also aussparender) Humanität diskret



Rolf Dressler

## Geschichte braucht Wahrhaftigkeit

ignorieren« – so der renommierte Historiker Professor Immanuel Geis.

56 Jahre lang ist namentlich auch der bußfertigen deutschen Öffentlichkeit mit aller Meinungsmacher-Macht – Widerrede zwecklos! – bedeutet worden, nie und nimmer habe der Diktator Joseph Stalin am 19. August 1939, noch dazu nur vier Tage vor dem Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Adolf Hitler oder sonstwann, eine flammende Rede gehalten, in der der Schlüsselsatz gefallen sei, der von ihm nachgerade herbeigesehnte Krieg gegen Deutschland und den »anglo-französischen Block« müsse »so lange wie möglich ausgedehnt werden, weil dies die idealen Bedingungen dafür schaffe, ganz Westeuropa zu sowjetisieren und damit der kommunistischen Weltrevolution zum Endsieg zu verhelfen (siehe dazu den nebenstehenden Wortlaut der Stalin-Rede!).

56 Jahre lang, seit dem August 1939, haben Augen- und Ohrenzeugen eisern gelogen, geschwiegen und gemauert, was das Zeug hielt. Seit wenigen Monaten aber ist es dank russischer Wissenschaftler, die sich der Wahrheit

verpflichtet fühlen, unter dem Aktenzeichen F.7/op.1/d. 1223 des bisher geheimen »Sonderarchivs der UdSSR« aktenkundig: Stalin selbst hat die wortgetreue Aufzeichnung seiner Rede sogar paraphrasiert! Damit ist nicht nur die hartnäckige Behauptung der westlichen wie östlichen »Historiographen« Schall und Rauch, wonach die geradezu kriegslüsterne Stalin-Rede nur eine plumpe Erfindung bornierter »rechter Revisionisten« und verbogener »Antikommunisten« sei. Von historischem Gewicht sind fortan zwei Gewißheiten:

- Mitnichten hatte Stalin im Sinn, den Nichtangriffspakt mit seinem Erzfeind Hitler zu erfüllen.

- Das Gegenteil ist richtig: Bereits seit dem Spätsommer 1939, also fast zwei Jahre vor dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in die Sowjetunion, arbeitete man im Kreml massiv an Offensivplänen gegen Deutschland und Westeuropa, bevor die Moskauer Führung am 15. Mai 1941 endgültig den strategischen Angriffsbeschluß faßte, dem Hitler dann, zur Überraschung Stalins, am 22. Juni 1941 knapp zuvorkam.

Die Wendung hin zur historischen Wahrheit und Wahrhaftigkeit ist eine Genugtuung gleichermaßen für alle beharrlich und redlich suchenden und forschenden deutschen und russischen Historiker und natürlich für unser deutsches Volk. Doch offenkundig wider besseres Wissen können sich historisch-politische Sprachregler wie beispielsweise leider auch der in geschichtlichen Zusammenhängen bewanderte »Spiegel«-Chef Rudolf Augstein trotzdem noch immer nicht von eingeschliffenen Zerrbildern trennen. Unverdrossen unterstellen er und andere mit ihm, »man« dürfe Hitler nicht auf Kosten Stalins entlasten. Das aber will kein ernstzunehmender Historiker. Es geht vielmehr darum, das verderbliche Handeln dieser beiden Jahrhundert-Verbrecher gleichgewichtig, nicht gleichwertig gegenüberzustellen.

Denn: Geschichtliche Wahrheit, so spät die auch ans Licht kommt, verursacht Schmerzen – auf allen Seiten. Nur Wahrhaftigkeit aber vermag Wunden allmählich zu heilen.

«Wenn der Kitt des Sozialstaates wegbröckelt oder sich gar ganz auflöst, der unser Gemeinwesen über Jahrzehnte zusammengehalten hat, dann stehen uns fortan weder Wunschdenken noch Utopien zur Verfügung. Dann bleibt uns als Quelle neuer geistiger Orientierung nur die Rückbesinnung auf unsere Geschichte im ganzen.»

Professor Günter Rohrmoser, Philosoph Rasch nimmt in den nachwachsenden Generationen hier bei uns in Deutschland das Wissen um die Geschichte, um die eigenen, weit zurückreichenden geistigen und kulturellen Wurzeln (und Schätze!) ab. Zwei sicherlich auch zutreffende Ursachen dafür umriß unlängst in dieser Zeitung Dr. Thomas Emmerich vom Bielefelder Ostasien-Zentrum: Sträflich vernachlässigt würden die Geisteswissenschaften, weil der »Sachzwang« regiere, vor allem auch das Hochschulstudium um jeden Preis »effizienter«, sprich: »praxisnäher« zu gestalten und es im Schnelldurchgang durchzuziehen.

Andere Mächte rütteln aber noch viel stärker an den Fundamenten unseres geistigen und kulturellen Seins. Folgerichtig wirft der herausragende Denker Günter Rohrmoser die Schlüsselfrage auf, wer denn hierzulande »die Geschichte interpretiert«, auslegt, ausschnittartig verkürzt oder ideologisch verbiegt und selbstgerecht umdeutet, bis sie »paßt«.

Die Wirkungen auf die Menschen kann niemand als philosophisch-theoretische Nebengroße abtun. Denn selbst noch so gut gemeinte praktische Realpolitik ist zum Scheitern verurteilt, wenn sie sich vor lauter Alltagsverschleiß von den gesamt-geschichtlichen Wahrheiten und Wirklichkeiten von Volk und Nation lossagt. Wohin dies führen kann, das durchleben und durchleiden derzeit all jene Völker weiter östlich, denen der einzige Anker, die verhängnisvolle Utopie des Kommunismus/ Sozialismus, über Nacht weggebrochen ist.

Ralf Dahrendorf, der altliberale Vordenker, bezweifelt verständlicherweise, ob ein demokratisch verfaßter Staat auf Dauer überhaupt überlebenskräftig genug sei, wenn seine Bürger sich ihrer Ursprünge und ihrer Identität kaum oder gar nicht mehr gewiß seien. Demokratie, die Bestand



Rolf Dressler

## Wenn die Ehre nichts mehr gilt

habe, so sagt er zu Recht, könnten nur Menschen gestalten, die sich als Volk in einer selbstbewußten Nation geborgen und gut aufgehoben fühlen.

Genau daran jedoch hapert es in Deutschland, weil diverse Geschichts-»Interpreten«, drinnen wie draußen, seit fünf Jahrzehnten sich selbst, dem eigenen Volk und gleich auch noch der ganzen Mit-Welt eintrichtern, daß

- das »deutsche Verhängnis« erst 1933 begonnen habe, wie Ex-Präsident Richard von Weizsäcker nicht müde wird zu behaupten;

- die Vätergeneration gleichsam als eine Ansammlung angeblich unrettbar krimineller Jubler den Tyrannen Adolf Hitler in den Sattel gehoben habe und

- daß eben diese Vätergeneration deswegen die in jedem anderen Land selbstverständliche »Versöhnung von Nation und Demokratie« angeblich verwirkt habe.

Bei uns hier in Deutschland wird das in der Vergangenheit Geschehene weithin noch immer nicht redlich und gerecht bewertet, sondern in psychopathologischem Feuereifer auf Hitlers zwölf Jahre verengt. Auf diesem Nährboden schießen daher seit Jahrzehnten wiederkehrende Schmähungen,

Lügen und bewußte Täuschungen munter ins Kraut. Da wärmt ein unerträglich polemischer Pauschalierer namens Daniel J. Goldhagen in seinem Buch »Hitlers willige Vollstrecker« abermals die erbärmlich ungeschichtliche These auf, »die« Deutschen seien durchgängig seit dem Mittelalter ein unbelehrbares Volk von Antisemiten. Derlei kommt den hiesigen (Um-)Interpreten der Geschichte genauso gelegen wie jene gegenwärtig unterwegs befindliche und von dem unlängst entführten Hamburger Unternehmerserben Jan Philipp Reemtsma maßgeblich mitfinanzierte Ausstellung, deren Titel zugleich polit-ideologisches Programm ist: »Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944«. Es schert die Urheber dieser Schau nicht, daß sogar die alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in den Nürnberger Prozessen von 1945/46 die Wehrmacht ausdrücklich von dem Vorwurf freisprachen, eine »verbrecherische Organisation« gewesen zu sein. Sie maßen sich die Rolle von Staatsanwälten und Scharfrichtern über »die« deutschen Soldaten und damit letztlich über »die« böse, schwarze Seele »der« Deutschen an.

Franz-Josef Schulze, ein ehemaliger General und Leser des WESTFALEN-BLATTES, verwahrte sich kürzlich anlässlich einer Ehrung gefallener Soldaten gegen diese unerträgliche Erhabenschneidung der Kriegs- und Opfergeneration und mahnte eindringlich: »Wer die Generationen in derart infamer Weise trennt, wer Söhne und Enkel der Generation der Väter und Großväter entfremden will - und das ist das eigentliche Ziel der Verunglimpfungskampagne -, der trifft und schädigt Volk und Nation in ihrem Kern.«

Dem braucht man nichts mehr hinzuzufügen. Ausgenommen vielleicht den Hinweis, zur Abrundung doch auch noch den untenstehenden Bericht über das ehrverletzende Kesseltreiben gewählter demokratischer (?) Volksvertreter im Deutschen Bundestag gegen den renommierten Historiker Joachim Hoffmann, Verfasser des Buches »Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945«, zu lesen. . . !

»Dennoch keine Bullen« hieß die Überschrift vom 21. August 1985 an dieser Stelle. Darin wurde nach Berichten über Verbrechen und Vergehen einzelner Polizeibeamter vor verunglimpfender Verallgemeinerung gewarnt. Solche Versuche gipfelten im Gefolge der studentischen 68er-Ereignisse bei Demonstrationen in den 70er Jahren mit vieltausendfachen »Bullen«-Rufen gegen die Polizei. Im Sommer 1985 gab es bittere Schlagzeilen. Da war das Geständnis eines 24jährigen Polizeimeisters in Düsseldorf über den Raubmord primitivster Art. Mit einem »Kollegen« hatte er einen Arbeitslosen getötet – ganzer 20 Mark wegen.

Zorn der Mitbürger erregte in jenem Sommer '85 auch das, was die Staatsanwaltschaft Münster drei Mitgliedern eines Streifenwagens vorwarf. Sie hätten zehn Jahre lang auf der Sauerlandlinie von Fernfahrern »Schmiere« kassiert und dann auf Anzeigen verzichtet. Die Generalstaatsanwaltschaft Hamm ordnete Ermittlungen gegen 70 Polizisten an wegen des Verdachts, ebenfalls »abgesahnt« zu haben. Andererseits hätten manche Fernfahrer die Autobahnpolizei »mit Geschenkpaketen nahezu bedrängt«. Was aber bitte auch nicht »den« Fernfahrern anzulasten ist.

»Dennoch keine Bullen« zu betonen war also 1985 mit Rücksicht auf die Ehre der Gesamtpolizei angemessen. Heute ist im Blick auf einen ganz anderen, äußerlich geringer erscheinenden Anlaß festzustellen: Polizeibeamte sind keine Rassisten! Wer es beim Fehlverhalten ganz weniger unterstellt, verfälscht die Wirklichkeit ebenso böswillig wie die damaligen »Bullenbeißer«. Daher wird verständlich, wenn Klaus Steffenhagen als Vorsitzender der Gewerkschaft Polizei in NRW gegen die Absicht der Grünen protestiert, das Polizeigesetz des Landes mit einem »Diskriminierungsverbot« zu erweitern. Solches Verbot steht nämlich schon seit fast einem halben Jahrhundert im Grundgesetz der Bundesrepublik



Theo Fritzen  
**Weder Bullen  
 noch  
 Rassisten**

Deutschland vom 23. Mai 1949. Es nun grundsätzlich der Polizei mit einem Landesgesetz unter die Nase zu halten, ist also überflüssig.

Die laut Heinz Paus, dem Detmolder innenpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, »überflüssigste und sinnloseste Gesetzesnovelle, die je eine Regierung vorgelegt hat«, ist freilich mit einem Haken versehen. Sie steht inhaltlich im fast 200 Seiten dicken Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die SPD hat inzwischen ihren Irrtum erkannt. Innenminister Franz-Josef Kniola wurde zu ein paar Eiertänzen gezwungen. Noch am 9. Juli sagte er in der ARD: »Der Innenminister erfüllt den Koalitionsvertrag.« Später ergänzte er »ungern und nicht aus eigenem Antrieb«. Distanz wird sichtbar.

Ganz klar äußert sich Klaus Matthiesen, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, seiner Vorliebe für deutliche Aussprache wegen von den einen geschätzt und von anderen gefürchtet. In

der Hektik der Koalitionsverhandlungen habe man die Brisanz jener Vereinbarung für das Polizeigesetz nicht erkannt: »Die Koalition muß die Kraft haben, von einer nicht haltbaren Forderung Abschied zu nehmen.« Solcher Mut zum Eingeständnis eines Irrtums ist in der Politik zwar eine gewisse Rarität, aber um so mehr als Tugend anzuerkennen.

Von solcher Einsicht will Roland Appel, grüner Fraktionssprecher im Landtag, nichts wissen. Er beharrt auf der Gesetzeserweiterung und schießt mit schwerem Kaliber auf Matthiesen, der – ohweiha – Ministerpräsident Johannes Rau und Innenminister Kniola in den Rücken falle. Der Polizeigewerkschaft erteilt Appel Nachhilfeunterricht: »Es ist eine Auszeichnung, wenn unsere Polizei sagen kann: An einer fortschrittlichen Gesetzgebung wirken wir ganz zuvorderst mit. Da kann man stolz drauf sein.« Im WDR 2 fand Appel zu den Argumenten der SPD für die zum Koalitionspartner gar liebenswürdige Bewertung: »Aberwitzig.«

Polizei und die große Mehrheit der Bürger werden diesen Streit in Düsseldorf nicht witzig finden. Auch der Hinweis der Grünen, sie wollten die gleichen Zusätze auch ins allgemeine Beamtengesetz NRW schreiben, wirkt nicht überzeugend, sondern eher als neuen Beweis für Regelungswut. Dazu leistete kürzlich ja auch die grüne Bundestagsfraktion ein Beispiel, an das erinnert sei. Sie erarbeitet einen Gesetzentwurf, der vorschreibt, daß die Tätigkeiten »männlicher und weiblicher Prostitutierter künftig als Beruf offen zur Kenntnis genommen und gleichwertig mit anderen akzeptiert werden«. Grüne rühmen im nun doch wohl vor dem Fall stehenden Verbots-Solo die Aufnahme des Wortes von der »sexuellen Identität«, also anderer untergürteliger Formen.

Ob da alles beschrieben werden muß? Da soll wohl noch manches an »Bedürfnissen« entdeckt und zur Gesetzesaufplusterung genutzt werden.

Jährlich allein 300 000 Verfahren Mieter – Vermieter

# Streitlustige Bürger überlasten Gerichte

Von Rolf Dressler

**Bielefeld (WB).** Vor Deutschlands Gerichten wird so häufig und so ausgiebig prozessiert wie nie zuvor. Das überlastet die Rechtsprechung immer stärker. Auf mehr als 300 000 jährlich summieren sich allein die zeit- und kostenaufwendigen Verfahren, die Mieter und Vermieter gegeneinander anstrengen. Ein beträchtlicher Teil dieser wie anderer juristischen Auseinandersetzungen gilt ebenso als vermeidbar wie erst recht die Flut von Streitigkeiten aus objektiv läppischen Beweggründen.

Aus welchen selbstgesetzten Anlässen die streitlustigen Deutschen vor die Schranken ihrer Gerichte ziehen, das veranschaulicht schon die folgende Auswahl von Urteilen, die das WESTFALEN-BLATT zusammengetragen hat:

- Für Autofahrer, die ihren Wagen mit abgestelltem Motor nur rollen lassen, gelten dieselben Promillegrenzen wie für Fahrten mit laufender Maschine (Oberlandesgericht Hamm).
- Die Leitung eines Spielcasinos kann nicht dafür haftbar gemacht werden, daß sie einem Spielsüchtigen kein Hausverbot erteilte, um ihn vor seiner Sucht zu bewahren (Bundesgerichtshof).
- Wer als Betriebsratsmitglied das eigene Auto für eine Fahrt zu einer gewerkschaftlichen Schulung benutzt, nur um auch sein Fahrrad dorthin mitnehmen zu können, hat gegenüber seinem Arbeitgeber keinen Anspruch auf Erstattung der erhöhten Aufwendungen (Bundesarbeitsgericht).
- Ein in Scheidung lebender Ehe-

mann muß es nicht hinnehmen, daß auch der Liebhaber seiner (Noch-) Ehefrau in der gemeinsamen Wohnung lebt (Landgericht Bonn).

- Wilder Wein fügt dem Hauswandputz keinen Schaden zu (Landgericht Düsseldorf).

- Auf einem Bolzplatz darf Fußball, nicht aber Basketball gespielt werden (Verwaltungsgericht Trier).

- Gartenzwerge beeinträchtigen nicht den Lebensqualitätswert des Gemeinschaftsgartens einer Wohnungseigentümergeinschaft (Amtsgericht Recklinghausen).

- Eine Schwangerschaft ist im rechtlichen Sinne weder als Unglück noch als Krankheit anzusehen (Bundesarbeitsgericht).

- Fußgänger können sich nicht darauf verlassen, daß Bürgersteige völlig eben und frei von Mängeln sind: Solange der Höhenunterschied zwischen Gehwegplatten zwei bis zweieinhalb Zentimeter nicht übersteigt, braucht die zuständige Gemeinde das Hindernis nicht zu beseitigen.

## **kurz & knapp**

### ● Preise gleich

Biodiesel und herkömmlicher Dieselmotor werden zum selben Preis verkauft, so das Bundeslandwirtschaftsministerium. Bislang war Bio-Kraftstoff oft teurer als mineralisches Diesel. Die 400 deutschen Biodiesel-Tankstellen setzten 1995 30 000 Tonnen ab.

### ● Kinderfreund

Ein Emblem soll künftig bei Gaststätten und Hotels auf Kinderfreundlichkeit hinweisen. Dabei wird auf TÜV-geprüfte Spielgeräte, Spielecken, Wickeltische, Babyflaschenwärmer und Kinderstühle ebenso geachtet wie auf Babytöpfchen, Toilettenaufsätze und niedrige Waschbecken.

Es ist bemerkenswert - und dankenswert allemal, wie klar und entschieden sich Evelyne Gebhardt - wohlgerichtet: eine Abgeordnete der SPD im Europäischen Parlament - öffentlich für den Schutz und die Bewahrung menschlicher Embryonen in die Bresche wirft.

Vorausgesetzt, die Sozialdemokratin engt ihren Aufruf an unser aller ethisches und moralisches Gewissen nicht auf den vermeintlichen »Sonderfall« ein: auf jene 3300 künstlich befruchteten und dann termin- und karteigerecht für exakt fünf Jahre tiefgefrorenen Eizellen, die seit gestern nun Zug um Zug aufgetaut und damit getötet, zerstört, ausgelöscht werden.

Ungeachtet vieler warnenden und mahnenden Stimmen innerhalb wie außerhalb Großbritanniens nimmt die Aktion ihren Lauf, peinlich genau nach den Buchstaben des dortigen Rechts, versteht sich. Denn demgemäß müssen menschliche Embryos, die bei der künstlichen Befruchtung bislang kinderlos gebliebener Frauen »überzählig« übrigblieben, binnen fünf Jahren vernichtet werden, wenn, wie es im Gesetz lapidar heißt, »niemand mehr Anspruch auf deren weitere Entwicklung erhebt«.

Kein Anspruch also auf eine »weitere Entwicklung« für 3300 menschliche Eizellen... Es ist a u c h , aber gewiß nicht allein die Eiseskälte der behördlichen Regelungs-, Verordnungs- und Verfügungssprache, welche die sozialdemokratische Europaparlamentarierin Evelyne Gebhardt zu dem folgenden eindringlichen Appell bewegt:

- Die gezielte Zerstörung abertausender menschlicher Embryonen sei ein »Horrorzenarium«.
- Die künstliche Befruchtung im Reagenzglas führe auf unvertretbare Irrwege und Abwege.
- Und: Ganz grundsätzlich gelte es zu verhindern, daß Leben, in welcher Form auch immer, zu einem vermeintlich beliebig verfügbaren und nutzbaren Wirtschaftsgut oder zu »Sondermüll« gemacht werde.

»Leben, in welcher Form auch immer!« Das kann nur als uneingeschränktes Bekenntnis gedeutet werden. Folglich müßten die Sozialdemokratin Evelyne Gebhardt



Rolf Dressler

## Leben - welcher Art auch immer

und mit ihr andere nachdenkliche Politiker ihren mitfühlenden Blick über das aktuelle Geschehen um die 3300 Embryos hinausrichten, zumal weitere Zigtausende nach und nach ebenfalls zur Entscheidung anstehen. Denn: Wer - wahrlich zu Recht! - bereits die befruchtete menschliche Eizelle als Geschenk der Schöpfung für beschützens- und bewahrenswert erklärt, der muß Gleiches dann doch unzweifelhaft erst recht dem zwei oder drei Monate alten Ungeborenen im Mutterleib zubilligen. Vor dieser Konsequenz kann sich niemand davonstellen.

Ob die sozialdemokratische Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt das so bedacht hat und ob es ihr bewußt war, als sie eindringlich dazu aufrief, die 3300 Embryonen am Leben zu lassen - ausdrücklich als »Mahnmal« für Politik, Medizin und Forschung?

Es sind eben nicht nur, wie in den letzten Tagen zu lesen und zu hören war, die »Schattenseiten der Fortpflanzungsmedizin«, die hier ins Blickfeld rücken. Und es ist auch nicht damit getan, geschäftsgängig darauf zu verweisen, daß (so etwa die »Frankfurter Rundschau«) bei der künstlichen Befruchtung und deren Folgedis-

ziplinen die Erschaffung und die Vernichtung menschlichen Lebens nun einmal untrennbar zusammengehören und das eine ohne das andere leider nicht zu haben sei.

Schmal ist der Grat, ungemein schmal. Die Sozialdemokratin Evelyne Gebhardt empfindet schon die Vernichtung menschlicher Embryonen als blanken »Horror«. Von anderer Seite wiederum ist, Unsicherheit verrätend, zu vernehmen, zwar besäßen eingefrorene Embryonen wohl nicht denselben ethischen, moralischen und rechtlichen Status wie Ungeborene und Geborene. Dennoch aber, schreibt zutreffend ebenfalls sogar die bereits zitierte, linksliberale »Frankfurter Rundschau«, drückten sich auch im Umgang mit Embryonen, ob in der Forschung oder in der medizinischen Anwendung kulturelle und ethische Wertmaßstäbe, der menschlichen Gemeinschaft aus.

An diesen Maßstäben indes rütteln nicht nur in England, sondern inzwischen ebenso auch in Deutschland, den Niederlanden und Skandinavien immer mehr Wissenschaftler, die einen ganz offen, die anderen unter der Hand, im Stile ausgebuffter Lobbyisten. Sie pochen auf noch »liberalere« Gesetze und bauen auf jenes über Jahrzehnte kräftig durch-»liberalisierte« öffentliche Zeitgeist-Bewußtsein, das das Unrecht der Abtreibung von jährlich Hunderttausenden Ungeborener zu einem Recht auf Abtreibung umfunktionierte.

Selbstverständlich in hoher aufklärerischer und durch und durch liberaler Tradition, die alle Moral auf ihrer Seite hat... Das allgemeine Gewissen verschanzt sich hinter unverfänglich klingenden Vokabeln und Wortungetümen wie »Abtreibungsregelung« oder »Beratungslösung«, Begriffe, die - in ausgerechnet diesem Zusammenhang! - »geradewegs dem Wörterbuch des Unmenschen entsprungen zu sein scheinen«, wie es Hermann Josef Barth aus dem bayerischen Ismaning in einem Leserbrief an die »Frankfurter Allgemeine« formulierte.

Deshalb: Der Diskussionsanstoß, den die SPD-Europaparlamentarierin Evelyne Gebhardt uns allen gegeben hat, sollte nicht einfach im Nichts verhallen.

NRW-CDU sieht »Verunglimpfungskampagne«

## Rom-Spende: Grüne greifen Erzbistum an

Düsseldorf/Paderborn (WB/dd). Mit scharfen Angriffen gegen die katholische Kirche hat der Grünen-Landtagsabgeordnete Stefan Bajohr erneut einen Streit mit der Amtskirche entfacht. In einer Anfrage im Landtag greift Bajohr das Erzbistum Paderborn wegen einer Spende von drei Millionen Mark zum Bau einer Kirche in Rom anlässlich des Papst-Besuchs in Paderborn an und fragt die rot-grüne Landesregierung, welche Möglichkeiten der Verhinderung sie sehe, daß die von den NRW-Kindergärten benötigten Millionen nach Rom abfließen.

Gleichzeitig spricht Bajohr von »Überlegungen«, die Landeszuschüsse an die Katholische Kirche von knapp 22,7 Millionen Mark jährlich angesichts der Finanzkraft des Paderborner Erzbistums 1997 an deren »offensichtlich gesunkene Zuschußbedürftigkeit« anzupassen. Der Münsteraner Generalvikar Werner Thissen hatte unlängst mit der Schließung katholischer Kindergärten gedroht, falls NRW seine Zuschüsse zur notwendigen Renovierung älterer Kindergärten nicht anhebe. In seiner Anfrage bezeichnet Bajohr Erzbischof Thissen als »Kirchenfunktionär« und nennt die Kirche eine »Organisation mit Zentrum in Rom«.

Der CDU-Sozialexperte Hermann-Josef Arentz sieht in den Angriffen einen neuen Höhepunkt der »systematischen Verunglimpfungskampagne« der Grünen gegen die Katholische Kirche. Außerdem sei es ausschließlich Privatsache der Gläubigen, wofür sie Geld spendeten. Die Gläubigen hätten die Millionensumme ausdrücklich für den

Bau der 922. Kirche in Rom gesammelt.

Bajohr und sein Fraktionskollege Daniel Kreutz hatten sich bereits in den vergangenen Monaten aufgrund kirchenkritischer Äußerungen den Unmut auch eigener Parteimitglieder zugezogen. So hatte Kreutz bei einer Landtagsdebatte die Liberalisierung der Drogenpolitik mit dem Hinweis gefordert, daß »alkoholische Rauschgetränke im Mittelpunkt der katholischen Kultur stehen«. Bajohr bezeichnete Jesus Christus in einer Kreuzifix-Debatte als »Legendengestalt«. Nach Ansicht der früheren Grünen-Abgeordneten Beate Scheffler schreckt das linke grüne Forum nicht davor zurück, »auf übelste Art und Weise den christlichen Glauben zu verunglimpfen«. Die Bielefelder Grünen Gertrud und Christian Stolze nannten die Haltung der Kirchengegner in den Reihen der Grünen in der Vergangenheit »bedrohlich«. Bei vielen Gläubigen werde sie zur Entfremdung von den Grünen führen.

So, das also wäre dann auch »geklärt«: Mutmaßlich schon vor einem Monat ist einer jener 16 Wochen alten Zwillinge im Mutterleib getötet worden, deren Schicksal die Öffentlichkeit innerhalb wie außerhalb Englands in diesen Tagen aufschreckte, erregte, erschütterte – je nachdem, unter welchem Blickwinkel Politiker, Ärzte oder einfach nur nachdenkliche Menschen aus dem Bürgervolk das Geschehen mitangesehen und die Diskussionen darüber mitangehört haben.

Nach dieser neuesten Nachricht erwecken viele Durcheinanderredner allerdings den Eindruck, als flüchteten sie sich vor dem tiefstehenden eigenen Unbehagen – um nicht zu sagen: vor dem eigenen allzu »liberalen« Gewissen – auf den soeben eröffneten Nebenschauplatz. Es sei doch skandalös, tönen die einen, daß die sonst so findigen, bösen Medien nicht herausgefunden hätten, daß der gynäkologische Eingriff bei der ledigen 28jährigen Frau, deren Wunsch entsprechend, längst vorgenommen und die Angelegenheit mithin ausgestanden, erledigt sei. Andere wiederum empören sich über das schmächtig geheimniskrämmerische Informationsgebaren der betreffenden Klinik und der behandelnden Mediziner.

Derlei vordergründige Scharmützel aber lenken die Aufmerksamkeit nur weg vom ureigentlichen Kern. Denn leider handelt es sich hier ja nicht um einen »Ausreißer«, einen einzigartigen, zugespitzten Sonderfall unter außergewöhnlichen medizinischen oder sozialen Zwängen und Begleiterscheinungen.

Nein, die »selektive« Tötung eines von zwei Babys im Leib der Mutter gemahnt jeden einzelnen von uns, ob jung, ob alt, Mann oder Frau, grundlegend daran, mehr denn je selbstkritisch nach unserem Umgang mit der unergründlich großartigen, wunderbaren Schöpfung Gottes zu fragen.

»Selektive« Abtreibung – allein schon diese kalt-funktionalistische Begriffswahl läßt einen erschauern. Sie wird auch nicht durch den Hinweis gemildert, daß man in der Mediziner-Fachwelt nun einmal immer dann von einem »selektiven« Eingriff spre-



Rolf Dressler

## Lebensrecht ist unteilbar

chen müsse, wenn Hormonbehandlungen zu ungewollten Mehrfach-Schwangerschaften führen oder wenn einer von zwei oder mehreren Babys mißgebildet zur Welt kommen würde: in dem aufsehenerregenden aktuellen Fall waren beide Zwillinge kerngesund. Gleichwohl verstieg sich Dr. Vivienne Nathanson, die Leiterin der Ethik-Kommission (!) der britischen Ärztesellschaft, zu dem lässig-kühlen Ausspruch, auch diese offenbar schon vor Wochen »erfolgreich vollzogene selektive Abtreibung« sei »eine Abtreibung wie jede andere«.

Deutlicher können Anmaßung und Überhebung des Homo sapiens kaum durchscheinen: Der Mensch schwingt sich auf zum eingriffsbegabten Herrn über Leben und Tod. Er treibt es weit, zu weit. Und zwar augenscheinlich auch dort, wo – wie im Falle der »hälftigen« Zwillingstötung in England – keine wirkliche Notlage zur Begründung herhalten kann.

Gottlob haben sich viele Mitmenschen das Bewußtsein dafür bewahrt, daß immer öfter eigentlich unverrückbare ethische und

moralische Grenzen wissentlich überschritten werden, beileibe nicht nur, aber eben sehr wohl auch in Medizin und Forschung.

Dazu ein bildhafter Vergleich: Viele Schutzplanken haben nur noch Schrottwert, schrieb der ADAC vor wenigen Tagen in einer Mitteilung für die Presse, und er meinte damit, ganz handfest, den maroden Zustand der metallenen Sicherheitsstränge längs der deutschen Autobahnen. Die »Leit- und Schutzplanken« auf dem Wertfeld von Ethik und Moral machen inzwischen einen ähnlich mitgenommenen Eindruck. . .

Es spricht Bände, wie geradezu hysterisch Bayerns CSU-Regierung derzeit für ihre (vom Bundesverfassungsgericht wohlgehemmt gestützte) Vorstellung gescholten wird, daß Frauen bei der Schwangerschaftsberatung auch darlegen müßten, weshalb sie sich zu einer Abtreibung veranlaßt sähen. Zwar pocht namentlich die SPD, um dies abzuwehren, lautstark darauf, daß »Bundesrecht vor Landesrecht« zu rangieren habe. Doch im Gegensatz zu der stramm linksaußen-liberalen, früheren FDP-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wollen die Sozialdemokraten deswegen trotzdem nicht abermal den Gang nach Karlsruhe antreten. Zu ungewiß erscheint ihnen – zu Recht – ob die Verfassungsrichter den »Abtreibungsparagrafen« 218 nicht womöglich wieder enger fassen könnten, zum Beispiel auch im Angesicht jener »selektiven« Tötung des einen der beiden englischen Zwillinge.

Die Kluft zwischen Schöpfungsfähigkeit und Schöpfungsverantwortung öffne sich insbesondere auch in der Medizin in bedenklicher Weise immer weiter, sagt kein Geringerer als Eggert Beileites, Präsident der Landesärztekammer Thüringen und Vorsitzender des Ausschusses für medizinisch-juristische Grundsatzfragen der Bundesärztekammer.

Es wird fortan schwerer, Mitmenschen, die das Lebensrecht eindeutig höher stellen als das Recht auf Abtreibung, sprich: Kinstötung, als »militante Abtreibungsgegner« abzustempeln.

Das ist die gute Nachricht inmitten vieler schlechter.

»Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.«

Charta der deutschen Heimatvertriebenen aus dem Jahre 1950

Das Bekenntnis, das fünf Jahre nach der Stunde Null von 1945 uneingeschränkt und unverrückbar in Worte gefaßt wurde an einem Kreuzungspunkt zwischen Untergang und Neuanfang, ist vor der Geschichte ohne Beispiel. Denn es wurde geschrieben in der Stunde des unermesslichen Schmerzes im Namen von 16 Millionen Deutschen, die fast vollständig aus der über Jahrhunderte angestammten Heimat verjagt oder noch am Ort des Grauens oder auf der Flucht vergewaltigt und niedergemetzelt worden waren.

Nie zuvor und nicht danach hat es, vor aller Welt bezeugt, eine vergleichbare Geste gegeben. Gleichwohl mußten sich die vom Schicksal der Vertreibung Geschlagenen seither immer wieder unsägliche Verdächtigungen und Schmähungen gefallen lassen. Gerade so, als gäbe es die Charta-Erklärung von 1950 überhaupt nicht, unterstellte man ihnen, als angeblich unverbesserliche »kalte Krieger« seien sie von unheilverheißenden »revanchistischen« und »revisionistischen« Gelüsten beseelt und strebten danach, die ein für allemal verlorenen Ostgebiete zurückzuholen – sozusagen »heim ins Reich« Bundesrepublik Deutschland.

Nichts davon war je von der Wirklichkeit gedeckt – schon gar nicht von den machtpolitischen Gegebenheiten zu Zeiten der Nachkriegs-Sowjetunion und Ostmitteleuropas unter der Knute Stalins, Chruschtschows und Breschnews, der tyrannischen Zwingherren des letzten Super-Kolonialregimes des 20. Jahrhunderts. Und selbstverständlich wissen die deutschen Ostvertriebenen und deren Kinder und Kindeskinde um die Verbindlichkeit der völkerrechtlich besiegelten Verträge insbesondere mit den Polen, Tschechen und Slowaken, von deren heutigem Staatsgebiet die weitaus meisten jener 15 Millionen Deutschen vertrieben worden sind: aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien und zudem fast 3,5 Millionen Landsleute aus dem früheren Sudetenland.



Rolf Dressler

## Völkerrecht ist unteilbar

Diese Menschen haben in großartiger Weise den physischen und geistig-kulturellen Wiederaufbau des demokratischen Teil-Deutschlands westlich der Elbe geprägt. Ihr Beitrag war und ist gelebter Friedenswille. Er war und ist ein Glücksfall für die Gestaltung der Freiheitlichkeit nicht nur im Herzen Europas, sondern auf dem ganzen jungen Alten Kontinent, dessen trotz zweier fuchtbaren Kriege in vielem dennoch großes Erbe sie zur Pflege und Bewahrung aufgeben bleibt.

Ein außerordentlich schwieriges Unterfangen, wie man just in diesen Tagen abermals herausspüren kann – und zwar vor allem auch für die »andere Seite«, für unsere nächsten östlichen Nachbarn gleich nebenan. »Versöhnung«, so meinte Tschechiens Regierungschef Vaclav Klaus noch vor vier Tagen, »Versöhnung« erachte er als »ein zu starkes Wort«; mehr Verständnis füreinander zu finden in einem stärkeren Wechselspiel »der Ideen, Leute und Güter«, das betrachte er als sein »Ideal«.

Und gestern nun setzte Präsident Vaclav Havel im Gespräch mit Deutschlands Präsident Roman Herzog wie zur Bekräftigung selbstgewiß hinzu, die Zeit arbeite

»gegen die Forderungen der sudetendeutschen Heimatvertriebenen«. Denn: Diese hätten angeblich »immer mehr verlangt« und würden deshalb, aus tschechischer Sicht, »immer weniger bekommen«, sprich: am Ende womöglich mit praktisch leeren Händen dastehen.

Roman Herzog gingen diese Bemerkungen erkennbar unter die Haut. Er fühlt, wie schmal der Grat und wie empfindlich das Fundament ist, auf dem Havels natürlich genau bedachte Worte gesprochen wurden. Alle erdenkliche Sorgfalt und Behutsamkeit sind in der Tat auf beiden Seiten, der deutschen wie der tschechischen, vonnöten. Da darf es, 50 Jahre danach, wahrhaftig auf einige Wochen oder Monate »nicht ankommen« (Zitat Roman Herzog), mögen aufgesetztaufgeregte Geister wie Antje Vollmer von den Grünen und leider auch Karsten Voigt von der SPD noch so ungeschichtlich-beflissen aufs Tempo drücken und gar lautstark ein »Machtwort von Kanzler Helmut Kohl« einfordern.

Das ist nur Wasser auf die Mühlen derer, die auf eine rasche Schlußstrich-Erklärung aus sind. Merkwürdig freilich: Exakt dieselben Antreiber, die unter das in dieser Größenordnung historisch einmalige Völkerrechtsverbrechen der Massenvertreibung von 16 Millionen Deutschen schnellstmöglich einen dicken Schlußstrich ziehen wollen, bedeuten dem deutschen Volk – der Kriegsgeneration wie den Nachgeborenen – andererseits unablässig, unter »die Verbrechen Hitler-Deutschlands« könne und dürfe niemals ein ebensolcher Schlußstrich gezogen und der schandbare »Mantel des Vergessens« ausgebreitet werden.

Verbrechen gegen das Völkerrecht und gegen die Menschlichkeit sind aber unteilbar. Vorsicht daher vor selbsternannten und selbstgerechten Menschenrechtswaltern, die Gleiches und Gleiches zu Lasten Deutschlands und »der« Deutschen vorsätzlich auseinanderdividieren!

Übrigens, in einem geeinten Europa der offenen Grenzen schlägt unausweichlich die Stunde der Wahrheit. Denn: Heimatrecht ist elementares Menschenrecht. Eine Vorstellung, die, auf uns Deutsche bezogen, so manchem linken Menschenrechts-Ideologen offenkundig Magendrücken verursacht.

»Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.«

Charta der deutschen Heimatvertriebenen aus dem Jahre 1950

Das Bekenntnis, das fünf Jahre nach der Stunde Null von 1945 uneingeschränkt und unverrückbar in Worte gefaßt wurde an einem Kreuzungspunkt zwischen Untergang und Neuanfang, ist vor der Geschichte ohne Beispiel. Denn es wurde geschrieben in der Stunde des unermeßlichen Schmerzes im Namen von 16 Millionen Deutschen, die fast vollständig aus der über Jahrhunderte angestammten Heimat verjagt oder noch am Ort des Grauens oder auf der Flucht vergewaltigt und niedergemetzelt worden waren.

Nie zuvor und nicht danach hat es, vor aller Welt bezeugt, eine vergleichbare Geste gegeben. Gleichwohl mußten sich die vom Schicksal der Vertreibung Geschlagenen seither immer wieder unsägliche Verdächtigungen und Schmähungen gefallen lassen. Gerade so, als gäbe es die Charta-Erklärung von 1950 überhaupt nicht, unterstellte man ihnen, als angeblich unverbesserliche »kalte Krieger« seien sie von unheilverheißenden »revanchistischen« und »revisionistischen« Gelüsten beseelt und strebten danach, die ein für allemal verlorenen Ostgebiete zurückzuholen – sozusagen »heim ins Reich« Bundesrepublik Deutschland.

Nichts davon war je von der Wirklichkeit gedeckt – schon gar nicht von den machtpolitischen Gegebenheiten zu Zeiten der Nachkriegs-Sowjetunion und Ostmitteleuropas unter der Knute Stalins, Chruschtschows und Breschnews, der tyrannischen Zwingherren des letzten Super-Kolonialregimes des 20. Jahrhunderts. Und selbstverständlich wissen die deutschen Ostvertriebenen und deren Kinder und Kindeskinde um die Verbindlichkeit der völkerrechtlich besiegelten Verträge insbesondere mit den Polen, Tschechen und Slowaken, von deren heutigem Staatsgebiet die weitaus meisten jener 15 Millionen Deutschen vertrieben worden sind: aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien und zudem fast 3,5 Millionen Landsleute aus dem früheren Sudetenland.



Rolf Dressler

## Völkerrecht ist unteilbar

Diese Menschen haben in großartiger Weise den physischen und geistig-kulturellen Wiederaufbau des demokratischen Teil-Deutschlands westlich der Elbe geprägt. Ihr Beitrag war und ist gelebter Friedenswille. Er war und ist ein Glücksfall für die Gestaltung der Freiheitlichkeit nicht nur im Herzen Europas, sondern auf dem ganzen jungen Alten Kontinent, dessen trotz zweier fuchtbaren Kriege in vielem dennoch großes Erbe uns zur Pflege und Bewahrung aufgegeben bleibt.

Ein außerordentlich schwieriges Unterfangen, wie man just in diesen Tagen abermals herausspüren kann – und zwar vor allem auch für die »andere Seite«, für unsere nächsten östlichen Nachbarn gleich nebenan. »Versöhnung«, so meinte Tschechiens Regierungschef Vaclav Klaus noch vor vier Tagen, »Versöhnung« erachte er als »ein zu starkes Wort«; mehr Verständnis füreinander zu finden in einem stärkeren Wechselspiel »der Ideen, Leute und Güter«, das betrachte er als sein »Ideal«.

Und gestern nun setzte Präsident Vaclav Havel im Gespräch mit Deutschlands Präsident Roman Herzog wie zur Bekräftigung selbstgewiß hinzu, die Zeit arbeite

»gegen die Forderungen der sudetendeutschen Heimatvertriebenen«. Denn: Diese hätten angeblich »immer mehr verlangt« und würden deshalb, aus tschechischer Sicht, »immer weniger bekommen«, sprich: am Ende womöglich mit praktisch leeren Händen dastehen.

Roman Herzog gingen diese Bemerkungen erkennbar unter die Haut. Er fühlt, wie schmal der Grat und wie empfindlich das Fundament ist, auf dem Havels natürlich genau bedachte Worte gesprochen wurden. Alle erdenkliche Sorgfalt und Behutsamkeit sind in der Tat auf beiden Seiten, der deutschen wie der tschechischen, vonnöten. Da darf es, 50 Jahre danach, wahrhaftig auf einige Wochen oder Monate »nicht ankommen« (Zitat Roman Herzog), mögen aufgesetztaufgeregte Geister wie Antje Vollmer von den Grünen und leider auch Karsten Voigt von der SPD noch so ungeschichtlich-beflissen aufs Tempo drücken und gar lautstark ein »Machtwort von Kanzler Helmut Kohl« einfordern.

Das ist nur Wasser auf die Mühlen derer, die auf eine rasche Schlußstrich-Erklärung aus sind. Merkwürdig freilich: Exakt dieselben Antreiber, die unter das in dieser Größenordnung historisch einmalige Völkerrechtsverbrechen der Massenvertreibung von 16 Millionen Deutschen schnellstmöglich einen dicken Schlußstrich ziehen wollen, bedeuten dem deutschen Volk – der Kriegsgeneration wie den Nachgeborenen – andererseits unablässig, unter »die Verbrechen Hitler-Deutschlands« könne und dürfe niemals ein ebensolcher Schlußstrich gezogen und der schandbare »Mantel des Vergessens« ausgebreitet werden.

Verbrechen gegen das Völkerrecht und gegen die Menschlichkeit sind aber unteilbar. Vorsicht daher vor selbsternannten und selbstgerechten Menschenrechtswaltern, die Gleiches und Gleiches zu Lasten Deutschlands und »der« Deutschen vorsätzlich auseinanderdividieren!

Übrigens, in einem geeinten Europa der offenen Grenzen schlägt unausweichlich die Stunde der Wahrheit. Denn: Heimatrecht ist elementares Menschenrecht. Eine Vorstellung, die, auf uns Deutsche bezogen, so manchem linken Menschenrechts-Ideologen offenkundig Magendrücken verursacht.

Brandenburg ist bekanntlich das erste deutsche Bundesland, das den herkömmlichen, historisch gewollten und gewachsenen Religionsunterricht aus den öffentlichen Schulen verbannte und das sogenannte Ersatz-Pflichtfach »Lebensgestaltung - Ethik - Religionskunde« (kurz »LER«) an dessen Stelle setzte.

Und eben dieses Brandenburg steht pikanterweise unter der Regentschaft eines Politikers von, gelinde gesagt, besonders delikatem Zuschnitt: Manfred Stolpe heißt der Mann, den weiland die geheime Staatspolizei der DDR-Arbeiter- und Mauern-Diktatur als hochnützlichen Stasi-IM »Sekretär« in ihren Diensten hatte, bis 1989/90 die große Wende hin zur deutschen Einheit kam und der Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche/Ost zum Regierungschef in Potsdam gewählt wurde, kaum daß er mit geköntem Wechselschritt der SPD beigetreten war.

Kein Zweifel, dieser atemberaubend behend inszenierte Umstieg des ebenso geschmeidigen wie trutzig beharrungsstarken Brandenburgers Manfred St. spiegelt sehr anschaulich die verworrene geistige und geistliche Gemengelage im wiedervereinigten Deutschland wider. Denn welchen bündigen Vers kann man sich schon darauf machen, daß ausge-rechnet ein ehemals herausragender Vertreter der Kirche dem klassischen christlichen Religionsunterricht ein Ende setzt?

Nur zu nahe liegt da die Vermutung, daß vornehmlich in den Führungsgremien der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und maßgeblich auch in deren Landessynoden umgesteuert wird in eine Glaubens- und Kirchen-Zukunft der freilich gänzlich neuen Art. In der vermeintlich vom Menschen beherrschbaren und »machbaren«, ach so kühl-realen Welt, so meinen viele Verwalter der abermilliarden Mark Kirchensteuern, sei die »Öffnung« nach allen und jeden Seiten angesagt.

Deshalb mußte im Stolpe-Land Brandenburg das Unterrichtsfach Religion dem Fach »Religionskunde« weichen. Die Folgen für die Nachwachsenden sind gar nicht abzusehen. Denn anstatt den jungen Menschen, unseren



Rolf Dressler  
**Laberei  
statt  
Religion**

Kindern, behutsam und bestimmt zugleich Eindrücke davon zu vermitteln, daß Christentum und Glaube über die weltlich-vordergründigen Alltagsdinge hinaus Wege zu den sprichwörtlichen letzten Fragen des Menschseins eröffnen können, fügen nun sicherlich schon bald auch weitere Länderregierungen den Unterrichtsfeldern Politik oder Sozialkunde ein Fach hinzu, das im Jargon vieler Schüler ebenfalls locker in die Schublade »Laberthema« eingeordnet werden wird.

Leitende Verantwortungsträger wie der Stolpe-Vertraute und evangelische Bischof von Berlin-Brandenburg, Wolfgang Huber, versteigen sich ins unbegreifliche Grotteske: Zwar seien die Kirchen und Religionsgemeinschaften dank des Gottesbezuges im Grundgesetz und in den (noch verbliebenen) Landesverfassungen als »gesellschaftsprägende Gestaltungskräfte« noch erkennbar, doch sei »Deutschland heute kein christliches Land mehr«, gibt Huber zu verstehen und empfiehlt, wohl um - aus seiner Sicht - diesem Übelstand abzuweichen, am besten in jedem Schulklassenzimmer »ein Bild von Mekka« gleichberechtigt neben jedem

Christus-Kreuz aufzuhängen.

Gedacht ist dies gewiß auch als besonders wohlfeile Anregung für das rot-grün gesteuerte Nordrhein-Westfalen, wo im kommenden Schuljahr der »Ersatzfach-Probelauf à la Brandenburg anlaufen wird. Das ist, zumindest indirekt, Wasser auf die Mühlen der Anhänger der Gottlosigkeit. Dabei ist der Überzeugungsatheismus, der mit offenem Visier daherkommt und die Existenz Gottes wie jedweder überirdischen, transzendenten Mächte verneint, allemal besser abzuschätzen als der praktische Atheismus. Denn Letzterer kehrt das Wort »Der Mensch denkt, Gott lenkt« für sich rigoros um in: »Der Mensch, nicht Gott lenkt«. Mag dieser, so meinen zunehmend mehr Menschen, als eine Art »metaphysischer Ehrenpräsident«, der hoch droben am Firmament thront, seinen Part spielen - im Alltag kommt man gut und gerne ohne ihn aus.

In einem Umfeld, in dem mehr und mehr allzu Selbstgewisse lässig vom Glauben abfallen, verdienen Mitmenschen hohes Lob, die wie beispielgebend drei Lehrerinnen der Bielefelder Waldorfschule, Bianca-Marina Andermann, Elisabeth Steffen und Marliese Gooßen - in einer bemerkenswerten Schrift an den Kern dessen erinnern, worauf evangelisch-lutherischer Religionsunterricht zielen sollte, nämlich darauf,

- »daß die Kinder im Glauben an Gott Geborgenheit und Halt finden,

- damit sie für ihr Leben jetzt und erst recht später als mündige Bürger Maßstäbe gewinnen, um sich an einer Ethik der Menschlichkeit und Verantwortung zu orientieren.«

Eben dazu müßten die Kinder »Gebote, Lieder und Gebete sowie christliche Bräuche kennen und verstehen lernen«. Denn: Unsere kulturelle Identität, von der wir wissen, wie existentiell bedeutsam sie für den Menschen ist, stütze sich nun einmal entscheidend auf das, »worin wir uns zu Hause« fühlen und was uns von Fremden unterscheidet: Sprache, Religion, Geschichte.«

Damit wahrhaftig ist alles gesagt - gegen die falschen Propheeten des Ersatzunterrichts mit dem Kürzel »LER«.

# Die NRW-Amigos haben kräftig Wurzeln geschlagen

Von Ralf Fischer

In 30 Jahren sozialdemokratischer Regierung in Nordrhein-Westfalen leisteten sich die Genossen nur zwei Ministerpräsidenten. Die Düsseldorfer »Amigos« haben in drei Jahrzehnten kräftig Wurzeln geschlagen. Doch jetzt entgleiten dem »Landesvater« allmählich die Zügel.

Düsseldorf (WB). Das silberne Regierungsjubiläum in Nordrhein-Westfalen hatten die Sozialdemokraten noch fürstlich mit 4000 Gästen gefeiert. Fünf Jahre später fallen nach dem Verlust der absoluten Mehrheit, mit der rot-grünen Dauerkrise und den Putsch-Gerüchten um Johannes Rau

(65) lange Schatten auf den 30. Geburtstag. Dem Ministerpräsidenten jedenfalls ist derzeit nicht nach Feiern: Gemeinsam mit der Witwe seines Amtsvorgängers »flüchtet« Johannes Rau über den Jahrestag zur Einweihung einer »Heinz-Kühn-Bibliothek« nach Israel.

»Dreißig Jahre Schweden« hatte der letzte CDU-Ministerpräsident Franz Meyers (88) seiner Partei bei seiner Abwahl am 8. Dezember 1966 vorhergesagt – und recht behalten. Wie ein undurchdringliches Dickicht hat sich der »rote Filz« über das Land gebreitet. Fast alle einflussreichen und lukrativen Spitzenjobs in Behörden, Aufsichtsräten und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen sind an rote Parteibuchträger verteilt: Die Westdeutsche Landesbank (WestLB), WDR-Rundfunkrat, die Energiekonzerne RWE und VEW, Landesverfassungsgericht und Landesrechnungshof. . . Die Düsseldorfer »Amigos« haben kräftig Wurzeln geschlagen.

Zwar haben die regierenden Sozialdemokraten den Strukturwandel im Ruhrgebiet bisher ohne soziale Verwerfungen abgefedert – aber die umfassende Fürsorge für Kumpel und Stahlkocher hatte ihren Preis. Jährlich fließen mehr als 1,2 Milliarden Mark Landesmittel direkt in die Rettung der Steinkohle. Auch weil diese Milliarden zum Umbau fehlen, sank die Zahl der Erwerbstätigen in NRW seit 1992 um 300 000 auf nunmehr knapp 7,2 Millionen Menschen.

Dabei bietet Nordrhein-Westfalen mit seinen 18 Millionen Konsumenten, 54 Hoch- und Fachhochschulen sowie mehr als 50 Technologiezentren beste Voraussetzungen für einen brummende Wirtschaft. Jetzt straft sich, daß Raus Genossen aus Angst vor örtlichen Bürgergruppen und grünen Rebellen den Ausbau

von Flughäfen und Autobahnen verhindert und Zukunftsindustrien wie die Bio- und Kerntechnik nach Japan, Frankreich und in die USA vertrieben haben. Seit einem Jahr sitzen die Grünen am Kabinettschisch und bemühen sich um das Ende von Chlorchemie, Kunststoffindustrie und Braunkohletagebau.

Während Wirtschaftsminister



Krise nicht genutzt: Helmut Linssen

Wolfgang Clement radikal umsteuern will, stehen die Grünen auf der Bremse. Jüngstes Beispiel: Nachdem Clement den Ausbau des Flughafens Düsseldorf für Direktflüge nach Fernost angekündigt hatte, konterte der Grüne Stefan Bajohr: »Nicht mit uns!« Als letzte Klammer zwischen den zerstrittenen Koalitionären versucht Johannes Rau, die Enden im Tagesgeschäft zusam-

menzuhalten. Der Meister der Ge- ste ahnt, daß die Politik in Zeiten, in denen keine Zuwächse mehr zu verteilen sind, kälter wird.

Dabei hatte das erfolgreichste Partei-Programm des Landes fast 18 Jahre lang nur drei Buchstaben »R-a-u«. Dreimal gewann der beliebte Menschenfischer die absolute Mehrheit in NRW – bis zum Schock im Mai 1995. Rau mußte mit den Grünen koalieren: Der Abschied auf Raten war eingeleitet; das Grummeln der eigenen Parteifreunde hinter Raus Rücken wurde unüberhörbar. »Der Kerl muß weg«, zitierte der »Spiegel« aus einer führenden Genossenrunde.

Solche Töne kommen auch dem CDU-Landesvorsitzenden Norbert Blüm bekannt vor. Blüm, der die heillos zerstrittenen Christdemokraten 1987 auf Drängen Helmut Kohls unter seine Fittiche genommen hat, befürchtet ein neues Hauen und Stechen in der Oppositionspartei.

Während CDU-Landeschef Norbert Blüm als Bundesarbeitsminister überlastet ist und dem Landesverband nach Einschätzung von Kritikern wegen der Bonner Sparbeschlüsse mehr schadet als nützt, beklagen Linssens Kritiker dessen »mangelnde Ausstrahlung gepaart mit einem überzogenen Hang zum Populismus«. Selbst die einjährige rot-grüne Dauerkrise hat Linssen bisher nicht in CDU-Stimmen ummünzen können. Deshalb scheuen sich CDU-Führungskräfte, das politische Schicksal der Landespartei in seine Hände zu legen.

»Der ganze Balkan ist nicht die Knochen eines einzigen preußischen Grenadiers wert!« Dieser verbitterte Ausspruch des Reichsgründers Otto von Bismarck wird vielleicht Skeptikern einfallen, wenn am Donnerstag die ersten Bundeswehrsoldaten zum Einsatz bei der internationalen Friedenstruppe in Bosnien-Herzegowina starten. 1997 sollen gut 3000 deutsche Soldaten gemeinsam mit 27 000 anderer Staaten den Frieden und den Aufbau in zerstörten Regionen sichern helfen. Spätestens jetzt ist es an der Zeit, daß pazifistische Träumer und »Ohne-Mich-Strategen« ihre üblen Begleittöne beenden. Das gilt nicht nur für die Balkan-Soldaten.

Ihr Einsatz ist zwar kein »Himmelfahrtskommando«, aber bei dem noch nicht überwundenen Fanatismus auf dem Balkan nicht ohne Risiko. Dieser Fanatismus machte ja vor weit mehr als 100 Jahren Bismarcks weltweit anerkannte Friedensmission wieder zunichte. Heute hofft alle Welt auf Festigung der ersten versöhnlichen Zeichen.

Wie schwierig die Situation noch ist, verdeutlichte am Wochenende in dieser Zeitung Generalmajor John Kiszeeley, Kommandierender General der 1. Britischen Division in Herford, die nun vom Balkaneinsatz zurückkehrt. Noch immer gibt es gewaltsame Vertreibungen, 30 000 Vermißte und kilometerlange Minenfelder. Umso innigere Wünsche begleiten die Bundeswehrsoldaten – und umso energischer sollte jenen Gehässigen der Mund gestopft werden, die sich auf der Linie des argen »Soldaten-sind-Mörder«-Urteils höchstrichterlicher Instanzen haßtriefend bedienen. Deutschfeindliche Ausländer warten darauf.

Dazu zählt auch der »vorläufige Bericht« des Menschenrechts-Zentrums der Vereinten Nationen in Genf. Die Behauptung: Deutsche Soldaten beider Weltkriege hätten »Frauen systematisch vergewaltigt«. So legten es Linda Chavez und Susan Brownmiller »fest«. Wollen sie sich für ihren schönen Posten weiter empfehlen? Ihre Behauptung zeugt von keinerlei



Theo Fritzen

## Kehrt vom Balkan alle glücklich heim!

Kenntnis der Kriegs- und Nachkriegszustände. Die Schreie der von Rotarmisten vergewaltigten deutschen Frauen und Mädchen hat noch jeder im Ohr, der nach der Flucht aus sowjetischer Gefangenschaft im Mai 1945 wochenlang ohne Stall und Bleibe hauste. Und der half, wie schon einmal berichtet, eine 13jährige Bäckerstochter zu verstecken, deren Vater sie mit den Worten brachte: »Es geht doch nicht, daß das Kind jede Nacht vergewaltigt wird.«

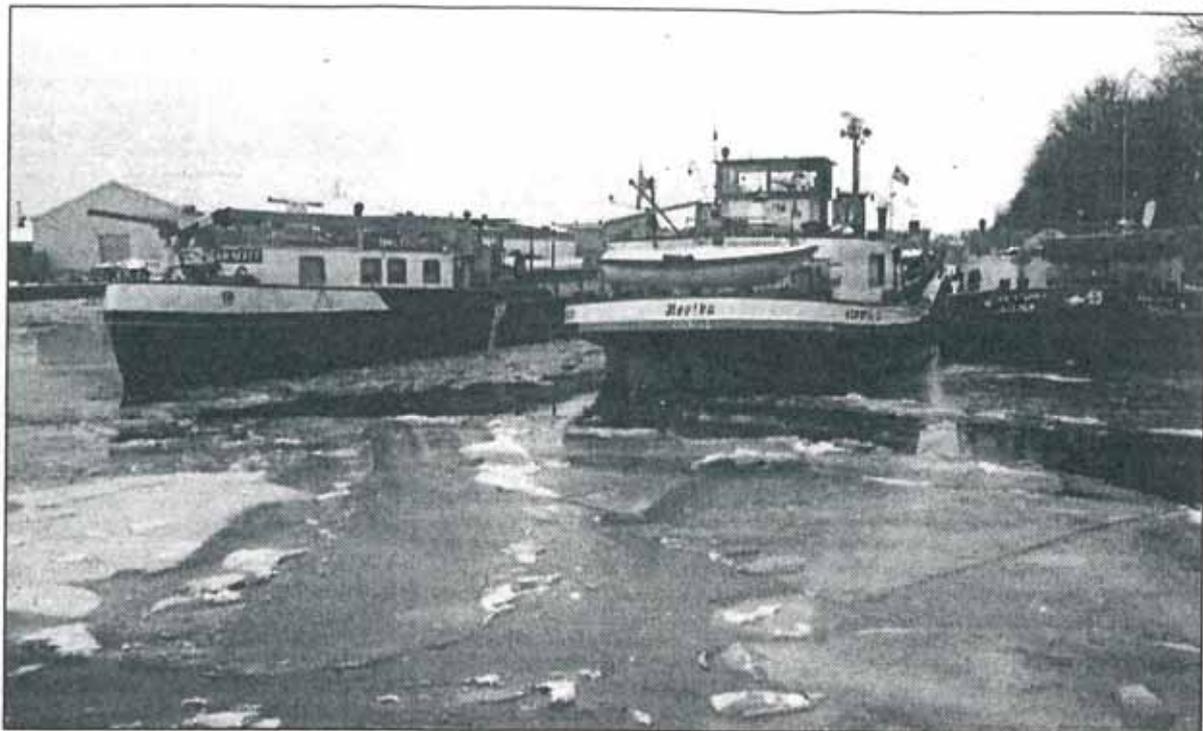
Es habe auch Vergewaltiger in den Reihen der Wehrmacht gegeben? Richtig, Einzelfälle unter Millionen Soldaten. Entdeckt und überführt wurden die Täter nach den Militärgesetzen zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die These von »systematischen Vergewaltigungen« widerlegt, wie Vizeadmiral Hans Frank als stellvertretender Generalinspekteur betont, auch die Untersuchung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Potsdam.

Ein Stadtname, der an die Eitelkeit erinnert, mit der die rote PDS bei gleichzeitiger Verherrlichung ihrer einstigen »Nationalen Volksarmee« über alles herfällt, was andere Uniform trägt oder getragen hat. Mit der PDS nehmen Teile von Bündnis 90/Die Grünen serienweise »Anstoß«. So an der Wehrpflicht und am gelegentlichen Zapfenstreich der Bundeswehr. Erstaunlich, daß die meisten ihrer Bundestagsabgeordneten den Einsatz der Bundeswehr in Bosnien befürworteten, wenn auch mit »Auflagen«. Aber sie mißbilligen, daß ehemalige Angehörige der Waffen-SS Kriegsofferentschädigung erhalten können, wenn sie unter Wehrmachtsbefehl Kriegschäden erlitten haben.

Jeder mag zur »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger« stehen, wie er will. Was aber soll es, wegen deren 42. Bundestreffen in Dresden Bonn nach »Folgerungen« zu fragen und das Grußwort des Kommandeurs der dortigen Panzerdivision zu verurteilen? Manche lernen's nie: Zwischen der Waffen-SS, zu der auch Wehrpflichtige eingezogen wurden, und der politischen SS mit ihrem unheilvollen Schreckenstun ist zu unterscheiden. Wer dem Waffen-SS-Mann am Stettiner Maff begegnete, der sich nach wochenlangen Irrwegen nach Zerschlagung seiner Einheit bei einer Flakbatterie meldete, wird vorsichtig werten. Das umso mehr, als dieser Mann Ende April hilfreiche Stütze für die im Straßenkampf unerfahrenen Plakser in Anklam war.

NS-Verbrechen werden nicht geleugnet. Jede Totalverallgemeinerung aber verfälscht die Wirklichkeit und wirft eigenen Dreck auf das deutsche Ansehen. Wie verworren sogar die Fronten waren: Noch fünf Tage nach Kriegsende verurteilte ein deutsches Kriegsgericht einen Mann wegen »Fahnenflucht« zum Tode und ließ ihn mit Gewehren erschießen, die eine kanadische (!) Einheit den schon entwaffneten Deutschen geliehen hatte . . .

Mögen deutsche und andere Soldaten der Friedenstruppe am Balkan von solchen Wirrnissen verschont bleiben!



Noch ist die Schifffahrt bei Minden auf dem Mittellandkanal und der Weser nicht eingestellt. Weiterer Frost, so die Experten, könnten aber schon in der kommenden Woche dazu führen. Foto: Josef Bilyj

## Weser und Mittelland-Kanal: Eisbrecher im Einsatz

# Deutschland ist tiefgefroren

Minden/Hamburg (WB/dpa/Reuter). Noch ist die Schifffahrt auf dem Mittelland-Kanal und der Weser nicht zum Stillstand gekommen. Zwei Eisbrecher haben am Freitag versucht, eine Fahrrinne frei zu halten. Bei einem weiteren Anhalten der sibirischen Kälten erwartet die Wasserschutzpolizei, daß

Das stabile Hochdruckgebiet »Tom« sorgt mindestens bis Silvester für frostige Temperaturen. In Thüringen steht der eisigste Jahreswechsel seit 50 Jahren bevor. Die Meteorologen erwarten Temperaturen von etwa minus 15 Grad.

In der Nacht zum Freitag erreichte die sibirische Kältewelle mit minus 25 Grad im bayerischen Straubing einen neuen Rekord. Dort sackte das Quecksilber am Erdboden direkt über dem Schnee sogar auf minus 29 Grad ab.

Am Wochenende reißt die Wolkendecke auf, die ein Tiefdruckgebiet aus Skandinavien am Freitag über einige Regionen Deutschlands geschoben hatte. Blauer Himmel und Sonnenschein locken dann zum winterlichen Spaziergang, für den allerdings warme Stiefel, Handschuhe und Schals unerlässlich sind. Das Thermometer soll am

Samstag nur minus 15 bis minus neun Grad anzeigen. Nur an den Küsten ist es nicht ganz so kalt. Auch am Sonntag müssen Spaziergänger sich bei minus acht bis minus ein Grad dick einmummeln.

Der extreme Frost hat die Schifffahrt auf dem Main, dem Main-Donau-Kanal sowie auf der Oder vielerorts zum Erliegen gebracht. Wegen der bis zu 15 Zentimeter dicken Eisdecken und Eisschollen wurden viele Wasserstraßen für die Schifffahrt gesperrt. In Mecklenburg-Vorpommern mußte zwischen Stralsund und der Hiddensee der Fährverkehr eingestellt werden.

Für Wintersportler bieten nach wie vor nur die Hochlagen der Mittelgebirge und die Alpen gute Möglichkeiten. Im Flachland laden viele zugefrorene Teiche zum Schlittschuhlaufen ein. In der kommenden Woche kann es eine frische

in der kommenden Woche auf vielen Wasserstraßen nichts mehr geht. Und ein Ende der klirrenden Kälte ist nicht in Sicht. Ganz Deutschland ist tiefgefroren. »Wir können uns nicht erinnern, daß es einmal so früh im Winter so kalt war«, so der Meteorologe Karl Heinz Nottrodt vom Deutschen Wetterdienst.

Schneeaufgabe geben. Mehr als fünf Zentimeter Neuschnee fallen aber kaum, sagte Nottrodt.

Fast 200 000 Menschen waren am Freitag nach einem Schneesturm an der Nordwestküste der USA ohne Strom. Fernsehberichten zufolge wurden in Portland, der größten Stadt des Bundesstaates Oregon, Bäume und Masten durch die Schneemassen umgeknickt.

Fünf Obdachlose sind in Frankreich Opfer der Kältewelle geworden. In Paris wurde am Freitag ein etwa 50 Jahre alter Mann tot auf einem Parkplatz gefunden, wie die Polizei berichtete. Im Bereich der französischen Metropole waren über Weihnachten bereits zwei andere Obdachlose erfroren. In Brest war am vergangenen Dienstag ein Mann in einem Park tot entdeckt worden, in Treport war eine Frau auf der Straße gestorben.

F. d. R. 29.05.97 ct. Flensburg  
O.V.

Case taken:   
St Dör